

saarbrücker hefte

Winter 2001
DM 14,50

86

Die saarländische
Zeitschrift für Kultur
und Gesellschaft

Friedlicher Islam?

Das schwierige Zusammenleben der Kulturen in einer globalisierten Welt - und im Saarland

Verdammte Vergangenheit?

Die endlose Geschichte der Entschädigung von Zwangsarbeitern - und das Lager im Köllertal

Fröhliche Wissenschaft?

Die permanente Bildungskatastrophe - und die Strukturreformen an der Saar-Uni

Galerie

Das preisgekrönte Künstlerinnenduo Klaudia Stoll und Jacqueline Wachall

Kunst und Kultur

Museen-Beben
Ungehörte Kommissionsvorschläge
Angstschweiß in Schulbänken
Klangkunst mit Palmen und Elektrokabel
Kirche, Spätzle und Kanonen

Literatur

Symphonie des Grauens - 15 Jahre Tschernobyl

Rezensionen

Harald Gerlach auf den Pfaden Goethes
Hansjürgen Blinn sammelt sinnliche Genüsse
Gerhard Seibold in den Armen Röchlings
Rudolph Brosig verliert die Verfassung

Flug Flight	nach to	über via	planmäßig scheduled	verspätet delayed	Terminal Terminal
UA 965	DENVER	ANNULLIERT	15 ³⁰		1
• UA 977	WASHINGTON	ANNULLIERT	17 ⁰⁰		1
• LH 404	NEW YORK	ANNULLIERT	17 ¹⁰		1
• WJ 3332	ORFENBERG	ANNULLIERT	18 ²¹	29 ³¹	2
BA 2717	LONDON	GATWICK	ANNUL	17 ¹⁵	2
• LH 470	TORONTO	ANNULLIERT	17 ¹⁵		1
• LH 3002	HELSINKI		17 ²⁰	17 ⁴⁰	1
• LH 432	CHICAGO	ANNULLIERT	17 ²⁵		1
• BG 002	DHAKA		17 ³⁵		1
• LH 9980	SAARBRUECKEN	HBF	17 ³⁸		1
LH 420	BOSTON	ANNULLIERT	17 ⁴⁰		1
LFA 172	ISTANBUL		17 ⁴⁵	18 ⁴⁵	1

saarbrücker hefte Nr. 86, Winter 2001

Herausgeber:

Verein Saarbrücker Hefte e. V.

Redaktion:

Bernhard Dahm, Achim Huber, Uwe Loebens (v.i.S.d.P.), Dietmar Schmitz,
Herbert Temmes, Herbert Wender, Reinhard Wilhelm

Redaktionsadresse:

Hohe Wacht 21, 66119 Saarbrücken, Telephon / Fax: 06 81 / 58 54 18,
e-mail: info@saarbruecker-hefte.de

Postadresse:

Saarbrücker Hefte, Postfach 102616, 66026 Saarbrücken

Internet:

www.saarbruecker-hefte.de

Verlag:

Pfau-Verlag, Postfach 102314, 66023 Saarbrücken,
Telephon: 06 81 / 4 16 33 94, Fax: -95, e-mail: pfau-verlag@t-online.de

Herstellung:

Druckerei und Verlag Steinmeier, Nördlingen

Layout:

Uwe Loebens

Verkaufspreis:

Einzelheft 14,50 DM (ab 1.1.2002 EUR 7,41)

Jahres-Abo EUR 11,80 (2 Hefte zuzüglich Porto, ab 2002)

Abo-Bestellungen an den Pfau Verlag, Postfach 102314, 66023 Saarbrücken

Die Zeitschrift ist im Buchhandel erhältlich.

Einsendung von Manuskripten an die Postfachadresse der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Swetlana Alexijewitsch, Rainer Brunner, Wilfried Busemann, Hartwig Cremers, Reinhard Daug, Stefan Fricke, Harald Glaser, Veronika Kabis, Franz-Josef Koenen, Alexander König, Sigrid Konrad, Rainer Krause, Fabian Lemmes, Hans-Peter Lenhof, Uwe Loebens, Karl Richter, Dietmar Schellin, Volker Simshäuser, Wiebke Trapp, Frank Werner, Reinhard Wilhelm

Abbildungen:

Archiv Saarbrücker Hefte, Carsten Clüsserath, Rolf Giegold, Barbara Hohenadl, Sigrid Konrad, Hans-Peter Lenhof und Team, Klaudia Stoll, Wiebke Trapp, Jacqueline Wachall

Titelabbildung:

„Die Welt meldet sich ab, Saarbrücken nicht“, Frankfurter Flughafen am 11.09.2001,
Photo: © Michael Kretzer, Frankfurt, mit freundlicher Genehmigung des Photographen
und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

ISSN 0036-2115

Für freundliche Unterstützung danken wir der Landeshauptstadt Saarbrücken,

unseren Sponsoren: Saartoto, SAP Retail Solutions, Sparkasse Saarbrücken, Energis GmbH,
Infor Business Solutions AG, Meta Level Software, InnoP Gesellschaft für innovatives Publizieren,
dialogika, Friedrich von Oppeln,

sowie unseren Werbepartnern.

saarbrücker
hefte

Winter 2001

86 *Die saarländische
Zeitschrift für Kultur
und Gesellschaft*



»Musik im 20. Jahrhundert« 1970-2000 Eine Dokumentation

herausgegeben von
Wolfgang Korb und
Friedrich Spangemacher

mit Beiträgen von Stefan Fricke, Nike Keisinger,
Wolfgang Korb und Friedrich Spangemacher

215 Seiten, zahlreiche Abbildungen, kartoniert
ISBN 3-89727-144-3, DM 39,80



rendez-vous musique nouvelle

25 Jahre internationales Festival in Lothringen
25 ans de festival international en Lorraine

mit Beiträgen von Gerhard R. Koch und Andreas Wagner
und einem Vorwort von Pierre Boulez
Übersetzung: Martin Kaltenecker

zweisprachige Ausgabe (deutsch/französisch)
111 Seiten, zahlreiche Abbildungen, broschiert
ISBN 3-89727-129-X, DM 35,-/FFr 120

www.pfau-verlag.de

Kultur und Religion	
<hr/>	
<i>Rainer Brunner</i>	
Ist der Islam eine friedliche Religion?	5
<i>Franz-Josef Koenen</i>	
Der Islam im saarländischen Alltag	8
<i>Veronika Kabis</i>	
Im Gegenverkehr. Integration verwalten oder gestalten?	19
Zwangsarbeit und Entschädigung	
<hr/>	
<i>Fabian Lemmes</i>	
Zwangsarbeit bei Röchling	24
<i>Wilfried Busemann</i>	
Das Verfahren kann Entschädigung verhindern	32
Forschung und Lehre	
<hr/>	
<i>Reinhard Wilhelm</i>	
Die Universität des Saarlandes im Gespräch	39
<i>Hartwig Cremers</i>	
Pläne, Fächer, Stellen, Geld, Pläne ...	40
<i>Reinhard Daus</i>	
Werden Akademiker im Saarland Mangelware?	46
<i>Rainer Krause</i>	
Forschung und Lehre sind frei	51
<i>Hans-Peter Lenhof</i>	
Bioinformatik	56
Galerie	
<hr/>	
<i>Klaudia Stoll, Jacqueline Wachall</i>	
Performances, Installationen und mehr	64
Kunst und Kultur	
<hr/>	
<i>Stefan Fricke</i>	
„Hochtöner und Kakteen, Geldscheinprüfer und Lyrik“ Ein Gespräch mit der Klangkünstlerin Christina Kubisch	69
<i>Dietmar Schellin</i>	
Minister Schreier kauft man eine Hose. Die Neuordnung der Museumslandschaft	72
<i>Uwe Loebens</i>	
„Wir erheben eine Stimme, die gehört werden sollte.“ Die Saarbrücker Kunstkommission. Ein Gespräch mit Jo Enzweiler	76
<i>Wiebke Trapp</i>	
Pfeiffer. Pfeiffer mit drei F. Das saarländische Schulmuseum in Ottweiler	81
<i>Sigrid Konrad</i>	
Die Johanneskirche und die Krämer	83
Literatur	
<hr/>	
<i>Svetlana Alexijewitsch / Frank Werner</i>	
Gespräche mit Lebenden und Toten	87

Rezensionen

Karl Richter

Zu Fuß zwischen Dichtung und Wahrheit / Harald Gerlach 97

Volker Simshäuser

Cupido, loser, eigensinniger Knabe / Hansjürgen Blinn 98

Harald Glaser

Familienfreundliche Blicke auf einen Stahlkonzern / Gerhard Seibold 100

Alexander König

Schwaches Quellenstudium / Rudolf Brosig 102

Leserbrief / Vorschau 104

Autorinnen und Autoren

Früher war sowieso alles besser

Als wir im letzten Heft für diese Nummer einen Artikel zu den islamischen Gemeinden im Saarland ankündigten, konnten wir nicht ahnen, welche Brisanz das Thema Islam binnen kurzem gewinnen würde. Mehr noch als sonst merken wir in diesen Zeiten, daß jeder Versuch, Aktualität zu fingieren, in unserer halbjährlich erscheinenden Zeitschrift absurd ist. Wir haben drei Beiträge zu Fragen des Zusammenlebens verschiedener Kulturkreise, islamischer und nichtislamischer Menschen ins Heft gerückt, die dem Zwang, aktuell zu kommentieren, entzogen sind. Der Redaktionsschluß dieses Heftes war, dies sei gleichwohl ausnahmsweise vermerkt, der 15. November. – Sowieso zu spät dran ist die deutsche Einwanderungsdebatte. Ein Minister Schily versucht inzwischen gnadenlos, den Richter im Norden wie die Stammtische im Süden der Republik rechts zu überholen. Die Politik dramatisiert und laviert zugleich, malt Horrorszenarien und sitzt bei alledem doch aus. Unsere vorgesehene Analyse zur Einwanderungsgesetzgebung muß wiederum auf die nächste Nummer verschoben werden ... – Längst wissen wir: Das Bildungssystem ist marode, wenn nicht verrotten, die Universitäten am Ende, und jetzt fällt auch noch der Nachwuchs aus. Unverdrossen wird natürlich überall weitergewurschtelt. Wie das ganze von innen gesehen wird? Stimmen aus den Tiefen und Untiefen der deutschen Universität am Beispiel der Saarbrücker bringen wir in diesem Heft. – Das Saarland hat keine Museumsinsel und will nicht museal sein. Deshalb werden die Museen neugeordnet. Ein erstes Opfer dieser Räumaktion gibt es schon zu beklagen. Der Direktor des Saarlandmuseums Ernst-Gerhard Guse wurde gefeuert und seitdem in der Öffentlichkeit als Heroe der Direktorenfreiheit gefeiert. Wie schrieb die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG kürzlich: „Die saarländische Kunstpolitik gibt sich seit einiger Zeit so banausisch, daß man das Ländchen eigentlich von der Liste des Interesses streichen, seiner ungestörten kulturlandschaftlichen Versumpfung überlassen und Saarbrücken künftig nicht mehr als Ziel ansteuern möchte.“ Als kleinen Ausgleich werden wir dem Autor ein Exemplar der *saarbrücker hefte* zukommen lassen.

Die *saarbrücker hefte* werden auch künftig zur Bereicherung der hiesigen Presselandschaft beitragen. Die Landeshauptstadt hat den Vertrag mit dem Verein erneuert, die Konditionen sind weitgehend erhalten. Unser Dank geht an alle, die sich hierfür engagiert haben. Wir werden uns noch mehr um die Einwerbung von Sponsorengeldern bemühen, ein wenig mehr Werbung ins Heft lassen – und uns weiter anstrengen, ein vorzeigbares Produkt zu liefern. – Zwölf Jahre lang kosteten die Hefte im Buchhandel DM 14,50, unsere Abonnenten zahlten DM 22,- jährlich. Ab der nächsten Nummer wird das Einzelheft für EUR 7,80 zu erwerben sein, ab 2002 wird das Abo EUR 11,80 kosten. Wir bitten die geneigte Leserschaft um ihr Verständnis.

Ist der Islam eine friedliche Religion?

Einige Gedanken zum Umgang mit Islam und Fundamentalismus

Von Rainer Brunner

Bedenkliche Halbwertszeiten

Nachdem die Militärschläge gegen Afghanistan begonnen hatten, sprach Osama Bin Laden in einer ersten Reaktion davon, daß nun die „Schlacht zwischen dem Glauben und dem Unglauben“ begonnen habe. Eine von Gott gesegnete Gruppe des Islams, „Speerspitzen des Islams“, habe Amerika zerstört. Diese Rhetorik wird der seit den Terroranschlägen vom 11. September in allen Medien aufgeflamten Diskussion über den Islam weitere Nahrung verschaffen. Diese öffentliche Debatte unterscheidet sich, was ihre Intensität angeht, im Grunde genommen nicht wesentlich von jenen, die bereits 1979 (Iranische Revolution), 1989 (Rushdie-Fatwa), 1991 (Zweiter Golfkrieg) und 1995 (Streit um Annemarie Schimmel als Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels) geführt wurden. Das ist – nebenbei bemerkt – auch ein eindrucksvoller Beleg für die Wirksamkeit solcher Diskussionen und die Halbwertszeit ihrer Ergebnisse. Daß nahezu gebetsmühlenhaft beteuert wird, wir wüßten alle viel zu wenig über den Islam, ist ebenso ein Armutszeugnis für die Funktionsweise unserer Mediengesellschaft wie bedenklich für das Zusammenleben der Kulturen.

Im Kern geht es erneut um das Verhältnis von Islam und nichtmuslimischer Welt und um die Frage, wie auf den islamischen Fundamentalismus angemessen zu reagieren sei. Hier ist ein nicht ganz uninteressanter Unterschied zur letzten Debatte (1995) festzustellen.

Als Annemarie Schimmel sich einigermaßen ungeschickt über den Fall Rushdie geäußert hatte, fielen Teile der Medien und eine politisch korrekte Öffentlichkeit über sie her und erklärten sie in völlig absurder Weise zu einer Sympathisantin der islamischen Fundamentalisten, am Ende sogar selbst zur Fundamentalistin. Man konnte geradezu den Eindruck gewinnen, als sei der Fundamentalismus als der „wahre“ Kern des Islams entlarvt worden. Der Islamwissenschaftler Stefan Wild fand für diese Hysterie den passenden Ausdruck: Hier sprachen „die Soutanen der Aufklärung“.

Diesmal ist das genau entgegengesetzt. Nicht selten liest und hört man dieser Tage die Beteuerung, der islamische Fundamentalismus im allgemeinen und die jüngsten Anschläge im besonderen seien eine politische Angelegenheit, ausgelöst mehr oder minder durch die westliche Nahostpolitik. Die Akteure bedienten sich lediglich religiöser Versatzstücke, hätten mit dem Islam als einer „eigentlich“ friedlichen Religion hingegen nichts zu tun, mehr noch, im Grunde sei das, was sie tun, unislamisch. Hier nun wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Das mag, vor allem mit Blick auf die im Westen lebenden Muslime, gut gemeint sein, zielt an der Sache aber vorbei und führt in zweifacher Hinsicht in eine argumentative Sackgasse. Zum einen wird hier eine Trennung von Religion und Politik vorausgesetzt, die für die Fundamentalisten irrelevant ist, die sie ja gerade bekämpfen und rückgängig machen wollen. Bin Ladens Erklärung ist das aktuellste Beispiel dafür. Und zum anderen ist die Beteuerung als solche ironischerweise die Kehrseite dessen, wofür auch die Fundamentalisten stehen. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Religiöse Offenbarung oder politische Ideologie?

Offenbarungsreligionen, das hat auch die Geschichte des christlichen Abendlandes gezeigt, sind anfällig dafür, zur Ideologie zu werden, wenn sie als politische Handlungsanweisung verstanden werden. Mit dem Neuen Testament unter dem Arm wurden bewaffnete Wallfahrten gen Jerusalem veranstaltet, den indianischen Hochkulturen in Mittel- und Südamerika das Heil beschert und Ketzer und

Hexen dem Scheiterhaufen überantwortet. Das mag man widerwärtig finden, was aber nichts daran ändert, daß es für die Kreuzfahrer und Inquisitoren außer Frage stand, im Namen Gottes zu handeln. Im Falle des islamischen Fundamentalismus ist das nicht anders. Wenn man die gespenstische spirituelle Anleitung zu den Anschlägen liest, die die Täter zurückließen, stößt man nirgends auf weltlich-politische Motive, um so mehr dafür auf die tiefe Überzeugung, einen göttlichen Willen zu erfüllen. Dementsprechend greift die Verknüpfung etwa mit der verfahrenen Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt zu kurz: Der erste Anschlag auf das *World Trade Center* fand 1993 statt, zur Zeit der Ausarbeitung des Gaza-Jericho-Abkommens, als man wenigstens kurzzeitig die Hoffnung haben durfte, es könne so etwas wie einen Friedensprozeß geben. Auch haben die Amerikaner mit ihrer Afghanistan-Politik der 80er und 90er Jahre den dortigen Fundamentalismus nicht erfunden, sondern nur – in unverantwortlicher Weise – gefördert. Daraus nun wiederum ableiten zu wollen, sie seien selber schuld an den Attentaten, wäre allerdings auch wieder infam.

Zweifellos ist der Nahostkonflikt und die westliche Politik in dieser Region ein wichtiger Faktor, aber wenn man sich die Verlautbarungen der *al-Qaida* ansieht, kann man nicht mehr eindeutig entscheiden, ob sich hier politisch motivierter Haß religiöser Versatzstücke bedient – oder umgekehrt. Beides fließt ineinander. Bezeichnenderweise beruft sich Bin Laden selbst erst seit dem Beginn der Luftangriffe explizit und in offenkundig berechnender Absicht auf das Schicksal der Palästinenser. In den Verlautbarungen der vergangenen Jahre (darunter auch in der berühmten Dschihad-Erklärung von 1998) kam der Palästina-Konflikt nur in beiläufigen Halbsätzen vor, zur Illustration seines allgemeinen Judenhasses. Der europäische Kolonialismus und die westliche Nahostpolitik der letzten 50 Jahre, die nicht selten von Doppelmoral gekennzeichnet war, haben gewiß das ihre dazu getan, in der muslimischen Welt den Eindruck der Demütigung und Unterwerfung zu verfestigen. Die bedeutendsten Ahnherren heutiger Fundamentalisten, etwa den Theologen Ibn Taimiya (gest. 1328) oder die Wahhabiten im 18. Jahrhundert, existierten jedoch schon lange vorher.

Wie immer man es dreht und wendet: Der islamische Fundamentalismus hat eine Doppelnatur. Er ist ein politisch-soziales und religiöses Problem zugleich. Politisch, weil er auf die Politik des Westens und die soziale Situation in der islamischen Welt reagiert. Religiös, weil die Wortwahl und das Geschichtsbild dezidiert islamisch sind. Koran und Prophetenvorbild sind die einzig anerkannte Legitimation, die Rückkehr zu dieser – idealisierten und mythisch überhöhten – Frühzeit des Islams ist das letzte Ziel aller fundamentalistischen Gruppierungen. Beides, die Quellen wie das Geschichtsbild, wird damit aus dem Kontext der Weltgeschichte herausgelöst und mit einem überzeitlichen Geltungsanspruch versehen. Große Teile der tatsächlichen Geschichte, die auch im Islam schon früh eine andere Richtung nahm als in der Theorie vorgesehen, gelten als eine Zeit des moralischen Verfalls und des Niedergangs.

Eine Sache der Auslegung

Deshalb hat auch die Diskussion über den Fundamentalismus beide Aspekte gleichermaßen zu berücksichtigen. Man muß dringend über eine gerechte Friedensordnung im Nahen Osten nachdenken, und im Zeitalter der Globalisierung gewiß auch viel grundsätzlicher über die Verteilung der Reichtümer auf dieser Welt, beides heute mehr denn je. Aber der Islam muß sich ebenfalls der Diskussion stellen. Nichts wird man jedenfalls durch die reflexhafte Apologetik erreichen, der Islam an sich sei ja eine friedliche Religion, der Fundamentalismus dagegen sei unislamisch. Es ist richtig, daß es im Koran heißt „In der Religion gibt es keinen Zwang“ (Sure 2, Vers 256). Aber es steht auch darin, man solle die Heiden erschlagen, wo immer man sie finde (9/5). Es ist richtig, daß der Begriff *Dschihad* auch den spirituellen Kampf gegen innere Anfechtungen bezeichnet. Aber er umfaßte eben in erster Linie immer den bewaffneten Kampf gegen die, die als Ungläubige identifiziert wurden. Wer will entscheiden, was die richtige Auslegung ist? Es gibt im Islam keine institutionalisierte Gelehrtenhierarchie, die – und sei es auch nur für einzelne Konfessionsgruppen – eine verbindliche Lehrmeinung vertreten könnte.

Wie sinnvoll ist es also, unter Berufung auf einzelne Koranverse erklären zu wollen, was der Islam eigentlich (nicht) sei? Wer behauptet, diese oder jene Facette der islamischen Geschichte oder der heutigen islamischen Welt habe mit dem Islam in Wirklichkeit nichts zu tun, sagt zugleich, daß es diesen „eigentlichen“ Islam überhaupt gibt, dessen alleinige Grundlagen Koran und Prophetenvorbild man nur richtig zu interpretieren brauche. Was – zwangsläufig an der eigenen Elle gemessen – damit nicht übereinstimmt, ist demnach eine unstatthafte Abweichung, eine Außerkraftsetzung dieses „wahren“ Islams. Das aber ist letzten Endes nur die Rückseite einer Medaille, auf deren Vorderseite die Fundamentalisten ihrerseits zum selben Ergebnis kommen. Religionen sind zu große Gebilde, als daß man sie in derart essentialistischer Manier pauschal verurteilen – oder pauschal freisprechen – könnte. Eine Religion ist immer nur so tolerant, wie es ihre Anhänger an einem bestimmten Ort unter bestimmten Umständen jeweils zulassen. Der Fundamentalismus mag ein häßlicher Aspekt der Religion sein, der von der Mehrheit der Gläubigen abgelehnt wird, aber er ist ein Aspekt der Religion.

Aufgeklärte Religiosität als Chance

Daß man irgendwelche Fundamentalisten mit solchen Überlegungen von ihrem Tun abhalten könnte, wäre eine naive Vorstellung; die Anschläge vom 11. September werden kaum die letzten gewesen sein. Was bleibt, ist darum das Bemühen, den Dialog mit all den anderen zu suchen und der Versuch, die Fundamente des Glaubens, Koran und Prophetenvorbild, zu historisieren, sie aus ihrer Überzeitlichkeit und bedingungslosen Absolutheit herauszulösen. Das ist angesichts der fehlenden verbindlichen Lehrautoritäten und der Überzeugung, daß es sich beim Koran um die direkte Rede Gottes handle, gewiß nicht einfach und stößt (nicht nur bei Fundamentalisten) allenthalben auf Widerstand. Die bisherigen Ansätze dazu scheiterten dementsprechend. Am spektakulärsten war zweifellos der Fall des ägyptischen Gelehrten Nasr Hamid Abu Zaid, der zum Apostaten erklärt und dessen Ehe zwangs geschieden wurde (was mit Fug und Recht eben-

falls fundamentalistisch genannt werden darf). Daß es interessanterweise gerade in Iran eine Reihe von Denkern gibt, die sich dieses Problems annehmen, läßt allerdings hoffen. Es beweist, daß sogar eine Machtübernahme der Islamisten keineswegs das Ende der Geschichte sein muß, ja, daß gerade darin der Keim einer Säkularisierung liegen kann. Nicht umsonst lautet ein immer wiederkehrendes Argument in dieser Debatte, man müsse schon allein deshalb die Religion von der Politik trennen, damit sie keinen Schaden nehme, indem man ihr alle Fehler der Politik aufbürdet.

In Anbetracht einer kleiner werdenden Welt erscheint auf Dauer ein halbwegs friedfertiges Zusammenleben der verschiedenen Kulturen nur möglich, wenn auf die Durchsetzung ewiggültiger und universaler Absolutheitsansprüche im Namen welchen Gottes auch immer verzichtet wird. Wenn überhaupt, dann wird die religiöse Rechtfertigung der Fundamentalisten nicht dadurch unglaubwürdig, daß man deren Koranzitate andere, „freundlichere“ entgegenhält und sich damit im Kreise dreht. Statt dessen ist eine grundsätzliche Neubewertung des Stellenwerts der religiösen Quellen erforderlich. Es geht dabei keineswegs um die Abschaffung des Islams, wohl aber um eine „aufgeklärte“ Religiosität (wie diskutierenswert dieser Begriff seinerseits sein mag). Der Orientalist und preussische Kultusminister Carl Heinrich Becker schrieb vor über 90 Jahren: „Wem endlich zur Erklärung der gegenwärtigen Tatsache des Islams der Koran und das Leben Muhammeds genügen, dem ist überhaupt nicht zu helfen.“ Es ist höchste Zeit, diese Feststellung zu beherzigen, auf muslimischer wie auf nichtmuslimischer Seite.

Eine gekürzte Version dieses Essays wurde am 16.10.2001 in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG abgedruckt.

Der Islam im saarländischen Alltag

Der schwierige Umgang mit einer immer bedeutender werdenden Minderheit

Von Franz-Josef Koenen

Deutschland bekennt sich nach jahrzehntelanger kollektiver Verdrängung zur Zuwanderungsgesellschaft. Parteiübergreifend konsensfähig vollzieht sich seit einiger Zeit ein rasanter migrationspolitischer Paradigmenwechsel. Alte Positionen werden flugs über Bord geworfen und die Lebenslüge „Wir sind kein Einwanderungsland“ läßt sich nicht länger mehr aufrecht erhalten.

Doch jenseits dieses politischen Bewußtseinswandels, dem letztlich rational-utilitaristische, hauptsächlich ökonomische und demographische Motive zugrunde liegen, offenbart die Mehrheitsgesellschaft nach wie vor große Schwierigkeiten, auch emotional die faktische Multikulturalität im Alltag zu akzeptieren. Immer wieder entladen sich Spannungen in Rassismus, plumpen Fragen nach Integration und Leitkultur und dies in besonderer Weise am Islam, weil er am markantesten das Fremde verkörpert und in seiner Größenordnung am häufigsten dessen Erscheinungsbild im Alltag prägt. Schon längst sind Vorurteile und Ablehnung ihm gegenüber nicht mehr nur in rechten Kreisen und sozialen Unterschichten zu finden, sondern ebenso in der sogenannten Mitte der Gesellschaft – und damit auch im linken, fortschrittlichen wie im konservativen Bildungsbürgertum.

Feindbild Islam?

Insgesamt erscheint der Mehrheitsgesellschaft der Islam als besonderer Ausdruck kultureller Andersartigkeit

und Rückständigkeit, ja geradezu als Bedrohung westlich-zivilisatorischer Werte wie Demokratie und Menschenrechte. Fanatische Mullahs, überfüllte Moscheen, gefährliche Fundamentalisten, kurzum: ein mit europäischen Denkkategorien unvereinbares Wertesystem – derlei Assoziationen verbinden die meisten mit dem Islam, der nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zum Feindbild zu werden droht.¹ Diese Stimmungslage, an deren Entstehung Politik und Medien – auch linke und liberale Redaktionen² – über die Jahre eifrig mitgearbeitet haben, mit dem Wort Feindbild zu umschreiben, erscheint nicht übertrieben. Medienbeiträge über terroristische Anschläge weltweit und Entführungen durch radikal-fundamentalistische Gruppierungen in Algerien, Afghanistan, dem Iran oder Indonesien, Buchveröffentlichungen wie die des Harvard-Professors Samuel Huntington, *Kampf der Kulturen*³ und Verfassungsschutzberichte⁴ haben für die emotionale Verunsicherung dem Islam gegenüber eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. „Im Zuge dieser medialen Hetzjagd wurden praktisch alle Moscheevereine in Deutschland unter Fundamentalismusverdacht gestellt und zumindest einer geistigen Nähe zu den Massenterroristen etwa der Islamischen Heilsfront in Algerien verdächtigt. In diesem Rahmen entfaltete sich die These von der Entstehung einer ‚islamischen Parallelgesellschaft‘ zu einem wahren Horrorszenerario“, schreibt der Migrationsforscher Max Behrendt.⁵

Was bedeutet dies nun alles im Alltag in den Gemeinden und Kommunen, dort wo mehr oder weniger unterschiedliche Interessen und Lebensstile, basierend auf unterschiedlichen kulturellen und sozialen Hintergründen, aufeinanderprallen? Wie gestaltet sich der Umgang mit dem Islam oder besser mit Muslimen und islamischen Gemeinden? Haben die Vorurteile und die sich darin spiegelnden Ängste eine reale Grundlage und wo liegen die Versäumnisse der Mehrheitsgesellschaft bzw. ihrer Institutio-

1 Frank Bifß, Islam im Alltag, 1998.

2 Der Spiegel, Gefährlich fremd (Titelgeschichte), 16/1997.

3 Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen, 1996.

4 Norbert Müller, Verfassungsschutzberichte oder Dialog?, in: Die Brücke, 4/1997, S. 32.

5 Max Behrendt, Scheitert die multikulturelle Gesellschaft am Islam?, Vortrag auf dem Soziologen-Kongreß Grenzlose Gesellschaften, Freiburg, 1998.

nen? Sind wir so weltoffen und tolerant, wie wir selbst gerne betonen?

Ereignisse und Meinungsbeiträge im Saarland aus der letzten Zeit bieten Anlaß, sich mit den genannten Fragen zu beschäftigen.

1. Leserbriefe in der SAARBRÜCKER ZEITUNG, sozusagen die *vox populi*, deren Grundaussagen sich mit Erfahrungen, die der Verfasser immer wieder machte, großenteils decken:

„... mußte ich zu meinem Entsetzen die Meinung von Martin Rolshausen (Redakteur der SZ, Verf.) zur Schließung des Kaufhofs lesen, ein islamisches Kulturzentrum in Völklingen wäre nicht die schlechteste Lösung ... Herr Rolshausen scheint die wirklichen Gründe des Zustandes dieser Stadt nicht zu erkennen. Überall türkische Billigläden, Kopftücher und oft sehr ruppige ausländische (islamische) Mitbewohner vermiesen doch dem Völklinger Bürger den Aufenthalt in seiner Stadt. Wollen Sie wirklich Völklingen zu einem islamischen Kulturzentrum machen?“ (15.12.1999)

„... auch in Manila und Indonesien wurden an Weihnachten christliche Kirchen von Muslimen zerstört. Muß uns da nicht Angst werden, weil schon lange mehr als 70 eingewanderte Nationen ihr Zuhause in der Bundesrepublik haben? ... wo doch eine ‚Sure‘ den Muslimen vorschreibt, daß alle Menschen, die nicht islamischen Glaubens sind, zu töten sind? ... Da sich der Islam schon auf der ganzen Welt mit unberechenbaren Privilegien ausbreitet, ist es doch höchste Zeit, daß wirklich jeder in Deutschland Eingewanderte (wie in Amerika oder Kanada) sich sofort den deutschen Gesetzen und Kulturen unterwerfen und die bisherige Staatsbürgerschaft, einschließlich Religion, ablegen muß.“ (6./7.1.2001).

2. Stein des Anstoßes sind nicht selten Moscheebauprojekte⁶, besonders dann, wenn eine repräsentative und traditionsorientierte Architektur (Kuppel und Minarett) vorgesehen und ein im Stadtbild exponiertes Grundstück beansprucht wird (keine „Hinterhof-

moschee“). Das geplante islamische Kulturzentrum an der Dudweiler Straße in Saarbrücken ist ein Beispiel hierfür und offenbart auf Seiten der beteiligten Institutionen der Mehrheitsgesellschaft tiefsitzende Ängste, Mißtrauen und Vorurteile im Umgang mit islamischen Organisationen, die vergleichbaren „deutschen“ Organisationen nicht entgegengebracht werden. („Wir brauchen breiten Konsens“, „Wie will der Verein seine Mitglieder besser integrieren?“)

3. Neben Moscheen symbolisiert das Kopftuch den Islam am prägnantesten, was nicht selten auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung kleinkarierte, ja geradezu paranoide Reaktionen auslöst, wie der sogenannte Kopftuchstreit um die baden-württembergische Lehrerin Ferestha Ludin zeigte. Auch in Völklingen wurde kürzlich eine Kopftuch tragende muslimische Praktikantin eines städtischen Kindergartens von Seiten der Verwaltungsspitze aufgefordert, ihr Tuch während ihrer Tätigkeit abzulegen, nachdem sie bereits mehrere Monate unbeanstaltet ihren Dienst versehen hatte.⁸

Auch der Islam gehört zu Europa

Schon ein kurzer Blick auf die Kulturgeschichte Europas und die Entstehung von Einwanderungsgesellschaften läßt manches Vorurteil gegenüber dem Islam fragwürdig erscheinen, heutige Konfliktkonstellationen überwiegend als historisch gewordene oder herbeigeredete erkennen und damit objektiver betrachten:

„Der Islam ist fester Bestandteil Europas ... Die Muslime sind mitten unter uns, schon seit Jahrhunderten. Und sie sollen bleiben“, schreibt der Politikwissenschaftler Claus Leggewie in seinem Essay *Alhambra – Der Islam im Westen*.⁹ Als Ausgangspunkt hierfür ist die maurisch-andalusische Epoche

Die Bedeutung des europäischen Islams – und damit auch der muslimischen Bevölkerung – wird in den nächsten Jahrzehnten stetig wachsen.

⁶ Eckehart Schmidt, Moscheen – Prüfstein des Anstoßes, Prüfstein der Toleranz, in: AID, Ausländer in Deutschland, 2/95, S.7f.

⁷ Saarbrücker Zeitung vom 29.3.2001.

⁸ „Kopfzerbrechen um ein Kopftuch – Darf eine junge Muslimin als Praktikantin in einem städtischen Kindergarten ihre religiöse Kopfbedeckung tragen?“, Saarbrücker Zeitung vom 9.11.2000.

⁹ Claus Leggewie, Alhambra – Der Islam im Westen, 1993, S. 9.

(*Al-Andalus*) mit der Alhambra als Symbol des westlichen Islams in Erinnerung zu rufen. Toleranz, Vielsprachigkeit und religiöser Synkretismus waren prägende Elemente dieser Zeit. Insbesondere zwischen dem 10. und 14. Jahrhundert beeinflusste die islamische Welt die europäisch-abendländische Zivilisation nachhaltig.¹⁰ Geistes- und Naturwissenschaften im Abendland verdanken die Readaption antiken Wissens der Vermittlung syrischer, arabischer und jüdischer Gelehrter, womit die islamische Zivilisation dem modernen Europa eine bedeutende Geburtshilfe leistete. Der Islam gehört aber nicht nur wegen Al-Andalus und weiterer arabisch-orientalischer Einflüsse zu Europa, sondern etablierte sich auch seit dem 15. Jahrhundert mit der Expansion der Osmanenherrschaft auf dem Balkan. Das Ende der europäischen Kolonialherrschaft und der europäische Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg bewirkten eine Einwanderung großen Ausmaßes von Muslimen nach Europa, deren Konsequenzen allerdings das europäische und deutsche Selbstbild auch heute noch nicht verarbeitet haben.

Derzeit leben in Europa (ohne die Türkei mit ihren rund 65 Mio. Muslimen) 30 bis 40 Mio. Menschen muslimischen Glaubens; in den Ländern der EU sind es rund 15 Mio. Frankreich weist mit über 4 Mio. Muslimen die größte Zahl auf, gefolgt von Großbritannien mit 2,8 und Deutschland mit 2,7 Mio. Dies bedeutet einen Anteil an der Gesamtbevölkerung für Frankreich von 8,5 %, für Großbritannien von 5 % und für Deutschland von 4 %. Diese Anteile werden in den kommenden Jahren aufgrund der demographischen Entwicklung (die muslimische Bevölkerung ist überdurchschnittlich jung, die Familien sind im Durchschnitt größer) und des weiteren Migrationsdrucks steigen.¹¹

Keine Frage: Der Islam wie auch das Judentum prägten die europäische Zivilisation mehr, als sich die christliche Wertegemeinschaft einzugestehen vermag und, wichtiger noch, seine Bedeutung – und damit das Selbstbewusstsein der muslimischen Bevölkerung – wird wachsen. Das gesteigerte Selbstwertgefühl ist sicherlich weniger die Folge eines gewachsenen Bewusstseins der großen islamischen historischen Epochen in Europa als vielmehr die eines über 40 Jahre andauernden Einwanderungs- und Emanzipationsprozesses seit dem 2. Weltkrieg, der hier am Beispiel einiger saarländischer Aspekte nachgezeichnet wird.¹²

Keine Frage: Der Islam wie auch das Judentum prägten die europäische Zivilisation mehr, als sich die christliche Wertegemeinschaft einzugestehen vermag und, wichtiger noch, seine Bedeutung – und damit das Selbstbewusstsein der muslimischen Bevölkerung – wird wachsen. Das gesteigerte Selbstwertgefühl ist sicherlich weniger die Folge eines gewachsenen Bewusstseins der großen islamischen historischen Epochen in Europa als vielmehr die eines über 40 Jahre andauernden Einwanderungs- und Emanzipationsprozesses seit dem 2. Weltkrieg, der hier am Beispiel einiger saarländischer Aspekte nachgezeichnet wird.¹²

Hinterhofmoschee in der Völklinger Innenstadt



10 Petra Kappert, Europa und der Orient, in: Jochen Hippler, Andreas Lueg (Hrsg.), Fremdbild Islam, 1993, S.45f.

11 Ozan Ceyhan (Hrsg.), Politik im Namen Allahs, 2000, S.12.

12 Vgl. auch Franz Josef Koenen, Historische Aspekte der Einwanderung in: Sozialer Wandel zwischen Einwanderung und Integration (AK-Beiträge), 1999, S.11 ff.

Von der „Gastarbeiter“-Religion zur Etablierung des Islam im Saarland

Die extrem boomende Wirtschaft im Zuge des Wiederaufbaus der 50er Jahre zog auch im Saarland in der Schwerindustrie und in der Bauwirtschaft Tausende sogenannte Fremdarbeiter an. Die SAARBRÜCKER ZEITUNG schrieb damals von einem „recht bunten Völkergemisch, das sich in Bewegung gesetzt hat, um an den Brennpunkten der Arbeit sein Brot zu verdienen“.¹³ In diesen Jahren stellten die Nordafrikaner mit rund 700 Arbeitskräften nach den Italienern die größte Gruppe. Der saarländischen Bevölkerung begegnete zum ersten Mal eine nennenswerte Zahl von Menschen aus dem islamischen Kulturbereich. Der Umstand, daß sie damals als besondere Problemgruppe galten, hing auch mit ihrem muslimischen Glauben zusammen.

Ab 1955 wurde die Arbeitsmigration über sogenannte Anwerbeabkommen mit Italien geregelt. Erst 1961 erfolgte ein Abkommen mit der Türkei, so daß nun auch muslimische „Gastarbeiter“ wieder verstärkt nach Deutschland immigrierten. Da der Aufenthalt zunächst als kurze Episode – meist für ein, zwei Jahre – geplant war, trat das Problem der Religionsausübung anfänglich nicht sonderlich in den Vordergrund. Dennoch erlebten insbesondere Migranten aus dem orientalischen Raum einen Kulturschock, da neben dem Verlust vertrauter Lebensbedingungen auch die ungewohnten kulturellen Bedingungen die Menschen belasteten. Immerhin zählte das Saarland 1965 rund 1100 Muslime, und der Wunsch nach einer Moschee wurde schon bald öffentlich artikuliert. Er entstand allerdings eher in akademischen Kreisen als im Umfeld von Arbeitsmigranten. Im Nachhinein vielleicht überraschend, reagierte die Öffentlichkeit auf dieses Ansinnen gelassen, z.B. wurde das Projekt besonders von Seiten der *Jungen Union* ve-

hement unterstützt.¹⁴ Übrigens: Als Argument neben dem der religiösen Toleranz schien damals der CDU eine religiöse Bindung „das beste Bollwerk gegen den Kommunismus“. Mit der Zunahme türkischer Arbeitnehmer im Saarland ab 1970 errichtete einer der Hauptarbeitgeber, die Röchlingwerke in Völklingen, am Matzenberg in Saarbrücken zwei moderne Wohnblöcke, die mit der Einrichtung eines Gebets-saales den kulturellen und religiösen Bedürfnissen der islamischen Arbeitsmigranten Rechnung tragen sollten.

In den 70er Jahren vollzog sich für viele Migranten – verstärkt durch den Anwerbestopp 1973 – der Übergang vom vorläufigen Arbeitsaufenthalt zur allmählichen Etablierung in der neuen Heimat. Die Rückkehr wurde immer weiter aufgeschoben und die Familien schrittweise nachgeholt. Ohne sich dessen immer bewußt zu sein, wurden aus Gastarbeitern Einwanderer. Das religiöse Leben nahm festere Strukturen an und 1973 wurde von türkischen Arbeitern bei Röchling Burbach erstmals der Wunsch nach dem Bau einer Moschee geäußert, da die Gebetsräume im Wohnheim sich als zu klein erwiesen. „Türken sammeln Geld für den Bau einer Moschee – Das ist ein gutes Vorhaben“, schrieb die SAARBRÜCKER ZEITUNG.¹⁵ Auch wenn das Projekt im Sande verlief, wurde der Ruf nach Errichtung von Moscheen an verschiedenen saarländischen Standorten immer lauter. Diese Bekundungen müssen eingeordnet werden in die verstärkten bundesweiten Aktivitäten nicht-staatlicher islamischer Verbände, die mit Köln als Ausgangspunkt ab 1973 gegründet wurden. Zu nennen sind hier der *Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ)*, ehemals türkisch-islamischer Verband und die *Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)*, eine Unterorganisation der in der Türkei mittlerweile verbotenen *Refah-Partei* (später: *Fazilet-Partei*). Besonders die VIKZ versuchte früh, im

Im Nachhinein überraschend, reagierte die Öffentlichkeit in den 60er Jahren auf den Wunsch der Muslime nach einer Moschee gelassen.

13 Saarbrücker Zeitung vom 12.10.1955.

14 Saarbrücker Zeitung vom 28.8.1965.

15 Saarbrücker Zeitung vom 31.10.1973.

Saarland Fuß zu fassen, sie gründete 1978 in Völklingen in einem ehemaligen Ladenlokal einen Ableger und kann als erste saarländische Moschee bezeichnet werden.

Formuliertes Ziel derartiger islamischer Zentren war es laut eigenen Bekundungen, „den damaligen Bedürfnissen der Muslime in Deutschland Rechnung zu tragen“, die im Gegensatz zu den christlichen Arbeitsmigranten (z.B. *Centro Italiano*) keine Anlaufstelle hatten und „offizielle Stellen dieses Vakuum nicht füllen konnten“. Zugleich stand die religiöse Betreuung im Vordergrund, was „von vornherein parteipolitische Aktivitäten ausschloß“. Es folgte schon bald eine weitere VIKZ-Moschee in Homburg, die 1979 in einer früheren Lagerhalle eingerichtet wurde. Großes Medieninteresse bestand damals offensichtlich nicht, legt man die Zahl entsprechender Zeitungsberichte zugrunde. Zur offiziellen Eröffnung schrieb die HOMBURGER ZEITUNG:

„Der Muezzin ruft zum Gebet und die Moslems kommen in die Moschee. Diese orientalisches anmutende Szene spielt sich nicht in einem morgenländischen Land ab, sondern mitten in der Kreisstadt Homburg ... Wenn das Geld zu beschaffen ist, möchten die Moslems das günstig in der Homburger Innenstadt gelegene Grundstück kaufen und eine richtige Moschee mit Minarett bauen. So haben die Moslems zunächst mit ihren bescheidenen Mitteln das verfallene Lagerhaus hergerichtet, blau gestrichen und nach ihren Anforderungen eingerichtet. Sehr viel eigene Arbeit wurde darin investiert, und viel ist noch zu tun.“¹⁶

Neben der Funktion als Gebetsstätte sollte die Moschee auch als Begegnungsort dienen, an dem Erwachsenenbildung, Schülerhilfe, Koranschule für die Kinder und Sozialarbeit ange-

boten werden sollten. Der Kontakt mit der deutschen Öffentlichkeit wurde ebenfalls angestrebt, um gegenseitiges Verständnis zu wecken. Übrigens: Das Wort Koranschule hat zu diesem Zeitpunkt noch nicht derart heftige Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit ausgelöst, wie sie heute üblich sind. Dies könnte als Indiz gelten für einen damals gelasseneren Umgang mit dem Islam.

Türkisch-islamische Einrichtungen und die türkische Politik

Die erwähnten islamischen Organisationen entstanden unabhängig vom türkischen Staat. Als Staat mit starker Verankerung des laizistischen Prinzips verfolgte die Türkei die Entwicklung islamischer Organisationen in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Verbreitung fundamentalistischer Strömungen im eigenen Land mit Sorge und Mißtrauen. Als Reaktion auf die Verbreitung türkisch-islamischer Verbände richtete die Türkei 1982 einen eigenen staatlich kontrollierten Verband ein (*Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V., DITIB*), der dem Ministerium für religiöse Angelegenheiten unterstellt ist und von den jeweiligen Konsulaten vor Ort koordiniert wird. Entsprechend werden die Geistlichen (*Hodscha, Imam*) vom Ministerium sorgfältig ausgesucht und ins Ausland entsandt. Konflikte mit den mittlerweile in der türkischen Gemeinschaft etablierten Verbänden blieben nicht aus, nicht zuletzt weil zahlreiche Gläubige zur neuen Konkurrenz „mit der Staatsmacht im Rücken“ überwechselten. Die zum Teil ideologisch begründeten Streitigkeiten, die aus der Perspektive der deutschen Öffentlichkeit auf die Alternative religiöser Fundamentalismus versus westlich-liberaler (säkularisierter) Islam reduziert werden, nahmen bald den Charakter von Auseinandersetzungen „feindlicher Brüder“ an.¹⁷

Diese Konfliktkonstellation, die in gewissem Maße die politische Situa-

¹⁶ Homburger Zeitung vom 1.6.1979.

¹⁷ Metin Gür, Türkisch-islamische Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1993, S.18 ff.



Selimiye-Moschee und islamisches Kulturzentrum in Völklingen-Wehrden

tion in der Türkei spiegelte, zeigte in den 80er Jahren ihre Auswirkungen auch im Saarland. Die *DITIB*, die sich 1984 in Völklingen etablierte, wurde von dem bereits mehrere Jahre hier agierenden *Islamischen Kulturzentrum* nicht gerade wohlwollend gesehen, da dies Mitgliederfluktuation bedeutete. Zeitzeugen sprechen von heftigen Auseinandersetzungen, die seinerzeit zwischen den Vertretern beider Organisationen stattfanden. Dessen ungeachtet können die 80er Jahre als die Gründerzeit der saarländischen Moscheen betrachtet werden. Weitere Zentren islamischer Glaubensgemeinschaften entstanden damals in Dillingen, St. Ingbert, Schmelz, Sulzbach, Saarlouis-Roden und Neunkirchen.

In besonderer Weise verkörperte die von der *DITIB* unterstützte *Selimiye-Moschee* in Völklingen-Wehrden den Übergang von Gebetsräumen in Hinterhöfen zu ansehnlichen Moscheen und zeugt von gewachsenem Selbstbewusstsein der muslimischen Bevölkerung. Dem entsprach der zu dieser Zeit aufkeimende Wunsch nach dem Bau einer „richtigen“ Moschee. Nachdem dieses Ziel fallengelassen wurde, investierte man ab 1986 viel Eigeninitiative und finanzielles Engagement – rund eine Mio. DM – in ein leerstehendes Kino und errichtete hier ein respektables Zentrum. Ein Großteil der Aufwendungen wurde durch Spenden und Beiträge der über

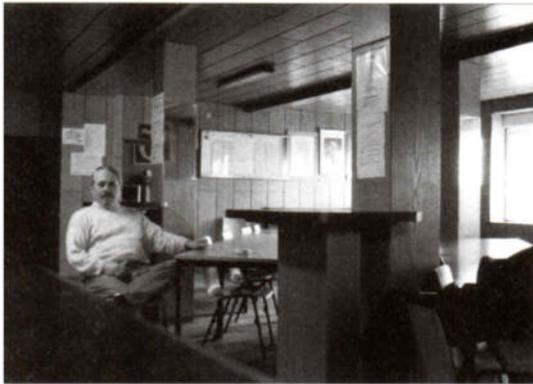
400 Mitglieder des Vereins erbracht. Das Glaubenszentrum hatte erhebliche Wirkung auf die weitere Stadtentwicklung. Viele türkische Mitbürger siedelten sich im Stadtteil an; manche erwarben Eigenheime oder gründeten kleine Unternehmen, und der Stadtteil gewann bald ein typisch multikulturelles Flair mit allen positiven wie negativen Aspekten. Die Moschee gilt als die größte im Saarland, was besonders beim Freitagsgebet seinen optischen Ausdruck findet. Entsprechend sind die vielen parkenden Autos der Moscheebesucher immer wieder Anlaß für Konflikte mit Teilen der deutschen Wohnbevölkerung.

Islamische Infrastrukturen als Projektionsfläche ausländerfeindlicher Stimmungen

Mit der Zunahme von augenfälligen islamischen Gemeindezentren und der wachsenden Zahl von Migranten insgesamt (Asylbewerber, Familiennachzug) änderte sich die Stimmung in der deutschen Bevölkerung. Moscheen, Zentren islamischer Glaubensangehöriger, türkische Geschäfte und Gastronomiebetriebe erhielten aus der Perspektive vieler Einheimischer Symbolcharakter für ihre Überfremdungsangst. Nichts manifestiert den sozialen und ökonomischen Wandel wie derartige Einrichtungen – besonders dann, wenn sie unmittelbar erlebt werden. Die Folge: Wer es sich leisten konnte, zog weg. Zudem verunsicherte die Strukturkrise in den 80er Jahren und der damit einhergehende Arbeitsplatzabbau im Bergbau und in der Stahlindustrie große Teile der Bevölkerung. Ausländer wurden vermehrt – auch von Politik und Medien – mit der Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Lage in Verbindung gebracht; ausländerfeindliche und rassistische Äußerungen und Überfremdungsängste immer häufiger öffentlich artikuliert: Gerade die türkische (islamische) Wohnbevölkerung, die noch wenige Jahre zuvor wegen

ihres Fleißes gelobt wurde, bekam dies nun immer offener zu spüren – ihre Integrationsbereitschaft wurde zunehmend in Frage gestellt.

Es sei nun mal ihre Tradition und ihre Religion, die letzten Endes ein Zusammenleben mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung behindere, so „philosophierte“ die SAARBRÜCKER ZEITUNG damals¹⁸ und schürte weitere Vorurteile. Auch gezielte politische Formulierungen der damaligen CDU/FDP-Regierung wie „Asylmißbrauch“ oder „Grenzen der Aufnahmefähigkeit im Saarland“ in Wechselwirkung mit „des Volkes Stimme“ schaukelten einen gefährlichen öffentlichen Diskurs auf und förderten in den Köpfen vieler Menschen eine brisante Gemengelage, besonders bei denen, die in Wohngebieten mit hohem Ausländeranteil und entsprechender Infrastruktur lebten. So nahm sich die SZ des Themas immer häufiger an: „Junge Deutsche schikanieren Türkenfamilien“, „Ausländerfeindlichkeit – ein Wort, das in letzter Zeit wieder öfters zu hören ist“ oder „Innenminister Läßle warnt öffentliche Bedienstete des Landes vor rassistischen Parolen“.¹⁹



Teestube des islamischen Zentrums in Wehrden

Daß es nicht „nur“ bei verbalem Rassismus blieb, manifestierte sich in den 90er Jahren – analog zur bundesweiten Eskalation rassistischer Gewalt – besonders vehement auch im Saarland. Der Ghanaer Samuel Yeboah kam nach einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim am 19.9.1991 in

Saarlouis ums Leben, in den folgenden Monaten gab es eine regelrechte Serie von Brandanschlägen auf Ausländerunterkünfte. Es folgte – oft kaum wahrgenommen – eine Vielzahl rassistischer und rechter Gewalttaten. Es bleibt die nüchterne Erkenntnis: Auch wenn es dem Selbstbild vom toleranten und weltoffenen Saarland widerspricht, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit gehörten in den 90er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrhunderts hierzulande zur Tagesordnung. Besonders betroffen war und ist die islamische Bevölkerung.

Die stärkere Orientierung am Islam ist nicht mit Fundamentalismus gleichzusetzen

Aus Untersuchungen und der praktischen Arbeit wissen wir, daß die Migranten aufgrund der gemeinsamen Erfahrung von Ablehnung in zahlreichen Alltagssituationen sich enger zusammenschließen und sich auf Werte beziehen, die in der neuen Heimat schon verloren schienen (Ethnisierungsprozesse). Wir-Gefühl und Identitätsfindung sind – insbesondere für junge Muslime – in einer Umgebung, die eine Zugehörigkeit zur Mehrheit versperrt oder erschwert, nur schwer zu realisieren. Der Islam im allgemeinen und islamische Gemeinschaftszentren im besonderen bieten Möglichkeiten, das Erleben von Ausgrenzung zu kompensieren. Gerade die zweite und dritte Generation junger Muslime, die demütigenden Erfahrungen ihrer Väter und Mütter und Ereignisse wie die in Solingen und Mölln im Hinterkopf, demonstrieren verstärkt ein islamisches, teilweise auch nationales Bewußtsein. Ihrer Orientierung am Islam korrespondiert nicht selten der verlorene Glauben an die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft. Das Gefühl, Staat und Gesellschaft würden dem Rechtsextremismus nicht entschieden genug entgegenzutreten, wird von Migranten immer wieder geäußert.

¹⁸ Saarbrücker Zeitung vom 3.3.1982.

¹⁹ Saarbrücker Zeitung vom 6.11.1988, 24.12.1988, 29.9.1989.

Gerade Angebote wie Jugendarbeit, Schülerhilfe und Sprachkurse sind es, die jungen Muslimen die islamischen Organisationen besonders attraktiv erscheinen lassen. Sie als religiöse Fundamentalisten oder Nationalisten zu etikettieren, ist daher nicht nur töricht. Diese Zuordnungen bergen zudem die Gefahr einer weiteren sozialen Isolierung, die die Jugendlichen letztlich für radikal-religiöse und -politische Ideologien anfälliger macht. Dies gilt auch für jene, die regelmäßig Einrichtungen wie z.B. Milli Görüs aufsuchen, denen der Verfassungsschutz fundamentalistische Bestrebungen attestiert.

Das Phantom der islamistisch-fundamentalistischen Identität

Zusammengehörigkeitsgefühle sind weder Hinweis für eine islamische Parallelgesellschaft oder religiösen Fanatismus, noch wirken sie automatisch gesellschaftlich desintegrativ. Der zur Zeit geführte öffentliche Diskurs unter der Schlagwortalternative „islamische Parallelgesellschaft“ oder Integration unterstellt letztlich den Mitgliedern sogenannter ethnischer Kolonien eine verfestigte islamistisch-fundamentalistische Identität, geprägt und gefördert aus einer eigenen, von allen anderen gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen und Einflüssen abgeschoteten Wertestruktur. Monolithische Zuschreibungen dieser Art sehen jedoch völlig an der gesellschaftlichen Realität vorbei, denn sie verkennen die Herausbildung „hybrider Diaspora-Identitäten“ (Stuart Hall), also den Umstand, daß es für die weitaus meisten muslimischen Migranten in dieser Gesellschaft kein Entweder-oder gibt, sondern ein Sowohl-als-auch. Beispielhaft kann dies folgendermaßen aussehen:

Der muslimisch-türkische Saarstahl-Arbeiter, der voller Stolz mit seinem BMW zur Arbeit fährt, dessen Frau Kopftuch tragend bei Aldi einkauft und anschließend einen Deutsch-Sprachkurs besucht, in einem Wohngebiet mit hoher Konzentration türki-

scher Landsleute lebt, abends *RTL-Explosiv* und türkisches Fernsehen schaut, Mitglied eines Völklinger Fußball- und eines Moscheevereins ist, dessen Kinder einen katholischen Kindergarten und eine deutsche Schule besuchen und im Moscheeverein in den Lehren des Koran unterwiesen werden und dort an einer Schülerhilfe teilnehmen, ist längst – in einer mehr oder weniger starken Ausprägung und unterschiedlicher Prioritätensetzung – der Prototyp auf dem langen Marsch zur gesellschaftlichen Integration.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: All dies bedeutet nicht „die heile Welt“. Und es schließt nicht aus, daß manche Islamangehörige dem Koran (oder besser: seiner Auslegung) größere Bedeutung beimessen als dem Grundgesetz und anderen Wertmaßstäben westlich-abendländischer Traditionen, so wie auch manche Christen die Bibel als oberste Richtlinie ihres Handelns heranziehen. Es schließt auch nicht aus, daß manche Muslime den Islam für fragwürdige politische und gesellschaftliche Zielsetzungen instrumentalisieren, sozial abweichendes Verhalten zeigen, in der Schule versagen, ihre Frauen und Töchter unterdrücken, ihre Söhne mit Druck zur Einhaltung islamischer Regeln anhalten usw. – Nur, dies dem Islam an sich zuzuschreiben, ist genauso unsinnig wie das Christentum für alle gesellschaftlichen Fehlentwicklungen verantwortlich machen zu wollen. Die Ursache solcher Verhaltensformen sollte weniger im kulturellen Hintergrund als vielmehr in sozialen und politischen Bedingungen gesucht werden.

Der Islam auf dem Weg zur gesellschaftlichen Normalität?

Wie immer man zu den beschriebenen Entwicklungen stehen mag, der

Die neue Orientierung bundesrepublikanischer Muslime an ihrer Religion korrespondiert nicht selten mit dem Verlust des Glaubens an die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft.

Islam ist im Saarland längst zu einem alltäglichen Faktum geworden und aus unserem gesellschaftlichen Gefüge nicht mehr wegzudenken. Für die hier lebenden rund 25.000 Muslime bestehen mittlerweile über 15 Moscheen oder islamische Gemeindezentren (mit Konzentration im Raum Völklingen) – seien es türkische, arabische, bosnische oder alevitische. Das signalisiert zugleich, daß es ähnlich dem Christentum im Islam unterschiedliche nationale und kulturelle Hintergründe gibt, und er individuell unterschiedlich intensiv gelebt werden.

Nahezu allen gemeinsam ist der Wunsch nach gesellschaftlicher Akzeptanz und Gleichbehandlung mit vergleichbaren christlichen Institutionen und anderen Konfessionen sowie die Öffnung zur Mehrheitsgesellschaft. Da-

zu gehört der Bau von Gotteshäusern und Begräbnisstätten und die Einrichtung eines Islamunterrichtes an allgemeinbildenden Schulen – Forderungen, die kürzlich im vielzitierten CDU-Zuwanderungspapier nachdrücklich erhoben wurden. Die Absicht, mit der Öffentlichkeit in einem inter-

interkulturellen und interreligiösen Dialog zu treten, wird von den hiesigen islamischen Einrichtungen – trotz zeitweiser Rückzugstendenzen – als Zielsetzung immer wieder hervorgehoben. Dennoch bleiben Berührungängste und Ressentiments bei großen Teilen der Mehrheitsgesellschaft virulent, wie in den eingangs zitierten Leserbriefen offenkundig wird.

Moscheen und Kopftücher als Gegenstand öffentlicher Erregung

Die Diskussion um das geplante Saarbrücker Moscheeprojekt der *Islamischen Gemeinde Saarland (IGS)* hat nach wie vor bestehendes Mißtrauen und tiefsitzende Ängste in der Öffent-

lichkeit und bei den kommunalen Entscheidungsträgern offengelegt. Dabei schienen alle Fraktionen des Stadtrates bereits über ihren Schatten gesprungen zu sein: SPD, CDU und die Grünen signalisierten unisono grünes Licht und die *IGS* berücksichtigte alles, was öffentlich brisant sein könnte. Die geplante Architektur erinnert eher an eine Kongreßhalle als an eine Moschee: eine versenkte Kuppel, kein Minarett, kein Muezzin, der zum Gebet ruft.²⁰ Nicht nachvollziehbar sind daher die neuerlichen Bedenken hinsichtlich Finanzierungsquellen und Satzung, ebenso wie Fragen nach der Integration der Mitglieder und eines breiten Konsenses in der Bevölkerung – denn diese Aspekte müßten, wenn es etwa eindeutige Belege für fragwürdige oder gar strafrechtlich relevante Aktivitäten gäbe, längst vor Veröffentlichung des Moscheenprojektes geklärt worden sein. Schließlich existiert die *IGS* seit Jahren.

Ein Blick auf andere deutsche Städte könnte sorgenvolle Gemüter durchaus beruhigen. Ähnliche Projekte in Mannheim und Hamburg offenbaren viele Parallelen, auch hier wurden im planerischen Vorfeld Bedenken und Ängste in der Öffentlichkeit artikuliert. Besonders die Hamburger Moschee des *Islamischen Zentrums*, die als eine der ersten in Deutschland bereits 1961 eröffnet wurde, weist viele Gemeinsamkeiten zum Saarbrücker Projekt auf: Initiatoren aus dem gleichen Milieu (Akademiker, Kaufleute, Studenten), eine repräsentative, offene Einrichtung mit Möglichkeiten für einen regelmäßigen interkulturellen und interreligiösen Dialog, plaziert in einem städtebaulich markanten Gebiet. Bei allen Spannungen, die auch dort auftreten können, ist das Hamburger Modell heute längst Anziehungspunkt für zahlreiche nicht muslimische Besucher und als Bestandteil des immer wichtigeren interkulturellen Dialogs nicht mehr wegzudenken.²¹

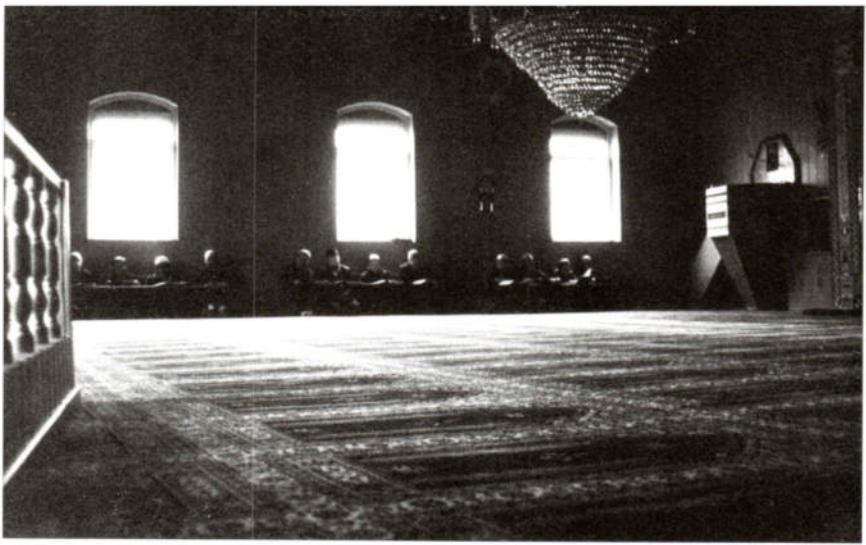
Es ist erstaunlich, daß eine pluralistische Gesellschaft ausgerechnet das Tragen von Kopftüchern derart erregt,

Das Hamburger Islamische Zentrum könnte als Beispieldienen: Es ist Anziehungspunkt für zahlreiche nicht muslimische Besucher und als Bestandteil des interkulturellen Dialogs nicht mehr wegzudenken.

²⁰ Saarbrücker Zeitung vom 23.2.2001:

„Bauausschuß befürwortet islamisches Kulturzentrum.“

²¹ Sachlich (Schriftenreihe der Ausländerbeauftragten des Landes Niedersachsen), Alltag von Muslimen in Niedersachsen 12/2000, S. 19 ff.



Beim Mittagsgebet

die auffallende Kleidung anderer Minderheiten gelassen betrachtet. Allzuoft geraten Fragen nach persönlichen Einstellungen und Überzeugungen in den Mittelpunkt der Diskussion, so z.B., ob das Kopftuchtragen nun Ausdruck weiblicher Unterdrückung oder gar politischer Überzeugung oder freies Bekunden von Religiosität oder identitätsstiftend sei. Die Frage nach der Motivation wird je nach Einzelfall unterschiedlich beantwortet. Was den Fall Ludin anbelangt, so stand weder politische Indoktrination noch religiöse Missionierung im Raum der Vorbehalte, sondern lediglich die Bekundung der religiösen Anschauung. Somit bestand – was auch von der deutschen Elternschaft der betreffenden Schule hervorgehoben wurde – im schulischen Alltag faktisch kein Problem. Die Schulbehörden anderer Bundesländer berichten von ähnlich positiven Erfahrungen mit Kopftuch tragenden muslimischen Lehrerinnen. Letzlich steht hinter diesem Problem die allgemein zu fassende Frage nach der Präsenz religiöser Symbole in den Institutionen eines säkularen Staates, die spätestens seit dem „Kruzifix-Urteil“ von 1995 an Aktualität gewonnen hat.²²

Der „Völklinger Kopftuchstreit“ zeigt manche Parallele zum Fall Ludin. Eine junge muslimische Praktikantin eines städtischen Kindergartens wurde von der Stadtverwaltung aufgefordert, ihr Kopftuch während ihrer Tätig-

keit im Kindergarten abzulegen. Der anfänglich noch tolerante Umgang dauerte so lange, bis ein entsetzter „Vater eines Kindergarten-Kindes sich umgehend beschwerte, weil es sich hierbei seiner Meinung nach um eine unzulässige religiöse Demonstration“ handele.²³ Die Stadt reagierte unverzüglich: Das Tragen eines Kopftuches als religiöse Bekundung habe innerhalb kommunaler Kindergärten zu unterbleiben; dies gelte ebenso für Kruzifixe und andere religiöse Symbole, denn man verfolge dem Grundgesetz gemäß eine klare Trennung zwischen Religion und Staat.

Ungeachtet mangelnder Konsequenz in bezug auf christliche Symbolik gehen von derartigen Entscheidungen soziale und politische Wirkungen aus, die nicht zu unterschätzen sind: Das wahltaktische Anbieten an Mehrheiten bzw. tumben Gesinnungen haben Signalwirkung und bedeuten letztlich die Bestätigung kulturrassistischer Überzeugungen. Wie will man Kinder zu weltoffenen, toleranten und für den vielzitierten globalisierten Wettbewerb gerüsteten Menschen erziehen, wenn man gleichzeitig die Ablehnung nicht-christlicher Symbole und Werte signalisiert? Nicht zuletzt

Letzlich steht hinter dem Problem kopftuchtragender muslimischer Frauen die allgemein zu fassende Frage nach der Präsenz religiöser Symbole in den Institutionen eines säkularen Staates.

²² Ömer Alan, Ulrich Stenten, Konfliktstoff Kopftuch, in: IZA – Migration und Soziale Arbeit, 3-4 2000, S. 64 ff.

²³ Saarbrücker Zeitung vom 9.11.2000.

offenbart sich ein mangelndes Gespür für soziale Prozesse und Befindlichkeiten innerhalb der Migrantenbevölkerungen. Übersehen wird die Wirkung auf das Gruppenverhalten (Rückzug, Resignation, Frustration), die vorhandene Integrationsbereitschaft, besonders auf seiten kopftuchtragender Frauen, wird konterkariert.

Fazit

Der Islam hat sich im Zuge von Arbeits- und Fluchtmigration sowie durch seine Präsenz im Universitäts- und Hochschulbereich auch im Saarland fest etabliert. Die weitaus überwiegende Mehrzahl dieser Muslime sind keine sogenannten Fundamentalisten mit dem Ziel, hier einen „Gottesstaat“ zu etablieren, sondern möchten mit gewachsenem Selbstbewußtsein in gesellschaftlicher Normalität ihre Religion ausüben. Dies findet seinen Ausdruck in mittlerweile 15 Moscheen bzw. islamischen Gemeindezentren, die sich aufgrund des relativ hohen muslimischen Bevölkerungsanteils besonders im Großraum Völklingen

befinden. Die jeweiligen Immobilien wurden mit Eigenleistung und großem Engagement erworben. Die Einrichtungen sind nicht vernetzt und spiegeln unterschiedliche nationale beziehungsweise ethnische Hintergründe. Im Falle der türkisch-islamischen Zentren

reflektieren sie auch die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des Herkunftslandes. Die Finanzierung der Vereine erfolgt laut eigenen Bekundungen im günstigsten Fall aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Zuschüssen der jeweiligen Dachverbände und staatlichen Unterstützungsleistungen.

Die Vereine verfolgen gegenüber der Öffentlichkeit einen grundsätzlich offenen Ansatz, die Suche nach einem

interreligiösen und interkulturellen Austausch ist zweifelsohne ernst zu nehmen. In der Praxis sind entsprechende „Dialoge“ insgesamt eher selten; Angebote z.B. zum Besuch der Moschee am „Tag der offenen Tür“ findet bisher kaum Resonanz. Das liegt nicht zuletzt daran, daß der Islam bisher in großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit auf große Skepsis, Berührungsängste oder schlicht Desinteresse trifft. Das nachbarschaftliche Umfeld islamischer Einrichtungen hat sich mit den Veränderungen arrangiert, hält sich aber auf Distanz und legt auf engere Kontakte keinen Wert. Auch staatliche Institutionen tun sich nach wie vor schwer, im Alltag mit der notwendigen Unbefangenheit aufzutreten. Das liegt, neben der Uninformiertheit vieler Politikvertreter, wohl auch an ihrer Sorge daß wohlwollendes Verhalten dem Islam gegenüber vom Wahlbürger abgestraft werden könnte.

Der Islam ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken – er wird weiter an Bedeutung gewinnen, auch wegen der relativ hohen Kinderzahl muslimischer Eltern. Seine Anerkennung braucht jedoch noch offizielle Bestätigung, sei es in einem Regelunterricht in der Schule, in einem unbefangeneren Umgang mit Symbolen wie dem Kopftuch oder der Schaffung von Möglichkeiten, auch repräsentative Moscheen in der Mitte der Gesellschaft zu errichten. Denn Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben erfolgt kaum in gesellschaftlichen Randlagen, sondern dort, wo man öffentlich wahrgenommen wird. Menschen, die in ihrer kulturellen oder religiösen Besonderheit wirklich teilhaben können am öffentlichen Leben, suchen keine Befriedigung in politischen, religiösen oder sonstigen Heilslehren. Eine Alternative hierzu gibt es eigentlich nicht – es sei denn, man beabsichtigt das zu fördern, was man vorgibt zu bekämpfen: Intoleranz und Fundamentalismus jedweder Spielart.

Die Anerkennung des Islams braucht eine offizielle Bestätigung, sei es durch Regelunterricht in der Schule, durch unbefangenen Umgang mit Symbolen oder durch die Errichtung repräsentativer Moscheen inmitten der Städte.

Im Gegenverkehr

Integration verwalten oder gestalten?

Von Veronika Kabis

Die schwarz-grüne Koalition im Saarbrücker Stadtrat plant die Einrichtung eines Amtes für Migration und Integration. Soll das Projekt gelingen, muß im Verständnis interkultureller Handlungsansätze gründlich aufgeräumt werden.

Spät kommt die Einsicht, aber sie kommt

Einwanderung stellt eine große, lange unterschätzte Herausforderung für unsere Gesellschaft dar. Mit der Einsicht, daß Einwanderung und Integration geregelt werden müssen, hat ein Paradigmenwechsel in Deutschland stattgefunden, der nun erstmals eine wirkliche Chance zur konstruktiven Gestaltung der hiesigen Einwanderungsgesellschaft bietet. Die damit zusammenhängenden Fragen sollten dabei im Wesentlichen nicht als „Probleme“ diskutiert werden, sondern als kreative und gewinnbringende Prozesse der Integration von Mehrheiten und Minderheiten auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen. Den Kommunen kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu, sind sie doch die Orte, an denen die individuelle Lebensgestaltung stattfindet, an denen die Menschen miteinander leben und arbeiten. Integration ist als ein Prozeß zu verstehen, der Auseinandersetzung und Arbeit bedeutet und nicht immer konfliktfrei verläuft. Die Schaffung eines kommunalen Amtes für Migration und Integration greift diesen Gedanken auf und füllt ihn mit konkreten Inhalten.

Ein solches Amt sollte dem Gedanken verpflichtet sein, daß Integration ein gegenseitiger, individuell unterschiedlich verlaufender Prozeß ist. Integration bedeutet die Teilhabe an den Strukturen der Gesellschaft. Dazu gehören zwei Akteure: Die Minderheitenangehörigen, die es zu integrieren gilt, und die Mehrheitsgesellschaft, die sich bei diesem In-

tegrationsprozeß verändert, auf diese Veränderung vorbereitet und dabei begleitet werden muß. Gleichzeitig gilt es zu differenzieren zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, die sich heute nicht mehr einfach in „Ausländer“ und „Deutsche“ einteilen lassen. MigrantInnen der zweiten, dritten oder vierten Generation leben vielfach unter anderen Bedingungen und in anderen Erfahrungswelten als nachziehende Familienangehörige oder Flüchtlinge; Diskriminierungserfahrungen aufgrund von Hautfarbe oder Herkunft betreffen nicht nur „Ausländer“, sondern ebenso schwarze Deutsche oder Personen mit deutschem Paß und nichtdeutscher Herkunft. Ein Amt für Migration muß in seinen Arbeitsansätzen diesen Tatsachen Rechnung tragen und seine Arbeitsweise, seine Struktur und seine Angebote dementsprechend ausrichten.

Dies bedeutet auf der einen Seite, die strukturelle Ausgrenzung und fehlende Chancengleichheit bestimmter Gruppen von MigrantInnen – etwa von Jugendlichen, Flüchtlingen, Frauen – zu bewerten und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung zu ergreifen. Auf der anderen Seite gilt es, ein Bewußtsein für die Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft zu schaffen, also durch Öffentlichkeitsarbeit und Projekte in die Mehrheitsgesellschaft hinein zu wirken. Dazu gehört ganz entscheidend das Bemühen um den Abbau von Diskriminierung und die Förderung nicht-diskriminierenden Denkens.

Ein Amt für Migration und Integration soll Kommunikation und Vernetzung in der Stadt fördern und initiieren. Gleichzeitig muß es an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen auf Länder-, Bundes- und europäischer Ebene teilnehmen und sich an ihnen orientieren, denn Einwanderungsfragen sind auf diesen Ebenen eng miteinander verflochten.

Erster Schritt:

Die intellektuelle Herausforderung annehmen

Die Beschäftigung mit Einwanderung und Rassismus greift tief in Überlegungen zur Gestaltung menschlichen Zusammenlebens in einer Gesellschaft ein. Es wäre fatal zu glauben, man könne Integration in der Kommune erfolgreich betreiben, ohne sich zuvor und

dauerhaft mit den Fragestellungen auseinanderzusetzen, die sich aus Migration, Rassismus und Diskriminierung ergeben. Ein Amt, das lediglich operationelle Handlungsansätze vertritt (Wie verbessere ich das Deutschkursangebot? Nach welchen Gesichtspunkten werden Gelder an Vereine verteilt?), wird den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft an ihren zentralen Lebensorten, den Kommunen, nicht gerecht werden. Vielmehr wird ein solches Amt – und das mag es von anderen „klassischen“ Verwaltungseinheiten unterscheiden – auf einer intellektuellen Grundlage arbeiten müssen, aus der sich seine Arbeitsweise, seine Zielsetzungen und künftigen Projekte entwickeln lassen.

Die Bekämpfung von Rassismus wird dabei notwendigerweise eine zentrale Aufgabenstellung eines solchen Amtes sein. Über Rassismus jedoch wird in der Regel undifferenziert gesprochen, neue Formen des Rassismus werden häufig verkannt, Ursachen ungenügend analysiert und in der Folge wenig effektiv bekämpft. Deshalb sollen an dieser Stelle einige Anmerkungen zu den Fragen von Rassismus, Neorassismus und Antirassismus deutlich machen, welchen Anforderungen sich auch ein kommunales Amt für Migration stellen müssen.

Die politisch-moralische Verurteilung des Rassismus hat sich als weltgesellschaftlicher Konsens seit 1945 und mit den Entkolonialisierungsbewegungen gefestigt. Nichtsdestotrotz steht der öffentlichen Ächtung des Rassismus ein Ansteigen rassistischer Praktiken gegenüber. Seit etwa zwei Jahrzehnten wird von „Neorassismus“ gesprochen. Danach habe eine Verschiebung des generellen Erklärungsparadigmas vom biologisch konnotierten Begriff „Rasse“ auf Kultur oder Ethnie stattgefunden sowie die Verschiebung von einer behaupteten Überlegenheit gegenüber anderen Rassen hin zur Behauptung einer unüberwindlichen Differenz zwischen „uns“ und „ihnen“ (was P.-A. Taguieff *le principe de l'incommensurabilité radicale des différentes formes culturelles* nennt). Diese neue ideologische Form der *racisation* kommt in der Kulturalisierung sozialer Konflikte zum Ausdruck, in kulturalistischen Fremd- und Selbstzuschreibungen, in der *éloge de la différence* (Taguieff), die gerade in Deutschland in der Multikulturalismus-Diskussion auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Dabei wird verkannt, daß

es vom Recht auf Differenz nur ein kleiner Schritt zum Rassismus der Differenz ist. Rassismus und Antirassismus liegen somit paradoxerweise eng beieinander.

Dieses von Taguieff beschriebene „Dilemma des Antirassismus“ wird deutlich, wenn man sieht, daß sich neorassistische Denkweisen nicht nur bei politisch rechts Stehenden, sondern in der gesamten Gesellschaft finden. In der „harmlosesten“ Variante drücken sie sich in einer „Multikulti-Naivität“ aus, die sich am Betrachten fremder Kulturen erfreut und sich nach Belieben der verfügbaren folkloristischen und exotischen Elemente bedient. (Terkessidis spricht in diesem Zusammenhang von der „Differenzkonsummaschine.“) Die Forderung nach dem Recht auf Differenz kann jedoch – wie oben angeführt – im schlimmsten Fall umschlagen in einen Rassismus, der dann dazu dient, bestehende Ungleichheiten zu befestigen.

Antirassismus, wie er sich gemeinhin versteht, nimmt für sich in Anspruch, pluralistisch zu sein. Er basiert auf der Annahme, daß sich Menschen zunächst über ihre kulturelle Identität definieren, und postuliert gemeinhin die Achtung der kulturellen Identität als oberstes Gebot. Rassismus komme demnach in der Verleugnung dieser Identität und der Nichtanerkennung von Differenz zum Ausdruck. Dieser differentialistische oder „heterophile“ (Taguieff) Antirassismus sieht die Lösung im Prinzip der Toleranz. Umgekehrt betrachtet er Rassismus als eine Form von Universalismus, der alles gleich mache und Differenz verneine. Im System des kulturalistischen Neorassismus ist das Prinzip der Toleranz jedoch eine stumpfe Waffe. Toleranz bedeutet hier nicht die Anerkennung des anderen als Subjekt, sondern lediglich das Zugeständnis eines Rechts auf Differenz – wobei impliziert wird, daß der eigene Standpunkt (die eigene „Kultur“) der richtige ist. Von dieser Warte wird etwa deutlich, weshalb eine Plakatkampagne wie die des Saarbrücker Ausländerbeirats („Wenn es so einfach ist, einen Einwanderer aus Syrien – einen Goldfisch, einen Wellensittich, einen Hamster – zu tolerieren, wo liegt dann das Problem?“) so kontraproduktiv ist: Die Reduzierung von MigrantInnen auf ihre „niedliche“ Andersartigkeit festigt einerseits ihren Objektstatus und übersieht andererseits die eminent politische und strukturelle Komponente von Einwanderung, die andere Ana-

lysen und Lösungen erfordert als nur die einer großzügigen Toleranz.

Was bedeutet diese Erkenntnis nun für die praktische Arbeit in der Kommune? Zunächst einmal verlangt sie den Abschied vom bunten Mix eines undifferenzierten „Multikulti“, das sich in erster Linie an der folkloristischen Oberfläche der großmütig tolerierten „anderen Kulturen“ orientiert, die konsumfreundliche Darstellung dieses Anderen fördert, statt sich mit dem gemeinsamen Schicksal aller in der Einwanderungsgesellschaft Lebenden auseinanderzusetzen. Sie bedeutet die ernsthafte Beschäftigung mit den Bedingungen eben dieser Einwanderungsgesellschaft, in der das Recht auf kulturelle Differenz – wenn es denn überhaupt zugestanden wird – heute höher angesiedelt ist als das Recht auf strukturelle Gleichheit. Es erfordert die ernsthafte Analyse der jeweiligen Identität von Einwanderern, die sich aus weit mehr zusammensetzt als aus einer mal mehr, mal weniger wohlwollend betrachteten (vermeintlichen) Zugehörigkeit zu einer bestimmten Herkunftskultur.

Was bedeutet „interkulturelle Öffnung“?

Jan Bernert und Matthias Lange weisen in ihrem Bericht über das Göttinger Modellprojekt zur „Interkulturellen Öffnung der kommunalen Dienste“ darauf hin, daß „interkulturelle Ansätze für die Entwicklung einer zukünftigen Integrationspolitik ein vorwärtsweisendes demokratisierendes Potenzial aufweisen“. Ihre These: Eine Integrationspolitik, die sich als eine Politik der interkulturellen Öffnung begreift, stellt sich selbst das Ziel einer Demokratisierung der Gesellschaft und des Staates, in diesem Fall der kommunalen Ebenen.

Geht man von der Richtigkeit dieser Annahme aus, wird deutlich, welche Tragweite eine ernstgemeinte, planvolle Integrationspolitik in der Kommune hat: Sie reicht weit über das Ziel einer „Integration“ von Einwanderern hinaus und verändert das Leben im kommunalen Sozialraum zugunsten aller Beteiligten, indem sie dazu beiträgt, die Verunsicherungen abzubauen, die mit den durch Einwanderung sich verändernden Bedingungen einhergehen und mit denen die Betroffenen bisher alleingelassen wurden.

Einer der am meisten bemühten Begriffe im Zusammenhang mit der interkulturellen Öffnung in der Kommune ist der der „interkulturellen Kompetenz“, die es innerhalb der Behörden zu erwerben gelte. Doch gilt es auch hier, näher hinzusehen, welche Absicht damit verbunden wird. Beschreibt „interkulturelle Kompetenz“ zunächst lediglich die Fähigkeit, in so genannten „kulturellen Überschneidungssituationen“ erfolgreich zu handeln, so ist doch nicht zu übersehen, daß diese Kompetenz einer Strategie der Macht folgt, die letztlich dazu führen soll, „im Kontakt mit Angehörigen einer anderen Kultur ... die eigenen Ziele des Handelns ‚unverletzt‘ ... durchsetzen zu können“ (Breitkopf/Schweitzer 2000, 42). Basiert ein solches Konzept darüber hinaus auf einem Kulturbegriff, der Menschen im wesentlichen einer bestimmten ethnischen Herkunft zuordnet, also kulturalisierend wirkt, rückt dabei der Blick auf die strukturelle – rechtliche, soziale und wirtschaftliche – Gleichstellung in den Hintergrund. Der Erwerb interkultureller Handlungskompetenz darf denn auch nicht nur als individuelle Leistung des einzelnen Mitarbeiters verstanden werden, sondern „interkulturelle Öffnung postuliert einen Prozeß der Organisationsentwicklung“ (Kühne 1999, 47). In Bezug auf kommunales Handeln sprechen Bernert und Lange deshalb von einer „spezifischen sozialräumlichen interkulturellen Gestaltungsfähigkeit der Kommune als Gebietskörperschaft“, in der interkulturelle Kompetenz für die Entwicklung einer Praxis der Offenheit und der Nicht-Festlegung nutzbar gemacht wird. Damit eine solche Praxis nicht in die „Kulturalisierungs-Falle“ tritt, muß sie als Politik konzipiert und politisch-institutionell abgestützt werden. Interkulturelle Kompetenz darf also nicht aus dem Kontext des Kulturellen heraus definiert werden, sondern ihr soll es gelingen, „in ethnifizierten Situationen des Alltagslebens die kulturellen Zuschreibungen und Festlegungen aktiv und effektiv aufzulösen“. (Bernert/Lange 2000, 22)

Mögliche Handlungsfelder

Eine nachhaltige Integrationspolitik, die sich als Querschnittsaufgabe versteht, umfaßt eine Vielzahl von Handlungsfeldern: die strukturelle Verbesserung des Zugangs von MigrantIn-

nen zu den kommunalen Diensten, die Ausbildung interkultureller Kompetenzen unter den MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, die interkulturell kompetente Gestaltung des Gemeinwesens, Ausbildungs- und Arbeitsmarktförderung, Sprachförderung, Kinder- und Jugendarbeit, Konfliktvermittlung, Stadtplanung, Altenhilfe usw. Das *Amt für multikulturelle Angelegenheiten* (AMKA) in Frankfurt mag den Planern in Saarbrücken Pate gestanden haben – allein das deutlich geringere Finanz- und Personalbudget in der saarländischen Landeshauptstadt wird allenfalls eine Schmalspurversion des Frankfurter Modells erlauben. Den zwanzig größtenteils hochqualifizierten MitarbeiterInnen des AMKA steht eine Personalplanung von ein bis zwei neu zu schaffenden Stellen und eventuell hinzukommenden MitarbeiterInnen aus anderen Teilen der Saarbrücker Verwaltung gegenüber. Hochfliegende Pläne werden einer realistischen Betrachtung des tatsächlich Machbaren weichen müssen. Um so wichtiger wird es sein, sich gleich zu Beginn der Arbeit auf konzeptionelle – d.h. auch politische und theoretische – Grundlagen zu verständigen, eine Bestandsaufnahme der Einwanderungssituation in Saarbrücken durchzuführen und vordringliche Handlungsfelder zu bestimmen.

Welche Felder auch immer das Saarbrücker Amt sich zunächst vornehmen wird – seine grundsätzliche Aufgabe wird darin bestehen, Beschlüsse zu fassen, Leitbilder zu entwerfen und Maßnahmen zu entwickeln. Beschlüsse zu fassen heißt, sich klar zu positionieren, mögliche Probleme, die involvierten Akteure und Zielgruppen beim Namen zu nennen. Da Einwanderungsfragen stets eine hochgradig politische Komponente haben, wird hier auch Mut zu möglicherweise unbequemen Entscheidungen erforderlich sein: besondere Förderprogramme etwa für arbeitslose Migrantenjugendliche sind in einer Zeit, da immer wieder fälschlicherweise mit einer überdurchschnittlich hohen Jugendarbeitslosigkeit argumentiert wird, sicherlich nicht einfach zu verkaufen. Leitbilder entwerfen heißt, Projektionen des interkulturellen Zusammenlebens zu entwickeln, das herkömmliche Schubladen denken von den „Deutschen“ auf der einen und den „Ausländern“ auf der anderen Seite abzulegen und neue Bilder der bereits Realität gewordenen Einwanderungsgesellschaft, in der die alten Eindeutigkeiten keinen Platz

mehr haben, öffentlich zu vermitteln. Wer beispielsweise die Einbürgerungszahlen erhöhen möchte, muß einerseits den potentiellen „Neubürgern“ vermitteln, daß sie willkommen sind und sie zu diesem Schritt motivieren, und der aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft verdeutlichen, daß es künftig andere Bilder von Deutschen geben wird, in denen auch sie sich erst einmal wiederfinden muß. Maßnahmen entwickeln heißt, Innovatives zu entwerfen und andernorts erfolgreich Erprobtes zu übernehmen; qualifizierte Träger nach dem Subsidiaritätsprinzip für die Durchführung von Projekten etwa in Schulen, in der Jugendhilfe oder in Gemeinwesen, zu gewinnen und eine Vielzahl von Akteuren einzubeziehen. Vernetzung, Kommunikation und Moderation müssen die wesentlichen Merkmale der Aktivitäten eines solchen Amtes sein.

Dringend geboten: Antidiskriminierungsarbeit

Zum Konzept eines Amtes für Migration und Integration gehört zwingend das Aufgabenfeld der Bekämpfung und Vermeidung von Diskriminierung. Das Amt sollte zentrale Anlaufstelle für Beschwerden über Diskriminierung (im öffentlichen und privaten Bereich) sein. In Bezug auf mögliche Diskriminierungsfälle innerhalb der Verwaltung muß ein sensibler und konstruktiver Dialog mit allen Teilen der Stadtverwaltung geführt werden.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Richtlinien 2000/43/EG (Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft) und 2000/78/EG (Diskriminierung im Bereich der Beschäftigung) in eine nationale Antidiskriminierungsgesetzgebung bis Juli 2003 ist die Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen auch auf kommunaler Ebene geboten. Entsprechende Planungen bei der Stadt sollten sich bereits jetzt an den Maßgaben der Richtlinien orientieren. Zu diskutieren ist dabei auch der von der EU gewählte „horizontale Ansatz“ bei der Diskriminierungsbekämpfung. Dieser sieht vor, sich mit den verschiedenen Diskriminierungsgründen – ethnische Herkunft, Weltanschauung, Religion, sexuelle Orientierung, Behinderung, Alter – gleichermaßen zu beschäftigen und vergleichbare Wirkungsmechanismen von Diskriminierung zu untersuchen. Eine solchermaßen konzipierte Anti-

diskriminierungsstelle müsste jedoch einen eigenen Ort innerhalb der Stadtverwaltung erhalten, da sie ein breiteres Spektrum abdeckt als ein kommunales Integrationsamt.

Kommunal handeln – europäisch denken

In den offiziellen nationalen Politiken und in der Gemeinschaftspolitik der EU besteht Konsens darüber, daß Einwanderungsfragen gesamteuropäisch diskutiert werden müssen und Rassismus ein Phänomen ist, dem nicht allein auf einzelstaatlicher, sondern auf transnationaler Ebene zu begegnen ist. Rassismus wird hierbei als eine von mehreren Formen der Diskriminierung gewertet. So bestimmt Artikel 13 des *Amsterdamer Vertrages*, daß der Europäische Rat auf Vorschlag der Kommission „geeignete Vorkehrungen treffen kann, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen“. Die zwei oben genannten Richtlinien und ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Diskriminierung wurden in diesem Zusammenhang verabschiedet.

Transnationale Projekte unter Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen, kommunalen Ämtern und Hochschulen, die beispielsweise im Rahmen dieses Aktionsprogrammes durchgeführt werden, ebenso wie der „offizielle“ politische Dialog zur gemeinsamen Bekämpfung von Rassismus (wie er etwa als bilaterales Projekt mit dem deutsch-französischen Gipfel in Freiburg im Juni 2001 begonnen wurde), sind interkulturelle Projekte par excellence: Nicht nur, indem sie Projekt- und Dialogpartner aus unterschiedlichen Ländern zu einer intensiven Zusammenarbeit verpflichten, sondern auch, indem sie mit den Themen Einwanderung und Rassismus Gegenstände behandeln, die den Kern interkultureller Kommunikation berühren: Umgang mit dem Anderen, Fremd- und Selbstwahrnehmung, nationale und kulturelle Identität etc. Auch das Saarbrücker Amt für Migration und Integration wird gut daran tun, von Anfang an europäisch zu denken und zu handeln: weil man *good practice* von anderen lernen kann, weil der Austausch über die Grenzen hinweg bereichernd ist und innovatives Denken fördert.

Verwalten oder gestalten – die Weichenstellung für die Qualität des Saarbrücker Amtes wird mit dieser Entscheidung getroffen. Die politisch Verantwortlichen der schwarz-grünen Koalition in Saarbrücken werden bei diesem Projekt klar Stellung beziehen müssen, denn Migration und Integration sind Themen, die keine halbherzigen Positionen erlauben – auch wenn es nicht um die große Zuwanderungsdebatte geht, sondern „nur“ um die Ausgestaltung des Zusammenlebens in der Kommune.

Literatur:

Jan Bernert und Matthias Lange: Interkulturelle Kompetenz in Kommunalverwaltung und Gemeinwesenarbeit am Beispiel der Stadt Göttingen, in: *Integration in Städten und Gemeinden, Hrsg.: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Berlin und Bonn, Dezember 2000.*

Ulrich Bielefeld (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?, (Neuausgabe) *Hamburg 1998.*

Tanois Breitkopf / Helmut Schweitzer: Was kann interkulturelle Kompetenz in kommunaler Verwaltung und Gemeinwesenarbeit bewirken?, in: *Stadt Göttingen 2000, S. 25-60.*

Stuart Hall: Rassismus und kulturelle Identität, *Hamburg 1994.*

Klaus Kühne: Interkulturelle Öffnung der Regeldienste, in: *iza, Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, 3-4/1999.*

Ruth Mayer / Mark Terkessidis (Hrsg.): Globalkolorit. Multikulturalismus und Populärkultur, *Hamburg 1998.*

Paul Mecheril / Thomas Teo (Hrsg.): Psychologie und Rassismus, *Hamburg 1997.*

Rainer Nickel: Gleichheit und Differenz in der vielfältigen Republik, *Baden-Baden 1998.*

Pierre-André Taguieff: Le racisme, *Paris 1997.*

Mark Terkessidis: Psychologie des Rassismus, *Opladen 1998.*

Viktoria Waltz: Migration und Urbanität, in: *Integration in Städten und Gemeinden, Hrsg.: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Berlin und Bonn, 2000.*

Zwangsarbeit bei Röchling

Das Arbeitserziehungslager Etzenhofen

Von Fabian Lemmes

Es ist eines von vielen Lagern für ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, die während des Zweiten Weltkriegs im Raum Püttlingen-Köllerbach bestanden. Gleichwohl unterscheidet es sich von allen anderen. Das Lagergelände am Bahnhof des Köllerbacher Ortsteils Etzenhofen ist heute größtenteils überbaut – Anfang der 80er Jahre wurde hier ein Industriegebiet angelegt. Wer etwas genauer hinschaut, wird einen Findling entdecken, der an das Leid von insgesamt 1604 Frauen und Männern erinnert, die zwischen Frühjahr 1943 und Dezember 1944 im *Arbeitserziehungslager (AEL) Etzenhofen* interniert waren. Sie mußten dort bei mangelhafter Ernährung Schwerarbeit verrichten und waren den Drangsalierungen und Mißhandlungen durch das Wachpersonal ausgeliefert.

Das AEL Etzenhofen war das betriebseigene Straflager der *Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke (RESW)* für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter und als solches einzigartig innerhalb der saarländischen Industrie. Zeitgleich mit einem betrieblichen Schnellgericht im Frühjahr 1943 eingerichtet, war es Teil eines verschärften Repressionssystems zur Erhöhung der Arbeitsdisziplin. Seine Geschichte ist untrennbar verknüpft mit der Geschichte des Zwangsarbeitereinsatzes auf der Völklinger Hütte.

Was wissen wir heute über das AEL Etzenhofen, knapp zehn Jahre nach dem Erscheinen des Buches *Feind schafft mit ...*, mit dem Hans-Henning Krämer und Inge Plettenberg nicht nur die seitdem maßgebliche Referenz zur

Zwangsarbeit im Saarland lieferten, sondern auch die Grundlage für die Erforschung des AEL Etzenhofen?¹ Worüber wissen wir noch nichts? Welche Fragen müßten überhaupt erst gestellt werden? Der folgende Beitrag wird diese Fragen zu beantworten versuchen.

Da es beinahe ebensoviele offene Fragen wie gesicherte Erkenntnisse gibt, ist es um so wichtiger, sich zunächst der Grundlagen zu vergewissern und einen Blick auf Quellen und Forschungsliteratur zu werfen. Der Stand der Kenntnisse über das AEL Etzenhofen wird zunächst dargestellt und in den größeren Zusammenhang des Zwangsarbeitereinsatzes im Zweiten Weltkrieg eingeordnet. Anschließend werden offene Fragen diskutiert und Ansätze für weitere Forschungen entwickelt. Den Abschluß bilden einige Bemerkungen zum Problem von Erinnerung und Traditionsbildung im Spannungsfeld zwischen Weltkulturerbe und Zwangsarbeit.

Spurensuche: Quellen und Literatur

Die bislang nahezu einzige Quellenbasis für die Erforschung der Geschichte des AEL Etzenhofen bilden die Akten des Röchling-Prozesses in Rastatt 1948/49 – oder besser gesagt: bildet der Teil der Akten, der der Forschung bisher bekannt ist. Die vollständigen Prozeßunterlagen, die in den Pariser *Archives Nationales* lagern, konnten m.W. noch nicht eingesehen werden. Teile der Prozeßakten sind jedoch in deutschen Archiven² beziehungsweise im *Warschauer Archiv der Hauptkommission zur Erforschung der Hitlerverbrechen* in Polen zugänglich. Aus den Warschauer Beständen zitierend, haben Krämer und Plettenberg im Dokumententeil von *Feind schafft mit ...* ausführliche Passagen aus der Dokumentation der Anklage in deutscher Übersetzung einem breiteren Publikum zugänglich gemacht.³ In den kommunalen Archiven finden sich keine Dokumente über das Lager.⁴ Auch das Werksarchiv

¹ Hans-Henning Krämer/Inge Plettenberg: *Feind schafft mit ... Ausländische Arbeitskräfte im Saarland während des Zweiten Weltkrieges*, Ottweiler 1992.

² *Etwa das Plädoyer der Staatsanwaltschaft im Staatsarchiv Nürnberg sowie die Urteilsbegründung im Bundesarchiv Koblenz*; vgl. hierzu Hans-Christian Herrmann: Hermann Röchling in der deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber Elsaß-Lothringen 1940-1944, *Examensarbeit, Universität des Saarlandes, Saarbrücken* 1991, S. 633f.

³ Krämer/Plettenberg, S. 167-187; wie umfangreich die Prozeßdokumentation im *Warschauer Archiv* ist, geht aus den Angaben der Autoren leider nicht hervor. Vgl. auch die Ausführungen zu *Schnellgericht und AEL Etzenhofen*, S. 82-85.

⁴ Paul Spering/Michael Müller: *Die Kriegsergebnisse 1939-1945 im Raum Püttlingen-Köllerbach, Püttlingen 1998 (Beiträge zur Geschichte des Köllertals 7)*, S. 386.

⁵ Gerhard Seibold: *Röchling, Kontinuität im Wandel, Stuttgart 2001*.

⁶ *Ebd.*, S. 248.

⁷ *Ebd.*

⁸ Hans-Christian Herrmann: Hermann Röchling in der deutschen Kriegswirtschaft. Ein Beitrag zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft im Dritten Reich und zur Polykratiendiskussion sowie zur deutsch-französischen Kollaboration, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* 20 (1994), S. 405-450.

Saarstahl Völklingen scheint nicht weiterhelfen zu können, jedenfalls gibt es im Etzenhofen-Kapitel bei Krämer/Plettenberg keine entsprechenden Belege, obgleich das Archiv im Quellenverzeichnis des Buches genannt wird.

Weitreichende Aufschlüsse insbesondere über die Einrichtung des Lagers, seine Organisation und die Kompetenzstrukturen kann man sich hingegen von den Beständen des privaten Röchling-Archivs in Mannheim erhoffen. Mit entsprechend großer Erwartung habe ich Gerhard Seibolds voluminöse, 2001 erschienene Hermann-Röchling-Biographie gelesen (siehe auch S. 100), in der der Autor sich vornehmlich auf diese Bestände stützt.⁵ Das Ergebnis war leider enttäuschend: Zum Lager Etzenhofen findet sich so gut wie nichts. Seibold schreibt lapidar: „Diese Verhältnisse [gemeint ist die steigende Zahl ausländischer Arbeitskräfte im Völklinger Werk] bedingen mit Blick auf die Unterbringungsproblematik und auch unter Sicherheitsaspekten die Einrichtung eines Konzentrationslagers.“⁶ Man ist verblüfft. Verblüfft zunächst über einen technokratischen Jargon, der wie eine Imitation der zeitgenössischen Behördensprache wirkt. Verblüfft aber auch über einen Sachzwang, der es dem Autor hier wie an anderen heiklen Stellen gestattet, sich nicht mit der Frage der Verantwortlichkeit seines Protagonisten auseinandersetzen zu müssen (die unumwundene Bezeichnung des AEL Etzenhofen als „Konzentrationslager“ hingegen überrascht): *Es herrschen dann Verhältnisse, die im Hinblick auf Problematiken und unter Aspekten Dinge bedingen. So lesen wir zwei Sätze weiter: „Daß es unter den gegebenen Umständen des öfteren zu einer schikanösen Behandlung durch den bereits vor dem Krieg in Völklingen installierten Werkschutz kam, war zwangsläufig Konsequenz dieser Situation. Fragen der Arbeitsdisziplin wurden zum Anlaß genommen, auch Mißhandlungen und Übergriffe mit tödlichem Ausgang zu rechtfertigen.“*⁷ Es folgen drei kurze Sätze über die

Schaffung des betrieblichen Schnellgerichts, damit ist das Thema erledigt.

Um nicht mißverstanden zu werden: Natürlich gibt es „Verhältnisse“, die bei der Beurteilung der Verantwortlichkeit Hermann Röchlings wie anderer Beteiligten einbezogen werden müssen. Doch muß man zumindest erwarten, daß die Frage nach der Verantwortlichkeit überhaupt gestellt wird. Sie nicht zu stellen, ist letztlich eine implizite Form, sie zu beantworten. Es bleibt festzuhalten: Für unser Thema liefert das Buch kaum Neues. Hinsichtlich des Schnellgerichts stützt sich Seibold schlichtweg auf Krämer/Plettenberg, denen er auch die Zahlen zum Zwangsarbeitereinsatz in Völklingen entnimmt. Dies läßt zwei Erklärungen zu: Entweder findet sich zu diesem Thema wirklich nichts im Röchling-Archiv, oder aber der Autor hat nicht danach gesucht bzw. sich nicht dafür interessiert. Welche Alternative zutrifft, kann hier nicht entschieden werden.

Über die Arbeit von Krämer/Plettenberg hinaus sind für das Thema Etzenhofen vor allem die Untersuchungen von Hans-Christian Herrmann zur Rolle Hermann Röchlings in der deutschen Kriegswirtschaft⁸ sowie Yveline Pendaries' Buch über die Rastatter Prozesse⁹ von Bedeutung.¹⁰ Schließlich ist Paul Sperlings und Michael Müllers Aufarbeitung der Kriegseignisse in Püttlingen-Köllerbach zu nennen, in der die bekannten, bei Krämer/Plettenberg abgedruckten Auszüge aus der Dokumentation des Rastatter Prozesses mit Zeitzeugenaussagen angereichert werden.¹¹ Auf diese Literatur gründen sich auch die folgenden Ausführungen.

Disziplinierung „widerspenstiger Fremdarbeiter“¹²

In einem betriebsinternen Rundschreiben vom 12. April 1943 gab die Firmenleitung der Röchling-Werke die Schaffung eines betrieblichen Schnellgerichts bekannt. Seine Aufgabe sollte darin bestehen, „alle Vergehen hin-

ders.: Plante Hermann Röchling 1940 ein zusammenhängendes Montanrevier Saar-Lor-Lux?, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 42 (1994), S. 214-224; ders.: Hermann Röchling in der deutschen Wirtschaftspolitik (s. Anm. 2).

9 Yveline Pendaries: Les procès de Rastatt (1946-1954). Le jugement des crimes de guerre en zone française d'occupation en Allemagne, Bern u.a. 1995 (Contacts: Série 2, Gallo-Germanica; vol. 16).

10 Die Ausführungen von Klaus Michael Mallmann und Gerhard Paul (Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991, S. 308-310, 316-318) entsprechen hingegen weitgehend denen von Krämer/Plettenberg, da Mallmann/Paul sich auf die Diplomarbeit von Krämer (Fremdarbeiter im Saarland. Die Arbeits- und Lebensbedingungen ausländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkrieges, FU Berlin 1988) stützen, deren Ergebnisse später in die Arbeit von Krämer/Plettenberg eingegangen sind.

11 Sperling/Müller (s. Anm. 4), S. 385-399.

12 Albrecht Serf, ehem. Werkschutzmitglied, zit. nach: Krämer/Plettenberg, S. 174. – Das folgende Kapitel ist die erweiterte Fassung des Artikels Arbeits-erziehungslager der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke, Etzenhofen/Püttlingen, der Ende 2001 im Rahmen des Projekts Stätten grenzüberschreitender Erinnerung - Lieux de la mémoire transfrontalière im Internet erscheint (<http://www.uni-saarland.de>).

sichtlich der Disziplinlosigkeit in der Fabrik“ abzuurteilen.¹³ Als „Vergehen“ werden genannt:

- *wiederholte Abwesenheit ohne ersichtlichen Grund*
- *wiederholte Verspätungen ohne ernsthaften Grund*
- *Arbeitsaufgabe*
- *Verweigerung der zusätzlichen Arbeit*
- *Fortgesetzte Disziplinlosigkeit im allgemeinen, v.a. wenn dadurch der Arbeitsablauf gestört wird.*¹⁴

Gegen ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter konnte das Gericht bis zu 56 Tage Haft im Arbeitserziehungslager Etzenhofen verhängen, dessen Gründung kurze Zeit später, am 30. April 1943, vom Leiter des Werksschutzes angekündigt wurde.¹⁵ Beide Maßnahmen zusammen markieren den Beginn einer Phase verschärfter betrieblicher Repression, die sich in erster Linie gegen die beständig wachsende Zahl ausländischer Zwangsarbeiter richtete. Hintergrund für diese Entwicklung sind der Kriegsverlauf und die ihrerseits vom Kriegsverlauf maßgeblich beeinflusste Entwicklung in der Zwangsarbeiterpolitik der Reichsführung.

Zwangsarbeit im Saarland und in Völklingen

Wie im gesamten Reichsgebiet war der Einsatz von Kriegsgefangenen und zivilen ausländischen Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkriegs auch in der saarländischen Wirtschaft nahezu flächendeckend. Über 70.000 ausländische Arbeitskräfte waren im Saarland eingesetzt, mehr als 45.000 davon waren Zivilarbeiter, die übrigen Kriegsgefangene. Ein Großteil dieser Arbeitskräfte entfiel auf die Bereiche Bergbau sowie Eisen- und Stahlindustrie, denen für die Kriegsproduktion des „Dritten Reiches“ besondere Bedeutung zukam.¹⁶

Eine Aufrechterhaltung bzw. Erhöhung der Produktion war auch im

Völklinger Werk, dem größten saarländischen Industriebetrieb, nur dadurch möglich, daß die Einberufungen zur Wehrmacht durch Umlegung von Arbeitskräften aus anderen Betrieben, die Beschäftigung deutscher Frauen, vor allem aber die Beschäftigung ausländischer Zwangsarbeiter kompensiert und sogar überkompensiert wurden. So wuchs die Belegschaft von 9.170 Personen Ende 1940 auf etwa 15.000 Anfang 1944. Insbesondere stieg seit Frühjahr 1942 die Zahl der Arbeitskräfte aus der Sowjetunion, der sog. Ostarbeiter, stark an. Die Zahl der Ausländer nahm in der zweiten Kriegshälfte kontinuierlich zu, bis Mitte 1944 ein Höchststand von knapp 6.000 (davon ca. 1.300 Kriegsgefangene) erreicht wurde. Da zur gleichen Zeit auch die Zahl der deutschen Arbeiter auf der Völklinger Hütte wieder stieg, lag seit Ende 1942 der Anteil der Ausländer an der Belegschaft relativ konstant zwischen 35 und 40 Prozent. Die größte Gruppe bildeten dabei die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion vor Franzosen und, mit einigem Abstand, Italienern, Polen und Niederländern.¹⁷

Das Bild des „Ausländereinsatzes“, einschließlich widrigster Arbeits- und teilweise erbärmlicher Lebensbedingungen, unterschied sich damit in Völklingen prinzipiell nicht von der Situation in den übrigen Saarrütten, einzigartig innerhalb der saarländischen Industrie waren jedoch Schnellgericht und betriebliches Arbeitserziehungslager.

Verschärfte Repression

Die Politik des „Ausländereinsatzes“ war maßgeblich beeinflusst von der Entwicklung des Kriegsgeschehens.¹⁸ Die massive, meist erzwungene und nicht selten gewaltsame Rekrutierung von Arbeitskräften in den von der Wehrmacht besetzten Teilen der Sowjetunion war, wie der ursprünglich nicht geplante Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener, eine Reaktion auf das Scheitern der Blitzkriegstrate-

¹³ Abgedruckt in: Krämer/Plettenberg, S. 172.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Tribunal Général de Rastatt: Procès Röchling, Exposés de preuves (im folgenden: TGR), wiedergegeben nach: Krämer/Plettenberg, S. 174.

¹⁶ Zu den Zahlen vgl. hier und im folgenden Krämer/Plettenberg, S. 32f., 43-54.

¹⁷ TGR, von der Anklage vorgelegte Statistik, abgedruckt bei: Krämer/Plettenberg, S. 167.

¹⁸ Einschlägig dazu Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, 2. Aufl., Bonn 1999.

gie im Osten. Man mußte sich nun auf einen längeren Krieg einrichten und die Produktion aufrechterhalten, ja nach Möglichkeit steigern, ohne auf eine baldige Demobilisierung großer Teile der zur Wehrmacht eingezogenen Arbeiter rechnen zu können. Hiermit in Zusammenhang steht die seit dem Frühjahr 1942 beständig ansteigende Zahl der Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter bei Röchling.

Die Niederlage von Stalingrad um die Jahreswende 1942/43 markierte wiederum den Übergang zu einer neuen Phase des „Ausländereinsatzes“, in der es nicht nur um eine weitere quantitative, sondern auch um eine qualitative Steigerung ging: Mit einer reichsweiten Verschärfung des inner- und außerbetrieblichen Kontroll- und Strafsystems gegenüber den ausländischen Arbeitskräften seit Ende 1942 sollte eine Leistungssteigerung repressiv durchgesetzt werden. Wichtigstes Instrument der betrieblichen Disziplinierung war der bereits vor dem Krieg gegründete Werkschutz, der in der Folgezeit sukzessive erweitert wurde. So erfuhr auch der Werkschutz der RESW, seit 1941 geführt von Obersturmbannführer Erich Rassner, eine systematische Militarisierung und personelle Erweiterung.¹⁹

Reichssicherheitshauptamt und Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz erließen bis Ende 1943 zahlreiche Bestimmungen, die die Strafkompetenzen der Betriebsleitungen weiter stärkten und zur umgehenden Ahndung von „Arbeitsbummelei“ in größeren Rüstungsbetrieben Standgerichte der Arbeit vorsahen.²⁰ Die Einrichtung betrieblicher Straflager bei Großunternehmen mit zahlreichen ausländischen Zwangsarbeitern hatte das Reichssicherheitshauptamt in diesem Zusammenhang bereits in einem Erlaß vom 15. Dezember 1942 angeregt.²¹

Ob die direkte Initiative zur Gründung des AEL Etzenhofen von den Röchling-Werken selbst oder aber von der Gestapo bzw. Gauleiter Joseph Bürckel ausging, ist bis heute nicht endgültig geklärt, die Zeugenaussagen

beim Röchling-Prozeß gehen hier auseinander. Entscheidend ist jedoch, daß die Interessen des Unternehmens mit Blick auf Arbeitslager und Schnellgericht mit denen der staatlichen Stellen konvergierten: Waren vormals „Fremdarbeiter“ nach Überstellung an die Gestapo oft nicht zu den RESW zurückgekehrt, so konnte das Unternehmen jetzt nicht nur nach Ablauf der Haft, sondern auch während der Internierung im AEL weiter über ihre Arbeitskraft verfügen.²² Umgekehrt garantierte das Schnellgericht eine rasche und abschreckende Bestrafung im Sinne der Gestapo. Zudem führte ein Vertreter der Gestapo bei Verhandlungen gegen Ausländer den Vorsitz des Schnellgerichts, dem auf Unternehmensseite der Betriebsführer und je ein Vertreter von Werkschutz und Unternehmensleitung angehörten (wurde gegen Deutsche verhandelt, lag der Vorsitz bei einem Beauftragten des Reichstreuhänders der Arbeit).²³

Das AEL Etzenhofen stellte neue Internierungskapazitäten bereit und unterstand zumindest formal der Gestapo. Verantwortlicher für das Lager war jedoch der Leiter des Röchling-schen Werkschutzes, Obersturmbannführer Rassner, der seinerseits Jakob Beck als Lagerführer einsetzte.²⁴ Eine zunehmende institutionelle Verzahnung staatlicher und betrieblicher Repression wird hier deutlich. Rassner bot einer Reihe weiterer Unternehmen, u.a. der Dillinger Hütte, eine Mitnutzung der in Etzenhofen vorhandenen Internierungskapazitäten zur Disziplinierung ihrer Zwangsarbeiter an, doch machte keiner der angesprochenen Betriebe von diesem Angebot Gebrauch.²⁵

Die Einweisung nach Etzenhofen stellte im betrieblichen Alltag fortan die größte Strafandrohung für Zwangsarbeiter dar und wurde schon bei geringen „Vergehen“ ausgesprochen. So wurde ein Lothringer polnischer Herkunft wegen „Bummelei“ und „Handels mit Brotmarken“ ebenso zu 56 Tagen Arbeitserziehungslager verurteilt wie eine Ostarbeiterin, weil sie ein

19 Krämer/Plettenberg, S. 81.

20 Herbert (s. Anm. 18), S. 349f.

21 Ebd., S. 357f.

22 So die Aussage Anton Eisenlauers, des Leiters des Röchlingschen Personalbüros, in: TGR, abgedruckt bei: Krämer/Plettenberg, S. 174.

23 Krämer/Plettenberg, S. 82f.

24 Schriftlicher Bericht des ehemaligen Werkschutzmitglieds Serf, in: TGR, abgedruckt bei: Krämer/Plettenberg, S. 174.

25 TGR, wiedergegeben nach: Krämer/Plettenberg, S. 174.

paar weiße Handschuhe gegen Brotmarken getauscht hatte.²⁶

Lager und Häftlingsalltag

Das bei den ausländischen Arbeitern der Völklinger Hütte als „KZ“ berüchtigte Lager – auch Werkschutzmann Albrecht Serf spricht in einer schriftlichen Stellungnahme von 1946 von einem „Konzentrationslager“²⁷ – bestand aus zwei Holz- und zwei Steinbaracken. Für das Gelände am Etzenhofener Bahnhof zahlten die RESW der Reichsbahn Miete. Die Baracken waren von Reichsautobahngesellschaft bzw. Reichsarbeitsdienst errichtet worden und wurden spätestens Anfang 1943 von den Röchling-Werken übernommen.²⁸ Das Lager war von einem Zaun umgeben, der später mit Rohrmatten verkleidet wurde, damit Passanten nicht hineinsehen konnten.²⁹ Die drei bis fünf Wachleute waren Beschäftigte der RESW, vermutlich Angehörige des Werkschutzes, und mit Pistolen und Gummiknüppeln bewaffnet.³⁰

Die durchschnittlich 30 bis 50 kahlgeschorenen Gefangenen fuhren morgens – um 5.30 Uhr im Sommer, um 7.15 Uhr im Winter – mit dem Zug nach Völklingen und hatten dort zwölf Stunden lang besonders schwere und gefährliche Arbeit zu verrichten, z.B. Pech und Koks ein- und auszuladen. Ins Lager zurückgekehrt, mußten sie weitere Arbeiten meist ausschließlich schikanöser Natur ausführen, etwa Betonstücke hin- und herschleppen. Nächtliches Strafexerzieren und Abspritzen der Insassen mit eiskaltem Wasser trugen wie die völlig unzureichende Ernährung weiter zur vollständigen Erschöpfung der Häftlinge bei.³¹

Es war im Lager verboten, einfach umherzugehen, stattdessen mußten die Gefangenen immer laufen, um nicht von den Schäferhunden angefallen zu werden; viele wagten es daher nicht, zur Toilette zu gehen. Ehemalige Internierte und Anwohner berichten übereinstimmend von sadistischen Drangsalierungen und Miß-

handlungen der Häftlinge durch das Wachpersonal (Schlagen mit der Reitpeitsche, Loslassen der Schäferhunde), ebenso von Vergewaltigungen weiblicher Gefangener und von einzelnen Todesfällen.

Der Röchling-Prozeß

in Rastatt 1948/49

Hermann Röchling wurde im Januar 1949 vom Obersten Gericht der französischen Militärverwaltung in Rastatt wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu zehn Jahren Gefängnis, Konfiszierung seines Vermögens und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Er kam jedoch bereits 1951 aus der Haft frei, seine Betriebe wurden 1952 wieder freigegeben. Röchling wurde für schuldig befunden, an der wirtschaftlichen Ausplünderung der besetzten Länder – unter anderem in der seit Juni 1942 von ihm ausgeübten Funktion eines „Reichsbeauftragten für Eisen und Stahl in den besetzten Gebieten“ – mitgewirkt zu haben, Zwangsarbeiter beschäftigt und die Art ihrer Behandlung in seinem Unternehmen zumindest toleriert zu haben. Ebenfalls zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden Hermanns Bruder Ernst Röchling (fünf Jahre) sowie Hans-Lothar von Gemmingen (drei Jahre) und Wilhelm Rodenhauser (drei Jahre), beide Mitglieder der Unternehmensführung.³²

Diskussionspunkte und offene Fragen

Wenden wir uns nun dem zu, was wir nicht wissen. Wie in den vorigen Ausführungen bereits angedeutet, besteht in zahlreichen Punkten ein Bedürfnis nach Präzisierung. Ich will dabei nicht ausschließen, daß mir Informationen zu Etzenhofen entgangen sind. Die folgenden Fragen sind daher nicht nur im Sinne von Ansatzpunkten für die weitere Forschung zum Thema zu verstehen, sondern auch als Appell an die Leser, seien es Historiker, interessierte Nichthistoriker oder Zeitzeugen, zur

²⁶ Herrmann: Hermann Röchling in der deutschen Kriegswirtschaft (s. Anm. 8), S. 437f.

²⁷ Vgl. Anm. 24.

²⁸ Bahnhofsvorsteher Grün erklärt in seiner Zeugenaussage, die Baracken seien 1942 von der Reichsautobahngesellschaft aufgebaut worden, während die Rastatter Anklage hier den Reichsarbeitsdienst nennt und gleichzeitig angibt, die RESW hätten der Reichsbahn für die Gebäude Miete gezahlt; vgl. Krämer/Plettenberg, S. 174f.

²⁹ Aussagen von Richard Folz und seiner Schwester Maria Leidinger am 9.7.1997, abgedruckt in: Sperling/Müller (s. Anm. 4), S. 393.

³⁰ Aussage von Bahnhofsvorsteher Grün (wie Anm. 28).

³¹ Vgl. zu diesem und zum folgenden Abschnitt die bei Krämer/Plettenberg, S. 170-177, abgedruckten Auszüge aus der Dokumentation der Anklage sowie die Aussagen von Richard Folz und Maria Leidinger (s. Anm. 29).

³² Pendaries (s. Anm. 9), S. 54f.; Konrad Fuchs: Hermann Röchling, in: Peter Neumann (Hg.): Saarländische Lebensbilder, Bd. 2. Saarbrücken 1984, S. 221-251, hier S. 248.

Klärung dieser Fragen beizutragen. Sie lassen sich zu drei Problemkomplexen bündeln.

Sachliche Unklarheiten

Das erste Bündel von Fragen betrifft die Chronologie und die Belegung des Lagers. Wann beschloß die Werksleitung, ein betriebliches Straflager einzurichten? Bei Seibold findet sich die bemerkenswerte Angabe, die RESW hätten „bereits 1942 das von der Reichsautobahngesellschaft aufgebaute Lager in Püttlingen-Etzenhofen übernommen“, wobei der Kauf vom Autor auf das Vorhaben der Straflagergründung zurückgeführt wird.³³ Träfe dies zu, dann wäre auf die Lagergründung womöglich schon zu einer Zeit hingearbeitet worden, in der die Errichtung betrieblicher Arbeitserziehungslager auf Reichsebene noch überhaupt nicht beschlossen war (der entsprechende Erlaß stammt vom 15. Dezember 1942). Dies würde die Aussagen von Hermann Röchling, Albrecht Serf und Anton Eisenlauer, Leiter des Personalbüros, beim Rastatter Prozeß in Frage stellen, das Unternehmen habe mit der Lagergründung lediglich dem Drängen der Gestapo nachgegeben.³⁴ Es ist natürlich nicht ganz auszuschließen, daß Seibold bei der Datierung einfach ein Fehler unterlaufen ist. Auch ist es möglich, daß die RESW sich mit der Übernahme des Barackenlagers ursprünglich einfach weiterer Unterbringungskapazitäten für ausländische Arbeiter vergewissern wollten und das Projekt eines Arbeitserziehungslagers erst später entstand. Bedauerlicherweise führt Seibold für seine Aussage keinen Beleg an, die Frage bleibt also weiter offen. Unklar, wengleich von geringerer Bedeutung ist außerdem, wer die Baracken am Etzenhofer Bahnhof errichtet und später an die RESW abgegeben bzw. vermietet hat.

Was die Belegung des Lagers anbelangt, so kennen wir die Gesamtzahl der Internierten ebenso wie die durchschnittliche Zahl der Insassen. Keine

Angaben liegen jedoch über den jeweiligen Anteil der unterschiedlichen Nationalitäten und das Verhältnis von Männern und Frauen vor, die Zeugen- und Zeitzeugenberichte lassen hier nur vage Schlüsse zu. Auf jeden Fall waren Franzosen, Jugoslawen, Polen und Russen vertreten, die letztgenannten bildeten vermutlich den Großteil der Gefangenen.³⁵ Es wäre interessant zu untersuchen, inwieweit sich die generelle Ungleichbehandlung von West- und Ostarbeitern in einer überproportionalen Einweisung letzterer nach Etzenhofen spiegelte und inwiefern eine solche Diskriminierung auch bei der Behandlung der Lagerinsassen zum Tragen kam.

Verantwortlichkeiten

Das zweite Problemfeld betrifft die Frage nach den Verantwortlichkeiten. Diese reicht weit über die Person Hermann Röchling hinaus und bezieht sich auf die Organisationsstruktur und Kompetenzverteilung in Bezug auf Einsatz und Disziplinierung der ausländischen Arbeitskräfte. Welche Personen in der Firmenleitung waren wofür verantwortlich? Wer wußte was? Insbesondere stellt sich die Frage nach der Rolle des Werkschutzes. War er lediglich ein Instrument der Werksleitung? Wie hoch war das Maß an Unabhängigkeit, das er sich im Laufe des Krieges erarbeiten konnte? Wie hoch ist umgekehrt der Einfluß der Gestapo, der das Lager nominell unterstand, wie hoch der Einfluß der SS einzuschätzen, der offenbar zahlreiche Werkschutzleute angehörten?³⁶

Die Frage nach Verantwortlichkeiten bezieht sich aber auch auf die Brutalitäten im Lager Etzenhofen selbst. Inwieweit handelten die Lagerleitung und/oder einzelne Aufseher eigenmächtig? Kam es zu einer Radikalisierung des Umgangs mit den Gefangenen, zu einer Verselbständigung, einer sich gleichsam selbst nährenden Dynamik der Gewalt, wie es von anderen Lagern bekannt ist? Es bleibt abzuwar-

33 Seibold (s. Anm. 5), S. 248.

34 Saarbrücker Zeitung vom 10.4.1948, zit. nach: Krämer/Plettenberg, S. 83.

35 Vgl. etwa den Bericht von Richard Folz und Maria Leidinger (s. Anm. 29), S. 393.

36 Krämer/Plettenberg, S. 81.

ten, ob die vollständigen Rastatter Prozeßunterlagen hier weitere Aufschlüsse zulassen.

Einzigartigkeit des AEL Etzenhofen?

Der dritte Problemkreis betrifft die Frage nach der Einzigartigkeit Etzenhofens. Betriebliches Arbeitserziehungslager wie auch betriebliches Schnellgericht sind als singular innerhalb der saarländischen Wirtschaft anzusehen, im gesamten Reichsgebiet gab es jedoch zahlreiche solcher Lager bei großen Unternehmen. Die Frage nach der Einzigartigkeit Etzenhofens oder, etwas abgeschwächt und damit wohl angemessener formuliert, nach seiner Besonderheit stellt sich für mich auf zwei Ebenen.

1. Die erste Ebene ist die der Wahrnehmung des Lagers durch die lokale Bevölkerung. Differenzierten die Ortsansässigen klar zwischen dem Straflager der RESW und „normalen“ Kriegsgefangenen- oder Ostarbeiterlagern, zwischen den zum Röchlingschen Werkschutz gehörenden Wachleuten des AEL und dem Wachpersonal anderer Lager, zwischen Strafgefangenen im AEL und Ausländern in anderen (wiederum sehr unterschiedlichen) Lagern. Wie eingangs erwähnt, bestanden im Raum Püttlingen-Köllerbach zahlreiche Ausländerlager; bereits im August 1942 schrieb Bürgermeister Jung, in Püttlingen seien beinahe alle noch verfügbaren Säle durch die RESW zur Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte in Anspruch genommen worden.³⁷ Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter waren damit allgegenwärtig, gehörten zum alltäglichen Straßenbild. Wurde das AEL Etzenhofen als grundsätzlich verschieden von allen andern Lagern wahrgenommen? Es ist gut vorstellbar, daß die von uns aus einer typologischen Perspektive festgestellte Außergewöhnlichkeit des AEL Etzenhofen für die Zeitgenossen weniger ersichtlich war.

Es kommt hinzu, daß am Bahnhof Etzenhofen offenbar ein zweites, vom

AEL unabhängiges Lager bestand, in dem bis zur ersten Jahreshälfte 1943 ausschließlich französische Kriegsgefangene interniert, später aber Ostarbeiter untergebracht gewesen sein sollen. Paul Sperling und Michael Müller sehen diesen Umstand als Erklärung dafür an, daß die Zeitzeugenaussagen über das Lager Etzenhofen zum Teil sehr unterschiedlich ausfallen.³⁸ Dies alles spräche dafür, daß eine klare Differenzierung zwischen AEL und anderen Lagern in der Wahrnehmung der Bevölkerung nicht immer gegeben war. Andere Zeitzeugen erklären jedoch, es habe am Etzenhofener Bahnhof nur ein Lager gegeben – das AEL der Röchling-Werke – und wissen sehr genau über dessen Besonderheit als betriebliches Straflager und über die an den Gefangenen verübten Brutalitäten zu berichten.³⁹ Sicherlich hat es hier wie anderswo Leute gegeben, die mehr wußten, mehr sahen und sich mehr Fragen stellten als andere. Vielleicht müssen wir unsere Singularitätsannahme im Hinblick auf die Wahrnehmung des Lagers durch die Bevölkerung zumindest ein wenig relativieren.

2. Auf einer zweiten Ebene ist hier die Frage nach einer besonderen Qualität des Umgangs mit Zwangsarbeitern in Völklingen berührt und, davon ausgehend, nach einer besonderen Verantwortung und Schuld Röchlings im Vergleich zu anderen Industriellen. Die Vöcklinger Hütte war der größte Industriebetrieb an der Saar mit den meisten Beschäftigten und – in absoluten Zahlen – den meisten ausländischen Arbeitskräften. Doch lag der relative Ausländeranteil mit 38 % nur wenig über dem Durchschnitt der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie (35 %), in Burbach und Brebach lag er sogar etwas höher als in Vöcklingen, in Neunkirchen und Dillingen niedriger (26 bzw. 29 %).⁴⁰ Zumindest in dieser Hinsicht sah es also bei Röchling kaum anders aus als anderswo.

Ohne Zweifel: Herrmann Röchling identifizierte sich mit Hitlers Krieg und trug durch sein bedingungsloses En-

³⁷ *Monatsbericht des Bürgermeisters Jung an die Kreisleitung der NSDAP vom 27. August 1942, wiedergegeben nach: Sperling/Müller (s. Anm. 4), S. 374. Zu den Lagern im Raum Püttlingen-Köllerbach vgl. ebd., S. 373-428.*

³⁸ *Ebd., S. 385. Von einem Lager für französische Kriegsgefangene spricht auch Bahnhofsvorsteher Grün, TGR, abgedruckt bei Krämer/Plettenberg, S. 175f.*

³⁹ *Bericht von Richard Folz und Maria Leidinger (s. Anm. 29).*

⁴⁰ *Die Verhältniszahlen sind errechnet auf der Grundlage der Statistik des Ausländereinsatzes in der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie vom Februar 1944, abgedr. in: Krämer/Plettenberg, S. 83. Von allen uns vorliegenden Statistiken kommt diese zeitlich dem Höchststand der Ausländerzahl, der wohl um die Jahresmitte 1944 erreicht wurde, am nächsten.*

gagement für die NS-Kriegswirtschaft und die von ihm ausgeübten Funktionen (unter anderem seit Mai 1942 Vorsitzender der Reichsvereinigung Eisen, deren Gründung er betrieben hatte, und seit Juni 1942 „Reichsbeauftragter für Eisen und Stahl in den besetzten Gebieten“) eine außerordentliche wirtschaftliche und auch politische Verantwortung. Doch beweist das nicht, daß es den Zwangsarbeitern in anderen saarländischen Werken ohne Schnellgericht und betriebliches AEL besser ging. Überließen vielleicht die anderen einfach nur den unangenehmsten Teil der Arbeit der Gestapo, um sich nicht die Hände schmutzig zu machen, und schickten ihre Fremdarbeiter im Zweifelsfall etwa ins Lager Neue Bremm? (Immerhin könnte dies bedeuten, daß sie eine Sensibilität für „schmutzige Hände“ hatten, während Röchling derlei Skrupel fehlten.) Es kann hier nicht darum gehen, nachträglich Punkte für gutes und schlechtes Verhalten zu verteilen, um herauszufinden, wer böser war. Typologisch gesehen stellen betriebliches Standgericht und betriebliches Straflager sicherlich einen qualitativen Sprung dar. Ob Röchling dadurch eine besondere Schuld zukommt, daß er diesen Part zu Rationalisierungszwecken und aus Profitüberlegungen gleich mitübernahm, muß dahingestellt bleiben. Es sei hinzugefügt: Hermann Röchlings Korrespondenz läßt eine erbarmungslose Haltung gegenüber Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern erkennen, die allein durch das Kriterium der Arbeitsleistung gekennzeichnet ist.⁴¹ Gerhard Seibold dürfte den Kern der Sache treffen, wenn er über Röchlings Haltung gegenüber der Beschäftigung von Zwangsarbeitern schreibt: „Die Problematik dieser Frage reduzierte sich für ihn auf die damit verbundenen Sprachschwierigkeiten und die aus verständlichen Gründen manchmal wenig ausgeprägte Leistungsbereitschaft dieser Männer und Frauen.“⁴²

Ob die Situation in Völklingen für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter insgesamt noch widriger war als in

anderen Werken, läßt sich letztlich nicht entscheiden. Immerhin wurden in Rastatt, von den RESW abgesehen, nur gegen zwei weitere Hüttenwerke Prozesse geführt – die Halbergerhütte und die Neunkircher Eisenwerke –, die mit sieben Gefängnisstrafen zwischen ein und drei Jahren im ersten Fall, mit einer Verurteilung zu Zwangsarbeit und zwei Gefängnisstrafen im zweiten Fall endeten.⁴³

Schlußbemerkung

Historiker sind keine Richter. Im Falle Röchlings wäre das nicht einmal notwendig, er ist in Rastatt als Kriegsverbrecher verurteilt worden. Gleichwohl stehen Forschungsergebnisse und Interpretationen der Historiker in Bezug zu Urteilen im Hinblick auf Identitäts- und Traditionsbildung, sei es über positive Referenzen oder Abgrenzungen. Welche Lehren können wir aus dem Gesagten für eine Traditionsbildung ziehen, die ja immer zu einem gewissen Grad ein Akt der Willensbekundung ist?

Sicherlich wäre es verfehlt, Röchling als „den bösen Mann“ schlechthin zu überhöhen, der alle Verbrechen der saarländischen oder gar deutschen Industrie im Zusammenhang mit Deportation und Zwangsarbeit auf sich vereint. Die Überhöhung der Schuld eines Einzelnen verdeckt den Blick für die Verantwortung anderer. Gänzlich unangebracht ist umgekehrt eine Bagatelisierung der Röchlingschen Verantwortung à la Seibold, aber auch eine einseitige Würdigung Röchlings als fürsorgliche Vaterfigur, Spender von Brot und Arbeit und Erbauer von Arbeitersiedlungen, wie es ein bedeutender Strang der lokalen und regionalen Erinnerungskultur tut, der die Realität, für die Etzenhofen steht, völlig ausblendet. Diese Realität sollte insbesondere dann nicht ausgeblendet werden, wenn es um einen Ort wie das Weltkulturerbe Völklinger Hütte geht, der Erinnerung bewahren und weitergeben soll.

⁴¹ Herrmann: Hermann

Röchling in der deutschen

Kriegswirtschaft (s. Anm. 8),

S. 436-440; ders.: Hermann

Röchling in der deutschen Wirt-

schaftspolitik (s. Anm. 2),

S. 118ff.

⁴² Seibold (s. Anm. 5), S. 247.

⁴³ Pendaries (s. Anm. 9),

S. 259-263.

Das Verfahren kann Entschädigung verhindern!

Anmerkungen zur „Entschädigung“

der NS-Zwangsarbeiter

Von Wilfried Busemann

„Sie müssen zunächst einmal die Zinkengänger von den wirklich Bedürftigen trennen, aber Sie müssen aufpassen, daß Sie nicht Zinkenopfer werden!“ Diese Verunglimpfung als Empfehlung für den Umgang mit den Opfern des Nationalsozialismus sprach Eberhard v. Brauchitsch in der Ende November 1997 von der ARD ausgestrahlten Dokumentation „Spiel auf Zeit“ aus – und lieferte gleich die Erklärung mit: Zinkengänger waren im Berlin der 1920er Jahre straff organisierte Bettler, aber auch sogenannte „Asoziale“ und Kleinkriminelle, die unauffällig in die Türrahmen der Haushalte, wo sie erfolgreich „geschnorrt“ hatten, einen Zinken drehten, um nachfolgenden „Kollegen“ zu signalisieren: „Hier ist etwas zu holen!“

Daß beim Flick-Konzern, einem der größten Nutznießer des NS-Regimes, für die Opfer des Nationalsozialismus „nichts zu holen“ war, dafür sorgte Herr v. Brauchitsch als langjähriger Chef-Manager und Vertrauter der Flick-Familie.

Derlei Verleumdungen und Brauchitschs ebenfalls in dem erwähnten Dokumentarfilm geäußerte üble Nachrede, die überaus renommierte *Jewish Claims Conference* (JCC) als von der Bundesregierung anerkannte Selbsthilfeorganisation der überlebenden jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, sei korrupt, sie unterschlage für ihre bedürftigen Mitglieder bestimmte Gelder – derlei Verleumdungen dürften in Kreisen deutscher mittelständischer und größerer Unternehmen auf offene Ohren stoßen. Sie sind wahrscheinlich für den überwiegenden Teil der im Jahre 2000 angeschriebenen Unternehmer ein wesentlicher Grund gewesen, dem Stiftungsfonds der deutschen Wirtschaft zur „Entschädigung“ der ehemaligen NS-Zwangsarbeiter nicht beizutreten. Es gibt auch andere Gründe. Davon später.

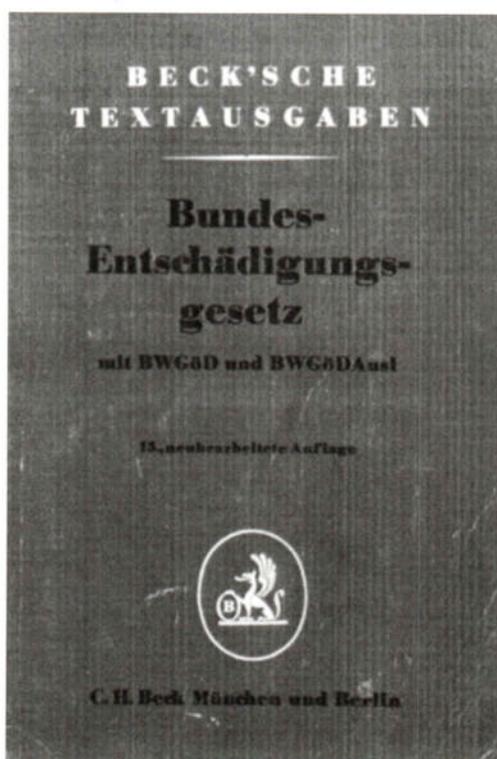
Mentalitätsgeschichtlich reihen sich die Geschäftsleute mit dieser Haltung ein in eine unselige, direkt nach dem Krieg 1945 beginnende Traditionslinie der Ablehnung, Verweigerung und Verdrängung, die von breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung getragen wurde – und zum Teil noch getragen wird.

Das Landesarchiv Saarbrücken verwahrt nachwievor über zehntausend Akten zur Individualentschädigung der Opfer des Nationalsozialismus auf der Grundlage des 1953 verabschiedeten, seit 1960 im Saarland angewandten *Bundesentschädigungsgesetz* (BEG), welches die Zwangsarbeit ausklammert. In diesen Quellen findet sich eine breite Fährte von negativen Reaktionen aus der als Einzelzeugen aufgerufenen saarländischen Bevölkerung, externen medizinischen, juristischen und psychiatrischen Gutachtern sowie der Beamten des früheren Landesentschädigungsamtes, die sowohl inhaltlich als auch psychologisch höchst unzureichend auf ihre schwierige Arbeit vorbereitet waren. Ressentiments, nachhaltige Vorurteile, akademische Standesdünkel, Unbelehrbarkeit und Uneinsichtigkeit, aber auch Gleichgültigkeit, Dreistigkeit und Skrupellosigkeit hinterließen in den Akten mehr Spuren als die Nachwelt über fünfzig Jahre später für möglich hält. Um nur einen Beispieltyp zu nennen: Mittäter des NS-Regimes wollten als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt werden, um einen zweiten Entnazifizierungs-Nachweis, einen zweiten „Persilschein“ zu erlangen. Dem Studenten aus dem Rassepolitischen Amt oder dem Arzt aus dem Erbgesundheitsamt in Saarbrücken mußte klar sein, welche Art von „Arbeit“ sie bis ins Frühjahr 1945 geleistet hatten.

Alte Protokolle des saarländischen Landtages enthalten Reden von Politikern der früheren *Christlichen Volkspartei* (CVP), in denen die Opfer des Krieges, darunter eben auch Täter, z.B. Angehörige der SS, pauschal über die Opfer des Nationalsozialismus gestellt werden. Ziemlich regelmäßig brachte die saarländische Tagespresse der 50er und 60er Jahre – nicht allein die SAARBRÜCKER ZEITUNG – Artikel über angeblich maßlose Forderungen vornehmlich jüdischer Opfer-Vertreter, die ihre Büros gleichsam als „Entschädigungs“-Fabriken betrieben.

Die Fakten dieses wenig ruhmreichen Kapitels saarländischer Nachkriegsgeschichte sind bisher wenig erforscht. Abhilfe schaffen

könnte die Öffnung der erwähnten Entschädigungsakten im Landesarchiv. Diese Quellen informieren nicht nur über die Verfolgung von Juden, Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten, Deserteuren, Homosexuellen, sog. „Zigeunern“, Gewerkschaftern, angeblich geistig oder sozial „Behinderten“ hier im Saarland ab 1935; sie geben auch Auskunft über ihre Lebenslage nach 1945 bis in die 60er und 70er Jahre hinein – ihre oft schwierige materielle, psychische und medizinische Situation nach der Befreiung. Allerdings blockiert die saarländische Archivgesetzgebung den Zugang. Und die datentechnische Aufarbeitung der Quellen, die wenigstens einen fundierten statistischen Überblick ermöglichen könnte, ist noch lange nicht abgeschlossen. Aus finanziellen Gründen.



Ein verstaubtes Gesetz

So viel immerhin ist klar: Eine „Entschädigung“ hat nicht wirklich stattgefunden. Aus der Sicht der Opfer war sie kaum möglich, weil die Schäden unermeßlich sind. Was war der Sinn der „Entschädigung“ aus deutscher Sicht? Aussöhnung, widerwillige Pflichtübung, Ruhigstellung der Opfer? Gemeinsames Kenn-

zeichen aller Opfer nach BEG war die mehr oder weniger brutale Ausgrenzung aus der „Volksgemeinschaft“ bis zur Befreiung 1945. Aufgabe der „Entschädigung“ hätte die Re-Integration der Ausgestoßenen sein können, doch mit der überbürokratischen Praxis des BEG, dem „Kleinkrieg gegen die Opfer“ (Christian Pross) und ihre damit verbundene Re-Traumatisierung, mit der fast schon demonstrativen Unwilligkeit weiter Bevölkerungsteile, die in der resignierenden Frage gipfelte „Was tun, wenn ein ganzes Volk bockt?“ – damit wurde eher das Gegenteil erreicht. Einige hundert Überlebende verließen in den 50er und 60er Jahren das Saarland in Richtung Israel, USA oder Frankreich.

Den Kern der Auseinandersetzung bildet letztendlich die Frage, inwieweit die deutsche Gesellschaft das auf sie überkommene antifaschistische Erbe annimmt und die moralische Verantwortung übernimmt.

„Daß sich die Wirtschaft ihrer moralischen Verantwortung stellt,“ war im Frühjahr 2000 das Ziel einer Entschließung der Vollversammlung der *Industrie- und Handelskammer* (IHK) im Saarland, mit der der Aufruf der bundesweiten Stiftungsinitiative unterstützt werden sollte. Diese Resolution wurde an die Mehrheit der etwa 40.000 IHK-Mitglieder im Saarland verschickt, und traf dort auf eine ähnlich schlechte Resonanz wie im übrigen Bundesgebiet. Die angesprochenen Unternehmen zum Beitritt in die Stiftung zu überzeugen, war, wie der Sprecher der IHK, Dr. Heino Klिंगen im September 2001 beklagte, „ein zähes Geschäft“. Zu hören waren auch hier die üblichen Ausreden:

1. Unser Unternehmen ist erst nach 1945 gegründet worden, also haben wir damit nichts zu tun.
2. Es geht gar nicht um die Übernahme moralischer Verantwortung, sondern um die Sicherheit vor weiteren Klagen auf individuellen Schadensersatz aus den Vereinigten Staaten. Sollen sich doch die deutschen (Groß-)Unternehmen darum kümmern, die glauben, daß ihre ökonomischen Interessen auf dem US- Markt unmittelbar gefährdet sind.

Unterstützt wurde das zweite Argument von der IHK-Resolution selbst, denn hier ist kaum die Rede von der historischen Schuld gegenüber den NS-Zwangsarbeitern, sie wird überhaupt nicht erklärt, dafür aber viel vom Ansehen der deutschen Wirtschaft: „Unser in-

ternationales Ansehen steht auf dem Spiel ... Ein Scheitern der Initiative würde dem Ansehen der deutschen Wirtschaft im Ausland großen Schaden zufügen - vor allem in den USA“. Was vielfach als „Erpressung durch eine Mafia amerikanischer Entschädigungsjuristen“ empfunden wurde, gaben die Stiftungsrücker ungefiltert weiter, doch die binnenmarktorientierten Unternehmer verweigerten - streng ihrer ökonomischen Logik folgend - die eingeforderte Solidarität. Unter die Räder kam bei beiden Kapitalfraktionen die moralische Verantwortung.

Bezeichnend ist ein weiterer Satz der IHK-Resolution: „Sie (die ehemaligen Zwangsarbeiter, W.B.) hoffen auf Entschädigung als Geste der Versöhnung.“ Das ist in der Sache falsch. Die Zwangsarbeiter haben einen Rechtsanspruch auf verschiedene Zahlungen. Völkerrechtlich gehören sie zum Komplex der Reparationen, die in einem Friedensvertrag nach Kriegshandlungen festgelegt werden. Formal gibt es einen Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges bis heute noch nicht, tatsächlich wird der *Zwei-Plus-Vier-Vertrag* zwischen der alten Bundesrepublik, der damaligen DDR und den vier Alliierten zur Herstellung der deutschen Einheit von 1990 als solcher gelesen. Dieser Vertrag behandelt die Reparationen nicht im Sinne der Zwangsarbeiter, so daß diese seit 1990 begannen, ihre Interessen auf dem Wege der Einzelklage zu verfolgen. Im amerikanischen Recht sind theoretisch Urteile möglich, in denen deutsche Unternehmen wie Daimler oder Bosch zu Zahlungen von einer Mrd. Dollar und mehr für eine einzelne Person verpflichtet werden können.

Gegenstand der Rechtsansprüche sind: Nachzahlung vorenthaltener Löhne (einschließlich der Zinsen), Auszahlung einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge, Schadensersatz und Schmerzensgelder für unterlassene Hilfeleistungen bei materieller und medizinischer Unterversorgung (zum Beispiel Unterernährung), Nicht-Krankschreibung von Arbeitsunfähigen, Erfrierungen, aus Kostengründen mangelhafter Arbeitsschutz, fehlende hygienische Ausstattung von Schlaf- und Arbeitsstätten, vom Arbeitgeber erzwungene Schwangerschaftsabbrüche u.v.a.m. Problematisch ist, das zeigt auch die alte BEG-Praxis, die eindeutige Diagnose von aus diesen Miseren

herrührenden Langzeitfolgen. Hier galt zumindest in der früheren deutschen Rechtsprechung selten der Grundsatz: *In dubio pro reo*.

Verschiedene wissenschaftliche Gutachten berechnen allein für die Nachzahlung der den Zwangsarbeitern nicht ausgezahlten Löhne eine Summe von 180 bis 200 Mrd. Mark; Schadensersatz und Schmerzensgelder sind darin noch nicht enthalten. Aus der Sicht der Betroffenen rechnet sich das so: Ein von den Nazis zur Arbeit gezwungener Mensch kann, statistisch gesehen, Ansprüche von weit mehr als 100.000 DM einfordern. Tatsächlich gibt es für „normale“ Zwangsarbeit Einmalzahlungen von bis zu 5.000 Mark, kann erzwungene Arbeit im Konzentrationslager, Ghetto oder einem vergleichbaren Lager nachgewiesen werden - zur Unterscheidung wird sie als „Sklavenarbeit“ bezeichnet - gibt es maximal 15.000 Mark. Unterm Strich machen die deutschen Unternehmen ein sehr gutes Geschäft, sie kommen mehr als billig davon. Zynischerweise muß hinzugefügt werden: der deutsche Steuerzahler auch. 50 Prozent der 10 Mrd. Mark des Stiftungsfonds hat die Bundesregierung übernommen, 50% der 5 Milliarden Mark der deutschen Wirtschaft können von der Steuer abgesetzt werden. In den nächsten Monaten, befürchten Pessimisten, wird sich vielleicht erst herausstellen, ob die verbleibenden 2,5 Mrd. Mark nicht auch noch irgendwie subventioniert werden können.

Obwohl den politisch Verantwortlichen in der Bundesregierung die Heuchelei, die Gleichgültigkeit der Unternehmen gegenüber den alten Zwangsarbeitern bewußt ist, tragen sie die nach langem unwürdigem Gezerre gefundene „Lösung“ mit, sie haben sie zum Teil mit herbeigeführt. Besonders scharfe Kritiker polemisieren sogar: Sie decken die Machenschaften, Gerhard Schröder ist nicht umsonst der Genosse der Bosse. Es gibt in der Tat wenig Grund, die NS-Zwangsarbeiter-Entschädigung als große lobenswerte Leistung der rot-grünen Koalition herauszustellen, wie es der Landesvorsitzende Heiko Maas auf dem SPD-Landesparteitag in Homburg am 25. August 2001 tat. Dieses Thema kann nicht in Einklang gebracht werden mit der antifaschistischen Tradition der Saar-SPD. Selbst wenn man diese außer acht läßt und das Thema ver-harmlosend zum Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern neutralisiert, bleibt

das Fazit negativ, weil nicht einmal eine sozial gerechte Lösung gefunden wurde.

Über die Haltung der Bundesregierung in der Entschädigungsfrage ist schon viel geschrieben worden, es sollen darum im folgenden in der Öffentlichkeit bisher weniger beachtete aktuelle, für das Saarland relevante Aspekte behandelt werden.

Für die Bearbeitung der Anträge und die Durchführung der Auszahlungen hat die Bundesregierung selbstverständlich „großzügige Unterstützung“ zugesagt. Großzügig wurde der *Claims Conference* der Zugriff auf die in Saarburg befindlichen BEG-Akten der noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter gestattet. Allerdings berechnete das Entschädigungsamt für die Bereitstellung pro Akte großzügigerweise 15 DM, der Normalpreis liegt sonst bei 29 DM; insgesamt über 300.000 DM. Die Aufwandsentschädigung für die mit der Auswertung der etwa 21.000 Akten befaßten Juristen und Historiker aus Saarbrücken, Neunkirchen und Trier, schätzungsweise knapp 200.000 DM sowie die technischen Kosten für Miete, Heizung und Kopien mußte die JCC ebenfalls aus eigener Tasche bezahlen. Die JCC finanziert sich aus Spenden und Beiträgen der jüdischen NS-Opfer.

Die mithin durchaus fragwürdige „Großzügigkeit“ des Bundes betrifft indes nicht den Zuständigkeitsbereich der Länder und Gemeinden, wo in der Praxis die meiste Arbeit anfällt. Zur Praxis heißt es in der Presseinformation der Berliner Stiftung *Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* vom 12. Juni 2001:

„Der Anspruch auf Leistungen aus Deutschland muß nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden. Es ist bekannt, daß viele ehemalige Zwangsarbeiter nicht über entsprechende Dokumente verfügen. In einem solchen Fall sind die Stiftungen Verständigung und Aussöhnung in der Russischen Föderation, in Belarus bzw. der Ukraine verpflichtet, eine Anfrage an den Internationalen Suchdienst in Arosen/Deutschland zu richten. Kann dieser Suchdienst in seinem Archiv keine Unterlagen zu einer bestimmten Person finden, so leitet er die Anfrage zukünftig an andere Archive in Deutschland weiter. Außerdem sind die Stiftungen gehalten, auch die Heimat-Archive anzuschreiben, ob sich dort Belege für konkrete Schicksale finden. Die jeweils zuständige Stiftung in Moskau, Minsk oder Kiew muß den Antragsteller schriftlich

über die Einleitung eines Auskunftsverfahrens informieren und ihn auf zusätzliche Möglichkeiten, innerhalb von sechs Monaten selber Nachweise beizubringen oder auf das Mittel der Glaubhaftmachung zurückzugreifen, hinweisen.“

Mit einer Anfragemenge von bis zu einer Million rechnend, hat der *Internationale Suchdienst* (ISD) des Roten Kreuzes in Arosen zeitlich befristet 45 zusätzliche Stellen einrichten können. Schätzungsweise nur die Hälfte der Anfragen kann vom ISD bearbeitet werden, die andere Hälfte wird dann an die Archive der Bundesländer weitergeleitet. Bei den Hauptstaatsarchiven zum Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf und Münster wurden daraufhin eigene Arbeitsgruppen bzw. Koordinierungsstellen (mit qualifiziertem Personal) eingerichtet. Die Archive der Landesebene leiten die Anfragen in der Regel weiter an die Kommunalarchive. Gemäß der zusätzlichen „Möglichkeiten, innerhalb von sechs Monaten selber Nachweise beizubringen“, überwiegend allerdings aus Mißtrauen gegenüber den Stiftungen in Moskau, Minsk und insbesondere in Kiew, wenden sich viele alte Zwangsarbeiter direkt an die Kommunalarchive.

So erreichten allein das Stadtarchiv Saarbrücken 65 Anfragen im Jahre 1999 und 283 in 2000; Dr. Laufer, der Direktor des Landesarchiv bestätigt für den gleichen Zeitraum den Eingang von bis zu zwei Anfragen pro Tag. Seit Mai/Juni 2001 ist die Zahl der Anfragen nach Beobachtung der Leiterin des Stadtarchives Saarbrücken, Dr. Becker, stark rückläufig.

Zur Bearbeitung müssen viele Briefe erst einmal ins Deutsche übersetzt werden, wobei nicht immer sofort erkennbar ist, um welche osteuropäische Sprache es sich handelt. Danach wird es sehr kompliziert, weil die meisten Quellen, die über NS-Zwangsarbeit informieren könnten, nicht mehr zur Verfügung stehen. „Dazu muß man sich vergegenwärtigen“ schreibt Dr. Walter Rummel, der im Landeshauptarchiv Koblenz zuständige Referent in *Unsere Archive. Mitteilungen aus den rheinlandpfälzischen und saarländischen Archiven*, Nr. 46, April 2001, S. 22f. – „Dazu muß man sich vergegenwärtigen, daß ursprünglich eine geradezu erdrückende bürokratische Dokumentation zu Verwaltung von Zwangsarbeit und Arbeitskräften vorhanden war ... Akten zu Zwangsarbeitern entstanden somit

Resolution: Verantwortung für die Vergangenheit

Die Zeit drängt. Sie drängt für ehemalige Zwangsarbeiter und andere durch das NS-Regime Geschädigte. Sie hoffen auf Entschädigung als Geste der Versöhnung. Das Bundesentschädigungsgesetz schloss die Wiedergutmachung dieser Opfergruppen aus. Die Diskussion darüber - nicht nur in Amerika - ist angeheizt. Die Kommentare in den Medien über das zögerliche Verhalten der Wirtschaft, für finanziellen Ausgleich zu sorgen, sind alarmierend. Die Menschen im In- und Ausland schauen auf uns. Unser internationales Ansehen steht auf dem Spiel.

Mit der Errichtung der humanitären Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ wollen Wirtschaft und Bundesregierung helfen, das Zwangsarbeitern und früheren NS-Opfern widerfahrene Unrecht zu lindern. Die Stiftung ist Ausdruck der Bereitschaft der Wirtschaft, die Lasten unserer gemeinsamen Vergangenheit mitzutragen.

Die Vollversammlung der IHK Saarland setzt auf die moralische Integrität aller Unternehmer in Deutschland. Sie appelliert an alle saarländischen Unternehmen: Schließen sie sich dieser Stiftungsinitiative an. Je mehr Unternehmen beitreten und spenden, um so deutlicher wird dieses Signal national und international positiv wahrgenommen. Ein Scheitern der Initiative würde dem Ansehen der deutschen Wirtschaft im Ausland großen Schaden zufügen - vor allem in den USA.

Von den zugesagten Stiftungsmitteln in Höhe von DM 10 Milliarden, die je zur Hälfte von der Wirtschaft und der öffentlichen Hand aufzubringen sind, stehen seitens der deutschen Wirtschaft noch rund 2,5 Milliarden DM aus. Erst dann kann das Gesetz zur Gründung einer Bundesstiftung im Sommer in Kraft treten und erst dann kann ein geplantes Regierungsabkommen mit den Vereinigten Staaten die deutschen Unternehmen vor weiteren Forderungen schützen.

Ein Beitritt zur Initiative ist kein persönliches Schuldeingeständnis. Es geht vielmehr darum, dass sich die Wirtschaft ihrer moralischen Verantwortung stellt. Deshalb müssen wir jetzt handeln!

Die IHK-Resolution, März 2000

regulär bei Gemeinde- und Kreisbehörden, Polizei- und Justizbehörden, Arbeits- und Gesundheitsämtern, Krankenkassen und Provinzialversicherungen, bei Großverwaltungen wie der „Deutschen Arbeitsfront“, der Reichsbahn etc. und schließlich bei den Firmen selbst.“

Ein Teil der möglichen Aktenbestände ist eventuell schon in den Kriegswirren durch Luftangriffe oder Artillerieduelle verloren ge-

gangen. Ein anderer, größerer Teil soll bis 1951 von französischen Behörden beschlagnahmt worden sein, um u.a. die Schicksale französischer Staatsbürger zu ermitteln. Laut Auskunft der Direktion der Archive beim französischen Außenministerium sollen sich diese Unterlagen mittlerweile auch in Arolsen befinden. Ein dritter Teil, vorwiegend aus nicht als Behörden geführten Einrichtungen, z. B. Krankenkassen, wurde wahrscheinlich vernichtet,

weil man ihn als nicht archivwürdig klassifizierte. Besonders schwierig ist der Zugriff auf alte Firmenarchive: Es besteht keine Pflicht zur Führung eines solchen Archives. Spuren früherer saarländischer Firmenarchive sind verwischt worden durch Betriebsstillegungen, Fusionen, Übernahmen, Konzern-Neustrukturierungen sowie Aktenvernichtung aus Platzmangel und Kostengründen.

Die Aufgabe der Kommunalarchive ist in erster Linie die Sichtung und Sicherung der noch vorhandenen Datenbasis; das umfaßt die Feststellung, welche Überlieferungsreste sich in eigenen Beständen befinden und welche außerhalb des eigenen Archives befragt werden müssen. Schließlich muß ermittelt werden, welche Akten mit Sicherheit vernichtet sind. Dem Stadtarchiv Saarbrücken stehen im wesentlichen vier Aktengruppen zur Verfügung:

1. Auf Befehl der französischen Militärregierung vom 6.12.1945 mußten die Kommunen eine Erhebung der Zwangsarbeiter/Innen durchführen, die daraus resultierenden nach Firmen geordneten Listen enthalten Namen, Geburtsdatum, Geburtsort, Beschäftigungszeit, Funktion und Lager der Zwangsarbeiter. Unklar ist, ob diese Listen korrekt und voll-

ständig sind; so ist es möglich, daß manche Listen nur die Daten der Zwangsarbeiter auf-führen, die sich zum Zeitpunkt der Aufstel-lung der Liste 1946 oder 1947 noch im Saar-land aufhielten.

2. Akten der Stadtverwaltung zur Durch-führung des genannten Befehls, u.a. Schrift-verkehr zwischen der Stadt und der Militär-regierung, Auflistungen der Firmen, die Zwangsarbeiter beschäftigt haben, Belege über Beschäftigung von Zwangsarbeitern, Bericht über die Lager, die von der Stadtver-waltung Saarbrücken unterhalten wurden.

3. Aktenbestände der 1947 nach Saar-brücken eingemeindeten Teilorte enthalten zum Teil Namenslisten (Brebach - Halberger Hütte) und Belege über die Beschäftigung von Zwangsarbeitern (Ensheim).

4. Bauakten und Pläne einzelner Lager.

Recht lapidar schließt die Aufzählung der vorhandenen Unterlagen in der Pressemit-teilung des Stadtarchives vom 9.7.2001 mit dem Satz: „Weitere Funde sind nicht auszu-schließen.“ Die Quellenlage in anderen saar-ländischen Gemeindearchiven kann ganz an-ders aussehen.

Unter diesen an sich schon hochkompli-zierten Voraussetzungen werden die einzel-

aus: das ötv-magazin 6-7/2001



nen Anfragen bearbeitet. Zu den häufig vorkommenden Problemen zählt hier die Übertragung der Namen und Ortsangaben von der kyrillischen in die deutsche Schrift und die daraus sich sehr oft ergebenden unterschiedlichen Schreibweisen, die eindeutige Zuordnungen erschweren oder verhindern. Ein weiteres Problem sind die in den Quellen und Anfragen abweichenden Geburtsdaten, meistens zurückzuführen auf die nachlässige „Datenerhebung“ vor 1945. Die größte Schwierigkeit der alten Zwangsarbeiter ist indes, sich nach über 56 Jahren an Einzelheiten genau zu erinnern, zumal viele gar nicht wußten, wo sie sich befanden, für wen sie unter Zwang arbeiten mußten und mit welchen Deutschen sie zu tun hatten. Das führt zu ungenauen Angaben bei deutschen Namen und Orten und oft auch zu unklaren Arbeitsplatzbeschreibungen. All dies zusammengefaßt hat zur Folge, daß der Nachweis der Zwangsarbeit nicht erbracht werden kann, die ehemaligen Zwangsarbeiter deshalb negativ beschieden werden.

Die genaue und gewissenhafte Erledigung einer Anfrage nimmt sehr viel Zeit in Anspruch, vielfach mehr als einen Arbeitstag. Für die Angestellten der saarländischen Kommunalarchive bedeutet dies eine enorme zusätzliche Belastung, die sie neben ihren üblichen zahlreichen Aufgaben bewältigen müssen. Außerplanmäßiges Personal oder ergänzende Sachmittel wurden seitens des Landes oder des Bundes – so weit ersichtlich – nicht zur Verfügung gestellt. Die Stadtarchive in Saarbrücken und Neunkirchen arbeiten im Rahmen ihrer Kräfte sehr intensiv am Thema NS-Zwangsarbeit. In anderen Gemeindearchiven – Namen sind bekannt, werden aber aus verständlichen Gründen nicht genannt – ist das kaum machbar, weil es im allgemeinen an Personal mangelnd und im besonderen an der Qualifikation. Da gibt es Gemeinden, in denen auf einer halben Stelle eine Verwaltungsangestellte das Archiv „betreut“, ohne für diese Aufgabe ausgebildet zu sein oder ein pensionierter Geschichtsfreund pflegt das Archiv ehrenamtlich gleichsam als sein Privatvergnügen. Hier besteht gegebenenfalls das Risiko, daß Anfragen nicht angemessen oder viel zu langsam beantwortet werden. Das ist kein Einzelphänomen, über ähnliche Mißstände berichtet auch die Archivberatungsstelle des Landschaftsverbandes Rheinland in Brauweiler bei Köln. Die gravie-

renden Defizite waren vermutlich frühzeitig bis hinauf zur Bundesebene bekannt, doch obwohl folglich „Handlungsbedarf“ bestand, ließ man die Gemeindearchive mit ihren Problemen allein. Wenn jetzt Abhilfe geschaffen wird, kommt sie zu spät. Aber wen kümmert es – außer einige alte Menschen irgendwo in Osteuropa? Für die deutsche Wirtschaft und für die Bundesregierung ist das Thema „abgehakt“, seitdem die Presse, zum Beispiel die SAARBRÜCKER ZEITUNG am 23./24.4.2001 verkünden konnte: „Entschädigung kann endlich losgehen – Gelder für Zwangsarbeiter an komplexes Verfahren geknüpft“. Ignoriert wird, daß eben dieses Verfahren in der komplexen Praxis Entschädigung verhindern kann.

Es wäre irreführend, am Ende dieses Textes eine abschließende Bemerkung zu formulieren, denn das Thema „Entschädigung“ der NS-Zwangsarbeiter, „Entschädigung“ für die Opfer des Nationalsozialismus ist noch nicht abgeschlossen. Mittlerweile stellt sich heraus, daß Zwangsarbeiter aus Holland, italienische Militär-Internierte oder Zwangsarbeiter aus Osteuropa, die nach der Befreiung 1945 im Westen blieben, kein Geld erwarten können.

Seit dem 1.1.2001 erhalten in Österreich ehemalige Angehörige der NS-Streitkräfte, darunter auch SS-Männer, die nach ihrer Gefangennahme im „Ostblock“ zur Wiederherstellung der von ihnen zerstörten Infrastruktur herangezogen wurden, eine Zusatzrente als „Entschädigung für Zwangsarbeit“. Das ist die Konsequenz der konservativen geschichtsrevisionistischen Gleichsetzung von Tätern und Opfern. Diese Forderung wird nun auch in Deutschland erhoben, z.B. in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN VOM 22.2.2001. Da werden keine Zinkengänger unterwegs sein.

Literatur:

Hans-Henning Krämer, Inge Plettenberg: Feind schafft mit ... Ausländische Arbeitskräfte im Saarland während des Zweiten Weltkrieges, *Ottweiler 1992.*

Wlfrid Busemann: Wiedergutmachung als Pflichtübung? Zur Wahrnehmung der Opfer des Nationalsozialismus an der Saar seit 1946, in: *Rainer Hudemann u.a. (Hrsg.): Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945 - 1960, St. Ingbert 1997, S. 401 - 412.*

Christian Pross: Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer, *Frankfurt am Main 1988.*

Die Universität des Saarlandes im Gespräch

Von Reinhard Wilhelm

Nach Jahren aufgeregten Herumwerkeln war es etwas stiller geworden um die Universität, zumindest um Sparbemühungen und Umstrukturierungen. Das Gutachten zur Entwicklung und Perspektive des saarländischen Hochschulsystems, welches der Sportwissenschaftler Reinhard Daus im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion erstellt hat, löste jetzt wieder lebhaftere Diskussionen aus. Unklar blieb, wieviele der Diskutanten die dicke Fleißarbeit wirklich gelesen haben und worin die brisanten Punkte bestehen. Es geht darin unter anderem um die Frage der Landeskinderuniversität mit entsprechendem Bedarf an einem breiten Fächerspektrum und um die Realisierung durch eine stärkere Lehr- statt Forschungsorientierung. Reinhard Daus hat auf unsere Bitte hin eine Zusammenstellung der wichtigsten Punkte seines Gutachtens verfaßt. Er sieht das Saarland nach vielen bildungsstatistischen Kriterien schlecht gerüstet.

Bekanntlich kann man Statistiken verschieden interpretieren. Der zweitletzte Platz bei der Studienberechtigungsquote z.B. belegt vermutlich nur, daß das Saarland wie die vergleichbar schlecht platzierten Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern an einem anspruchsvollen Abitur festhält. Und inwiefern dieses Abitur vergleichbar ist mit einem französischen *Bac technique* oder einem amerikanischen *Highschool*-Abgangszeugnis, weiß nur das *World Economic Forum*. Die SPD als Auftraggeberin des Gutachtens hoffte sicher, daß man in der neuen Diskussion die trübe Rolle vergessen würde, die sie mit etlichen Sparrunden und wirren Umstrukturierungsversuchen während ihrer Regierungszeit gespielt hat.

Die SAARBRÜCKER HEFTE möchten diesem Appell an das kurze Gedächtnis entgegentreten. Sie werfen deshalb in dieser Ausgabe einen Blick zurück auf die früheren Spardiktate, Strukturierungskonzepte, Universitätsentwicklungspläne, Echternacher Einstellungs- und Wiedereinführungsprozessionen. Der Kanzler der Universität, Hartwig Cremers, war bei allen diesen Runden dabei. Sein Artikel *Pläne, Fächer, Stellen, Geld, Pläne ...* und das dazugehörige Tabellenwerk dokumentieren ein für alle Mal diese unruhige Zeit an der Universität des Saarlandes. Der letzte Abschnitt seines Artikels und seine Tabelle 5 fassen den aktuellen Stand von Hypotheken und offenen Versprechungen zusammen. Die Universität ist noch 120 Stellen im Debet, von denen allerdings die Hälfte zur Flexibilisierung wieder an sie zurückfließen sollen.

Schließungsbeschlüsse betrafen einige sogenannte Orchideenfächer wie die Orientalistik, die Vergleichenden Indogermanischen Sprachwissenschaften, die klassische Archäologie, einige Lizentiatsstudiengänge und schlecht ausgestattete Fremdsprachenstudiengänge. Betroffen waren aber auch einige Fächer bzw. Studiengänge von durchaus substantieller Größe und Studentenzahl wie die Volkswirtschaftslehre, mal ein Prunkstück der Universität, die Soziologie, die Biologie und die Geographie, leider bis auf einzelne Vertreter keine Prunkstücke. Abgeschafft werden sollten auch die meisten Lehramtsstudiengänge, obwohl die Prognosen schon in einigen Fächern auf Lehrermangel hindeuteten. Deshalb wurde in diesem Bereich manche Entscheidung revidiert, so daß es im Ergebnis an Manövriermasse für tragfähige Lösungen fehlt. Alles nachzulesen im Tafelwerk des Artikels von Hartwig Cremers.

Mitten im Getümmel, das heißt einem der heiß umkämpften Fachbereiche der philosophischen Fakultät, befand sich Rainer Krause, Professor für klinische Psychologie und damals Prodekan des Fachbereichs Sozial- und Umweltwissenschaften. Er sollte mit seinen Kollegen die Fächer Psychologie, Soziologie, Geographie, Sportwissenschaft und Erziehungswissenschaften durch die Spardiskussion manövrieren bzw. aus Soziologie und Politikwissenschaften ein neues Fach Sozialwissenschaften konzipieren. Letztere Bemühungen liefen ins Leere, weil die Politik zum entscheidenden Zeitpunkt kniff. Sein Erfahrungsbericht *Forschung und Lehre sind frei* ist nicht frei von Bitterkeit.

Pläne, Fächer, Stellen, Geld, Pläne ...

Die unendliche Geschichte der Unistrukturreformen, Stand 9.10.01

Von Hartwig Cremers

Pläne

1. Als frischgebackenen Universitätskanzler fragte mich 1982 die SAARBRÜCKER ZEITUNG, was ich am Sonntag machen werde. Meine Antwort: Ich werde den Personalstrukturplan des Ministeriums für die Universität studieren. Über diese brave Antwort hat der damalige Präsident Paul Müller geschmunzelt. Ich war

von der Universität Düsseldorf gekommen, die seit fünfzehn Jahren planmäßig (und mit viel Geld) aufgebaut wurde. Paul Müller ahnte sicher schon, was ich heute auch weiß: Dem Personalstrukturplan des Ministeriums folgte alsbald der *Universitätsentwicklungsplan* und dann der zweite *Universitätsentwicklungsplan*, später, 1993, wieder ein *Universitätsentwicklungsplan* und dann noch das *Strukturkonzept der Landesregierung* für die Universität des Saarlandes vom 1.10.1998, vorbereitet von den Empfehlungen der Sachverständigenkommission Hochschulentwicklung Saarland-Trier-Westpfalz vom März 1998 (*Simon-Gutachten* - nach dem Vorsitzenden der Kommission) und dem *Niethammer-Gutachten* für die Medizinische Fakultät.

Man sieht: Ein Plan für die Universitätsentwicklung hat ein kurzes Leben. Nicht immer so lang, wie man zur Umsetzung braucht. Die Vielfalt der Pläne führt dazu, daß sie rasch aus dem Gedächtnis verschwinden. Sie sind so

Eingestellte Fächer und neue Studiengänge ab 1998	Universitätsentwicklungsplan (UEP) 1993			Strukturkonzept der Landesregierung 1998		Quote im WS 01/02	Anmerkungen
	Ministerielle Vorgabe (Juli 93)	Universitätskonzept (Nov./Dez. 93)	vollzogen	vorgesehen	vollzogen		
Rechtswissenschaft	Lizentiat-Einstellung		Nullquote ab WS 94/95				
Volkswirtschaftslehre				Einstellung	ab SS 99	-	
Wirt.päd./ WiWiss (LAB)				Einstellung	ab WS 98/99	50	
Zahnmedizin	Einstellung					22	Weiterführ. beschl. 200
Philosophie (LA)				Einstellung	ab WS 98/99	16	Wiedereinf. ab WS 01/02
Evangelische Theologie	Pers. Einsparungen/ Kooperation mit	Reduzierung	wieder	Einstellung		18	Weiterführ. beschl. 200
Katholische Theologie	anderen Hochschulen	(LA-Einstellung)	revidiert	Einstellung		29	Weiterführ. beschl. 200
Kulturwissenschaften			Hist. orient. KultW.	NEU	ab WS 99/00	50	
Vgl. Indogerm. Sprachwiss.				Einstellung	ab SS 99	-	
Orientalistik	Einstellung	Einstellung	ab WS 92/93	Einstellung	ab WS 92/93		
Griechisch (LA)				Einstellung	ab SS 99	-	
Griechisch (Aufbaust. ZE)				NEU	Beschluß steht noch aus		
Latein (LA)				Einstellung	ab SS 99	10	Wiedereinf. ab WS 99/00
Klassische Archäologie	Integr. Struktur (Vor-, Früh- u. Alte Gesch.)	Einstellung Vorderasiat. Archäologie	(Änderung d. Stg.-Bezeichnung)	Einstellung	ab SS 99 (Hauptfach)	20	wg. Kapazität weiter Nebenfach-Angebot
Kunsterziehung		Verlagerung an HBK	gem. Stg. ab WS 94/95	Einstellung	ab WS 98/99		
Allemand	Lic-Maitr.-Einstellung oder Modifizierung					frei	
Skandinavistik		Einstellung	ab WS 94/95				
Kommunikation u. Kultur (BA/MA)				NEU	noch nicht eingeführt		
Franz. Kulturwiss. (MA)				NEU	ab WS 01/02	50	
Slavistik	kritische Überprüfung			Einstellung	ab SS 99		
Übersetzen-Dolmetschen insg.	Verlagerung an HTW	Stellen-Halbierung): (Abgabe an HTW NEUE Angebote	Universitäre Diskuss. nicht abgeschlossen			NC	

Table 1: Entwicklungsplanung für die Universität; eingestellte Fächer und neue Studiengänge

komplex, daß oft nur die direkt Betroffenen sich an den sie betreffenden Teil erinnern.

2. Zur Erinnerung soll hier die Entwicklung der letzten zehn Jahre dargestellt werden, also beschränkt auf die letzten beiden Pläne, die „in Kraft getreten“ sind. „In Kraft treten“ heißt hier: Sie sollen das Handeln im Planungszeitraum – der nicht immer klar definiert war – leiten. Die Planungen sollen die Beteiligten binden, und sie sollen umgesetzt werden, sobald das möglich ist.

Der Universitätsentwicklungsplan von 1993 war ein Beschluß der Universität, die vom Minister schon fakultätsweise vorgegebenen Sparlasten zu erbringen, aber er war noch ein Beschluß der Universität. Das Strukturkonzept von 1998 war ein Beschluß der Landesregierung. Die Universität fand sich nicht bereit, das Konzept mitzutragen oder auch ein anderes vorzuschlagen, das den (seit 1993) weiteren und zusätzlichen Sparvorgaben des Landes Rechnung trug.

3. Zu diesen beiden Plänen kann man fragen: *Was besagen die Pläne über die Fächerstruktur? Wie wurde diese umgesetzt?* (dazu unten 4.) *Was ergab sich aus den Plänen zu den Stellen für das Personal der Universität?* (dazu 5.) *Wie schlug sich die Planung im Landeszuschuß an die Universität in den Landeshaushaltsplänen nieder?* (dazu 6.) *Was folgt für die Universität aus dem weiterhin in Kraft befindlichen Strukturkonzept der Landesregierung von 1998 noch für die Zukunft?* (dazu 7.)

Alle hier verwendeten Daten sind bekannten und veröffentlichten Unterlagen entnommen.

Fächer

4. Die Fächer sind der Reichtum der Universität. Ihre Einrichtung ist Gewinn, ihre Einstellung Verlust. Zugleich beschreiben die Fächer aber auch die Leistungsanforderung an die

neugestellte Fächer und neue Studiengänge 1998	Universitätsentwicklungsplan (UEP) 1993			Strukturkonzept der Landesregierung 1998		Quote WS 01/02	Anmerkungen
	Ministerielle Vorgabe (Juli 93)	Universitätskonzept (Nov./Dez. 93)	vollzogen	vorgesehen	vollzogen		
bers./Italienisch				Einstellung		15	weitere Zulassung wg. vorhandener Kapazität
bers./Russisch				Einstellung		15	
ziologie	Verzicht auf Diplom-Stg.		Nullquote WS 95/96 – SS 98	Einstellung	ab SS 99	–	
zialkunde				Einstellung	ab SS 99	–	
olitikwissenschaft		Einschränkung	reduz. Quote (15)	Einstellung	ab SS 99	–	
ographie hys/Anthro/Bio)				Einstellung	ab SS 99	–	Biogeographie: Verlagerung nach Trier
ographie (LA)				Einstellung	ab SS 99	45	Wiedereinf. ab WS 00/01
ormationswissenschaft	kritische Überprüfung					47	
formatik (LA)				NEU	LAG ab WS 99/00	29	+ LAB ab WS 01/02
ngewandte Informatik				NEU	ab WS 00/01	50	
ikro- u. Nanostrukturen				NEU	ab WS 00/01	frei	
omputer Science (Aufbau)				NEU	ab WS 00/01	frei	
omputer- u. KommTechnik				NEU	ab WS 00/01	frei	
ektrotechnik (BA/MA)				NEU	ab WS 00/01	frei	
ystem- u. Elektrotechnik				NEU	ab WS 00/01	frei	statt Elektrotechnik
ektrotechnik (LAB)				NEU	ab WS 00/01	10	
etalltechnik				Einstellung	ab SS 99	20	Wiedereinf. ab WS 00/01
roduktionstechnik				NEU	ab WS 00/01	frei	statt Konstr-/ FertTechnik
oinformatik				NEU	ab WS 01/02	50+25	
ologie				Einstellung	ab SS 99	–	
umanbiologie			Biol. mit Schwerpkt.	NEU	ab WS 99/00	55	
ologie (LA)		LA-Einstellung	wieder revidiert	Einstellung	ab WS 98/99		

!quote: keine Zulassung von Studienanfängern; LAG/LAB: Lehramt an Gymnasien bzw. berufsbildenden Schulen

Tabelle 1 Forts.

	Professoren	Wiss. Mitarbeiter	Sonstige Mitarbeiter	insgesamt
1985	286	729	1056	2071
1990	317	753	1052	2122
1991	305	769	1078	2152
1992	309	778	1040	2127
1993	308	773	1021	2102
1994	306	776	1021	2103
1995	310	774	1007	2091
1996	307	769	1006	2082
1997	305	753	999	2057
1998	303	752	989	2044
1999	303	742	994	2039
2000	293	735	984	2012
2001	288	734	968	1990

Tabelle 2:

Entwicklung der Stellen im Haushaltsplan der Universität (ohne Klinik)

Universität. Wenn sie eingestellt werden, werden Leistungen eingestellt. Also werden Ressourcen frei. Wenn sie eingerichtet werden, werden zusätzliche Ressourcen benötigt. Will man beurteilen, ob die Universität mit Ressourcen besser oder schlechter ausgestattet ist, muß man nicht nur beachten, wie viel sie hat, sondern auch, ob weniger oder mehr von ihr verlangt wird.

Deshalb ist in der *Tabelle 1* die Fächerentwicklung dargestellt. Dazu ist festzuhalten: *Fach* ist nicht genau definiert, vor allem nicht organisatorisch. Neue Studiengänge sind ebenfalls aufgenommen. Dies beschreibt nicht die gesamte Entwicklung der Fächer. Studiengänge werden laufend entwickelt und geändert. Reformen innerhalb der Fächer, Ausbau, Reduktion, Neukombination von Studiengängen, Bildung neuer Schwerpunkte usw. sind Entwicklungen, die hinzukommen, selbstverständlich kostenrelevant sind und auch als Entwicklung des Leistungsspektrums der Universität beschrieben werden können und müssen. Aufbau und Abbau der Fächer, wie sie in *Tabelle 1* dargestellt sind, sind also nur ein grober Anhaltspunkt für die Leistungsanforderungen an die Universität.

Vollzug bezeichnet in der Tabelle die erste Entscheidung über die Umsetzung, also etwa bei einer Einstellung die, keine Studierenden für das Fach mehr neu aufzunehmen.

Aus der Tabelle ist zu ersehen, daß 1993 letztlich zwei Fächer – Orientalistik und Skandinavistik – eingestellt wurden. Diese Fächer waren damals nur noch mit einer Professur bzw. schon nicht mehr mit einer Professur vertreten. 1998 trat der Plan über die Einstellung von 13 Fächern in Kraft, darunter großer Fächer wie Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Sozialkunde, Geographie, Biologie, um nur die zu nennen, die zum Wintersemester 1996/97 noch – teilweise erheblich – über 50 Studienanfänger hatten. Nicht alle Einstellungen sind vollzogen. Einige sind inzwischen ausdrücklich zurückgenommen, vor allem die der Theologien.

Die Diskussion, ob die Einstellungen als Beschneidung und Zerstörung anzusehen sind oder als notwendige Profilbildung, ist nicht Gegenstand dieses Beitrags. Daß keine Universität die Wissenschaften noch umfassend pflegen kann, ist heute Gemeingut.

Im Gefolge des Strukturkonzepts der Landesregierung hat die Universität Studiengänge neu eingerichtet, die ebenfalls in der Tabelle enthalten sind. Hervorzuheben sind Human- und Molekularbiologie, Kulturwissenschaften und neun Studiengänge im Bereich und im Umfeld von Informatik und Elektrotechnik.

Stellen

5.1 Beide Pläne haben die Entwicklung in Fächern vorgezeichnet. Die Konsequenzen für die Ressourcen sind in den Plänen nach dem Vorbild der früheren Pläne in Stellen dargestellt. Das ist gerechtfertigt, weil die Personalausgaben bei einer Universität weitaus überwiegen, sie machen wenigstens 70 Prozent der Ausgaben aus. Letztlich ist das Land bei seiner Sparvorgabe 1993 und bei seiner Entscheidung 1998 allerdings von Geldsummen ausgegangen, die es jeweils einzusparen galt.

Mit dem Beschluß über die Einstellung eines Faches ist noch kein Student exmatrikuliert und kaum eine Mark eingespart. Vor allem müssen die Gehälter weiter bezahlt werden. Die „Abwicklung“ dauert länger und bringt Übergangsprobleme: Wenn die Studen-

ten des Faches noch sieben Jahre da sind – zuletzt allerdings nur noch in hohen Semestern – und die Professoren noch fünfzehn Jahre, bis wann sollen dann noch Bücher für das Fach gekauft werden? Bei der Umsetzung gab es Änderungen. Der Vollzug der Planungen von 1993 wurde auch durch diejenigen von 1998 überholt und abgebrochen. Deshalb wird in *Tabelle 2* nicht die Planung dargestellt, sondern der Vollzug der Planung in den Haushaltsplänen.

Dargestellt ist die Entwicklung der Stellen nach Professuren, Wissenschaftlerstellen und Stellen für sonstige Mitarbeiter in den Haushaltsplänen des Landes von 1991 bis 2001. 1991 deshalb, weil der Plan von 1993 die seit 1991 schon erbrachten Einsparungen auf die neu festgesetzten angerechnet hat. Dabei sind die Mittel für Hilfskräfte in Mitarbeiterstellen umgerechnet, soweit sie haushaltsrechtlich dafür genutzt werden können (dies gilt zu 80 Prozent). Zum Vergleich sind noch die Zahlen von 1990 und 1985 beigefügt.

Die Universität hat in zehn Jahren danach insgesamt 162 Stellen verloren, etwa 7,5 Prozent des Bestandes. An Professuren hat die Universität 27 verloren, also etwa neun Prozent. Dieser Verlust an Professuren wird in *Tabelle 2* etwas verdeckt, da 1995 zehn H3- in

C3-, also in Professorenstellen umgewandelt wurden, die aber bis heute mit Mitarbeitern besetzt sind. Der ausgewiesene Verlust an Professuren ist daher um zehn zu erhöhen.

Die genaue Analyse dieser Verluste ist schwierig. Es sind Stellen enthalten, die von einer Verlagerung von Aufgaben nach außen begleitet wurden, etwa im Reinigungsdienst. Vor allem verbirgt dieser Saldo auch interne Verlagerungen. Die bei einzelnen Einrichtungen der Universität verlorenen Stellen sind in ihrer Summe also weit höher, werden aber teilweise ausgeglichen durch Zuwächse an anderer Stelle.

5.2 Neben der Sicht über die Gesamtuniversität ist wichtig, wie die Stellenverteilung auf die Fakultäten sich verändert hat, also wie deren Umstrukturierung, Ausbau und Abbau bis zur Streichung von Fächern umgesetzt wurde. *Tabelle 3* zeigt die Entwicklung der internen Verteilung der Stellen, ebenfalls nach Professuren, Wissenschaftlerstellen und Stellen für sonstige Mitarbeiter von 1991 bis 2001. Die Umverteilungen, die die Universität selbst vorgenommen hat, sind erfaßt.

Eine Schwierigkeit ist, daß der Zuschnitt der Fakultäten sich im Jahre 2000 grundlegend geändert hat. In *Tabelle 3* ist die Verteilung auf die früheren fünf Fakultäten darge-

	Rechts- und Wwi. Fak.				Medizinische Fak.				Philosophische Fak.				Math.-Naturwiss. Fak.				Technische Fak.				UdS insgesamt			
	Prof.	wiss. Mit.	sonst. Mit.	insg.	Prof.	wiss. Mit.	sonst. Mit.	insg.	Prof.	wiss. Mit.	sonst. Mit.	insg.	Prof.	wiss. Mit.	sonst. Mit.	insg.	Prof.	wiss. Mit.	sonst. Mit.	insg.	Prof.	wiss. Mit.	sonst. Mit.	insg.
1991	43	152	63	258	80	133	206	419	89	211	76	376	60	159	133	352	33	76	61	170	305	731	539	1575
1992	43	151	64	258	81	133	207	421	90	213	73	376	60	161	131	352	35	78	54	167	309	736	529	1574
1993	43	152	67	262	78	135	209	422	90	218	78	386	62	163	131	356	35	82	59	176	308	750	544	1602
1994	43	152	67	262	78	135	209	422	88	231	78	397	62	166	131	359	35	83	58	176	306	767	543	1616
1995	44	150	64	258	84	135	207	426	83	227	76	386	63	172	132	367	36	86	60	182	310*	760	539	1609
1996	43	145	64	252	81	134	207	422	82	227	76	385	64	173	129	366	37	86	60	183	307	765	536	1608
1997	41	138	61	240	80	132	203	415	82	225	81	388	64	168	134	366	38	90	68	196	305	753	547	1605
1998	41	138	61	240	79	132	203	414	81	226	81	388	64	168	134	366	38	91	67	196	303	755	546	1604
1999	40	138	61	239	79	132	207	418	81	226	76	383	63	167	135	365	40	90	63	193	303	753	542	1598
2001	40	138	61	239	76	132	207	415	79	226	76	381	52	167	135	354	41	90	63	194	288	753	542	1583

Tabelle 3:

Entwicklung der internen Stellenverteilung auf die Fakultäten der Universität

* ab 1995 zehn C3-Stellen aus der Umwandlung von H3-Stellen (mit Mitarbeitern besetzt):

– Rechts- und Wirtschaftswiss. Fakultät	2
– Medizinische Fakultät	6
– Philosophische Fakultät	1
– Math.-Naturwiss. Fakultät	1

stellt. Sie haben eine weitgehend anerkannte grundlegende Einteilung der Wissenschaften beschrieben, also die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, die Medizin, die Geisteswissenschaften, die Naturwissenschaften und die technischen Wissenschaften. Um den Stand bis 2001 darzustellen, sind in der Tabelle die in den Jahren 2000 und 2001 eingetretenen Entwicklungen den durch die früheren Fakultäten umschriebenen Wissenschaftsgebieten zugerechnet.

Die Entwicklung bei sonstigen Einrichtungen der Universität, bei der Universitätsbibliothek, der Verwaltung etc. ist hier nicht dargestellt. Daher ergibt die Summe der in jedem Jahr verteilten Stellen auch nicht die Summe der in den jeweiligen Haushaltsplänen insgesamt ausgebrachten Stellen.

Vorab zeigt sich, daß die Sparlasten überwiegend nicht aus dem Bereich der Fakultäten erbracht wurden, sondern von den zentralen Diensten. Die Gesamtzahl der auf die Fakultäten verteilten Stellen ist von 1991 bis 2001 von 1575 auf 1583 Stellen gestiegen!

Wesentliche Kennzahl für die innere Umstrukturierung und die Entwicklung der Gesamtrichtung der Universität ist die Verteilung der Professuren. Auch hier sind die „unechten“ Gewinne durch die Umwandlung von

- vorher wie nachher mit wissenschaftlichen Mitarbeitern besetzten - H3-Stellen in C3-Professorenstellen herauszurechnen. Ihre Zuordnung zu den Fakultäten ist in der Fußnote von Tabelle 3 dargestellt. Per saldo ergibt sich: Die Naturwissenschaften haben von 1991 bis 2001 am meisten verloren, neun Professuren oder 15 Prozent. Die Geisteswissenschaften und die Medizin haben elf bzw. zehn Professuren oder gut zwölf Prozent verloren, die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften fünf Professuren, prozentual ein Verlust der gleichen Größenordnung. Die technischen Fächer haben acht Professuren gewonnen.

Geld

6. Eine wichtige Frage ist, wieviel das Saarland letztlich an Steuergeldern für die Universität aufgewendet hat. *Tabelle 4* zeigt die Entwicklung des Landeszuschusses in den Haushaltsplänen des Landes für die Jahre 1985 und dann wieder ab 1990 bis 2001. Landeszuschuß bedeutet hier: Aus den Haushaltsplänen sind herausgerechnet die Mittel, die die Universität selbst eingeworben hat (Drittmittel). Sie sind ebenfalls in *Tabelle 4* zur Information gesondert dargestellt. Herausgenommen ist ferner der Titel, dessen Mittel die Universität global an die Universitätskliniken weiter überweist. Hinzugenommen sind die Investitionen, die das Land in diesen Jahren für die Universität im Bauhaushalt veranschlagt hat. Soweit sie vom Bund zur Hälfte mitfinanziert wurden, ist nur die Hälfte des Landes einbezogen. Gesondert ausgewiesen sind die Investitionen für die Medizin, da sie zwar der Forschung und der Lehre, allerdings untrennbar davon vielfach auch (und meist überwiegend) der Krankenversorgung dienen. Insgesamt soll *Tabelle 4* die Frage beantworten: Wieviel hat der saarländische Steuerzahler in den Jahren 1991 bis 2001 für seine Universität ausgegeben? Die Jahre 1985 und 1990 sind wieder zum Vergleich aufgenommen.

Genaugenommen beschreiben die Summen des Haus-

Tabelle 4:

Entwicklung des Landeszuschusses – einschließlich Investitionen – und der Drittmittel (in DM)

	Landeszuschuß für Universität	Investitionen Medizin	Landeszuschuß insgesamt	Drittmittel
1985	165.431.800	21.416.000	186.847.800	28.305.900
1990	223.473.300	22.973.000	246.446.300	39.751.800
1991	244.274.100	24.650.000	268.924.100	45.885.500
1992	251.018.400	17.299.500	268.317.900	45.465.400
1993	232.100.500	19.427.500	251.528.000	45.322.700
1994	243.730.200	24.212.500	267.942.700	46.199.000
1995	249.702.600	27.652.500	277.355.100	49.416.000
1996	249.952.900	20.885.500	270.838.400	56.818.000
1997	242.576.250	16.431.950	259.008.200	57.788.000
1998	252.610.275	14.966.625	267.576.900	56.855.000
1999	260.756.100	14.501.000	275.257.100	53.210.000
2000	259.199.400	17.950.000	277.149.400	63.405.000
2001	259.343.800	14.480.000	273.823.800	*)

*) noch nicht abschließend erfaßt

Fakultät	Gesamt-sparlast*	Einsparungen 1999–2001	verbleibende Sparlast	davon Professuren
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche	28 5/6	8	20 5/6	3
Medizinische	7 3/4	4 1/2	3 1/4	0
Philosophische I – Geschichte und Kulturwissenschaften	27 1/6	6 5/6	20 1/3	4
Philosophische II – Sprach-, Literatur- und Kulturwiss.	22	0	22	1
Philosoph. III – Empirische Humanwissenschaften	41 1/6	19 5/6	21 1/3	4
Naturwiss.-Technische I – Mathematik und Informatik	0	0	0	0
Naturwiss.-Technische II – Physik und Elektrotechnik	4	0	4	0
Naturwiss.-Techn. III – Chemie, Pharmazie und Werkstoffwiss.	49 1/3	20 1/3	29	2
Universität insgesamt	180 1/4	59 1/2**	120 3/4***	14

*) ohne Theologien, **) Rückfluß im Umfang von 20 Stellen, ***) erwarteter Rückfluß in Höhe der Hälfte der finanziellen Einsparungen

Tabelle 5:

Stelleneinsparung im Rahmen der Strukturplanung der Landesregierung (1998)

haushaltsplans, was die Universität ausgeben darf. Was sie tatsächlich ausgegeben hat, ergibt sich erst aus der Schlußrechnung. Im allgemeinen werden die veranschlagten Mittel allerdings alle ausgegeben, wenn nicht im laufenden Haushalt, dann – mit Genehmigung des Finanzministers – im folgenden, so daß die Zahlen doch die Realität widerspiegeln. Dies gilt nicht in vollem Umfang für die Personalmittel, womit die Tendenz der Entwicklung aber nicht verfälscht ist.

Die Steigerung des Landeszuschusses von 1991 bis 2001 betrug knapp fünf Mio. DM oder etwa zwei Prozent. Zur Beurteilung des Wertes dieser Erhöhung wird man am ehesten die Lohnentwicklung heranziehen können, denn die Ausgaben der Universität sind überwiegend Personalausgaben. Um es zu wiederholen: Landeszuschuß umfaßt auch die Investitionen. In den jährlichen Summen schlagen sich nicht nur die Entwicklung der laufenden Mittel, sondern auch Beginn und Ende großer Bauvorhaben nieder, so der regen Bautätigkeit im klinischen Bereich. Selbstverständlich ist dies nur ein Anhalt. Viele Kosten – etwa von Büchern, von modernster technischer Ausstattung oder von Investitionen im Bau-sektor – haben sich ganz anders entwickelt.

Pläne

7.1 Schließlich – wie dargelegt: Das Strukturkonzept der Landesregierung für die Universität des Saarlandes vom 1.10.1998 ist noch „in Kraft“. Soweit diese Planungen im Haushalt noch nicht vollzogen sind, sind sie in *Tabelle 5* dargestellt. Diese Tabelle beschreibt also die auf der Universität planmäßig noch lastende „Hypothek“. Sie ist schon nach den neuen Fakultäten gegliedert.

Von den danach in Zukunft entfallenden Stellen soll die Universität – summenmäßig – die Hälfte wieder bekommen, nachdem das Land von der gesamten Sparlast des Planes vorab Stellen im „Wert“ von 3,1 Mio. DM schon ersatzlos eingezogen hat.

Der Saldo aus der Realisierung der Hypothek, dieser „Rückvergütung“ und eventuellen zusätzlichen Leistungen des Landes wird sich in den nächsten Jahren letztlich aus den Haushaltsplänen des Landes ergeben.

Dieser Saldo wäre die Manövriermasse für die Universität, soweit sie nicht schon gebunden ist oder vom Land gebunden wird. Was die Universität damit machen muß, liegt – ganz abgesehen von den Vorgaben des Landes im Strukturkonzept – meist schon auf der Hand: Ausstattung der Professuren, die die Landesregierung 1998 zwar mit genauer Widmung, aber ohne Ausstattung beschlossen hat, auch das Aufgreifen neuer Aufgaben wie des Lehrerbildungszentrums, der multimedialen Lehre, Reserven für Schwerpunkte, für Forschungsförderung – beide notwendig und auch vom Gesetz vorgeschrieben ... Nicht selten hilft das Land bei solchen Aufgaben. Was die Universität letztlich verlieren – oder gewinnen? – wird sich per Saldo wieder in den Haushaltsplänen darstellen.

7.2 Der geltende Plan *Strukturkonzept der Landesregierung* umfaßt – ehrgeizig – den Planungszeitraum bis 2010. Der nächste Universitätsentwicklungsplan ist schon in Arbeit.

Tabelle 1 Heinz-Jürgen Beyer;

Tabellen 2–5 Franz Josef Heisel

Werden Akademiker im Saarland Mangelware?

Das saarländische Hochschulsystem auf dem Prüfstand¹

Von Reinhard Daug

Eines scheint unstrittig: Der regionale, nationale und internationale Wirtschaftswettlauf wird immer mehr zum Bildungswettlauf. Der Erfolg des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels, des außerordentlich schwierigen und drängenden Überganges von der Industriegesellschaft zur Informations-, Wissens- und Lerngesellschaft, hängt zunehmend von einem hierzu hinreichend konzipierten und dimensionierten Bildungssystem ab. Neben einem intensiven Wissens- und Technologietransfer, der Ansiedlung von wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen an den Hochschulen und der Ausgründung von Firmen aus der Hochschulforschung steigt der Bedarf an hochqualifizierten Hochschulabsolventen. Es werden immer mehr und immer besser ausgebildete Hochschulabsolventen benötigt, übrigens zukünftig keineswegs nur in technologischen und naturwissenschaftlichen Berufsfeldern, und deren ausreichende Zahl dürfte zu einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Standortfaktor ersten Ranges werden. Die Bildungsexpansion muß ganz offensichtlich fortgeschrieben und zugleich die Qualität von Bildung und Ausbildung erhöht werden. Hierzu scheinen grundlegende Bildungsreformen bei gleichzeitig erheblichen Bildungsinvestitionen unumgänglich.

Das deutsche Hochschulsystem auf dem Prüfstand

Wie die OECD-Studie *Bildung auf einen Blick* (2001) deutlich zeigt, ist Deutschland insgesamt im Begriff, sich von den bildungsexpansiven Entwick-

lungen führender bzw. aufstrebender Wirtschaftsnationen abzukoppeln. Nur 28% eines Jahrgangs beginnen in Deutschland ein Hochschulstudium; in Finnland sind es 58, in den Niederlanden 52, in Großbritannien 48, in den USA 44%; OECD-Durchschnitt 40%. Anteilig weniger Studienanfänger haben nur noch Mexiko, die Türkei und Tschechien. Zudem gehört Deutschland zu den wenigen Industrienationen, deren Studienanfängerquote in den letzten Jahren nicht gestiegen ist. Auch machen bei uns lediglich 16% eines Jahrgangs einen Hochschulabschluß (OECD-Durchschnitt 23%). Dabei sind unsere Hochschulabsolventen durchschnittlich 28 Jahre alt (OECD-Durchschnitt 25 Jahre) und haben 6,1 Jahre studiert (OECD-Durchschnitt 4,5 Jahre). Wir haben in Deutschland eine durchschnittliche Studienabbrecher-Quote von über 30% (z.B. Maschinenbau 40, Elektrotechnik und Physik 50, Informatik 60, Mathematik 70, Geschichte und Philosophie 60 bis 80%).

Diese Zahlen verweisen auf ein im internationalen Vergleich insgesamt unterdimensioniertes und zu wenig effizientes Hochschulsystem, und so überrascht es nicht, daß Deutschland auch bei internationalen Vergleichen der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit zunehmend schlechter positioniert ist.² So kommen beispielsweise auf 100.000 Beschäftigte in Deutschland lediglich 1.040 Ingenieure, Mathematiker, Informatiker und Naturwissenschaftler (in Finnland, Frankreich, Irland, Japan und Korea zwischen 2.229 und 5.217; OECD-Durchschnitt 1.500). Schließlich zeigt das Dossier des EU-Forschungskommissars Busquin, das dieser im Juni 2001 in Luxemburg den EU-Forschungsministern vorlegte, daß Deutschland beim Innovationskraft-Indikator „Forscher pro 1.000 Erwerbstätige“ mit 6,3 nur knapp über dem EU-Mittel von 6,1 liegt (Finnland 10,6; Japan 9,2; Schweden 8,4; USA 8,1) und bei der jährlichen Zunahme dieses Indikators mit nur 1,0% sogar an vorletzter Stelle in Europa (Irland 16,5; USA 6,5; EU-Durchschnitt

¹ Vgl. hierzu auch Reinhard Daug: Zur Entwicklung und Perspektive des saarländischen Hochschulsystems, Gutachten im Auftrag der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes, August 2001.

² Weiter verschlechtert hat sich Deutschland bezüglich der Wachstumschancen (in 2000 Rang 14, 2001 Rang 17) und der Wettbewerbsfähigkeit (2000 Rang 3, 2001 Rang 4) laut Global Competitiveness Report 2001 des World Economic Forums (WEF) (Genf, 2001).

2,9%). Verschärft wird die Diskussion um die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems noch durch die Prognosen der Bund-Länder-Kommission (BLK) im Rahmen der Studie *Zukunft von Bildung und Arbeit* (2001), die von den Ministerpräsidenten der Länder in Auftrag gegeben war. Dort wird ein erheblicher Akademikermangel ab 2008 vorausgesetzt, der allein bis 2015 einen zusätzlichen Bedarf von bis zu 900.000 Hochschulabsolventen erwarten läßt und bedenkliche Wettbewerbs- und Standortnachteile zur Folge hätte. Ursache hierfür ist insbesondere das zeitliche Zusammentreffen folgender drei Faktoren: der enorme Ersatzbedarf durch altersbedingtes Ausscheiden von Akademikern aus dem Berufsleben, der deutlich geringere Zulauf zu den Hochschulen durch die geburten-schwachen Jahrgänge und der erheblich zunehmende Bedarf der Wirtschaft an Hochschulabsolventen.

3 Aus der Rede von Prof. A.W. Scheer anlässlich der Verleihung des saarländischen Verdienstordens in der Staatskanzlei am 27.6.2001.

4 Kultusminister Schreier in der Saarbrücker Zeitung vom 8./9.9.2001.

5 Vgl. Antrag an den Ministerrat vom Juni 2001.

6 Vgl. KMK-Studie Schule in Deutschland. Zahlen, Fakten, Analysen, 2001.

7 Vgl. KMK-Studie Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2015, 1998.

8 Der Königsteiner Schlüssel ist eine seit 1949 jährlich von der BLK festgelegte allgemeine statistische Kennzahl sowohl für die Zuteilung als auch für die Beteiligung der Länder. Wesentliche Grundlagen sind der Bevölkerungsanteil und die wirtschaftliche Leistungskraft. Er beträgt zur Zeit (2000) für das Saarland 1,27 %.

Das saarländische Hochschulsystem in der Diskussion

Es stellt sich die Frage, ob das saarländische Bildungs- und Hochschulsystem diesen qualitativen und quantitativen Herausforderungen gewachsen ist. Skepsis scheint angebracht. Wenn der Berater des saarländischen Ministerpräsidenten, Prof. Scheer, öffentlich auf die Gefahr hinweist, „daß das Saarland intellektuell ausblutet“³, oder wenn der Kultusminister Schreier das saarländische Hochschulsystem als „bis auf die Knochen abgenagt“⁴ bezeichnet und mit Verweis auf die mangelnde „Attraktivität des Hochschulstandortes – insbesondere im Bereich Studium und Lehre – unter veränderten Wettbewerbsbedingungen“⁵ eine zehnköpfige Sachverständigenkommission für die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) einsetzt, spätestens dann ist wohl die Diskussion um die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des saarländischen Hochschulsystems insgesamt eröffnet.

Wir brauchen schon jetzt, vor allem aber in naher Zukunft erheblich mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventen, aber das saarländische Hochschulsystem scheint für diese Herausforderung nicht richtig aufgestellt zu sein. Einer entsprechenden Bildungsexpansion stehen hier insbesondere folgende Unzulänglichkeiten und Probleme entgegen:

– Das Saarland hat einen zu geringen bildungsrelevanten Bevölkerungsanteil.

Der Anteil der „bildungsrelevanten Bevölkerung“ (der 5- bis 29jährigen potentiellen Schüler und Studenten) ist im Saarland extrem niedrig (weniger als 27%, Platz 15 von allen 16 Bundesländern)⁶, eine zweifellos ungünstige demographische Bedingung für eine Bildungsexpansion, die ganz besondere Anstrengungen erforderlich macht. Hinzu kommt noch die Tatsache, daß es im Saarland einen vergleichsweise sehr frühen Ausstieg Jugendlicher aus dem allgemeinbildenden Schulsystem gibt.

– Das Saarland hat eine zu geringe Studienberechtigungsquote.

Im Saarland erwerben derzeit lediglich 22,8% eines Jahrganges die Hochschulreife (Platz 15, Bundesdurchschnitt 27,8%). Dieser Rückstand wird sich bis 2015 voraussichtlich sogar noch verschärfen. Ein Einzelvergleich: Brandenburg wird 2015 eine Studienberechtigungsquote von 39,4% haben, eine Quote, die das Saarland prognostisch nur zu 58% erfüllen wird.⁷

– Das Saarland hat zu wenig Studienanfänger.

Im Wintersemester 2000/01 gab es im Saarland insgesamt 2.914 Studienanfänger. Bei einer der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftskraft des Saarlandes angemessenen Bildungsbeteiligung (*Königsteiner Schlüssel 2000*)⁸ hätten es jedoch bereits 3.912 Studienanfänger sein müssen, also ca. 1.000 mehr.

– **Das Saarland hat zu wenig Studierende.**

Nur 1,2% der saarländischen Bevölkerung sind Studierende (Platz 15). Im WS 2000/01 studierten im Saarland insgesamt 19.943 Personen. Bei einer angemessenen länderspezifischen Bildungsbeteiligung hätten es aber bereits 22.325 sein müssen, also 2.409 mehr. Vom WS 1995/96 bis zum WS 2000/01 ging die Zahl der Studierenden allein an der Universität des Saarlandes (UdS) von 20.026 auf 16.922, also um 3.104 oder 15,5% zurück. Von 1993 bis 2001 ging die Zahl der Studierenden an der HTW von ca. 3.500 um 28,6% auf ca. 2.500 zurück.

– **Der Anteil der Fachhochschulen insgesamt an den Studienanfänger und Studierenden im Saarland ist zu gering.**

In 2000 gab es an den fünf saarländischen Fachhochschulen insgesamt 882 Studienanfänger. Nur zur Erreichung des bundesdurchschnittlichen FH-Anteils von derzeit 31% hätten dies bereits 1.229 sein müssen, also 39,3% mehr. Von den 19.943 Studierenden im WS 2000/01 im Saarland waren nur 3.670 (18,4%) an den saarländischen Fachhochschulen eingeschrieben. Nur zur Erreichung des bundesdurchschnittlichen FH-Anteils von derzeit ebenfalls 31% hätten dies bereits 6.182 sein müssen, 40,6% mehr. Dies entspräche beispielsweise einer Verdoppelung der HTW.

– **Der Anteil der HTW an den Studienanfänger und Studierenden im Saarland ist zu gering.**

Im WS 2000/01 waren an der HTW 2.512 Studierende eingeschrieben, 12,6% aller Studierenden und 68,4% aller FH-Studierenden im Saarland. Zugleich schrieben sich von den insgesamt 2.914 Studienanfänger im Saarland nur 549 (18,8%) an der HTW ein. Für die seit langem angestrebte HTW-Anfängerquote von 30% hätten dies jedoch 874 sein müssen, also 59,2% mehr.

– **Für die saarländischen Hochschulen, insbesondere die Fachhochschulen, zeigt sich eine erhebliche negative Wanderungsbilanz bei Studienanfänger wie Studierenden.**

Der Studierenden-Nettoverlust des Saarlandes betrug 1999 insgesamt 3.011 Studierende (UdS 169 oder 5,6%, Fachhochschulen 2.842 oder 94,4%), der Studienanfänger-Nettoverlust 778 (UdS 261 oder 33,5%, Fachhochschulen 517 oder 66,5%). Der Studierenden-Nettoverlust nach Rheinland-Pfalz betrug dabei 2.032 Studierende (UdS 232 oder 11,4%, Fachhochschulen 1.800 oder 88,6%).⁹

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß wir zukünftig erheblich mehr hochqualifizierte akademische Fachkräfte brauchen, wenn der Wirtschaftsstandort wettbewerbs- und zukunftsfähig bleiben soll. Da eine hinreichende Zuwanderung solcher Fachkräfte offensichtlich kaum zu erwarten ist (beklagt wird ja eher eine zu große Abwanderung von Hochschulabsolventen), muß man bei der Lösung dieses Problems wohl oder übel auf das eigene Bildungssystem setzen. Erforderlich ist hierzu eine durchgreifende Reform der gesamten Bildungskette: Braucht man mehr Hochschulabsolventen, so muß man nicht nur die Studienzeiten verkürzen (Bundesdurchschnitt derzeit 6,1 Jahre), die universitären Abbrecherquoten von derzeit bundesdurchschnittlich 30% senken, die im Saarland bestehenden erheblichen negativen Wanderungsbilanzen der Studierenden (1999 ca. 3.000) „positivieren“ und die Bedingungen von Studium und Lehre optimieren, man benötigt hierfür auch mehr Studienanfänger. Dafür braucht man aber mehr Abiturienten und Hochschulzugangsberechtigte, muß deren Studierwilligkeit (derzeit nur noch 68%) erhöhen und auch die negative Wanderungsbilanz der Studienanfänger (1999 ca. 800) „positivieren“. Dafür wiederum muß man die Erfolgsquote

⁹ Vgl. KMK-Studie Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland von 1980 bis 1999, 2001.

an den Gymnasien von derzeit lediglich 61,4% steigern, mehr Kinder von der Grundschule zur gymnasialen Oberstufe bringen und auch den Zugang zum tertiären Bildungsbereich über eine höhere Studierquote der im Saarland überproportionalen Fachhochschulreife-Absolventen erweitern. Braucht man mehr Kinder am Gymnasium, so muß man die Grund- und Gesamtschulbildung optimieren und eine verstärkte Förderung auch schon im Vorschulbereich anbieten.

Überhaupt gilt es, bislang eher bildungsferne Schichten, die wohl die wesentliche Ressource für eine Bildungsexpansion sind,¹⁰ verstärkt und erfolgreich durch die Bildungskette zum Hochschulabschluß zu führen. Durch eine neue und frauenfreundliche Familienpolitik und insbesondere durch ein flächendeckendes Ganztagschulsystem muß die Frauenerwerbsquote weiter erhöht werden und müssen wir auch wieder zu geburtenstärkeren Jahrgängen kommen. Schließlich würde man durch eine verstärkte Zuwanderung und durch eine bessere Bildungsintegration der Ausländer den quantitativen Durchlauf durch die Bildungskette erhöhen.

Für eine entsprechende Bildungsanalyse und -planung, die den von der BLK prognostizierten zusätzlichen Bedarf von ca. 900.000 Hochschulabsolventen ab 2008 und bis 2015 berücksichtigen will, ist eine quantitative Abschätzung der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Bildungskette von grundlegendem Interesse. Bemüht man erneut den *Königsteiner Schlüssel* (vgl. Anm. 8), so ergäbe sich rein rechnerisch bis 2015 im Saarland ein Bedarf von insgesamt 11.430 zusätzlichen Hochschulabsolventen, das heißt ab sofort jährlich zusätzlich 816. Bei Fortschreibung einer bundesdurchschnittlichen Studienerfolgsquote von ca. 71% und einer Studienzeit von 14 Semestern, hätte man dafür bereits ab 1995/96 zusätzlich 1.149 Studienanfänger jährlich aufnehmen müssen. Bei Fortschreibung einer Studienbereitschaft von derzeit 68% hätte man

schon in 1995/96 zusätzlich 1.690 Abiturienten (Hochschulzugangsberechtigte) gebraucht. Bei Fortschreibung der Erfolgsquote an den Gymnasien von 61,4% hätte man schließlich bereits ab 1986/87 jährlich 2.752 Schüler zusätzlich von der Grundschule zur Gymnasialen Oberstufe überführen müssen. Und dies alles gilt nur unter der Voraussetzung einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz bei Studierenden und Hochschulabsolventen, von der wir jedoch derzeit weit entfernt sind.

Ein umgehender und grundlegender Richtungswechsel in der saarländischen Bildungs- und Hochschulpolitik ist erforderlich

Eines sollte klar geworden sein: Auf das saarländische Bildungs- und Hochschulsystem kommen große quantitative Anforderungen zu, soll auch nur eine angemessene Bildungsbeteiligung in Deutschland bzw. ein Erfüllen bundesdurchschnittlicher Bildungskennzahlen in dem hier diskutierten Bereich erreicht werden. Entsprechende OECD-Durchschnittswerte, als Zielperspektive für eine internationale Wettbewerbsfähigkeit, scheinen derzeit unerreichbar. Und die Zeit drängt: Alle zu dieser Bildungsexpansion benötigten Schüler, Abiturienten, Studienanfänger, Studierende und Hochschulabsolventen sind schon geboren, die Bemühungen um Zuwanderung und Effizienzsteigerungen greifen kaum und eine Umstellung der Bildungseinrichtungen ist erfahrungsgemäß ein langwieriges und schwieriges Geschäft. Bei allen Bemühungen der Politik um Zuwanderung insbesondere von Studierenden und Akademikern, werden wir nicht umhin kommen, das Problem des Akademikermangels vor allem über unser eigenes Bildungs- und Rekrutierungssystem anzugehen. Und wir werden dabei verstärkt die bildungsfernen Schichten unserer Gesellschaft durch

10 Die im Juli 2001 vorgestellte

16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigt, daß inzwischen nur noch 12% aller Kinder aus Arbeiterfamilien ein Studium aufnehmen. „Gerade auf dieses Potenzial können wir in Zukunft nicht mehr verzichten. Wir brauchen mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventen“ (Bundesbildungsministerin Bulmahn in der Saarbrücker Zeitung vom 20.7.2001).

gezielte Bildungsförderung und mehr Chancengerechtigkeit im Bildungswesen einbeziehen müssen. Bildungskonservative Ansätze, die sich weiterhin hartnäckig und einseitig an Elitebildung, Begabtenförderung und Selektion orientieren und gegen die erforderliche Bildungsexpansion stellen, werden wohl schon bald seitens der Politik, vor allem aber seitens der Wirtschaft unter massiven Druck geraten. Gefordert ist eine neue integrative Bildungspolitik, die Begabtenförderung und Chancengerechtigkeit garantiert und eine hinreichende Qualität und Quantität von Bildung sicherstellt. So wird die neue Bildungspolitik zwangsläufig zugleich Wirtschaftspolitik, Familienpolitik, Frauenpolitik, Sozialpolitik sowie Zuwanderungs- und Integrationspolitik sein.

Diese Bildungsexpansion kostet Geld, viel Geld, und wenn sie ohne Qualitätseinbußen oder sogar mit Qualitätssteigerungen erfolgen soll, dann kostet sie noch mehr Geld. Schon versuchen die Finanzminister der Länder auf die Bremse zu treten,

die Prognosen der BLK in Frage zu stellen und statt der geforderten zusätzlichen Investitionen Einsparungen anzukündigen.¹¹ Aber gibt es zu dieser zweifellos kostspieligen Bildungsexpansion überhaupt eine Alternative? Wohl kaum. Wenn es richtig ist, daß der Wirtschaftswettlauf immer mehr zum Bildungswettlauf wird, wenn es richtig ist, daß wir hierzu schon in kurzer Zeit erheblich mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventen benötigen, und wenn es richtig ist, daß letztlich die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit von Standorten immer mehr von einem quantitativ wie qualitativ hochentwickelten Bildungs- und Hochschulsystem abhängen, dann könnte das Problem der Finanzierbarkeit eines solchen Bildungs- und Hochschulsystems tatsächlich zur entscheidenden Frage zukunftsorientierter Politik werden.

¹¹ Vgl. Finanzministerkonferenz am 20. 9.2001 in Berlin.

DIALOGIKA

Wir erfinden Software

www.dialogika.de

Forschung und Lehre sind frei

Über die akademische Selbstverwaltung in schwierigen Zeiten

Von Rainer Krause

des Fachbereichs zu koordinieren und die Zusammenarbeit in der Forschung zu fördern sowie die Forschungsmöglichkeiten der zur selbständigen Forschung Berechtigten zu gewährleisten;

5. bei der Überprüfung einer freigewordenen Professorenstelle mitzuwirken;

6. die dem Fachbereich zugewiesenen Mittel zu verteilen;

7. die Anstellung und Entlassung von akademischen und sonstigen Mitarbeitern des Fachbereichs zu beantragen und über die Zuordnung dieser Bediensteten zu entscheiden;

8. über die Erteilung von Lehraufträgen zu beschließen;

9. den Anteil des Fachbereichs im Entwurf des Haushaltsvorschlages vorzuschlagen;

10. bei der Bildung besonderer Gliederungen nach Maßgabe dieses Gesetzes mitzuwirken;

11. die dem Fachbereich übertragenen praktischen Dienste und Aufgaben des Landes zu gewährleisten;

12. im Rahmen der Studienberatung die studienbegleitende fachliche Beratung durchzuführen.

Vorbemerkung

In den Jahren 1997 und 1998 war ich Prodekan des damaligen Fachbereichs Sozial- und Umweltwissenschaften, darin vertreten waren die Fächer: Erziehungswissenschaft, Soziologie, Psychologie, Geographie, Sportwissenschaften sowie die Lehrerbildung. Die Sportwissenschaft und die Lehrerausbildung hatten eigene Führungsgremien. Die Zuordnung zum Fachbereich war nicht immer klar, aber es gab deswegen auch keine wesentlichen Konflikte. Nach dem damaligen Universitätsgesetz § 36 hatte der Fachbereich die folgenden Aufgaben zu bewältigen:

1. Einrichtung von Studiengängen vorzuschlagen, Studienordnungen für die Studiengänge zu erlassen und das den Studienordnungen entsprechende Lehrangebot zu gewährleisten;

2. Prüfungsordnungen für Studiengänge zu beschließen und Prüfungen durchzuführen;

3. die Lehre in den Wissenschaftsgebieten des Fachbereichs zu koordinieren;

4. die Forschung in den Wissenschaftsgebieten

Von diesen zwölf Punkten wurden eigentlich nur die Nummern 1, 5 und 8 relevant. Es gab nie Versuche, die Lehre des Fachbereichs zu koordinieren, es war schwierig, sie überhaupt zu kontrollieren. Von einer Koordination der Forschung kann überhaupt nicht die Rede sein, geschweige denn davon, die Forschungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Dazu waren weder Zeit noch Möglichkeiten vorhanden. Das gleiche galt für die Verteilung der dem Fachbereich zugewiesenen Mittel. Sie blieb stets gleich, die Verteilungsaufgaben waren daher minimiert.

Allerdings wurden in dieser Amtsperiode die großen Kürzungen und Streichungen sowie massivste Sparmaßnahmen durchgeführt. So mußten beispielsweise im Jahr 1997 19,5 Personenmonate eingespart werden. Das entspricht in etwa einem Betrag von 160.000 DM. Allein der Vollzug dieser Maßnahme hat mich in jeder Hinsicht unbeliebt gemacht. Insgesamt wurde der von mir vertretene Fachbereich, der sich in die Philosophische Fakultät III: Empirische Humanwissenschaften verwandelt hat, bis auf mein eigenes Fach Psychologie stark dezimiert. Begreiflicherweise fielen in diese Amtszeit schwere Konflikte.

Im Zusammenhang mit der Evaluierung der Gesamtuniversität zusammen mit den

sogenannten Nachbaruniversitäten Trier, Kaiserslautern, Metz und Nancy stellte das Präsidium an alle Fachbereiche Fragen über den Ist-Zustand der einzelnen Fächer in bezug auf die Drittmiteleinwerbung, Studienzeitdauer, Qualität der Lehre, Studienzufriedenheit und die Berufschancen der Absolventen. Gleichzeitig sollten Zukunftsperspektiven vor allem auch im Hinblick auf eine mögliche Zusammenarbeit mit den Nachbaruniversitäten erstellt werden. Ich habe damals die Aufgabe so verstanden, daß wir tatsächlich seriöse Daten abliefern sollten und nicht, wie es im akademischen Bereich sehr oft vorkommt, die eigene Gruppe vor die Interessen der Gesamtuniversität stellen sollten.

Das Gutachten von 1997

Vor diesem Hintergrund hat der Fachbereichsrat schließlich im Konsens ein sehr detailliertes und – wie ich meine – auch solides 20seitiges Papier zusammengestellt, das diese Fragen, so gut es ging, beantwortete. Wir stellten teilweise gravierende Mängel bei Studienzeiten, Abschlußquoten und Drittmiteleinwerbung fest. Diese Feststellungen betrafen aber einen insgesamt sehr erfolgreichen Fachbereich, der bei der Drittmiteleinwerbung pro Kopf, die vor allem der Biogeographie und der Psychologie zu verdanken war, zur Spitze gehörte. Die Arbeitsmarktchancen wurden als befriedigend bis gut eingestuft. Nach langjähriger gutachterlicher Vorarbeit war es uns gelungen, mit der Fusionierung der Politikwissenschaft, die aus der Betriebswirtschaft herübergewandert war, und der Soziologie ein zukunftsfähiges Modell für einen neuen Studiengang „Sozialwissenschaften“ zu entwickeln, den wir ebenfalls in Zusammenarbeit mit auswärtigen Gutachtern evaluiert hatten. Zudem hatte eine Kommission eine Studienordnung für diesen neuen Studiengang erstellt, die schließlich auch vom Senat gebilligt wurde. Wir hatten uns sehr intensiv mit dem Studienbereich Lehrerbildung auseinandergesetzt und zumindest die Probleme dieses Ausbildungs- und Forschungszweiges diskutiert und auch offengelegt. Das Gutachten endete mit den zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten, die nachfolgend (leicht gekürzt) wiedergegeben werden.

Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten (Stand 1997)

Folgt man dem Nachfrageprinzip, müssen alle Studienordnungen aufrecht erhalten werden. Für den Magisterstudiengang Sportwissenschaft scheint kein Bedarf zu bestehen. Gleichwohl möchte die Fachrichtung ihn weiter betreiben, weil sein Unterhalt gegenüber der erhöhten Zahl von Diplomstudierenden, die eine Schließung zur Folge hätte, kostenneutral sei. Unter Gesichtspunkten des Arbeitsmarktes kann man über die Studiengänge Sozialwissenschaften und Erziehungswissenschaft im Moment keine Aussagen machen, da harte Daten fehlen. Bei der Einwerbung von Drittmitteln und damit auch der Schaffung von Arbeitsplätzen stehen die Studiengänge des Fachbereichs insgesamt gut da – allen voran die Biogeographie und die Psychologie.

Für die Lehrerbildung und teilweise auch für die Magisterstudiengänge ist die Frage der beruflichen Perspektive abhängig von der Fächerkombination. Die Reaktion auf den sich verändernden Arbeitsmarkt sollte hier durch eine vorausschauende Wahl der Studienfächer und ihre Kombination gewährleistet werden. Das Lehrerstudium wie das Magisterstudium bieten eine größtmögliche Flexibilität in der Kombination der Fächer, die Fachbereichs- und Fakultätsgrenzen überschreiten kann und soll. Die Diplomstudiengänge schränken dagegen die Kombinationsmöglichkeiten von Fächern bis auf die Wahlpflichtfächer ein. Kenntnisse in den angebotenen Fächern werden für die berufliche Qualifikation gefordert.

1. Vor diesem recht unterschiedlichen Bauprinzip der Studiengänge und der Tendenz der Diplomstudiengänge, gleichartige Magisterstudiengänge zu verzehren, ist zu überlegen, ob nicht Doppelstudiengänge nur in begründeten Ausnahmefällen geführt werden sollen.

2. Die personelle Besetzung der Fachrichtungen Sportwissenschaft, Psychologie, Geographie und auch der geplante Diplomstudiengang Sozialwissenschaften gewährleistet ihren Betrieb an der unteren Grenze. Gleichzeitig haben sie hohe Erfolgsziffern und die Nachfrage nach diesen Studiengängen, allen voran der Psychologie, ist groß. Weitere Einsparung durch die politischen Entscheidungs-

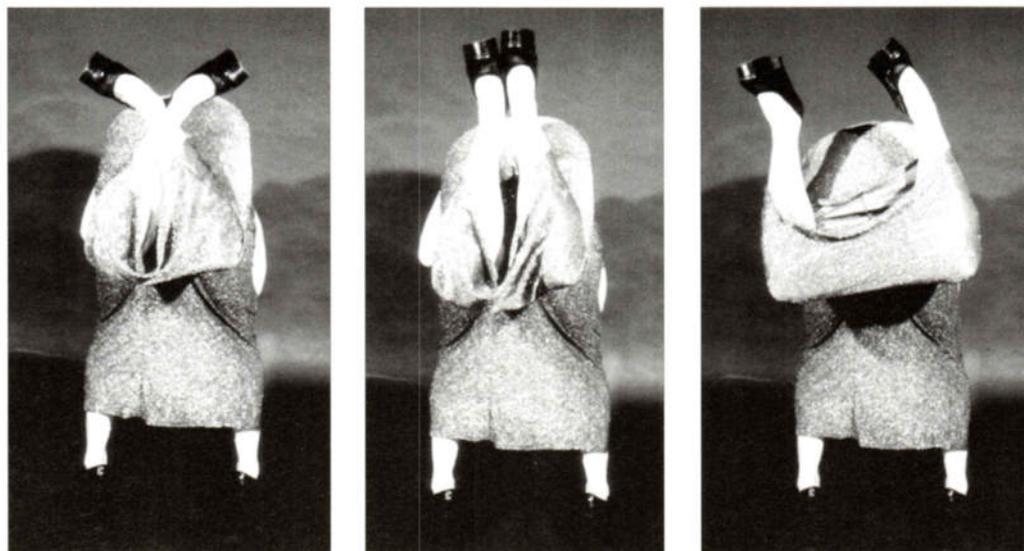
träger würde die Schließung der jeweiligen Studiengänge durch den Fachbereichsrat erzwingen. Gründe, die sie rechtfertigen würden, sind aus der Sicht des Fachbereichsrates nicht auszumachen.

3. Beim Studiengang Sozialwissenschaften bleibt abzuwarten, wie seine Absolventen vom Markt akzeptiert werden. Die vorliegenden Studentenzahlen aus Hannover, wo ein solcher Studiengang existiert, zeigen, daß zumindest die Nachfrage durch Studierende sehr hoch ist. (WS 96/97 1.462 eingeschriebene Studierende mit 117 Neuzugängen; im Gründungsjahr 94/95 hatten sich 99 Studierende zum erstenmal eingeschrieben.) Da empirische Sozialforschung in der Markt-, Meinungs-, Wahl- und Medienforschung, in Werbung, Consultingunternehmen, in betrieblicher Absatz- und Personalforschung, in statistischen Ämtern oder anderen Forschungs- und Planungseinrichtungen von Bund, Ländern und Kommunen eingesetzt wird und werden muß, wird bei der wachsenden Komplexität der angewendeten Methoden eine gute Methodenkenntnis die Berufschancen von Absolventen dieses Studiums deutlich erhöhen. Die Ausschreibung eines entsprechenden Lehrstuhls dürfte diese Entwicklung gewährleisten. Die Pläne der Kommission zur Erstellung einer Studienordnung für die Sozialwissenschaften zielen in diese Richtung. Durch die Eingliederung der Politikwissenschaft in diesen Diplomstudiengang ist -

wenn auch an der untersten Grenze - ein solcher Studiengang realisierbar.

4. In den Erziehungswissenschaften ergeben sich im Moment folgende Probleme: Das sogenannte Saarbrücker Modell mit der empirisch ausgerichteten, sehr forschungsnahen Konzeptualisierung steht und fällt mit der Besetzung des derzeit gesperrten Lehrstuhls Persönlichkeitsentwicklung und Erziehung. Der Fachbereich hat anlässlich der Überprüfung dieser C3-Professur die Stelle methodisch mit einer empirisch-experimentellen Ausrichtung und inhaltlich mit dem Bereich „Persönlichkeitsentwicklung und Erziehung“ umschrieben. Er wollte damit sowohl die empirisch ausgerichtete, forschungsnaher Konzeption des Magisterstudienganges Erziehungswissenschaft entsprechend den Vorgaben des Universitätsentwicklungsplans sicherstellen als auch die erforderlichen Lehrveranstaltungen im Themenbereich „Persönlichkeitsentwicklung und Erziehung“ (vgl. Prüfungsordnungen der verschiedenen Lehrämter) in der erziehungswissenschaftlichen Lehrerbildung gewährleisten. Um möglicherweise Ressourcen einzusparen, wird zu prüfen sein, ob und inwieweit die Erziehungswissenschaft als Teil eines Diplomstudienganges Sozialwissenschaften ihre Eigenständigkeit bei gleichzeitig hoher Qualität des Diplomstudienganges bewahren kann. Die oben erwähnte Homogenität des Fachbereichs als Rahmen für die Diplomstudiengänge wäre dann verwirklicht.

Miss Beauty, Performance und inszenierte Photographie, Klaudia Stoll und Jacqueline Wachall, 2000



Ob ein solches Vorhaben realisierbar sein wird, soll unter anderem die Kommission, die einen Diplomstudiengang in Sozialwissenschaften erarbeitet, zusammen mit den Erziehungswissenschaften eruieren.

5. Im Studienbereich Erziehungswissenschaftliche Lehrerbildung ist – zumindest auf Basis der mir vorliegenden Stellungnahmen – eine Realisierung der gewünschten Ausbildung im Rahmen der vorliegenden Strukturen – ganz unabhängig von den Ressourcen – schwer zu verwirklichen. Eine Schnittstelle zwischen erziehungswissenschaftlicher Ausbildung in der Forschung und der Schulpraxis existiert nicht. Die notwendige Schulpraxis im Grundstudium, die eine Vorbereitung, Begleitung und Auswertung durch Lehrende und Lehrer erfordert, findet ohne Beteiligung der Universität statt. Die isolierte Stellung, die der Studienbereich Erziehungswissenschaft nach der jetzigen Rechtsordnung hat, scheint in jeder Hinsicht disfunktional.

Rückblick aus heutiger Sicht

Auf die Verhandlungen für den Universitätsentwicklungsplan zurückblickend, muß ich sagen, daß sich dieser Aufwand nur sehr beschränkt gelohnt hat, weil die später vollzogenen Entscheidungen sich nicht an dem Material und den Überlegungen orientierten, die wir mit Hilfe auswärtiger Experten zusammengetragen hatten.

Mein Eindruck ist, daß die wesentlichen Kürzungen und Streichungen dort vollzogen wurden, wo man auf Grund bereits existierender Konflikte innerhalb der Gliederungen am leichtesten das Brecheisen ansetzen konnte. Manchmal, aber keineswegs immer, deckte sich das mit externen Qualitätseinschätzungen. Mein Fach und die Sportwissenschaften haben gut überlebt; wir haben uns vergrößert. Gänzlich zur Disposition gestellt wurden die Politikwissenschaft, die Soziologie sowie der neu einzuführende Studiengang Sozialwissenschaften. Die Biogeographie ist nach Trier abgewandert, die beiden anderen geographischen Fächer Anthropogeographie und Physische Geographie sind von der neuen Regierung für die Lehrerausbildung gerettet worden; die Diplomstudiengänge wurden eingestellt. Die Lehrerausbildung liegt m.E. nach

wie vor im argen, weil die Probleme der Verzahnung von Praxis und Universität mit den bestehenden Strukturen nicht zu lösen sind.

Die Soziologie war schon lange vor der Schließung aus verschiedenen Gründen ein Problemkind, desgleichen die Politikwissenschaft, die erst in meiner Amtszeit von der Betriebswirtschaft in unseren Fachbereich gekommen war. Die Bündelung der beiden zu dem neuen Studiengang Sozialwissenschaften war sehr lange evaluiert worden, allein die Erstellung der Studien- und Prüfungsordnung hatte ungeheure Ressourcen verbraucht. Sie durch den Senat zu bringen war sehr schwierig.

Ich hatte vor der Senatssitzung den Minister auf einem Empfang gefragt – offen und unverschämt –, ob denn dieser Studiengang politisch gewollt sei. Er antwortete, ja, aber das sei noch nicht durch das Kabinett. Wer immer diesen angeblich gewollten Plan dann gekippt hat – es existieren die verschiedensten Gerüchte –, hatte Argumentationsnöte. Letztendlich ging es nur ums Geld, was ja nicht ehrenrührig ist, aber das hätte man auch vorher deutlich machen können. Die Schließung war also eine politische Entscheidung und durch sonst nichts gerechtfertigt. Daß sie durch die Sozialdemokraten erfolgte, ist pikant, aber nicht besonders erwähnenswert.

Ein starkes Stück fand ich allerdings, daß die gleichen politischen Akteure nach dem Regierungswechsel nun auf einmal die Einrichtung des Faches fordern, mit dem Argument, es sei ein Fehler gewesen. Recht haben sie. Aber das ist schon eine kindliche Welt, in der man Vorgänge für so einfach reversibel hält.

In mancher Hinsicht fiel die Schließung leicht, weil (meine These bestätigend, daß interne Konflikte eine Schließung erleichtern) innerhalb der Politikwissenschaft selbst ein massiver, bis ins Ministerium ausgetragener Streit über die Definition des Faches ausgebrochen war. Vor diesem Hintergrund war keineswegs mit einer einhelligen Gegnerschaft zu rechnen; im Gegenteil, es gab Gruppierungen, die auf die Reste dieses Faches ein begehliches Auge geworfen hatten.

Erschwerend kam ein weiteres Problem hinzu, das ich mehrfach beobachten konnte: eine gewisse Neigung abtretender Kollegen, verbrannte Erde zu hinterlassen. Allein in meiner Amtszeit hatte ich zweimal das zweifelhaf-

te Vergnügen, solche Abgänge moderieren zu dürfen. Psychologisch verstehbar, aber den Nachkommenden gegenüber nicht tolerierbar, sollte man sich überlegen, wie man die durch den Rücktritt entstandenen narzißtischen Verletzungen anders behandeln kann. Die unbewußte innere Gleichung ist folgende: *Wenn die Institution der Fiktion anhängt, ohne mich zu funktionieren, ist es Zeit, daß sie abgeschafft wird. Denn ich bin die Institution.* Es ist ja wahr, daß man vor Ort faktisch schon vor dem Abgang gern überflüssig gemacht wird, und das ist für uns alle wenn nicht bitter, so doch ambivalent. Gefühlsmäßig und in der Sagenwelt spielen die großen Figuren aber noch lange eine Rolle. Vielleicht könnte man die Pflege dieser Gefühlswelt ein wenig institutionalisieren durch regelmäßige Veranstaltungen zur Geschichte der Institution, in denen die Sagenfiguren selber auftreten.

Bei den Geographen war die Situation so, daß sie von der Lehre, den Berufschancen und auch der Drittmittelinwerbung vor allem über das Fach Biogeographie exzellent aussahen. Es gab eine starke Geographie in Trier, die bei weitem personalstärker war, aber man hätte die sehr gut funktionierende, kleine und schlagkräftige Gruppe in Saarbrücken durchaus erhalten können, wenn man sich voll dafür eingesetzt hätte. Aber auch hier war es so, daß innerhalb der Gruppierung ein langanhaltender Dissens bestand zwischen der Biogeographie und den beiden anderen Geographien, auf dessen Natur und Inhalt ich hier nicht eingehen muß. Auf jeden Fall war auch hier die Auflösung relativ einfach zu handhaben, weil die Protagonisten schon im Vorfeld versuchten zu retten, was zu retten ist, und alle möglichen Planspiele, die ihre Auflösung beinhalteten, bereits mitgemacht hatten. Eine weitere Rolle mag gespielt haben, daß der vorhergehende Fachbereichsrat, in dem ich als Vize amtiert hatte, die leitende Übernahme des Frankreichzentrums - ein Lieblingskind aller politisch Gesinnten - wegen einer geradezu lächerlichen Ausstattung abgelehnt hatte. Aber das waren natürlich nur Gerüchte.

In bezug auf die anderen Bearbeitungspunkte der Amtstätigkeit bleibt ebenfalls ein schlechtes Gefühl. Es war mir oft peinlich, die hochbezahlten und hochqualifizierten Kollegen mit Vorgängen befassen zu müssen, bei denen gar kein Entscheidungsspielraum existierte, beispielsweise über Haushaltsentwürfe

abzustimmen, obgleich seit ewigen Zeiten die Mittel festgelegt und stetig niedriger geworden waren.

Vor diesem Hintergrund war aus meiner Sicht auch eine Führungsebene zu viel in der Selbstverwaltung. Ich selbst hätte es lieber gesehen, die Institute zu stärken, die Fachbereiche zu schließen und die alten Fakultäten auszubauen, wie es zu Zeiten der Universitätsgründung gehandhabt wurde. Die Fakultäten in der jetzigen Form sind zu klein. Folgt man dem Strukturplan von 1998, hat unsere Fakultät noch 21 1/3 Stellen als Sparlast zu erbringen. Ich kann nicht sehen, wie ein effizientes und interdisziplinäres Funktionieren in dieser Größe noch möglich sein soll.

Was die Einführung der amerikanischen Studiengänge und -abschlüsse (*Bachelor of Arts, Master of Arts* und *Master of Science*) angeht, haben wir damals die Erfahrung gemacht, daß sie dort, wo sie existierten, nie mit den Diplom-Studiengängen konkurrieren konnten. Was die Psychologie betrifft, verlangt das Psychotherapeutengesetz das Diplom als Einstieg für die Fachtherapeutenausbildung. Man hat dies gewissermaßen als Äquivalent zum medizinischen Staatsexamen gedacht. Ein Magister oder gar M.Sc. ist dafür wahrscheinlich nicht akzeptabel.

Ich bin nun seit 1979 an dieser Universität und habe viele Entwicklungspläne mitgemacht. Sie waren meist kurzatmig, hektisch und aus der finanziellen Not geboren. Für wirkliche Forschung braucht man dagegen einen langen Atem und auch die Bereitschaft, scheinbar nicht unmittelbar verwertbare Bereiche zu pflegen. Alles in allem habe ich den Eindruck, die Professoren sind von den politischen Entscheidungsträgern fast gleichermaßen behindert wie gefördert worden.

Bioinformatik

Von Hans-Peter Lenhof

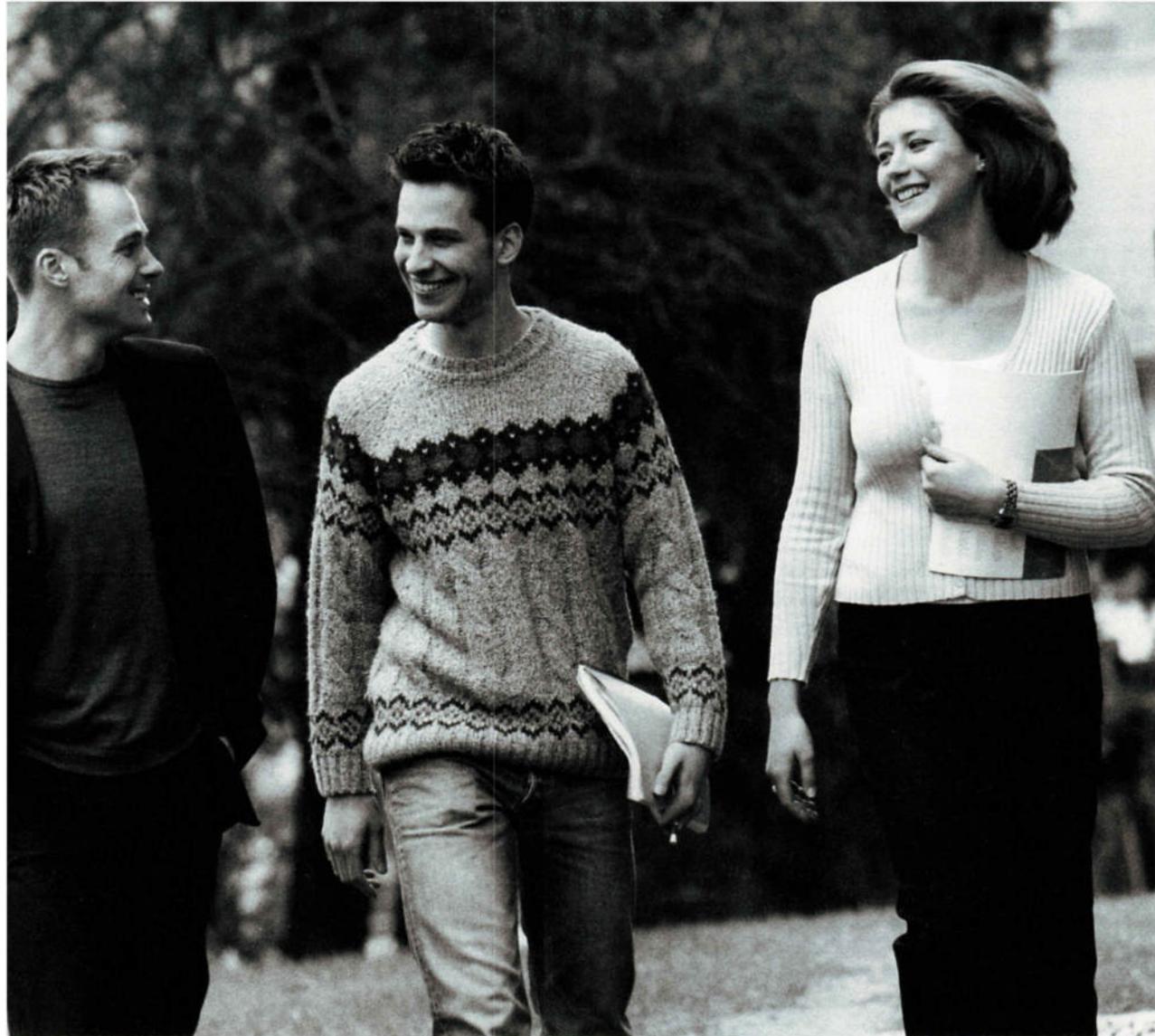
Was wird eigentlich geforscht, in all den jungen Wissenschaften, die neuerdings wie Pilze in der (Uni-)Landschaft sprießen? Wo inzwischen schon der ganze Genom-Text durch die Feuilletons geistert, haben wir als Beispiel gleich einen der neuen Forschungszweige gewählt, die im spannenden Feld zwischen Informatik, Gen- und Pharmaforschung, Medizin und *Life-Sciences* wirken. Was genau Nukleotide und Sequenzierroboter, wer eigentlich Craig Venter und *Celera Genomics* sind, setzen wir bei der Mehrzahl unserer Leser sowieso als Grundkenntnisse voraus. Stimmen die neuesten Nachrichten, dann hat gerade eine andere US-Firma, *Advanced Cell Technology*, die ersten menschlichen Embryonen geklont. Ethik-Räte und -Kommissionen hin oder her, die normale Wissenschaft geht ihren Gang. Wir berichten weiter.

Das herausragende wissenschaftliche Ereignis des Jahres 2000 war zweifelsohne die Sequenzierung des menschlichen Genoms, die in den Medien als die „Mondlandung der Biologie“ gefeiert wurde. Der damalige US-Präsident Bill Clinton verkündete im Juni 2000, daß es dem internationalen, öffentlich geförderten Humangenomprojekt (HGP) und der Firma *Celera Genomics* mehr oder weniger gleichzeitig gelungen ist, eine erste Version des menschlichen Genoms zu erstellen. Er würdigte die Erstellung der ersten Skizzen des humanen Genoms als eines der herausragenden wissenschaftlichen Ereignisse der letzten Jahrzehnte. Die Sequenzierung des menschlichen Genoms hat auch die Bioinformatik, eine sehr junge Wissenschaft, die bis dato im Verborgenen blühte, ins Rampenlicht gerückt. Die Bioinformatik entwickelt Algorithmen und Software, mit denen man biochemische Prozesse simulieren und molekularbiologische Daten analysieren kann. Mit Hilfe von Verfahren der Bioinformatik können immer mehr reale Experimente durch kostengünstigere und zeitsparende virtuelle Experimente

ersetzt werden. Auch die Zahl der Tierexperimente kann und wird durch Werkzeuge der Bioinformatik reduziert werden. Bevor wir die Rolle erläutern, die die Bioinformatik bei der Sequenzierung des menschlichen Genoms gespielt hat, und die Aufgaben der Bioinformatik bei der Entschlüsselung des Genoms, bei der Suche nach den Ursachen genetisch bedingter Krankheiten, bei der Entwicklung neuer Medikamente und Therapien beschreiben, müssen wir einige zentrale Begriffe der Genetik und Molekularbiologie einführen.

1 Das menschliche Genom repräsentiert den gesamten Bauplan des Menschen. Genaue-er gesagt enthält das Genom die Baupläne der molekularen Bausteine des menschlichen Körpers. Die einzelnen Baupläne bezeichnet man auch als Gene. In fast jeder Zelle des menschlichen Körpers findet man im Zellkern 46 DNS-Moleküle, die sogenannten Chromosomen, die als Träger der Erbinformation fungieren. Jedes dieser DNS-Moleküle ist aus zwei langen, in Helix-Form umeinander gewundenen Ketten aufgebaut, wobei diese Ketten nur aus vier Grundbausteinen zusammengesetzt sind. Die vier Grundbausteine, die sogenannten Nukleotide, kürzt man mit den Buchstaben A, T, C, G ab. Ignoriert man die gesamte Biochemie, so kann man ein DNS-Molekül als Text über einem aus vier Buchstaben bestehenden Alphabet interpretieren, der aus zwei sehr langen Textzeilen besteht. Die beiden Textzeilen eines jeden DNS-Moleküls sind zueinander komplementär, d.h., wenn in der ersten Zeile ein „A“ („C“) steht, findet man an der gleichen Position in der zweiten Zeile ein „T“ („G“) und umgekehrt. Kennt man also die Reihenfolge der Buchstaben in einer der beiden Zeilen, so kann man die zweite Zeile mit Hilfe der Komplementarität ergänzen. Leider kann man heute mittels moderner biotechnologischer Verfahren nur DNS-Bruchstücke bis zu einer Länge von circa 500 Buchstaben sequenzieren, d.h., mit Hilfe von modernen Sequenzierrobotern kann man nur „Textstücke“ bis zu einer Länge von 500 Buchstaben lesen.

Wie aber kann man nun mit diesen scheinbar sehr begrenzten Techniken einen Text lesen, der aus mehr als 3 Milliarden Buchstaben besteht? Die Lösung dieses Problems, die von dem US-Biologen Craig Venter favorisiert wurde und die er mittels seiner speziell zu die-



IT-WELTEN LEBEN DURCH DEN MENSCHEN.

(TEAMS DURCH KOMMUNIKATION.)

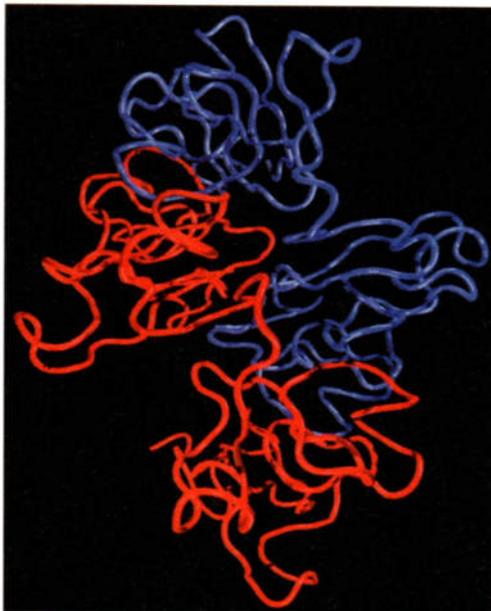
Als Tochter der SAP AG sind wir in den IT-Welten zu Hause, als saarländisches Unternehmen stärken wir die Region. Auf Basis der E-Business Plattform mySAP.com liefert SAP Retail Solutions kompetente Services für Unternehmen aus Handel und Konsumgüterindustrie – für den Erfolg in der *neuen*, New Economy. Entdecken Sie, wie stark Ihre Rolle als Berater oder Entwickler in unserem Team sein kann, unter www.sap-retail.de oder 06894/981-0.

SAP Retail Solutions – erfolgreich durch engagierte Mitarbeiter.

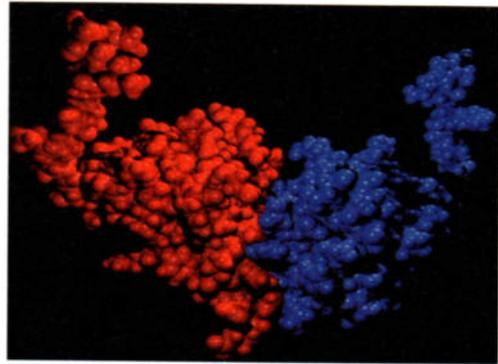
THE BEST-RUN E-BUSINESSES RUN SAP



sem Zweck gegründeten Firma *Celera Genomics* realisiert hat, sieht wie folgt aus: Man lese so viele (60 Millionen) zufällig gewählte Textstücke der Länge 500, so daß jeder Buchstabe des Gesamttextes im Durchschnitt 10 mal gelesen wurde. Dann setze man dieses riesige Puzzle von 60 Millionen Textteilen wieder zum Gesamttext zusammen, indem man nach Überlappungen zwischen Paaren von Textstücken sucht, d.h., man vergleicht alle Paare (circa 3×10^{12}) von Textstücken der Länge 500 und untersucht, ob ein Anfangsstück des einen Textes als Endstück des anderen Textes auftritt und umgekehrt. Mit Hilfe dieser Überlappungen kann man dann die kleinen Bruchstücke zu längeren zusammengehörenden Teilstücken zusammensetzen. Die Komplexität dieses riesigen Textpuzzles wird dadurch noch erhöht, daß Fehler beim Lesen auftreten und daß sich im menschlichen Genom viele sogenannte *Repeats* (Textstücke, die mehrfach auftreten) befinden. Als Craig Venter Mitte der



neunziger Jahre diesen Ansatz zur Lösung des Sequenzierungsproblems vorschlug, wurde diese Idee von seinen Kollegen im Humangenomprojekt wegen der Komplexität des Puzzle-Problems als nicht realisierbar abgetan und er wurde von vielen Kollegen belächelt. Daraufhin besorgte er sich durch Bankkredite mehrere hundert Millionen Dollar, gründete *Celera Genomics*, ließ in kürzester Zeit ein neues Gebäude hochziehen, kaufte 300 Se-



oben:

Das Bild zeigt einen Proteinkomplex (S100B), der aus zwei identischen Bausteinen besteht. Solche Komplexe nennt man Dimer, die einzelnen Bausteine heißen Monomere. Es handelt sich hierbei um einen Komplex, den wir zum Trainieren unseres Protein-Protein-Docking-Algorithmus einsetzen.

links:

Dieses Bild zeigt einen anderen Protein-Komplex, das sogenannte Weizenkeimlektin. Es handelt sich wiederum um ein Dimer. Das sogenannte Tube-Model zeigt, wie sich das Rückgrat des Proteins im dreidimensionalen Raum gefaltet hat.

rechts:

Das Bild zeigt ein Verdauungsenzym, das sogenannte Pepsin. Pepsin hat die Aufgabe, Proteine, die wir über die Nahrung aufnehmen im Magen zu zerlegen. Die Kugeln des sogenannten Van-der-Waals-Modells repräsentieren die Atome des Moleküls. Die Farben deuten an, zu welcher Aminosäure des Proteins das Atom gehört.

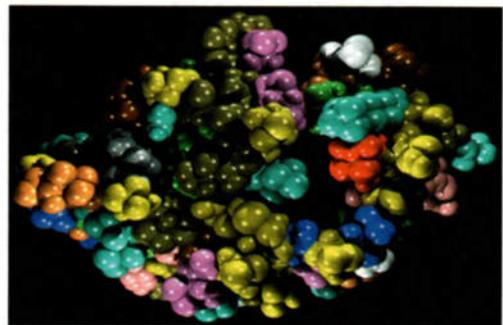
quenzierroboter und die erforderliche Rechnerinfrastruktur und heuerte kompetente Bioinformatiker, Biotechnologen, Molekularbiologen und Genetiker an. Zunächst testete *Celera Genomics* den neuen Ansatz erfolgreich an dem Genom der Fruchtfliege und sequenzierte dann in weniger als zwei Jahren das menschliche Genom. Das Kernproblem des neuen Sequenzierungsansatzes, das oben beschriebene Puzzle-Problem, ist natürlich eine Fragestellung der Bioinformatik und es wurde von den Experten der Firma mittels neuer, effizienter Methoden der Bioinformatik auf entsprechenden Hochleistungsrechnern gelöst. Es wäre also vielleicht präziser und sinnvoller gewesen, die Sequenzierung des menschlichen Genoms als die „Mondlandung der Bioinformatik“ zu bezeichnen.

2 In den Medien wurde die Sequenzierung des menschlichen Genoms bereits als dessen Entschlüsselung gefeiert, eine Aussage, die völlig falsch ist. Alle Experten sind sich einig, daß man von einer Entschlüsselung des Genoms noch weit entfernt ist. Der Bauplan des Menschen, von dem jetzt eine erste Skizze vorliegt, ist so komplex, daß man bisher nur einen geringen Teil des Planes versteht. Die Bioinformatik wird, wie bei der Sequenzierung, so auch bei der Entschlüsselung eine sehr wichtige Rolle spielen. Der erste Schritt zur Entschlüsselung des Genoms ist die Suche nach den Genen, den im Genom versteckten Bauplänen der molekularen Bausteine. Die Gene machen nach aktuellen Schätzungen weniger als zwei Prozent des gesamten Genoms aus und sind in diesem gigantischen Text versteckt. Einen Großteil der menschlichen Gene hat man bereits mit Methoden der Bioinformatik identifiziert. Die restlichen, noch nicht identifizierten Gene wird man in relativ kurzer Zeit entweder mit Hilfe der Bioinformatik oder mit biotechnologischen Verfahren identifizieren. Bis vor kurzem schätzten Fachleute die Zahl der menschlichen Gene auf circa 100.000. Zur großen Überraschung vieler Experten scheint die Zahl jedoch mit circa 30.000 viel kleiner als bisher angenommen.

Hat man ein neues Gen entdeckt, so stellt sich die Frage, welcher Baustein (oder welche Bausteine) durch dieses neue Gen kodiert wird (werden), welche Form und welche Funktion dieser Baustein hat. Form und Funktion sind hier meist miteinander gekoppelt, d.h., die Form und Struktur hat wesentlichen Einfluß auf die Funktion des Bausteins. Stark vereinfacht kann man die molekularen Bausteine unserer Zellen mit echten Bausteinen oder Werkzeugen vergleichen. Auch deren Form wird durch ihre Funktion geprägt und man kann anhand der Form die Funktion mühelos erkennen und bestimmen. Da ähnliche Gene (ähnliche Texte) in der Regel ähnliche Bausteine mit gleicher oder ähnlicher Funktion kodieren, führt man für jedes neu entdeckte Gen eine Suche in Gendatenbanken durch und sucht dort nach ähnlichen Genen. Findet man in den Datenbanken ein hinreichend ähnliches Gen, für dessen Baustein Form und Funktion bekannt sind, so kann man mit Verfahren der Bioinformatik ein Modell des durch das neue Gen kodierten

Bausteins entwerfen und eventuell auch schon dessen Funktion bestimmen. Nach der Entdeckung eines neuen Gens werden also auch zunächst Methoden der Bioinformatik angewendet, um die Form und Funktion des durch dieses Gen kodierten Bausteins zu bestimmen. Diese Verfahren sind heute bereits sehr erfolgreich und leisten einen großen Beitrag zur Reduzierung der Zahl der realen biologischen Experimente. Je größer die entsprechenden Gen- und Strukturdatenbanken werden, um so größer wird die Erfolgswahrscheinlichkeit dieser Methoden.

Da die menschlichen Gene und ihre Produkte miteinander in Wechselwirkung stehen und sich gegenseitig stark beeinflussen, genügt es nicht, die einzelnen Gene oder die einzelnen Genprodukte isoliert zu betrachten und zu studieren, sondern das komplexe Netzwerk von biochemischen Reaktionen in den Zellen und Organen muß in seiner Gesamtheit betrachtet und erforscht werden. Die Menge an biochemischen Netzwerkdaten, die durch die biowissenschaftliche Forschung und die Bioinformatik produziert werden, ist so gigantisch, daß sie nur noch mit Hilfe von modernen Datenbanken und Informationssystemen und *Knowledge-Discovery*-Verfahren nach interessanten biologischen Zusammenhängen durchsucht werden können. Die biochemischen Reaktionen werden hierbei meist



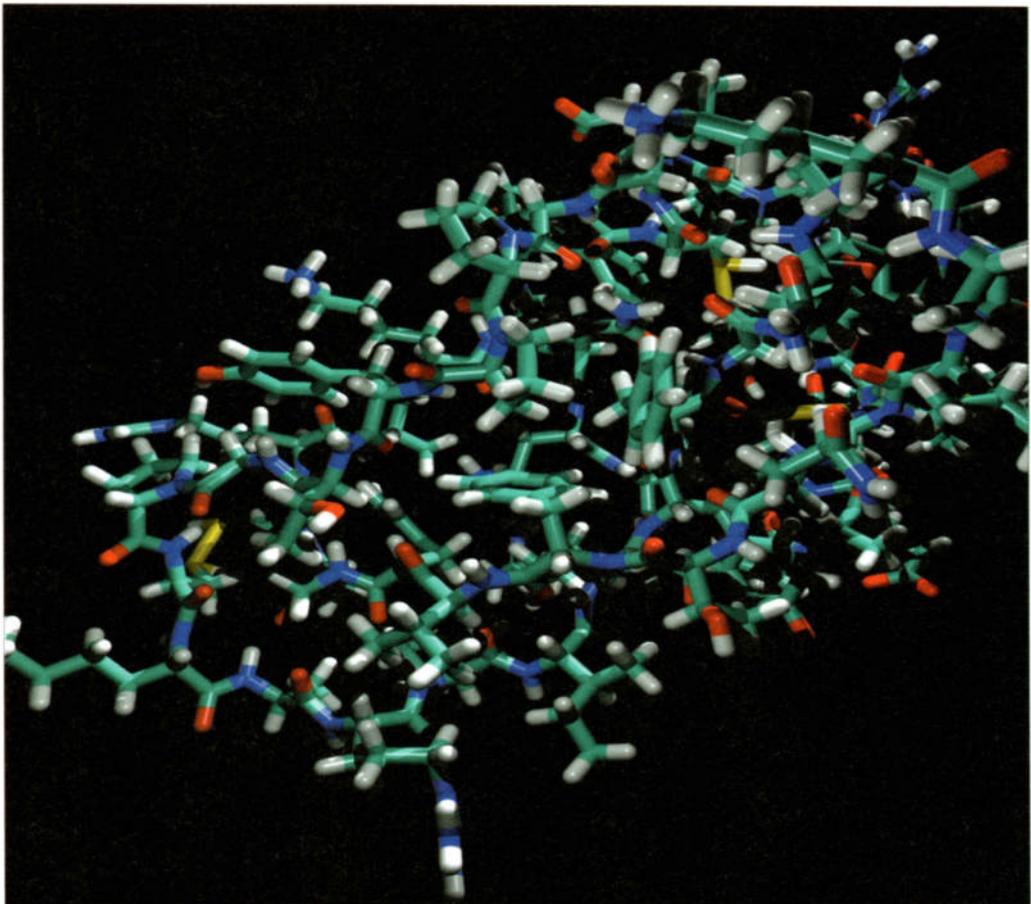
als Graphen dargestellt, wobei jeder Graph aus Knoten und Kanten besteht. Die Knoten repräsentieren hierbei die Moleküle (Bausteine). Jede Kante verbindet zwei Moleküle, die durch eine bestimmte Reaktion ineinander überführt werden. Diese Graphen dienen aber nicht nur der Speicherung von bekannten und neu entdeckten biochemischen Reaktionen, sondern sie werden auch zur Suche nach bisher unbekanntem biologischen Zu-

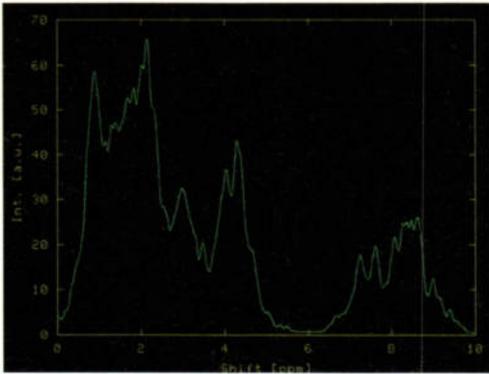
sammenhängen und damit auch zur Hypothesenbildung und -überprüfung eingesetzt. Man versucht heute bereits, mit diesen Graphen auch Teile des menschlichen Stoffwechsels zu simulieren.

Ein Fernziel der Bioinformatik-Forschung in diesem Bereich ist die Simulation der Wirkung und Nebenwirkungen von Medikamenten auf den Stoffwechsel, basierend auf diesen sogenannten metabolischen und regulatorischen Netzwerken. Diese Simulationen würden es ermöglichen, viele potentielle Wirkstoffe mit gefährlichen Nebenwirkungen bereits frühzeitig zu identifizieren und zu verhindern, daß diese Kandidaten in die präklinischen und klinischen Tests gelangen. Vom Erreichen diesen Forschungsziels ist man jedoch noch weit entfernt. In naher Zukunft wird man aber mit speziellen Algorithmen für metabolische und regulatorische Netzwerke in der Lage sein, neue Zielmoleküle für die Behandlung bestimmter Erkrankungen zu identifizieren. Jedes Medikament nimmt auf bestimmte Art und Weise Einfluß auf die Akti-

vität eines bestimmten molekularen Bausteins. Dieses Molekül nennt man das *Target*- oder Zielmolekül des Medikaments. Alle zur Zeit erhältlichen Medikamente beeinflussen insgesamt nur circa 800 Target-Moleküle. Die Sequenzierung des menschlichen Genoms und die damit einhergehende Flut an neuentdeckten Molekülen und biochemischen Reaktionen wird nach Einschätzung vieler Experten die Zahl der potentiellen Zielmoleküle auf einige Tausend erhöhen.

Hat man ein neues Target-Molekül für die Behandlung einer bestimmten Krankheit identifiziert, so sucht man mit Methoden der Bioinformatik in gigantischen Wirkstoffdatenbanken nach potentiellen Wirkstoffen, die in der Lage sind, die Aktivität des Zielmoleküls auf die erforderliche Art und Weise zu beeinflussen. In vielen Fällen handelt es sich bei den Zielmolekülen um Enzyme des Stoffwechsels, die durch die Wirkstoffe in ihrer Aktivität gehemmt werden. In diesen Fällen bezeichnet man die Wirkstoffe auch als Inhibitoren. Die Ausgabe der Wirkstoffsuche in den





oben:

Das Bild zeigt ein mit Hilfe eines Bioinformatik-Algorithmus berechnetes $1H$ -NMR-Spektrum eines Proteins.

links:

Das Bild zeigt ein Stick-Model eines Proteins. Die Stäbe repräsentieren die Atombindungen. Die Farben zeigen, welche Atome an der Bindung beteiligt sind. Bei dem dargestellten Protein handelt es sich um einen Inhibitor, der die Aktivität eines anderen Proteins (Trypsin) durch Andocken im Zentrum dieses Proteins blockiert.

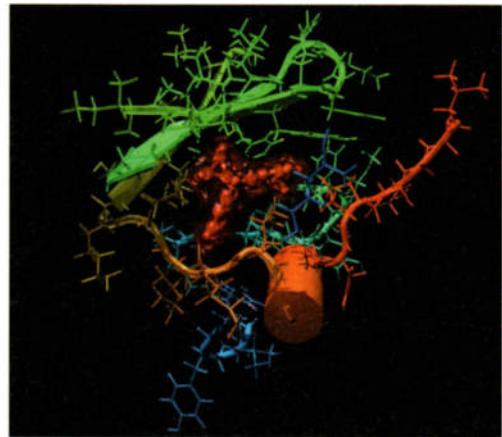
rechts:

Das Bild zeigt die hypothetische Struktur des AIDS-Medikaments Nevirapin (Mitte, rot) gebunden an die Reverse Transkriptase, ein wichtiges Enzym des HI-Virus (bunt).

Datenbanken ist eine Liste von potentiellen Wirkstoffen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit die Aktivität des Target-Moleküls auf die gewünschte Weise beeinflussen.

Die meisten potentiellen Wirkstoffe, die bei einer solchen Datenbanksuche gefunden werden, taugen aus den unterschiedlichsten Gründen nicht als Medikament. Viele Kandidaten würden so gefährliche Nebenwirkungen verursachen, daß sie den Patienten mehr schaden als nutzen würden. Andere würden überhaupt keine Wirkung zeigen, da sie, zum Beispiel in Tablettenform verabreicht, den Wirkort nicht erreichen könnten. Sind die potentiellen Wirkstoffe zum Beispiel nicht in der Lage die Magen- oder Darmwand zu durchdringen, so gelangen sie nicht an den Wirkort, zum Beispiel die Leber. Es kann aber auch geschehen, daß die potentiellen Wirkstoffe auf ihrem Weg zum Wirkort von Enzymen des menschlichen Stoffwechsels biochemisch verarbeitet werden. Das Resultat dieser

biochemischen Reaktionen ist dann in der Regel nicht mehr wirksam. Oder die Wirkstoffe werden vom menschlichen Immunsystem als Fremdkörper erkannt und bekämpft. Um die Zahl der falsch positiven Testmoleküle zu reduzieren, die im Labor und in präklinischen und klinischen Studien unnötigerweise untersucht werden, beschäftigt sich die Bioinformatik heute auch intensiv mit den Fragen des Wirkstofftransports. Das heißt, man versucht zu simulieren, ob ein potentieller Wirkstoff gewisse biologische Barrieren, wie die Magen- oder Darmwand, überwinden kann oder nicht. Ferner werden bereits erste Versuche unternommen, auch mit Methoden der Bioinformatik vorherzusagen, ob ein potentieller Wirkstoff auf dem Weg zum Wirkort oder am Wirkort gewisse biochemische Reaktionen tätigt, die seine Wirksamkeit negativ oder positiv beeinflussen. In diesem Bereich steht die Bioinformatik-Forschung aber erst in den Startlöchern.



3 Im vorhergehenden Text haben wir immer von dem „menschlichen Genom“ gesprochen. Da jeder Mensch ein anderes Genom besitzt, stellt sich natürlich die Frage, wie und wo sich die Genome verschiedener Individuen unterscheiden. Man schätzt, daß die Unterschiede zwischen zwei beliebigen Individuen sehr gering sind, d.h., weniger als ein Prozent der Buchstaben unterscheiden sich. Anders formuliert: Im Durchschnitt findet man in einem zufällig gewählten DNS-Abschnitt (Text) der Länge 100 eine Abweichung. Eines der wichtigsten Forschungsziele der Bioinformatik ist die Lokalisierung der „Textpositionen“, wo Unterschiede in menschlichen Genome anzu-treffen sind. Treten an einer bestimmten Posi-

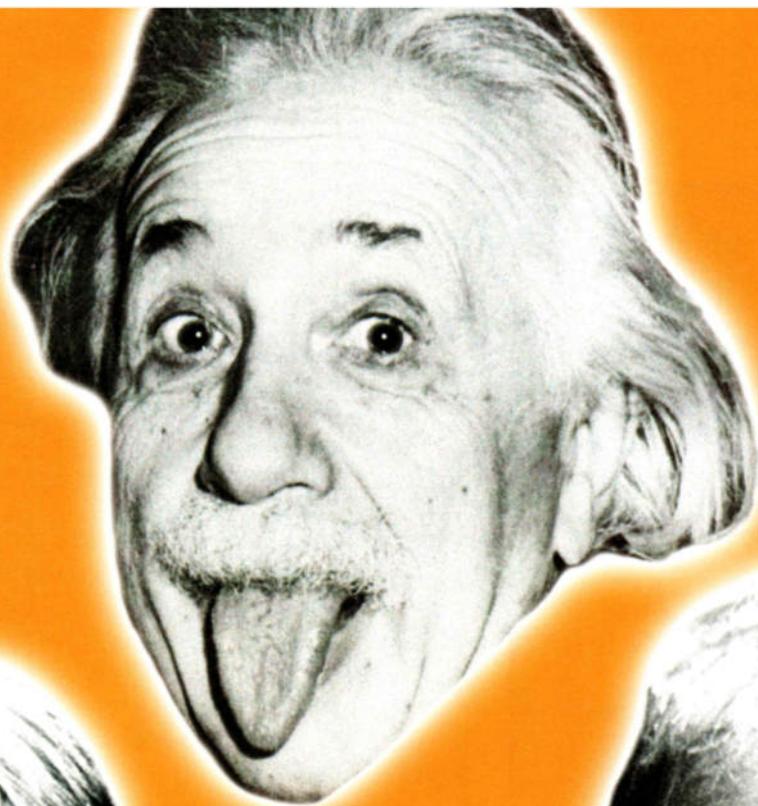
tion im Genom verschiedene Buchstaben bei unterschiedlichen Individuen auf, so spricht man von einem sogenannten SNP (Single Nucleotide Polymorphism).

In den nächsten Jahren werden diese SNPs und die entsprechenden Positionen im Genom auf der Suche nach den Ursachen genetisch bedingter Erkrankungen intensiv studiert werden. Hierzu wird man Populationen von vermeintlich gesunden und kranken Menschen untersuchen und die SNPs dieser Populationen miteinander vergleichen und statistisch auswerten. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden die ersten größeren medizinischen Erfolge, die durch die Sequenzierung des menschlichen Genoms und die neuen Verfahren der Bioinformatik initiiert werden, im Bereich der Identifizierung der Ursachen komplexer genetisch bedingter Erkrankungen und im Bereich (neuer und besserer) Diagnostika zu finden sein. Mit Hilfe von SNPs werden aber auch in absehbarer Zukunft optimierte Therapien entwickelt werden. Dabei erhalten nicht alle Patienten mit einer bestimmten Erkrankung die gleichen Medikamente, sondern die Auswahl der Medikamente wird mit Hilfe der SNPs der Patienten individuell optimiert. Ein bestimmtes Medikament kann nämlich bei einem Patienten aufgrund des vorliegenden Genoms optimal wirken und bei einem anderen nur Nebenwirkungen hervorrufen. Das Studium der SNPs wird sowohl der molekularbiologischen Grundlagenforschung als auch der medizinischen Forschung einen immensen Impuls geben. Es eröffnet jedoch auch Möglichkeiten, nach den genetischen Ursachen und Voraussetzungen von Augenfarbe, Größe, Intelligenz usw. zu forschen und birgt die große Gefahr, daß wir einen gewaltigen Schritt in Richtung „gläserner Mensch“ machen.

4 An der Universität des Saarlandes wird schon seit Anfang der neunziger Jahre in der Bioinformatik geforscht und gelehrt. Auch bei der Sequenzierung des humanen Genoms war *Know-how* aus Saarbrücken sehr gefragt. Der hierarchische Assembler, mit dem Celera Genomics eine erste Version des Genoms erstellt hat, wurde maßgeblich von dem Saarbrücker Bioinformatiker Dr. Knut Reinert mitgestaltet. Nach Aussagen der Entwickler des Assemblers war die Saarbrücker Software-Bibliothek LEDA, eine Entwicklung des hier

ansässigen Max-Planck-Instituts für Informatik, das wichtigste Software-Tool bei dessen Entwicklung. Die Bioinformatik wurde von der Wissenschaftspolitik sehr lange vernachlässigt; erst als die Sequenzierungsprojekte sich ihrem Ende näherten, gab es ein Erwachen und schlagartig wurde sie finanziell extrem stark gefördert. Im Jahre 1999 veranstaltete die Deutsche Forschungsgemeinschaft einen bundesweiten Wettbewerb mit dem Ziel, Forschung und Lehre im Bereich der Bioinformatik durch den Aufbau von Kompetenzzentren zu fördern. 31 Regionen und Städte beteiligten sich hieran mit ihren Konzepten. Die Universität des Saarlandes konnte sich bei diesem Wettbewerb mit ihrem Konzept des „Virtuellen Biolabors“ gegen die Konkurrenz durchsetzen und wurde von einem internationalen Gutachtergremium als einer von fünf Gewinnern zur Förderung durch die DFG vorgeschlagen. Saarbrücken erhielt für die ersten beiden Jahre zunächst circa 5 Mio. DM für den Aufbau eines Zentrums für Bioinformatik. Insgesamt sind für die ersten fünf Jahre 10 Mio. DM an Fördergeldern vorgesehen.

In diesem Jahr wurde speziell für Bioinformatik ein Bachelor- / Master-Studiengang eingerichtet, der zum Wintersemester 2001/02 mit der Ausbildung der ersten Bioinformatik-Studenten begonnen hat. Der Schwerpunkt der Saarbrücker Forschung liegt im oben beschriebenen Bereich der Wirkstoffentwicklung. Ihr Ziel ist die Entwicklung neuer Algorithmen und Software-Pakete, mit deren Hilfe in kürzerer Zeit und mit geringeren Kosten neue, wirksamere Medikamente entwickelt werden können. Die Entwicklung eines Medikaments kostet heutzutage immer noch im Durchschnitt 800 Mio. Dollar und die durchschnittliche Entwicklungszeit beträgt 15 Jahre. Hierbei wird der Großteil der Kosten und des Zeitbedarfs durch die präklinischen und klinischen Testphasen verursacht. Die aktuelle Statistik besagt, daß von 10.000 potentiellen Wirkstoffen, für die diese Tests durchgeführt werden, im Durchschnitt nur ein Wirkstoff zum Medikament wird. Die Bioinformatik wird hier einen wichtigen Beitrag zur Kostensenkung und zur Reduzierung der Entwicklungszeit leisten, in dem sie durch rechnerbasierte Vorhersagen die Zahl der falsch-positiven Kandidaten, welche in die präklinischen und klinischen Testphasen gelangen, gewaltig reduzieren wird.



Schlaue
Stromer
befinden
sich in
bester
Gesellschaft.

energis



Abbildung im Hintergrund:
Klaudia Stoll und Jacqueline Wachall
Installation und Performance Rosa Munde,
Galerie o.T., Saarbrücken, 1998

Das Künstlerinnenduo Klaudia Stoll und Jacqueline Wachall

Klaudia Stoll

- 1968 in Rastatt geboren
1989-93 Goldschmiedeausbildung an der Zeichenakademie Hanau
1993-99 Studium an der HBK Saar bei Ulrike Rosenbach, Diplom, Meisterschülerin von Ulrike Rosenbach
1996 Arbeitsstipendium des 7. Videokunstpreises *Marl* im *Museum Folkwang* Essen
1997 Gründungsmitglied der Produzentengalerie o.T. in Saarbrücken
seit 1997 gemeinsame Performance- und Installationsprojekte mit Jacqueline Wachall
seit 1995 Ausstellungstätigkeit im In- und Ausland; Teilnahme an zahlreichen Videofestivals

Jacqueline Wachall

- 1965 geboren in Saarbrücken
1993-99 Studium an der HBK Saar bei Bodo Baumgarten (Malerei) und Ulrike Rosenbach (Performance), Diplom und Meisterschülerin von Bodo Baumgarten
1997 Gründungsmitglied der Produzentengalerie o.T. in Saarbrücken
seit 1997 gemeinsame Performance- und Installationsprojekte mit Klaudia Stoll
1999 Förderstipendium der Landeshauptstadt Saarbrücken
seit 1996 Ausstellungstätigkeit im In- und Ausland

Gemeinsame Performances und Installationen (Auswahl)

- 1998 *Rosa Munde*, Rauminstallation und Performance, Produzentengalerie o.T. (Katalog)
Zuckersüß und Rabenschwarz, Kunst-Kulturpreis Neunkirchen, Installation
1999 *enjoy it*, Rauminstallation und Performance, Ausstellungsprojekt *70 Tage vor Ort*, Stuttgart
Rouge Noir, Multimedia-Performance für Männer und Frauen, Produzentengalerie o.T.
2000 *Miss Beauty*, Performance, Orgelfabrik Karlsruhe
At the moment, Performance, *Foundry*, London
alien women make exit music for the last century, Performance, Pavillon Ottweiler
Rouge noir, Rahmenprogramm *Bienale*
Havanna 2000, Kuba
2001 *dream stereo*, Multimedia-Ausstellung, *Stadtgalerie* Saarbrücken (Katalog)

Zuckersüß und Rabenschwarz
Installation, ehemaliges Lustschlößchen,
Neunkirchen, 1998



aus der Konzeptbeschreibung:

... Eine weibliche, nackte Steinfigur verschwinden lassen in einem weißen Zuckerberg, so daß der Kopf sichtbar bleibt, herausschaut aus der Pyramide. Der Figur visuell und materiell das geben, was sie ist: ‚zu süß‘. Eine männliche, bekleidete und bewaffnete Bronzestatue mit schwarzen Kohlebrickets ummauern. Die Speerspitze ragt aus dem Turm heraus. Einen Schutzturm für das Auge errichten, um den ‚Knabenkitsch‘ zu verbergen ... Im Laufe der Zeit haben Bienen den Zucker abgetragen.





**Experimente aus dem
körpereigenen Speicher**

Klaudia Stoll

Interaktive CD-ROM, Performance, 2000

aus dem Konzept

Mit der Maus auf dem Bauch ertaste ich Worte,
auf Haut projiziert. Wie Gedanken leuchten sie
auf und konstruieren sprachliche Geflechte ...
wie Rotz ... Nachtnerven ... Schläuche ... auf-
hören ... Krampf ... Speicher ... Zähnen ... Kopf-
lochverdacht ... Schwerkraft ... sprachloses ...
Fleisch ... Übertragungsnarben ... dröhnen ...
Glieder ... Sätze ... Oberlippen ... Reaktionen ...
Mundwinkel ... Glimmerrücken ...

Mit Hanteln lotet Klaudia Stoll die physischen
und psychischen Kräfte aus, indem sie mit roten
Hanteln die Sinnesorgane nacheinander ver-
schleißt und abhört. Die Hanteln dienen einer-
seits als Sensoren für das Körperinnere
und zugleich als symbolische Fühler in die
Außenwelt.

A glowing blue, hand-like shape is shown against a dark background. The word 'Glimmerrücken' is written in a blue, sans-serif font across the shape. The shape appears to be a hand or a similar form, possibly representing a sensor or a body part.



Basic Secrets
Jacqueline Wachall
Performance, 2000

Die Performance untersucht in sieben kurzen Episoden männliche Stereotypen der Frauenrollen. Die Rolle als Hausfrau wird ebenso thematisiert wie die des Lustobjektes, der Domina, der Schwangeren, der Diva. Für jede Stereotype wird eine Szene entwickelt, die mit dem Wissen um den voyeuristischen männlichen Blick spielt und seine Erwartungshaltung ironisiert. Die einzelnen Episoden werden durch in Nahaufnahme aufgenommene Videoprojektionen, die keine eindeutigen Interpretationen zulassen, unterbrochen.

Die beiden Performances von Klaudia Stoll und Jacqueline Wachall sind als Soloprojekte konzipiert. Sie werden allerdings bei gemeinsamen Ausstellungen direkt hintereinander aufgeführt. Die Photographien zeigen ihre Realisation in der Performancereihe *Passing through / xhoch?*, Stuttgart 2001.



Körperfragmente,
Installation, Video (Klaudia Stoll), Malerei (Jacqueline Wachall)
Stuttgart 1999, Frauenmuseum Bonn 2001



Hochtöner und Kakteen, Geldscheinprüfer und Lyrik

Ein Gespräch mit Christina Kubisch

Die Klangkunst, das bewußt formulierte Ineinandergehen von Musik und visueller Kunst, spielt eine zunehmend wichtige Rolle im Kunst- und Musikbetrieb. So haben sich die renommierten *Donaueschinger Musiktage* vor einigen Jahren dieses ästhetischen Amalgams angenommen, weitere Festivals haben längst nachgezogen. Weitaus früher engagierte sich für diese intermediale Kunst schon die *Stadtgalerie Saarbrücken*, und mit der Gründung der *Hochschule der Bildenden Künste Saar*, die sich ebenfalls einem intermedialen Ansatz verschrieben hat, ist Saarbrücken, von der hiesigen Bevölkerung nahezu unbemerkt, ein ernstzunehmendes Kleinod in der experimentellen Kunstlandschaft geworden. Die HBK-Professorin Christina Kubisch steht für diese Entwicklung. Mit ihr sprachen die *Saarbrücker Hefte*.

SAARBRÜCKER HEFTE: Seit 1994 unterrichtest Du als Professorin an der Hochschule der Bildenden Künste Saar Experimentelle Kunst. Was verstehst Du unter „Experimentelle Kunst“, der Begriff impliziert ja auch sein Gegenteil, daß es eben auch eine „Nicht Experimentelle Kunst“ gibt?

CHRISTINA KUBISCH: Mein Fach heißt seit einigen Jahren nicht mehr „Experimentelle Kunst“, sondern „Plastik / Audiovisuelle Kunst“. Ich hätte es gerne in „Klangkunst“ oder ähnliches umbenannt, die Kollegen waren dafür aber nicht zu gewinnen. Experi-

mente sind für mich Arbeiten, deren Ergebnisse nicht von vornherein feststehen. Experimentieren heißt nachfragen, forschen, auch Fehler machen und daraus lernen, eine gewisse Unsicherheit zu akzeptieren. Künstler experimentieren am Anfang ihrer Karriere fast alle; viele hören aus verschiedenen Gründen dann damit auf – oft zu früh!

Wie darf der Laie sich den Unterricht bei Dir vorstellen? Was kann ein junger Künstler, eine junge Künstlerin – schließlich sind sie ja bereits Künstler, wenn sie an der Hochschule ein Studium aufnehmen – hier lernen?

Das Studium bei mir ist nicht allein auf mich festgelegt. Studienanfängern steht es in den ersten Jahren frei, sich zu orientieren. Ich ermutige Studierende, erst einmal verschiedene Lehrangebote zu testen und sich dann für eine Klasse zu entscheiden. Mein Bereich umfaßt die kreative Arbeit im Tonstudio, das konkrete Umsetzen von Projektideen (vorwiegend Installationen, Klangräume, Objekte), aber auch Hilfestellungen und Diskussionen bei kompositorischen Fragen. Außerdem versuche ich, Projekte mit den Studierenden außerhalb der Hochschule zu realisieren, um den Elfenbeinturm wenigstens zeitweise zu verlassen. Schließlich versuche ich, interessante Dozenten als Lehrbeauftragte für die Hochschule zu gewinnen und Künstler zu Vorträgen einzuladen; etwa Mischa Kuball, Henri Chopin, Peter Vogel und Robin Minard.

1987 bis Du von Mailand aus, wo Du nach Studienaufenthalt in Stuttgart, Graz und Zürich dreizehn Jahre lang gelebt hast, nach Berlin gezogen. Seither lebst Du dort und in Saarbrücken. Wie bewertest Du die Kunstsituation im Saarland?

Nicht viele Kuratoren, Sammler, Interessierte kommen extra wegen einer guten Ausstellung nach Saarbrücken. Es fehlen Galerien, die junge zeitgenössische Kunst zeigen. Das interessanteste Programm macht meiner Meinung nach die *Stadtgalerie* unter Leitung von Bernd Schulz, was aber im Saarland nicht genug beachtet wird. Seit Gründung der *Hochschule der Bildenden Künste Saar* ist die Kunstszene sicherlich viel lebendiger geworden, aber es gibt zu wenig Gründe für junge Künstler, auch nach dem Studium weiterhin im Saarland zu bleiben.

Einige Ausstellungen, etwa Deine Einzelausstellung Zwischenräume 1996 in der Stadtgalerie sowie einige Gruppenausstellungen

Kunst und Kultur



Christina Kubisch; geboren 1948; 1967-68 Studium an der Akademie der Bildenden Künste, Stuttgart; 1969-72 Musikstudium an der Staatlichen Hochschule für Musik und Bildende Kunst in Hamburg und an der Hochschule für Musik in Graz; 1972-74 Studium an der Musikhochschule Zürich und an der Freien Kunstschule Zürich, 1974-76 Studium der Komposition und elektronischen Musik am Konservatorium Mailand; seit 1974 Konzerte, Installationen, Ausstellungen im In- und Ausland, 1991-94 Gastprofessorin an der Hochschule der Künste, Berlin; seit 1994 Professorin an der HBK Saar.
rechts: Sechs Spiegel, Licht-Klang-Raum, Ludwigskirche Saarbrücken, 1994

gen auch mit Deinen Studierenden an verschiedenen Orten im Saarland, haben Deine Arbeit als Künstlerin und als Lehrende den saarländischen Kunstinteressierten bekannt gemacht. Welche Erfahrungen hast Du dabei mit den hiesigen Ausstellungsmöglichkeiten, den Machern und nicht zuletzt auch mit der Presse sammeln können?

Die Zusammenarbeit mit der Stadtgalerie war sehr gut. Auch die Installation in der Ludwigskirche, die Prof. Haberl von der Hochschule tatkräftig unterstützt hat und ebenso der SAARLÄNDISCHE RUNDFUNK und sein Redakteur Wolfgang Korb, konnte professionell vorbereitet werden. Allerdings haben nur wenige Kollegen die Ausstellungen besucht, und es haben mich mehr Leute, die extra nach Saarbrücken gereist sind, darauf angesprochen als saarländische Kunstinteressierte. Abgesehen von einer meiner Arbeiten in einer hiesigen Privatsammlung ist im ganzen Saarland keine Arbeit von mir zu finden. Im Gegensatz dazu

ist ein gewisser Bereich saarländischer Kunst in Berlin durch die Bemühungen der Landesregierung geradezu üppig vertreten; mindestens zweimal im Monat gehen mir dazu Einladungskarten zu. Das ist ein finanzieller Aufwand, der nicht unterschätzt werden sollte, aber bislang fehlt das Experimentelle, Avancierte.

Mitte der achtziger Jahre hast Du erstmals mit ultraviolettem Licht gearbeitet. Wie hast Du das für Dich entdeckt und was fasziniert dich daran, daß Du immer wieder auf dieses spezielle Lichtspektrum zurückgreifst? So auch im letzten Jahr im gerade gegründeten Lichtmuseum im westfälischen Unna, das in den Kelleretagen einer ehemaligen Brauerei untergebracht ist?

Mit Licht als künstlerischem Material bin ich durch meine Arbeit im Theaterbereich Mitte der achtziger Jahre zuerst in Berührung gekommen. UV-Licht ist nicht nur das übliche „Schwarzlicht“, sondern kommt in den ver-

schiedensten Formen und Bereichen vor (in Forschung, Kriminalistik, Bildrestaurierung, Medizin etc.). Mich interessiert die Fähigkeit des UV-Bereichs, Dinge „ans Licht zu bringen“, die sonst nicht sichtbar, verborgen unter der Oberfläche sind. Ich freue mich, in dem neuen Internationalen Zentrum für Lichtkunst in Unna nun auch eine permanente Licht/Klang-Installation ausstellen zu können.

Im Bereich der Klanginstallationen und der Klangplastiken – Du hast in den sechziger und siebziger Jahren sowohl Bildende Kunst (bei K.H. Sonderborg) als auch Musik (Flöte, Klavier, Komposition, Elektronische Musik) studiert –, bilden das Sichtbare und das Hörbare ein gleichberechtigtes Amalgam. Seit Anfang der achtziger Jahre spielt diese artifizielle Verschmelzung der Ausdrucks- und damit der Wahrnehmungsbereiche eine sehr große Rolle in Deiner Arbeit. Was vermag das Zusammenführen der Künste, was die einzelnen Sparten nicht vermögen?

Für mich ist die Verschmelzung verschiedener Bereiche nicht artifiziell, sondern etwas ganz natürliches. Schließlich hören und sehen wir gleichzeitig und nicht nacheinander. Wir bewegen uns in Räumen und nehmen gleich-

zeitig unsere Umwelt wahr. Das Zusammenführen ist also eigentlich das Naheliegende. Es schärft die Wahrnehmung. Wer intensiv hört und sieht, ist ganz bei der Sache. Bei meinen Arbeiten ist hier der individuelle Zeitfaktor, die persönlichen Möglichkeiten, aktiv am Kunsterlebnis teilzunehmen – zum Beispiel bei den Klanginstallationen mit Induktion –, eine gewisse Offenheit wichtig. Ich schaffe gerne neue Zusammenhänge und führe dabei verschiedene Bereiche zusammen, die im Normalfall nicht zusammengehören: Hochtöner und Kakteen, Geldscheinprüfer und Lyrik, Solarzellen und Alarmsummer, Palmen und Elektrokabel ...* So können auch beim Besucher neue Assoziationen entstehen, andere Sicht- und Hörweisen. Meiner Meinung nach ist das eine der Hauptaufgaben der Künste.

Du hast mir kürzlich erzählt, daß Du Dich in der letzten Zeit wieder intensiver mit dem Bereich der Komposition, also der auf Papier festgehaltenen und jederzeit wie überall reproduzierbaren Musik beschäftigst. Ist das ein Weg zurück, oder gerade einer nach vorne, oder lediglich ein Medium in der Vielfalt der Ausdrucksmöglichkeiten?

Letzteres. Und seit wann ist Musik jederzeit überall reproduzierbar? Dazu gehören Musiker, Räume, Raumakustik, Anlagen etc. Im Grunde ist eine gute Aufführung einer Installation ähnlich, nur ist die Dauer beschränkt. Ich komponiere wieder (das heißt mit Text- und graphischen Partituren), weil ich die Arbeit mit anderen Menschen und nicht allein mit der Technik und Material suche. Als Erfahrung, Herausforderung, Experiment. Mein letztes Stück, uraufgeführt im Oktober in Berlin mit dem *Ensemble Zeitkratzer*, war für Trautonium und acht Instrumentalisten. Diese Arbeit hat viele neue Türen auch für zukünftige Klanginstallationen geöffnet. Neue Projekte sind in Arbeit, zum Beispiel ein Stück für Sängerin und Stimmgabeln und eine Reihe von Audiostücken als reine Tonbandstücke.

Christina Kubisch, vielen Dank für das Gespräch.

Elf Fenster und elf Klänge, *Licht-Klang-Raum*, Stadtgalerie Saarbrücken, 1996



Für die saarbrücker **hefte** Stefan Fricke

**Ab Dezember zu sehen in der Ausstellung Utopien heute im Wilhelm-Hack-Museum, Ludwigshafen.*

Minister Schreier kauft man eine Hose

Verflixt, die Beine sind zugenäht.

Eine Schere!

Von Dietmar Schellin

„Eine passende Hose kann glücklicher machen als alles andere. Finden Sie nicht auch, Bernhard?“ (Thomas Bernhard)

Werbung für den Minister

Preisfrage: Wie heißt der Kulturminister des Saarlandes? Es hat einen Bildungsminister. Aber hat das Saarland einen Kulturminister? Hat es vielleicht sogar mehrere Kulturminister? Heimliche und unheimliche Kulturminister? Und sind nicht die heimlichen die unheimlichen? Etwa für den, der schon gern Kulturminister wäre und offiziell sogar so heißt, ohne Zweifel so heißt, es aber offenbar nicht ist. Wäre er es, hätte das Land nicht dieses unrühmliche, unerquickliche, auf der Stelle tretende, dubiose Museumsneuordnungstheater. Die Diskussion wäre längst dort, wo es wieder Spaß macht: beim konstruktiven Teil. „Bei Hosenproben ist äußerste Vorsicht geboten. Wir probieren nur eine leichte Sommerhose und holen uns den Tod.“ (Thomas Bernhard) Daß es kam, wie es kam, liegt an der kulturministeriellen Vakanz.

Während im Saarbrücker *Saarlandmuseum* die Ausstellung über die *Entdeckung des Lichts* in der Malerei des 19. Jahrhunderts vorbereitet wurde, hatte Bildungsminister Jürgen Schreier eine Idee, von der er bis heute schwärmt. Statt der Museumsleute sollten Werbeleute die Ausstellung nicht nur gestalten, sondern richtig toll „inszenieren“, zu einem „event“ machen. Man hätte die Presse und die Menschen zusammengerufen, und die Menschen hätten Augen gemacht und hätten genickt: Seht, ein Kulturminister.

Die Werbeleute des Bildungsministers, die schon im Wahlkampf die CDU erfolgreich ins Bild gesetzt hatten, sollten dem Direktor Ernst Gerhard Güse mal zeigen, wie man das macht. So richtig mit Grusel und spots und mit Bratwurst. Und dieser Güse besaß doch die Stirn, ‚nein‘ zu sagen zum Begehren des Politikers. Sagt der einfach ‚nein‘, der Güse.

Der konsequente Zug zur Intransparenz

Nach der drohenden Neuordnung der *Stiftung Saarländischer Kulturbesitz* soll eine solche Unbotmäßigkeit dem Minister und Kurator der Stiftung nicht mehr passieren. Dafür sorgt der Politiker Schreier jetzt selbst, unfreiwillig mit Hilfe des Renommées Professor Wolf Dieter Dubes, bis zum Ruhestand *Generaldirektor der Staatlichen Museen/Stiftung Preußischer Kulturbesitz*.

Durch zu viel Politiknähe wurde die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz aufgebläht und überladen bis zur Handlungsunfähigkeit. Noch mehr Politiknähe soll sie jetzt aus der Malaise führen.

Die saarländische Baukultur folgt dem Prinzip des laufenden Anbauens. Das gilt für Großaggregate der Industrie wie beim Eigenheim, das galt auch für die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz. Nach und nach kamen Häuser und Projekte zur Stiftung, reale und virtuelle, bis der Bedarf nach einem ordnenden Prinzip und einer professionellen Leitung unübersehbar war. Nach zwei Gutachten scheint die Lage völlig verfahren. Das zweite Gutachten von Wolf Dieter Dube führt in mehrere Sackgassen zugleich. Ein erstes Gutachten von Jean Christophe Ammann, damals noch *Museum für Moderne Kunst* in Frankfurt, war knapp und vage, zeigte aber immerhin die Richtung. Der Öffentlichkeit wie den Direktoren der Stiftungsmuseen wurde Ammanns Papier vorenthalten, bis heute. Intransparenz ist denn auch der einzig konsequent verfolgte Zug im Verfahren.

Geplant war von seiten des Ministers und Kurators folgendes: Am 30.8.2001 sollte Dube sein Gutachten dem Kuratorium vortragen, das Kuratorium es kurz diskutieren, um auch gleich darüber abzustimmen. Angesetzt waren zwei Stunden. Einer sprach Klartext, Horst Haberl, und verließ den Saal: „Ich mach Ihnen doch nicht noch den Beleuchter“.

Intransparenz, der einzig konsequent verfolgte Zug. Kein schöner Zug. Beteiligte wie Öffentlichkeit werden düpiert. Alles eine Frage der politischen Kultur. Der Bildungsminister hätte ja mal spicken können. Bei der Staatskanzlei. Die Stabstelle für Kultur hat das Thema Industriekultur recht elegant aufs Gleis gesetzt und damit ein Vertrauen erworben. Einfach mal fragen: Wie macht Ihr das?

Viele Museen, keine Ordnung

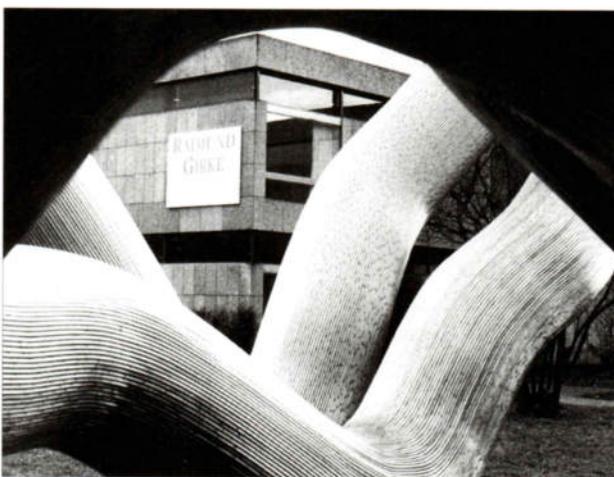
Eines der Häuser der Stiftung heißt *Deutsches Zeitungsmuseum* und hat die Stiftung offenbar ganz überfordert. Die SAARBRÜCKER ZEITUNG hatte es dem Sammler und Pressehistoriker Martin Welke abgekauft und der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz geschenkt. Mit der vertraglich fixierten Auflage, es der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Büchernarr und Ministerpräsident Reinhard Klimmt hatte Welke ein Haus für sein Museum versprochen. Der kam an die Saar, seither liegt seine Sammlung im Depot. Der Direktor ohne Museum sieht sich um sein Lebenswerk betrogen. Sein Vertrag läuft nächstes Jahr aus, die Stiftung stuft die Sammlung schon mal herab vom Museum zum „Fundus“, zum „Archiv“. Ein Deutsches Zeitungsmuseum wird es im Saarland nicht geben.

Die *Stadtgalerie Saarbrücken* zeigt zeitgenössische Kunst. Für großformatige Gemälde sind die herausfordernd verwinkelten Räume nicht geeignet. In Sachen Klangkunst aber, in Foto- und Lichtkunst oder Neuer Musik hat die Stadtgalerie Saarbrücken zumindest außerhalb des Saarlandes den Ruf, ein aktuelles, wichtiges Labor und Medium zu sein. Die Landeshauptstadt hat für 2007 die Räume gekündigt, nicht aber das Engagement. Der Leiter Bernd Schulz setzt sich Ende 2002 zur Ruhe. Bildungsminister Schreier erkennt sofort die Gelegenheit. Und läßt die Stadtgalerie im bestellten Gutachten gleich gar nicht mehr vorkommen. Als Verantwortliche des stillen Begrabnisses benennt der Kurator die Stadt.

Der verwachsene Kern der Stiftung ist das Saarlandmuseum, mit der klassischen Moderne in der *Modernen Galerie*, und der umfangreichen *Alten Sammlung*, die mit Skulpturen und Gemälden, Keramik, Möbeln, mit vielerlei kulturgeschichtlichem Krimskrams und heimlichen Perlen ins späte Mittelalter reicht. Neben der Modernen Galerie in den drei elegan-

ten Pavillons aus den 60ern fristet die Alte Sammlung in der Schillerschule räumlich wie organisatorisch ein Dornröschendasein.

Die Idee kommt aus dem Saarlandmuseum, und so steht es, loben wir, was zu loben ist, nun auch im Gutachten: Die Alte Sammlung gehört hin, wo Landesgeschichte gespielt hat und wo man das spüren kann, an das und in das Saarbrücker Schloß. Das *Museum für Vor- und Frühgeschichte* und das *Historische Museum* sind schon da. Die Alte Sammlung schließt die Lücke. So spielt denn das Schloß bei Dube die Rolle, die ihm zukommt, und mag sie erst langfristig zum Tragen kommen. Mit dem Hausherrn und Träger des Historischen Museums, dem Stadtverband Saarbrücken auch nur Kontakt aufzunehmen, hat der Gutachter unterlassen. Dube skizziert, daß der Stadtverband Schloß und Historisches Museum in die Stiftung einfach einbringt, sozusagen spendiert. „So geht man nicht mit einem gleichberechtigten Partner um“, spielt Stadtverbandspräsident Michael Burkert seine Karte, „Dube hat uns keinen Schritt weiter gebracht“.



Es dreht sich nicht alles, aber vieles um die
Moderne Galerie Saarbrücken

Ein Beispiel für viele, das zeigt, wie schade es ist, daß der Gutachter sich vor Ort nicht kundig gemacht hat. Man fragt sich also: Wie kommt der Mann auf seine Ideen? Wie kommt er in Wadgassen auf ein „Haus für Technik und Kommunikation“? „Elektrische Haushaltsgeräte aus dem Saarland“ wäre der ehrlichere Titel. Nur eben, das klingt so banal, so entlarvend. Zu Wadgassen kann man, Laie oder Fachmann, nur eines sagen: War mal wieder

ein von Kulturpolitikern, übrigens beider Couleur, Reinhard Klimmt und Monika Beck, gemeinsam gegangener unverschämter Irrweg. Abstoßen, fort mit der Bürde! Und damit die 15 Millionen nicht ganz umsonst waren, könnte man eine Lehre daraus ziehen.

Ein General für Politikerwünsche

Die offensichtliche Unkenntnis der Häuser und ihrer Potentiale hat Dube zu vielen Fehlerurteilen verführt, die man von einem erfahrenen Museumsmann, der Wolf Dieter Dube doch ist, kaum erwarten konnte. Anders als durch einen vorab minutiös definierten politischen Auftrag, kann man das Ensemble von Sackgassen kaum erklären. Entwertet aber genau das nicht das Gutachten selbst? Das ist vielleicht gar kein Dube, sondern eine nicht unmotivierte Einflüsterung.

Gibt nun ein wirklich renommierter Mann sich für solche Auftragsschreiberei her? Ist einer, der solche Aufträge annimmt, ein renommierter Mann?

Mit den Instituten hat Dube nicht gesprochen, dafür mit einer Journalistin. Der einzigen Stimme im schrillen Konzert, die Dube anhimmelt als „Vorwärts-Strategen“.

Der diktierte er in den Block, wie er den Auftrag versteht: neue Strukturen durchzusetzen, „damit der, der nach mir kommt, um den Laden zu leiten, sich nicht an Widerständen aufhalten muß“.

Wer so spricht, um dann als „Moderator“ eines Erneuerungsprozesses anzutreten, kann der ernsthaft verlangen, daß man ihn ernst nimmt?

Viel Porzellan ist zerschlagen. Unter den Direktoren gilt Dube seit dieser Äußerung als „verbrannt“. Das Gutachten sei nicht geeignet, den Museen eine effektivere Organisation zu geben, schreiben Güse und Schulz. Der Direktor der Stadtgalerie bat den Minister öffentlich, er möge einen anderen Moderator wählen für den Erneuerungsprozeß. Die Direktoren bieten an, gemeinsam eine tragfähigere Basis zu erarbeiten.

Ein Ansatz, den alle Beteiligten gleichermaßen begrüßen, ist die Professionalisierung des Stiftungsvorstands, der bislang ein Ehrenamt war. Hut vor Kurt Bohr und Inge Weber, die an ihrer Entmachtung mitarbeiten.

Dube geht einen Schritt weiter und schlägt für die Zukunft ein Stück überwunden geglaubte Vergangenheit vor: eine streng vertikale Hierarchie, an der Spitze ein „Generaldirektor“, die Direktoren der einzelnen Museen werden geschrumpft, deklassiert zu „Abteilungsleitern“.

Will man mit einem so unzeitgemäßen Modell zeitgemäße, engagierte Leute im Land halten?

Besagter Generaldirektor soll umfassend weisungsbefugt sein, und zugleich sein eigener Vorstand. Wenn der „General“, so nannten ihn ohne zu scherzen die Untergebenen in Berlin, wenn der General also den Vorstand sehen will, muß er nur in den Spiegel schauen? Man nennt das wohl Synergie.

Minister Schreier spricht mittlerweile nicht mehr freiwillig von „Generaldirektor“, „ein unglücklicher Begriff“. Er möchte nur, daß an der Spitze ein Generaldirektor als Generaldirektor fungiert. Heißen kann der auch anders. Typisch für die schizogene Strategie: Der Kurator distanziert sich von Dubes Text, das sei nur Diskussionsgrundlage. Zugleich gibt er sich stark: So wird es gemacht. Wie soll man da arbeiten?

Damit der Neuanfang denn auch wirklich ein Neuanfang wird, muß das heutige Kuratorium entlassen, geschrumpft und dann vom Kabinett neu besetzt werden. Dieses kontrolliert dann den Generaldirektor, mit Hilfe eines Vierjahresvertrags. Unbotmäßigkeiten von Museumsdirektoren gehören damit der Geschichte an, aber nicht ins Museum.

Den Generaldirektor qualifiziert, daß er Politikern Wünsche von den Augen abliest. Das steht so nicht im Text, dafür in der Zeitung.

Die Journalistin: „Nur kein Jammern über die veränderte Bildungs- und Bedürfnisstruktur, sondern Anpassung. Action und events um jeden Preis? Das Museum als umtriebiger Veranstaltungsort?“

Dube: „Am liebsten von morgens bis abends“.

Ein vorbildliches Modell aus Hamburg

Dem steht ein anderes Modell gegenüber, das in Hamburg mit Erfolg praktiziert wird. Smarte, überschaubare Stiftungen nah am Thema. Kleine schlagkräftige Einheiten, mit horizontal

geordneten Verantwortlichkeiten, und einem künstlerischen plus einem Verwaltungsdirektor, und darüber eine möglichst politikferne Kontrolle durch einen Stiftungsrat aus Kultur- und Wirtschaftsleuten. Die Erfahrung zeigt, daß die Mitarbeiter sich stärker identifizieren und motivierter arbeiten.

Das Hamburger Modell nicht kopieren, sondern modifizieren für die Saarbrücker Lage, dafür sprechen sich der Stadtverband und die Direktoren aus, die den Neuanfang mit Profi an der Spitze ja nun nicht blockieren, sondern angestoßen und eingefordert haben.

Der könnte einfach sein und sogar Spaß machen, wären nur die Fronten nicht so verhärtet, teils auch zerrüttet.

Zunächst könnte die Stiftung sich mit schlichter unternehmerischer Vernunft von Teilen befreien, mit denen sie bislang und nach Maßgabe des Gutachtens auch künftig nicht umgehen kann, dem Deutschen Zeitungsmuseum und dem Unfug Wadgassen. Homburg war im Vormärz mit ein Geburtsort der Pressefreiheit. Die *Siebenpfeiffer-Stiftung* treibt Pressegeschichte, prämiiert inbotmäßige Journalisten mit einem Siebenpfeiffer-Preis und würde das Deutsche Zeitungsmuseum gern übernehmen, und zwar in Partnerschaft mit der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz.

Doch es soll nicht sein. Der Bildungsminister will ein gefleddertes, verkrüppeltes Deutsches Zeitungsmuseum im Schloß. In einem Kontext, der für das Thema Zeitung keine Anknüpfung und kein Publikum bietet. Andere wollen gar keins, und werden das auch schaffen.

Erleichtert und entschlackt könnte die Stiftung sich konzentrieren auf das, was man ein Kerngeschäft nennt. Mit dem Stadtverband wäre feierlich ein Separatfriede zu schließen, dann könnten Stadtverband und Stiftung Saarländischer Kulturbesitz daran gehen, „gemeinsam und auf Augenhöhe“ die eigenständige „Stiftung für Landesgeschichte“ zu gründen. Eine Stiftung allein für den Zweck, Alte Sammlung und Historisches Museum, zusammenzutun und am und im Schloß zu zeigen. Ist das so schwer?

Bleibe die Kunst, mit der Modernen Galerie und der experimentellen, zeitgenössischen Kunst, bislang „Stadtgalerie“. Dube kennt das Haus offenbar nicht. Im Gutachten kommt es einflüsterungsgemäß gar nicht mehr vor. Die Moderne Galerie solle einmal die „Funktionen

der Stadtgalerie“ übernehmen, notiert ein Gutachter, der diese „Funktionen“ nicht kennt. Wie sollte man dieses nicht dubios finden?

Von einem Neubau für zeitgenössische Kunst, einem Vierten Pavillon geht zwar die Rede, schön wärs, zuvor müßte geklärt sein, ob die Stelle des Direktors der Stadtgalerie überhaupt wieder besetzt wird. Wetten, daß nicht?

Die Probleme in drei bearbeitbare Segmente zu zerlegen, auch rechtlich, davon hält Dube, davon hält auch der Kurator noch nichts. Noch.

Eine Regierung, viele Kulturminister

Zur Frage nach der Zahl der Kulturminister im Land und darüber hinaus: Nachdem das Ammann-Gutachten dem Minister vorlag, im Juni 2000, geschah es. Nämlich nichts. Das war vielleicht sein Fehler. Ein Kulturminister hätte den vagen Entwurf öffentlich vorstellen können, einen Ergänzungsauftrag vergeben. Aber der Zuständige entschloß sich für die konsequente Intransparenz. So daß er selbst nicht sehen konnte, wie die Beauftragte des Saarlandes beim Bund und einstige kulturpolitische Sprecherin Monika Beck mit dem Freund und „kulturpolitischen Berater“ des Ministerpräsidenten Michel Friedman das kulturpolitische Vakuum feststellten.

Friedman, der immer etwas weiß, wußte Rat und empfahl einen Freund, den Berliner Rechtsanwalt Knauthe. Warum ein Rechtsanwalt? Warum Berlin? Sollte vielleicht ein längst ausgehecktes Konzept nur noch in juridische Termini gegossen werden? Sollte jemand entblößt werden, indem man ihm eine Hose kauft? Eine Hose, verflixt und zugenäht.

Erst Knauthe, Rechtsanwalt, zog Professor Wolf Dieter Dube hinzu „Generalsekretär a.D. der Staatlichen Museen/Stiftung Preußischer Kulturbesitz“. Klingt schon anders.

Neben dem Minister, der Beauftragten und dem kulturpolitischen Berater ist da noch die „Stabsstelle Kultur“, direkt angebunden an die Staatskanzlei. Reden die miteinander?

„Hosenkauf ist immer eine Tragödie gewesen. Sie paßt doch, die Hose, Bernhard, oder nicht? Mit frageverzerrtem Gesicht Oder nicht?“ (Thomas Bernhard)

Wir erheben eine Stimme, die gehört werden sollte

Die Kunstkommission in Saarbrücken

Ein Gespräch mit Jo Enzweiler

SAARBRÜCKER HEFTE: Herr Enzweiler, seit wann gibt es die Kunstkommission in der Stadt Saarbrücken, wer sind ihre Mitglieder und was ihre Aufgaben?

JO ENZWEILER: Die Kunstkommission arbeitet seit Herbst 1992. Ich bin als Vertreter der Kunsthochschule von Anfang an dabei, obwohl ich inzwischen im Ruhestand bin. Aber das ist damals so verabredet worden. Dazu kommen jeweils ein Vertreter der Architektenkammer und der Künstlerschaft. Der Kulturdezernent und – so glaube ich – der Baudezernent nehmen teil. Dann sind noch – da bin ich mir nicht so sicher – jeweils ein Vertreter der Stadtratsfraktionen Mitglieder der Kunstkommission.

Der Kulturausschuß der Stadt Saarbrücken beziehungsweise der Kulturdezernent Rainer Silkenbeumer hatten angeregt, daß ein beratendes Gremium insbesondere für den Bereich der Bildenden Kunst und im beschränkten Umfang für Architektur tätig sein sollte. Wir haben keine beschlußfassende Funktion. Unsere Empfehlungen können der Dezernent und die Fraktionen aufnehmen oder nicht.

Wie fällt Ihre Bilanz der bisherigen Arbeit aus?

Wenn ich ganz ehrlich sein soll, so ist es mit der Kunstkommission wie mit allen ähnlichen Einrichtungen. Man gibt immer wieder Anre-

gungen. Zwischen den einzelnen Sitzungen liegen große Zeitspannen. Man geht in die nächste Sitzung hinein und wälzt wieder die alten Probleme. Man sieht, daß vieles, was man anregt, gar nicht aufgegriffen wird. Und dann stellt sich mit der Zeit eine enorme Müdigkeit ein. Ich habe mich öfter – auch beim Oberbürgermeister – darüber beklagt. Als Gremium haben wir ihm deutlich gemacht, daß es so nicht weitergehen kann. Es ist aber so weitergegangen. Bis ich mich vor einiger Zeit quergestellt und zumindest eine Expertise gefordert habe, ein Gutachten, in dem wir eine Struktur für die Arbeit festhalten. Der Kulturausschuß hat das *Institut für aktuelle Kunst* damit beauftragt. Dieses Gutachten liegt jetzt auf dem Tisch, und bisher habe ich zumindest noch kein negatives Feedback. Aber ich habe auch hier wieder den Eindruck, daß sich nicht viel entwickelt. Daraufhin habe ich in einer der letzten Sitzungen gesagt: So wie die Kommission arbeitet, kann sie eigentlich nicht funktionieren. Der Kulturdezernent, der selbst den Vorsitz innehat, la-de, sicherlich nicht in böser Absicht, zu den Sitzungen, wie es gerade sein Terminkalender zuläßt oder wenn es brennt. Man müsse die Kommission von dieser Abhängigkeit lösen. Die Kommission stimmte zu – das ist der Stand der Dinge.

Die Kunstkommission ist zum ersten Mal in das Bewußtsein der allgemeinen Öffentlichkeit getreten mit dem Wettbewerb für den Brunnen in der Bahnhofstraße, wo sie entscheidend mitgewirkt hat [siehe Saarbrücker Hefte Nr. 82]. Sind Sie mit dem damaligen Verfahren, mit der Zusammenarbeit mit der Stadt und mit dem Ergebnis zufrieden?

Das ganze Verfahren bis hin zu der Realisierung des Brunnens habe ich als sehr positiv empfunden. Jetzt kann man von der Sache her im nachhinein fragen, ob die Entscheidungsfindung in Ordnung war. Ich bin damit zufrieden, erstens weil der Ort, der da ausgesucht worden ist, ein richtiger war – eine zentrale Stelle in der Bahnhofstraße –, zweitens weil das Verfahren meines Ermessens ganz objektiv abgelaufen ist, auch wenn kein Saarländer zum Zug kam, und drittens weil der Brunnen trotz Geldmangel realisiert worden ist. Der Künstler ist ja auch kein schlechter Künstler, der auf überzeugende Weise sehr viel gemacht hat. Was mich heute vielleicht ein bißchen beschäftigt, ist die Frage, ob dieses fili-

grane Objekt sich gegen die Einkaufsmeile durchsetzen kann.

Und die Stadt hat den Ratschluß der Jury, ohne zu murren, umgesetzt?

Ja.

Was sind die wesentlichen Punkte Ihrer nun vorgelegten Expertise?

Ich glaube, daß die Stadt im Augenblick drei wichtige Probleme zu lösen hat: die Gestaltung der Plätze: Theatervorplatz, Gerber- und Beethovenplatz. Innerhalb der Expertise stellen sie nur einen Teilaspekt dar, aber ihre Behandlung steht jetzt nun mal im Vordergrund. Da unsere demokratischen Verfahren so kompliziert sind, von Anwohnerbefragung bis hin zu Interessen der Stadtplanung, der Architekten, der Bauausführung, ist die Stimme der Kunstkommission manchmal zu leise. Deshalb fordere ich auch immer wieder, daß wir unser Nachdenken, unsere Beschlüsse oder Ergebnisse in die Öffentlichkeit tragen. Schließlich erheben wir eine Stimme, die gehört werden sollte.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Forderung, einen wesentlichen Schritt in die heutige Zeit zu machen. Alles, was an Kunst im öffentlichen Raum in Saarbrücken zu sehen ist, entstammt einer abgeschlossenen Epoche. Die Kunst ist heute in ganz anderen Bahnen, ist viel schneller, lebendiger, viel aktiver. Von all dem bekommt man in der Stadt nichts oder nicht viel mit. So wie die Schausteller Plätze haben, wo sie ihre Kirmes abhalten können – mag sein, daß der Vergleich etwas hart ist –, so muß es Orte geben, wo immer wieder Kunstaktionen in der Öffentlichkeit stattfinden und die zu einem Begriff bei den Bürgern werden. Das Ganze natürlich auf einem hohen Niveau. Hier muß auch die Frage nach dem Einsatz der Neuen Medien gestellt werden. Die Leute glotzen alle zuhause in ihre Fernseher. Die Werbung ist überall. Aber die Kunst mit ihren Möglichkeiten ist nicht präsent.

Ein ganz wichtiger Gedanke ist in diesem Zusammenhang der Ort der *Stadtgalerie* und ihr Innenhof. Da habe ich – es ist eine meiner Lieblingsideen – diese Kunstpassage vorgeschlagen, weil der Innenhof auch von der *Stadtgalerie* meines Ermessens nicht ausreichend genutzt wird. Der Streit zwischen der *Stadtgalerie* und der Stadt um die Nutzung dieses Ortes müßte endlich aus der Welt geschafft werden. Diese Verbindung zwischen der Katholisch-Kirch-Straße und dem St. Jo-

hanner Markt wäre nun zu aktivieren durch eine Passage, in der Kunst präsentiert wird, wo die Leute ohne Eintritt durchgehen können und damit vielleicht auch automatisch in das Gebäude der *Stadtgalerie* hingezogen werden. Die *Stadtgalerie* halte ich für einen immens wichtigen Ort der Bildenden Kunst in dieser Stadt.

Wenn ich es richtig verfolgt habe, kam als Planspiel von der Kunstkommission der Entwurf eines HBK-Studenten zur Gestaltung des Theatervorplatzes...

Nein, der hat seinen Entwurf offiziell bei der Stadt eingereicht. Wir haben ihn in der Kunstkommission kurz behandelt. Es sind schon mehrere Vorschläge dieser Art eingegangen. Aber die Kunstkommission ist der Meinung, daß so wichtige Plätze über Ausschreibungsverfahren eine neue Gestaltung erfahren müssen. Erstens damit eine breite Diskussion darüber entsteht, zweitens damit nicht durch einen Schnellschuß qualitativ schwache Entscheidungen präjudiziert werden.

Die Kommission hat sich kürzlich auch bei der Frage der Neugestaltung des Beethovenplatzes öffentlich für ein Wettbewerbsverfahren unter Künstlern und Architekten stark gemacht.

Ja, wir haben ganz deutlich gesagt: Gerade weil der Beethovenplatz städtebauliche und verkehrstechnische Probleme aufwirft – die Verkehrsführung, die Parksituation, die Interessen der Anlieger –, muß ein Wettbewerb stattfinden, in dem ausdrücklich Künstler und Architekten Entwürfe einreichen können. Da wurde ja schon wieder diskutiert, ob ein Gutachterverfahren gemacht werden sollte. Die Kunstkommission hat eindeutig auf einem Verfahren analog den Vorschriften der Architektenwettbewerbe, die ja gut funktionieren, bestanden. Wir sind sogar noch weiter gegangen, was zum Beispiel den Theatervorplatz angeht. Ich habe angeregt, daß man über das *Institut für aktuelle Kunst* eine wissenschaftliche Voruntersuchung durchführen sollte, um die historischen Rahmenbedingungen klarzustellen. Da ist zum Beispiel noch die Alte Brücke, die bis an die Straße erhalten ist, die unregelmäßige Anbindung an das Finanzministerium, die Anbindung an den St. Johanner Markt. Um die historischen Gegebenheiten wissen ja die wenigsten. Man könnte einen jungen Wissenschaftler, der gerade Arbeit



Jo Enzweiler; 1934 in Merzig-Büdingen geboren; 1954-56 Studium der Rechtswissenschaft in Saarbrücken und Hamburg; 1956-61 Studium der Malerei und der Kunsterziehung in München, Toulon, Aix-en-Provence und Saarbrücken; 1969 Mitbegründer der Galerie St. Johann in Saarbrücken und seither künstlerischer Berater der Galerie; 1972-78 Akademischer Rat an der Pädagogischen Hochschule des Saarlandes; 1979 Professor an der Fachhochschule des Saarlandes, Fachbereich Design; 1989 Gründungsrektor der Hochschule der Bildenden Künste Saar und dort bis 1999 Professor, seit 1993 Direktor des Instituts für aktuelle Kunst in Saarlouis; seit 1962 Ausstellungstätigkeit, zahlreiche Ausstellungen im In- und Ausland.

sucht – von ihnen gibt es genug –, mit dieser Aufgabe betrauen. Ich würde ihn im Institut einsetzen. Und dann könnte man eine ernsthafte Grundlage für die Entscheidung erarbeiten. Gerade weil man mit einer solchen Platzgestaltung das Gesicht der Stadt für die nächsten Jahrzehnte mitprägt, braucht man solide Kriterien.

Es gibt eine weitere für das Stadtbild entscheidende Stelle: das direkte Umfeld der Johanneskirche und ihre Grünfläche [siehe auch S. 83]. Die Johanneskirche plant etwas, ein Bürgerforum plant etwas ganz anderes. Von der Kunstkommission hat man in dieser Angelegenheit nichts gehört.

Naja, wir haben die Frage mal marginal diskutiert, als es um die Haltestelle der Saarbahn an der Johanneskirche ging, die immer wieder zugesprayt wird. Wir haben nicht über die Initiative der Kirche, die den Bereich neuordnen will, geredet. Und ich bin eigentlich auch erstaunt, daß eine Bürgerinitiative eine Ausschreibung veranstaltet. Es ist zu begrüßen, wenn sich viele mit dem Problem befassen. Aber koordiniert scheint mir die Vorgehensweise nicht zu sein.

Wenn ein solcher für das Stadtbild entscheidender Ort ohne die Kunstkommission diskutiert wird, muß sie sich doch überflüssig vorkommen?

Ich werde in der nächsten Sitzung auf jeden Fall nachfragen, wie der Stand der Dinge ist. Warum wir offiziell nichts davon gehört haben. Vielleicht weiß das die Stadt selbst nicht so richtig.

Die Stadtgalerie steht auf der Kippe, auch wegen der angestrebten Museumsneuordnung [siehe auch S. 72]. Es scheint, als warte man darauf, daß sich ihr Leiter Bernd Schulz im nächsten Jahr in den Ruhestand verabschiedet, um die Stadtgalerie dann sanft entschlafen zu lassen. Man hat den Eindruck, daß die Stadtgalerie das ungeliebte Kind der Stadt ist. Es gab zum Beispiel immer den Streit zwischen Bernd Schulz und Rainer Silkenbeumer wegen der unterschiedlichen Interessen, unterschiedlicher Anforderungen an die Einrichtung und wohl auch versuchter Angriffe seitens der Stadt auf die Gestaltungsfreiheit des Leiters. Wie soll es weitergehen?

Mal ganz abgesehen von den Querelen, von denen man gelegentlich gehört hat, glaube ich, daß dieser Ort ein historisch geprägter Ort ist, weil hier das erste Museum des Landes entstanden ist. Deshalb darf man diesen Ort nicht ohne Not einfach einer anderen Nutzung zuführen. Was mir viel wichtiger erscheint, ist die Tatsache, daß eine Stadt wie Saarbrücken, eine Landeshauptstadt, eine immense kulturelle Verpflichtung auch auf dem Gebiet der Bildenden Kunst hat. Es kann sich doch niemand mit dem Geldargument aus der Verantwortung stehlen. Es ist undenkbar, daß die Stadt eine solche Einrichtung aufgibt, wo selbst kleine Kreisstädte heute Kulturhäuser haben und für die Bildende Kunst Einrichtungen schaffen.

Man könnte die personelle Veränderung auch als gute Gelegenheit auffassen. Die *Stadtgalerie* gehört als juristisches Instrument zur *Stiftung Saarländischer Kulturbesitz* und gehört nicht mehr zur Stadtverwaltung. Das Gebäude jedoch, in dem die Galerie arbeitet, wird von der Stadt zur Verfügung gestellt. Wenn das Land jetzt seine Museen neuordnet und damit auch die Frage der *Stadtgalerie* diskutiert, könnte die Stadt sagen: Gut, ihr könnt die *Stadtgalerie* innerhalb der Einrichtungen der Stiftung weiterbetreiben. Aber wir wollen selbst den Ort als Ort der künstlerischen Auseinandersetzung aufrechterhalten. Es muß sich ja nicht gegenseitig behindern, wenn auf der einen Seite eine von der Stadt getragene Einrichtung den Interessen der aktuellen Bil-

denden Kunst dient und auf der anderen Seite die Stiftung, die das auch macht, ja sogar machen muß. Das kann nur bereichern.

Also ein Kunstverein?

Nicht unbedingt. Kunstvereine sind Instrumente, die nicht so leicht funktionieren. Nein, die Stadt sollte als kommunale Einrichtung dazu stehen. Sie zahlt ja heute noch nicht unerhebliche Beträge für die Einrichtung. Und mit dem Geld kann man einiges machen. Das Gebäude ist da. Es ist meiner Meinung nach nur eine Frage des Konzeptes und der Integration in die Gesellschaft. Solange ich Mitglied der Kommission bin, werde ich heftig darum streiten. Dieser Gedanke hat überhaupt nichts zu tun mit der angestrebten Neuordnung der Museen. Es sind für mich zwei völlig verschiedene Dinge.

Glauben Sie, daß in der Stadtverwaltung überhaupt ein Bewußtsein existiert für schwierige zeitgenössische Kunst und damit auch die Bereitschaft, sie zu fördern. Wenn man betrachtet, wie die Stadt sonst mit Bildender Kunst umgeht, könnten einem erhebliche Zweifel kommen.

Da muß ich Ihnen zustimmen. Die Situation ist äußerst unbefriedigend. Ich habe es in persönlichen und öffentlichen Gesprächen immer wieder dargestellt, daß es ein Witz ist, wenn die Stadt 10.000 DM für Kunst im öffentlichen Raum bereitstellt, und daß das für die Kunstkommission deprimierend ist. Es zeigt schon die ganze Wertschätzung. Und ich habe gesagt, daß als einer der ersten Schritte dieser Etat erheblich aufgestockt werden muß, wenn sich etwas ändern soll. Wie sieht es denn aus mit der Integration der Künstler? Wir haben z.B. viel zu wenige Ateliers, die von der Stadt bereitgestellt werden. Es müssen Ateliers für ältere Künstler, es müssen Experimentierräume bereitgestellt werden. Verglichen mit anderen Städten ist es geradezu lächerlich, was hier gemacht wird. Wir von der Kunstkommission haben jetzt angeregt, daß das Kulturamt mal einen Vergleich zum Atelierangebot in anderen Städten anstellt. Natürlich ist die Situation nicht ermutigend, aber ich kann Ihnen sagen, daß ich in dieser Kommission nicht weiterarbeiten werde, wenn sich diese Zustände nicht grundlegend ändern. Sich immer nur hinter der Frage des Geldes zu verschanzen, ist zu einfach. Das schönste Beispiel ist doch das Engagement der Stadt am Theater. Damals sind durch die Übernahme des Theaters

durch das Land zwölf Mio. freigeworden. Es wäre interessant, zu erfahren, ob diese zwölf Mio. wirklich in die Kultur geflossen sind oder wohin – sie sind schlicht versickert.

Man hat, was künstlerische Qualität angeht, den Eindruck, daß es gerade gut ist, wenn die Stadt sich zurückzieht, weil bei ihren Vertretern Qualitätsbegriffe völlig nivelliert sind. Wie wollen denn Stadtverwalter in der Lage sein, zum Beispiel eine schwierige, aber kompetente Persönlichkeit an die Stadtgalerie zu berufen?

Das ist alles richtig. Aber das liegt zum Teil an unserem Demokratiebegriff. Wir halten uns scheinbar für alles offen und wollen jede Stimme hören. Auf der anderen Seite finden wir aber dann nicht den Mut, an bestimmten Stellen nach Qualitätskriterien zu entscheiden. Es kann sein, daß man bisher davor zurückgeschreckt ist, sich in diesen schwierigen Dingen zu outen. Ich habe schon x-mal gesagt, daß die Stadt eine künstlerische Beratung braucht und die Kunstkommission wäre ja so ein ganz wichtiges Instrument. Nur die Stadt müßte dieses Instrument auch nutzen.

Wie schätzen Sie mit Ihrer Erfahrung, nicht nur als Künstler, sondern auch als engagierter Streiter für die Kunst, die von dem Dube-Gutachten eingeleitete Entwicklung ein? Fangen Sie nicht langsam an zu fürchten, daß alle die Einrichtungen, an deren Entstehung Sie direkt oder indirekt mitgewirkt haben, zum Beispiel Hochschule der Bildenden Künste, zum Beispiel Institut für aktuelle Kunst, auf längere Frist demontiert werden, wie man das gerüch-tweise hört.

Das glaube ich eigentlich nicht. Ich glaube eher, das habe ich meinen Kollegen an der Kunsthochschule schon vor zehn Jahren gesagt, daß zum Beispiel eine Kunsthochschule sich stark nach außen darstellen muß. Wenn es ihr gelingt, sich in das Kulturgesehen des Landes zu integrieren, dann wird niemand wagen, die Einrichtung in Frage zu stellen. Man muß, das sieht man an der Universität, die Existenzberechtigung nachweisen. Bei der Kunst ist das besonders schwierig, weil sie sich nicht in Zahlen und Fakten darstellen läßt. Das zeigen auch die Vorgängereinrichtungen der Kunsthochschule. Gleiches gilt für das Institut, das im Augenblick so blüht wie noch nie, weil es uns gelingt, ganz unterschiedliche Gruppen für unsere Arbeit zu interessieren. Es wird schließlich von Sponsoren getragen, die

eine Sache nur so lange tragen, wie sie davon überzeugt sind.

... und die Museumsneuordnung?

Was die Museumsneuordnung betrifft, bin ich persönlich überfragt, weil ich nichts genaues weiß über die Motive – ob es Verwaltungsfragen sind oder Fragen der Synergie. Ich habe eigentlich nirgends gehört, daß substantielle Fragen diskutiert wurden, obwohl es die mit Sicherheit zu diskutieren gäbe. Irgendwo habe ich gelesen, daß die Landesgalerie aufgelöst werden soll. Das ist ja eine Frage, ob sie so funktioniert hat, wie es gedacht war. Hier wäre ein Punkt, der mit den Künstlern diskutiert werden könnte, aber ich zum Beispiel bin nicht gefragt worden.

Die Diskussion um die Museumsneuordnung kann durchaus produktive Unruhe erzeugen. Ich weiß aber nicht, ob die Einrichtung eines großen Verwaltungsapparates so sinnvoll ist. Ich persönlich bin ein Freund von kleinen Strukturen. Unser Land ist doch das beste Beispiel. Es ist eine so kleine Einheit, die immer wieder andere herausgefordert hat, sie der Vereinfachung halber zu schlucken. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß die Regionalstruktur, die Regionalkultur im Vergleich zu Globalstrukturen eine große Bedeutung haben. Im Augenblick geht es mir zuviel in die Globalstruktur. Obwohl ich kein Gegner der Globalisierung bin, meine ich trotzdem, daß man kleinere Einheiten schaffen muß, insbesondere was die Kunst betrifft. Es ist ein abschreckendes Beispiel, daß die Museen in Deutschland fast alle gleich aussehen und bald auch weltweit gleich aussehen werden, weil überall dieselben sogenannten Spitzenkünstler präsentiert werden. Im Saarland ist ihr Fehlen auch schon bemängelt worden. Ich bin froh, daß sie hier fehlen, weil wir hiermit Möglichkeiten anderer Akzentuierungen haben. Noch einmal: Ich denke, daß man mit allen Beteiligten vorsichtig diskutieren muß, ob so eine große Verwaltungsreform Sinn macht.

Herr Enzweiler, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Für die saarbrücker **hefte** Uwe Loebens

Pfeiffer. Pfeiffer mit drei F

Das Saarländisches Schulmuseum

Ottweiler

Von Wiebke Trapp

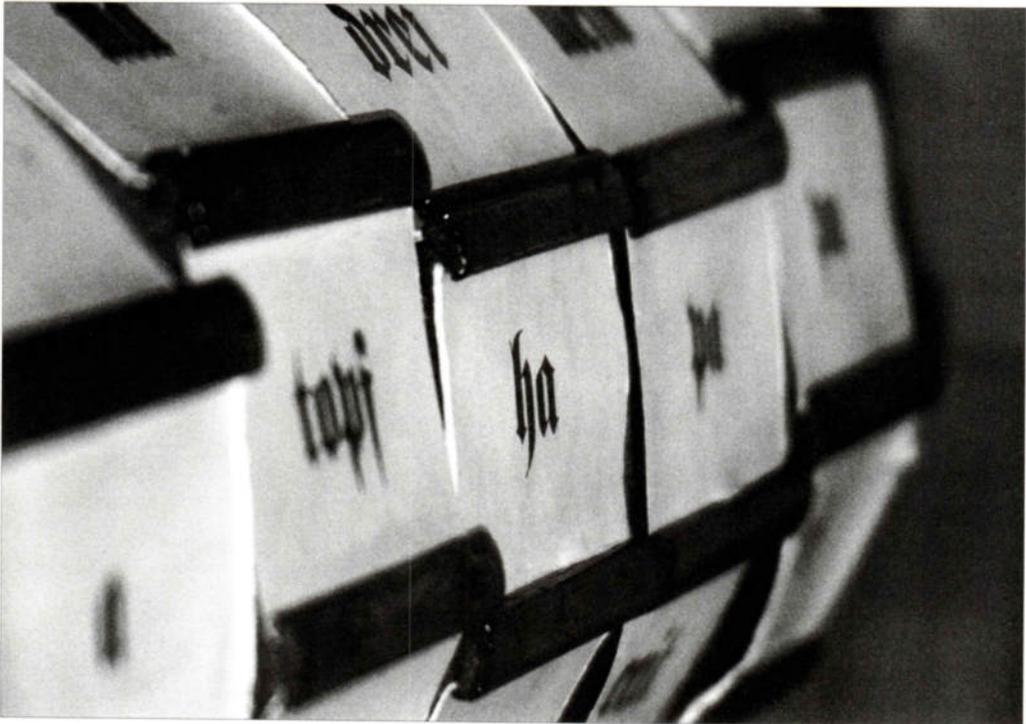
Reformbedürftige Universitäten, Studiengebühren, *Green Cards* und Verkürzung von Schulbesuchszeiten machen es deutlich: Der Weg in die Informationsgesellschaft ist steinig und Bildung und Ausbildung gewinnen ungeahnte Bedeutung. Im Saarland kann man sich dem Thema aber auch historisch nähern. Das seit 1993 bestehende *Schulmuseum* in Ottweiler gibt dazu Gelegenheit. Was hat sich getan in den letzten Jahrhunderten? In dem 200 Jahre alten schmalen Gebäude taucht der Besucher auf drei Etagen in die Geschichte der Schule ein. Die rund hundert Quadratmeter Ausstellungsfläche bieten einen kleinen Überblick über vier Jahrhunderte. Hier war echte Sammelleidenschaft quer durchs Land der Vater des Gedankens.

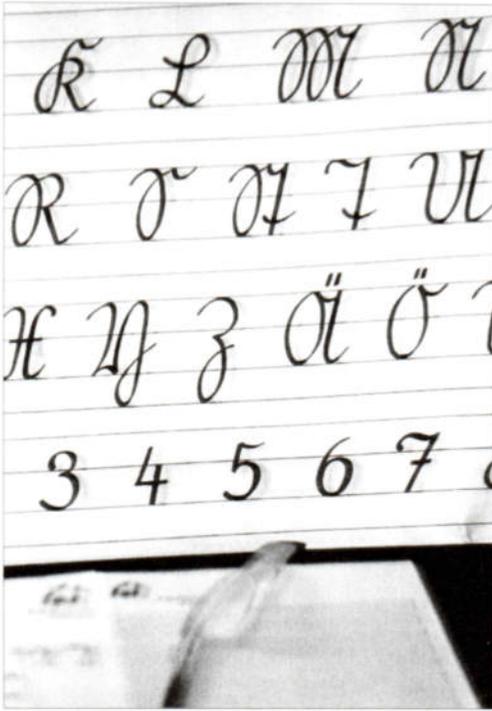
In dem mit originalen „Exponaten“ aus der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts eingerichteten Klassenzimmer leben vergangene Zeiten wieder auf. Szenen aus der legen-

dären *Feuerzangenbowle* erstehen vor dem inneren Auge des Betrachters. Strenge, auf Disziplin und Ordnung bedachte „Pauker“ und Pennäler mit *Façon-Haarschnitt*, die, kaum hat man sie aus den Augen gelassen, schon den nächsten Streich planen. Wie Johannes Pfeiffer alias Heinz Rühmann, der Privatschüler, der seine Jugend an einer normalen Schule nachholen will und dem nun kein Jux zuviel ist. „Pfeiffer, sötzen Sö sich!“ Waren es schöne Zeiten, die da filmisch ausgemalt wurden?

Aber zurück nach Ottweiler. Der Zucht- und Zeigestock liegt ordentlich auf dem hohen Lehrerpult, die Schulbänke aus dunklem Massivholz sind in Zweierreihen angeordnet. Über allem thront die große grüne Schiefertafel. Jede einzelne Bank erzählt Geschichten von Generationen hüffelnder Schüler, den ersten Buchstaberversuchen, dem kleinen Einmaleins, aber auch von Tränen bei schlechten Noten und der ersten kleinen Liebelei. Die Schulklassen, die zu Besuch kommen, werden in das Schreiben mit Feder und Tinte eingeübt. Keine leichte Übung, will man den obligatorischen blauen Kleks auf Papier und Fingern vermeiden. Auch eine Landkarte darf nicht fehlen. Sie zeigt „Palästina zur Zeit Jesu und der Apostel. Das Königreich Jerusalem

Lesemaschine, um 1900





zur Zeit der Kreuzzüge“ und stammt von 1910. Neuerdings mutet diese Karte besonders seltsam an, früher war sie Standard in jedem Klassenzimmer. „Selbst wenn nichts anderes da war, eine Palästina-Karte gab es in jeder Schule“, kommentiert Jörg Pfeiffer (sic!), der Geschäftsführer der *Stiftung Saarländisches Schulmuseum*, diesen Umstand. Mit ihr ließen sich gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und der Religions- wie der Geographieunterricht medienpädagogisch versorgen.

Ein Stockwerk höher geht es um Lehrmaterialien. In *Putzgers historischem Schulatlas* aus dem Jahr 1900 besteht das heutige Spanien noch aus den Königreichen Aragon, Kastilien und Leon sowie dem Reich der Almohaden, und auch Sizilien war noch eine Monarchie. Die Vitrinen nebenan enthalten merkwürdige Apparaturen. Es sind Anschauungsmaterialien für den naturwissenschaftlichen Unterricht: Barometer, Klingeltrafos, Elektrisiermaschinen, Spulen und Morsegeräte aus der Zeit der vorletzten Jahrhundertende. Auffallend ist, daß viele der Geräte aus Frankreich stammen. *Heurtier* oder *Pathé Pax* beispielsweise lieferten Diaprojektoren und weisen damit auf eine Besonderheit der saarländischen Schulgeschichte hin. Hohe Einfuhrzölle für Waren aus der Bundesrepublik bewirkten noch in den ersten 15 Jahren nach

dem Zweiten Weltkrieg einen regelrechten „Boom“ für saarländische Schulmöbelbauer. In Koproduktion blieb die Ausstattung der Klassenzimmer Sache des Landes, Lothringer entwarfen und bauten die Lehrmaterialien.

Im dritten Stockwerk sind „Lehrerbild und Lehrerbildung“ Themen der Sammlung. Das hier aufgebaute Klassenzimmer entspricht Standard und Status der Dorfschule des 19. Jahrhunderts, die gleich nebenan auf einer wandfüllenden Schwarz-Weiß-Photographie abgebildet ist. Da darf die lange „Lehrerpeife“ ebenso wenig fehlen wie die an der Wand des Klassenzimmers angelehnte Heugabel – so als hätte der Lehrer sich gerade eben noch in der Landwirtschaft betätigt. In der Tat waren damals – heute unvorstellbar – die Dorfschullehrer nicht nur Pädagogen, sondern auch Landwirte. Das karge Lehrergehalt auf dem Land erforderte das Zubrot.

Am meisten hat sich, wie man hier feststellen kann, in Bildung und sozialer Stellung für Frauen und Mädchen getan. Das belegt eindrucksvoll der Lebenslauf der Lehrerin Johanna Hill. Lehrerin sein bedeutete früher auch „Fräulein“ zu sein. „Die Anstellung wird im Falle der Verheiratung von selbst ungültig“, heißt es noch in der Einstellungsurkunde von 1917. Auch ist es noch gar nicht so lange her, daß die Mädchen lesen *und* schreiben lernten. Das Erlernen von „haushaltspraktischen Kenntnissen und Fähigkeiten“ war bis vor achtzig Jahren das Basiselement der Bildung des weiblichen Geschlechts. Während die Knaben sich im Schreiben übten, mußten die Mädchen sticken, stricken oder flicken. Auch in dieser Hinsicht kann die Sammlung in Ottweiler als pädagogisch ausgesprochen wertvoll gelten. Fast 10.000 Besucher im Jahr, zumeist Schulklassen, werden es zu schätzen wissen.

Saarländisches Schulmuseum Ottweiler

Goethestraße 13

66564 Ottweiler

Tel: 06824-4649

Öffnungszeiten:

Di, Do und So 10.00 bis 17.00 Uhr

Führungen sowie Termine für Schulklassen nach

Vereinbarung

Photos: Wiebke Trapp

Die Johanneskirche und die Krämer

Von Sigrid Konrad

JOHANNES 2, 15: „Und er machte eine Geißel aus Stricken und trieb sie alle zum Tempel hinaus...“

„... dann machen wir 'nen Bauzaun drum und finden's wunderbar.“ So oder ähnlich muß die Logik von Kirchen- wie Stadtverwaltung wohl gelautet haben angesichts der Tatsache, daß das Gelände um die Saarbrücker Johanneskirche nun seit etwa zwei Jahren ein Bauzaun begrenzt, ohne daß je einer eine Schippe geschwungen hätte oder auch nur daran dachte ... oder vielleicht doch?

Aber natürlich, werden Kirchen- und Stadtverwaltung unisono sagen. Einige Herbstwochen lang stand schließlich das Modell einer Betonpergola vor der Kirche, die, wenn sie einmal groß sein wird, den gesamten Kirchgarten einfrieden soll. Diese Pergola – das Modell besteht aus drei maßstabgetreuen, kolossalen Arkaden, entworfen wurde sie vom Saarbrücker Architektenbüro Wandel-Hoefler-Lorch – wird den Saarbrücker Bürgern zum freundlichen Abnicken empfohlen. Wie jedoch eine Befragung durch das *Bürgerforum e.V.* ergab, ist die Zustimmung der Saarbrücker dazu offensichtlich nicht so leicht zu haben (die SAARBRÜCKER ZEITUNG berichtete am 4. September 2001).

Warum muß erst ein Bauzaun zwei Jahre lang das Stadtbild verschandeln, und dies unwidersprochen von den kommunalen Behörden? Warum bekommt man in zwei Jahren nicht mehr hin als gerade einmal das Modell für eine Einfriedung des Kirchgartens? Wozu braucht ein Kirchgarten eine solch monströse Einfriedung? Warum braucht dieser Kirchgarten überhaupt eine neue Einfriedung? – Eine kleine Geschichte.

Im Jahre des Herrn 1997 entdeckte eine Gruppe sogenannter Drogensubstituierter den Garten der Johanneskirche, vielmehr den Bürgersteig vor dem Kirchgarten in der Ceciliastraße für sich als Aufenthaltsort. Man kam – als wäre dies ein neuer Job – um neun und ging abends um sechs. Die Zeit dazwischen

wurde geschichtenerzählend, biertrinkend und zigarettenrauchend verbracht. Das allabendliche Ergebnis waren überquellende Mülleimer, ein mit Kippen übersäter Bürgersteig, ein zum Abort zweckentfremdeter Kirchgarten und eine zum Urinal verkommene Kirchenmauer. Aber nicht nur das: Alsbald ließ sich Drogenmißbrauch beobachten, unweigerlich folgten Einsätze von ärztlichen Notdiensten und Polizei, schließlich beklagte man Drogentote. Die eigens gegründete *Bürgerinitiative Johanneskirche*, bestehend aus Mitgliedern des Presbyteriums der Kirchengemeinde, Anwohnern und Geschäftsleuten aus dem Umfeld, nahm sich der Sache an, stellte den Substituierten übergangsweise eine Dixi-Toilette zur Verfügung und veranstaltete allerdhand Gesprächsrunden mit den Betroffenen und mit Verantwortlichen der Stadt, um für die Angehörigen des Substitutionsprogramms eine geeignetere Aufenthaltsmöglichkeit zu finden als den Kirchgarten. Denn – so Pfarrer Jörg Metzinger von der evangelischen Kirchengemeinde – dies alles sei ein allgemein gesellschaftliches und kein allein durch die Kirche zu lösendes Problem. So drängte man beim Sozialdezernat der Stadt darauf, daß hier bald Abhilfe geschaffen werde, was nach zähem Ringen schließlich 1999 auch gelang: Für Drogensubstituierte wurde in der Trierer Straße eine Wärmestube eingerichtet.

Inzwischen aber war das ganze Standortproblem weiter angewachsen. Zu den Substituierten gesellten sich außer der Drogenszene auch Alkoholiker und Obdachlose. Geschäftsleute befürchteten wegen dieser Zustände das Ausbleiben ihrer Kundschaft. Weiterhin beobachtete man, da mit der Einrichtung der Saarbahnhaltestelle Johanneskirche ein wichtiger Umsteigepunkt mit entsprechendem Fußgängeraufkommen entstanden war, daß zunehmend auch sogenannte normale Passanten und „Anzugträger“ im Kirchgarten ihre Notdurft verrichteten. Da der Sandstein der Kirche so aber ernsthaften Schaden nehmen und der Sanierungsaufwand erheblich sein würde, sahen sich Bürgerinitiative und Kirchengemeinde genötigt, von der Stadt weitere Maßnahmen einzufordern. Man wandte sich an das Baudezernat.

Hier mischte sich jetzt die *Initiative der Gewerbetreibenden im Nauwieser Viertel* ein (personell nicht deckungsgleich mit der Bürgerinitiative), die bei dieser Gelegenheit eine



Der Kirchgarten und die Wand der Pisser

Verbesserung der Eingangssituation zum Viertel und damit dessen städtebauliche Aufwertung und eine Anbindung an den Innenstadtbereich forderte. Obwohl die Interessen ähnliche waren, zerstritten sich die Initiativen bald hoffnungslos, offenbar war dieses Engagement einigen Mitgliedern der *Bürgerinitiative Johanneskirche* der Bürgerbeteiligung denn doch zuviel.

Bei einem ersten Treffen im Baudezernat stellte der damalige Dezernent Prof. Horst Wagner fest, daß „die in Rede stehende Problematik im direkten Umfeld der Johanneskirche *gesamtgesellschaftliche sozialrelevante Aspekte* aufzeigt, deren Aufarbeitung nicht zum originären Aufgabenbereich des Baudezernates gehört. (...) Nach Einschätzung des Baudezernenten sollte unter städtebaulichen Gesichtspunkten die vorhandene *freiflächenorientierte Zonierung* zugunsten eines *urbanen stadträumlichen Konzeptes*, das die Kirche in den Mittelpunkt eines *multifunktional zu nutzenden Raumes* stellt, aufgegeben werden. Auf der Grundlage dieses urbanen Konzeptes, inklusive einer entsprechenden Beleuchtungskonzeption, ist nach Auffassung des Baudezernenten sichergestellt, daß andere als die bisherigen Nutzergruppen sich den Platz aneignen werden und die *derzeitige Problematik von diesem Ort nach und nach ver-*

schwinden wird.“ (Protokoll der Gesprächsrunde im Baudezernat am 22.10.1998; Hervorh. S.K.) Im Klartext: der Kirchgarten sollte verschwinden, statt dessen nur mehr „Hochgrün“ (so die stadtplanerische Vokabel für Bäume) bleiben, die gesamte Fläche straßeneben gepflastert und die Kirche so beleuchtet werden, daß sich kein Pisser mehr auch nur in die Nähe der Kirchenwand wagen würde. Wer die Baumaßnahme gestalterisch begleiten sollte, war auch ohne öffentliche Ausschreibung in diesem Treffen schon klar: die Bürgerinitiative empfahl das Büro Wandel-Hoefler-Lorch, das im Zuge der „Neugestaltung der Saarbahnhaltestelle (...) bereits ein(en) Entwurf für die gesamte Platzfläche einschließlich Kostenermittlung“ (ebenda) erstellt hatte. – Die Kosten für eine solche Maßnahme sollten hauptsächlich auf die Stadt entfallen, denn für den Bau der Saarbahnhaltestelle hatte die Kirchengemeinde Gelände an diese abgetreten, was wiederum dadurch ausgeglichen wurde, daß die Stadt die Pflege des Kirchgartens übernahm.

Es folgten weitere „Abstimmungsgespräche“ im Baudezernat, in denen in Aussicht gestellt wurde, daß – sofern die an den Gesprächen beteiligten Initiativen baldigst „Datenmaterial“ für die Kostenermittlung vorlegten – für den kommenden Haushalt Gelder aus dem Sanierungsetat des Nauwieser Vier-

tels beantragt würden. In diesen „Abstimmungsgesprächen“ wurden dann auch weitere Entwürfe präsentiert: einer von Mitarbeitern des Baudezernats, einer von Mitgliedern der *Initiative der Gewerbetreibenden im Nauwieser Viertel*. Beide Entwürfe sahen die Anlage um die Kirche als sogenannte „Domplatte“ – nicht im eigentlichen kunsthistorischen Sinn, sondern wohl eher im wörtlichen. Einen weiteren Entwurf steuerte Carmen Dams bei, die Leiterin des Grünflächenamts, die sich im übrigen natürlich vehement für die Erhaltung der Grünfläche aussprach und unter Hinweis auf Luftbilder aus dem Jahr 1928 auf den kulturhistorischen und baugeschichtlichen Wert derselben verwies, schließlich war eine Grünfläche mit schmiedeeiserner Einfriedung bereits Gegenstand der Ausschreibung zum Bau der Kirche. Ein angeblich bereits von Wandel-Hoefer-Lorch erstellter Entwurf kam bei diesen Sitzungen allerdings nicht zum Vorschein – wie auch, hatte das Büro laut Auskunft des jetzigen Baudezernenten Dieter Ehrmanntraut lediglich eine „2-Platz-Theorie“ umschrieben, eine inhaltliche Ausarbeitung aber nicht vorgenommen.

Aus der angepeilten schnellen Durchführung der Baumaßnahme wurde bekanntermaßen nichts, und so sah sich 1999 die *Bürgerinitiative Johanneskirche* genötigt, die Kirche durch einen Bauzaun zu schützen. Seitdem halten sich die unerwünschten Personengruppen auf dem Rathausplatz – sozusagen unter den Augen des Oberbürgermeisters – auf oder belagern einen der Unterstände der Saarbahnhaltestelle, sehr zur Freude der Bürgerinitiative, hoffte die doch, daß dadurch der Handlungsdruck für die Stadtverwaltung sich erhöhen würde (das Baudezernat befindet sich übrigens im IBM-Hochhaus).

Wenigstens sah es im Frühjahr diesen Jahres so aus, als sollte mit der Umgestaltung des vorderen Teils der Cecilienstraße nun doch etwas Bewegung ins Spiel kommen. Man reduzierte die Zahl der Parkplätze zugunsten einer Verbreiterung der Gehwege und pflanzte neue Bäume. Diese Maßnahme war nach neuester Auskunft des Baudezernats bereits „im Rahmenplan von 1989 zur weiteren städtebaulichen Entwicklung des Nauwieserviertels im Zuge der Stadterneuerungsmaßnahmen“ vorgesehen. Inzwischen hatte die Stadt auch einen „verwaltungsinternen Wettbewerb“ ausgerichtet – also noch mehr Entwürfe

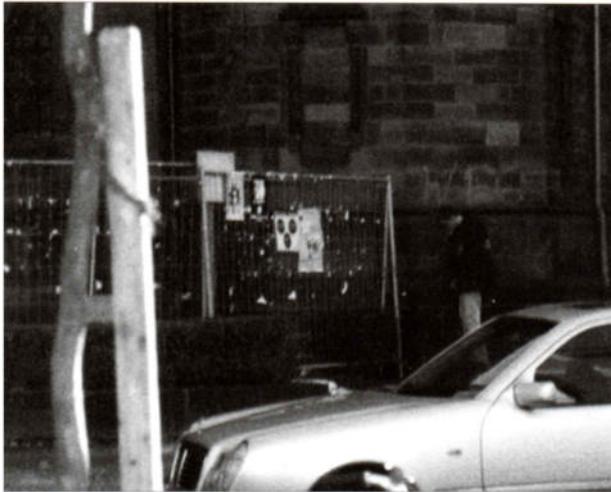
angefordert –, und im weiteren „Diskussionsprozeß“ verständigte man sich mit dem Presbyterium doch auf den Erhalt des Kirchgartens. Dessen Einfriedung sollte nun als „eigenständiges Bauwerk“ fungieren und den Garten als „notwendige Zäsur zum öffentlichen Raum“, als „Ort der Ruhe und Kontemplation“ definieren. Jetzt war allerdings nicht mehr gewünscht, daß der Garten öffentlich zugänglich sei. Für das Bauwerk Einfriedung gab man bei Wandel-Hoefer-Lorch einen Entwurf in Auftrag und ließ das Modell aufstellen.

Dies wiederum rief eine dritte Bürgerinitiative auf den Plan: das *Saarbrücker Bürgerforum*, das sich seit seiner Gründung mit der Stadtplanung in Saarbrücken beschäftigt. Da man dort die Betonpergola für ebenso inakzeptabel hielt wie die Tatsache, daß es für dieses Bauvorhaben keine Ausschreibung gab, sammelte man erst einmal Unterschriften gegen das städtische Vorhaben. Die Aktion erbrachte knapp 700 Stimmen gegen die Betonpergola. Außerdem lobte diese BI nun einen Ideenwettbewerb aus, holte also das nach, für dessen Durchführung und Finanzierung eigentlich die Stadt verantwortlich gewesen wäre. Weil als Preisgeld insgesamt nur 5.000 DM

Die Betonpergola von Wandel-Hoefer-Lorch



aufgebracht werden konnten, war klar, daß mit der Beteiligung von Architekten oder Stadtplanern nicht ernsthaft gerechnet werden konnte. Der Saarbrücker Architektenverband lehnte denn auch schon eine Beteiligung an der entsprechenden Jury ab. Das Ergebnis dieses Ideenwettbewerbs ist denn auch eher dürftig, es reicht von einem schmiedeeisernen Gatter (in unterschiedlichen Varianten) über glockenbewehrte Türmchen bis hin zu einem offenen Garten mit einer noch zu gestaltenden Plastik. Bei einem der Siegerentwürfe allerdings muß man sich fragen, wie in einem offenen, gegenüber dem Bürgersteig leicht erhöhten Garten (was er ohnehin schon ist) und dazwischen abgesenkten Wegen die geforderte „soziale Kontrolle“ funktionieren soll.



Trotz Bauzaun: Pisser in Aktion

Wären sich die zunächst beteiligten Initiativen in dieser Angelegenheit schon nicht besonders grün, so scheinen die Aktivitäten des *Bürgerforums* kurz vor Abschluß des Deals der *Bürgerinitiative Johanneskirche* vollends suspekt. Die Ausstellung der Entwürfe aus dem Ideenwettbewerb wollte man in der Kirche jedenfalls nicht beherbergen. Sie wurden schließlich im Rathaus präsentiert – die Stadt wiederum sah sich nicht einmal in der Lage, die Ausstellung beaufsichtigen zu lassen, so daß die Mitglieder des *Bürgerforums* selbst antreten mußten.

So berechtigt das Interesse der Kirchengemeinde ist, ihr Gebäude gegen die allgemeine Pisserei zu schützen: Es ist schon eine frag-

würdige Leistung, daß daraus ein städtebauliches Problem gemacht wird, mit dem sich eine städtische Behörde nun schon seit drei Jahren – eigentlich: seit zwölf Jahren, so lange läuft die Planung der Stadterneuerungsmaßnahmen bereits – ohne Ergebnis beschäftigt. Alle ernstzunehmenden Gegenentwürfe zur Betonpergola sprechen von „sozialer Kontrolle“ der Grünfläche und zielen damit letztlich auf die Verdrängung der als problematisch angesehenen Personengruppen. Mit der Favourisierung der Betonpergola sind für die Kirchengemeinde diese Leute zumindest aus den Augen und vielleicht auch aus dem Sinn. Jedoch wird sich die Gemeinde gefallen lassen müssen, daß, wenn die Probleme ja „allgemein gesellschaftlicher“ Natur sind und somit auf kommunaler Ebene gelöst werden sollen, auch andere Interessen als nur die ihren berücksichtigt werden. Denn schließlich geht es dabei um mehr als nur darum, sich mit der Einfriedung von einem renommierten Architektenbüro ein kommunal finanziertes Prestigeobjekt vor die Tür setzen zu lassen.

Architektonisch wird sich die Betonpergola mit der Kirche sicher nicht zu einem stimmigen Ensemble ergänzen, trotz rostrotem Anstrich. Vermutlich wird sich eher der Zusammenhang zur Kaiserstraße und deren Fortsetzung mit Saargalerie und Hauptpost aufdrängen: für das Stadtbild wie für ihren Zweck überdimensioniert. Eine Korrespondenz zum Nauwieser Viertel stellt sie jedenfalls nicht her. Schließlich wird laut Auskunft des Baudezernats die gesamte Platzgestaltung inklusive Planungskosten immerhin 1,2 Millionen DM verschlingen, eine finanzielle Beteiligung der Kirchengemeinde ist nicht vorgesehen. Mit einem schmiedeeisernen Zaun dagegen hätte die Stadt ihren schmalen Säckel geschont und sicher einen einladenderen Zugang zum Viertel geschaffen.

Eines noch zum Thema Pisser: Die Kirche anpinkeln, das geht selbst noch trotz Bauzaun, wie die Beobachtung zeigt. Weigert sich die Stadt weiterhin, eine öffentliche Toilette einzurichten – dies scheint städteplanerisch und angeblich aus Kostengründen überholt –, wird die Betoneinfriedung noch viel größer werden müssen als bisher geplant, nämlich einmal um die ganze Kirche.

Gespräche mit Lebenden und Toten

Hörspiel nach Swetlana Alexijewitsch

Tschernobyl – eine Chronik der Zukunft

Die russische Schriftstellerin Swetlana Alexijewitsch führte über Jahre Gespräche mit Überlebenden der nuklearen Katastrophe in der Ukraine und verarbeitete sie literarisch in ihrem Buch *Tschernobyl – eine Chronik der Zukunft* (Berlin Verlag 1997, a.d. Russischen von Ingeborg Kolinko). Die Jury des Preises der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste lobte 1999, daß die Autorin „die grundlegenden existenziellen Folgen einer kollektiven Katastrophe anhand von Einzelbildern erfahrbar gemacht [hat]. Das Exemplarische ihrer Geschichten zielt über den konkreten Anlaß hinaus.“ Der SAARLÄNDISCHEN RUND-FUNK strahlte unter dem Titel *Gespräche mit Lebenden und Toten* Anfang des Jahres 1999 eine Hörfunkbearbeitung des Buches aus (Hörspielfassung: Frank Werner; Mitwirkende: Ilse Strambowski, Peter Gavajda, Viola Morlinghaus und Konstantin Graudus; Regie: Ulrich Gerhardt; Produktion: SR/NDR/SFB-ORB/WDR 1998). Die Produktion wurde als *Hörspiel des Monats Januar 1999*, als *Hörspiel des Jahres 1999* und mit dem *Robert Geisendörfer Preis 2000* ausgezeichnet und ist als Hörbuch bei DerHörVerlag erschienen. Die SAARBRÜCKER HEFTE drucken mit freundlicher Genehmigung der Hörspielredaktion des SR zum 15. Jahrestag des Super-GAUs in Tschernobyl Auszüge aus dem Hörspiel ab.

Dafür, daß das Katastrophenszenario des Hörspiels als Metapher für die welt-politischen Entwicklungen der letzten Monate gelesen werden kann, fühlen sich die SAARBRÜCKER HEFTE nicht verantwortlich.

Kinderstimme: Monolog eines Zeugen, der gerade Zahnschmerzen hatte, als er sah, wie Jesus Christus zusammenbrach und schrie.

2. männliche Stimme: Damals hatte ich ganz andere Dinge im Kopf. Meine Frau hatte mich gerade verlassen. Die Leute wurden nachts zusammengeholt, aus dem warmen Bett. Kriegten ihren Gestellungsbefehl. Ich war damals wie von Sinnen. Meine Frau hatte mich betrogen, alles andere war unwichtig ...

2. männliche Stimme: Dort war man in einer phantastischen Welt, wo das Ende der Welt und das Steinzeitalter aufeinandertrafen. Wir wohnten im Wald, in Zelten, 20 Kilometer vom Reaktor entfernt. Wir gruben Müllhalden und Gärten um. Die Frauen schauten zu und bekreuzigten sich. Wir trugen Atemschutzmasken, Tarnumhänge. Die Sonne brannte. Warum sollte ich mich einsetzen, während ein anderer mit meiner Frau schlief? Warum ich, warum nicht er? Ich habe dort keine Helden gesehen. Verrückte ja, denen das eigene Leben egal war. Ich habe mehrmals versucht, mir das Leben zu nehmen.

2. männliche Stimme: Wir erschienen in den Gärten wie Teufel. Die Frauen begriffen nicht, warum wir alles herausrissen. Im Haus brennt ein Feuer im Ofen, in der Pfanne brutzelt Speck. Du hältst den Geigerzähler ran: Kein Ofen, sondern ein kleiner Reaktor. Was sollen wir erzählen? Daß Feuerwehrleute direkt am Reaktor über weichen Brennstoff getrampelt sind, daß er

leuchtete und sie nicht wußten, was das ist? Mehrmals kam mir der Gedanke, daß man eines Tages Wissenschaftler jagen wird, so wie man im Mittelalter Ärzte gejagt und ertränkt hat.

2. männliche Stimme: Begraben wurden Häuser, Brunnen, Bäume. Erde wurde begraben. Abgetragen und in großen Lagen zusammengerollt. Wir begruben den Wald. Wir sägten die Bäume bis auf anderthalb Meter ab, wickelten die Stämme in Plastikfolie. Ich konnte nachts nicht schlafen. Wenn ich die Augen zumachte, sah ich, wie sich etwas Schwarzes bewegte, drehte ... lebende Erdschichten, mit Insekten, Käfern, Spinnen, Würmern darin. Ich habe begraben, begraben ...

2. männliche Stimme: Die Männer haben Wodka getrunken, Karten gespielt. Waren hinter den Frauen her, zeugten Kinder. Wir träumten von Beförderungen. Wir tricksten. Klauten. Einer von uns war feige, schlief sogar in seinem Gummianzug. Rief: Ich will leben. Er wurde aus der Partei ausgeschlossen. Jeden Tag wurden Zeitungen gebracht: Tschernobyl - Stätte der Heldentaten. Reaktor besiegt, das Leben geht weiter! Wen sollten wir besiegen? Das Atom? Die Physik? Den Kosmos? Der Politstellvertreter las Zeitungsmeldungen vor, daß schon wenige Tage nach der Katastrophe wieder die rote Fahne über dem vierten Block flatterte. Einen Monat später war sie von der hohen Strahlung zerfressen. Eine neue wurde gehißt. Einen Monat später die nächste und so weiter ...
Ich hatte damals keine Angst zu sterben ...
Meine Frau hat mir kein einziges Mal dorthin geschrieben.

2. männliche Stimme: Ich kam hin, als die Vögel brüteten und bin abgefahren, als die Äpfel im Schnee lagen. Wir haben Erde in der Erde begraben ...

Bei Leonid Andrejew gibt es eine Erzählung: Ein Bewohner Jerusalems, an dessen Haus Jesus Christus vorbeigeführt wurde, sah und hörte alles, aber er hatte gerade Zahnschmerzen. Vor seinen Augen brach Christus unter dem Kreuz zusammen und schrie, und der Mann sah das alles, aber sein Zahn tat weh, und er lief nicht hinaus auf die Straße. Drei Tage später, als die Zahnschmerzen weg waren, erzählte man ihm von Christus' Auferstehung, und da dachte er: Das alles hätte ich selber sehen können, wenn ich nicht Zahnschmerzen gehabt hätte.
Und mich hatte damals meine Frau verlassen ...

Chor: Arkadi Filin, Liquidator.

Kinderstimme: Wandelnder Staub und sprechende Erde.

1. männliche Stimme: Hier soll ein Mann herumgestrichen sein. Hat Philosophie studiert und

später im Gefängnis gegessen. Begegnest du in der Zone einem Menschen, erzählt er dir nie die Wahrheit.

1. männliche Stimme: Das war ein kluger Kopf. Tschernobyl, hat er gesagt, ist dazu da, Philosophen hervorzubringen. Die Tiere hat er „wandelnden Staub“ genannt und die Menschen „sprechende Erde“.

2. männliche Stimme: Die Zone zieht einen an, kann ich nur sagen. Wer einmal dort war, den zieht es immer wieder hin, stimmt's Chefjäger?

1. männliche Stimme: Ich wurde ins Kreiskomitee geladen: Hör zu, Chefjäger, in der Zone sind viele Haustiere zurückgeblieben, Katzen, Hunde, die müssen alle abgeschossen werden. Ich stellte in aller Eile zwei Jagdbrigaden zusammen. Keine Atemschutzmasken, nichts. Nur Mullbinden vor der Nase. Irgendwelche Rezepte tauchten auf. Ein Löffel Gänsemist auf eine Flasche Wodka. Zwei Tage stehenlassen, dann trinken. Lieder tauchten auf: „Willst du Vater werden, / zieh deinen Eiern Bleihosen an.“

2. männliche Stimme: Als wir das erstemal kamen, freuten sich die Hunde. Sie warteten noch auf die Menschen, folgten der menschlichen Stimme. Wir erschossen sie überall, im Haus, im Stall, in den Gärten. Schleppten sie zusammen und warfen sie auf LKW's. Das war natürlich unangenehm. Sie verstanden nicht, warum wir sie töteten. Sie folgten doch nur der menschlichen Stimme. Es war so leicht.

Aber Schildkröten haben wir nicht getötet. Ihr Panzer hält es aus, wenn du mit dem Jeep drüberfährst. Im besoffenen Zustand natürlich.

1. männliche Stimme: Die Evakuierungs-Anweisung lautete: Für drei Tage. Nur vorübergehend. Die Kinder wurden beschwindelt. Wir fahren in den Zirkus. Die Leute glaubten, sie könnten bald zurückkehren. Die Hunde winselten, wollten zu ihren Besitzern in die Busse. Die Soldaten traten sie mit den Stiefeln. Sie rannten lange hinter den Bussen her ...

2. männliche Stimme: Die Möglichkeit zu schießen, auf ein lebendes Objekt. Instinkt. Jagdfieber. Wir tranken einen und los ging's. Wurde mir im Betrieb als Arbeitstag angerechnet.

1. männliche Stimme: Zuerst waren die Häuser noch versiegelt. Aber da sitzt eine Katze im Fenster: Wie soll man die treffen? Später kamen Plünderer, schlugen die Türen ein. Hunde, die am Leben geblieben waren, ließen sich in den leeren Häusern nieder. Du kommst rein, und einer stürzt sich auf dich. Allmählich trauten sie dem Menschen nicht mehr. Eine Hündin liegt mitten in der Stube, um sie herum die ganzen Welpen. Natürlich war das unangenehm. Wir haben gearbeitet wie Strafkommandos.

2. männliche Stimme: Wir kommen an, umzingeln das Dorf, und die Hunde flüchten, kaum

daß sie den ersten Schuß gehört haben. Rennen in den Wald. Die Katzen sind schlauer. Ein Kätzchen war in einen Tontopf geklettert, ich hab es rausgeschüttelt. Hunde und Katzen fraßen Eier, Hühner waren ja geblieben. Als sie zu Ende waren, fraßen sie die Hühner. Als keine Hühner mehr da waren, fraßen die Hunde die Katzen. Manchmal fanden wir auch Schweine in den Ställen. Schweine haben wir nicht abgeschossen ...

1. männliche Stimme

(singt leise): Auf dem Berg rattert laut ein Traktor,
auf dem Berg da steht der Reaktor ...

2. männliche Stimme: Wir warfen alles auf einen Lastwagen, bis obenhin. Wenn sie nicht ganz erledigt waren, winselten sie, heulten. Besser ist es, wenn du aus der Entfernung tötest. Meinem Sohn konnte ich nichts erzählen, er ist noch ein Kind ...

1. männliche Stimme: Wir brachten sie zum „Mogilnik“, eine tiefe Grube. Wir sollten so graben, daß das Grundwasser nicht erreicht wurde. Keiner hat sich dran gehalten. Wir kippten sie in die Grube ... aber da war so ein kleiner schwarzer Pudel, der krabbelte wieder raus. Keiner hatte eine Patrone übrig, um ihn zu erledigen. Wir schubsten ihn zurück, schütteten Erde drüber. Er tut mir noch heute leid.

2. männliche Stimme: Eine Kuh kam mit einem Kälbchen an. Wir haben sie nicht erledigt. Pferde auch nicht. Man hat Vieh aus Bjelorußland weggeschafft und in Rußland verkauft. Die Färsen hatten schon Leukämie, dafür gingen sie billig weg.

1. männliche Stimme: Einmal sollten wir für eine Hochzeit ein Wildschwein in der Zone schießen. Auf Bestellung. Die Leber zerbröselte einem schon in der Hand. Trotzdem wollten sie unbedingt ein Wildschwein aus der Zone. Für eine Hochzeit, eine Taufe ...

2. männliche Stimme: Wir schießen auch für wissenschaftliche Zwecke. Einmal im Quartal: zwei Rehe, zwei Füchse, zwei Hasen. Alle verstrahlt. Trotzdem schießen wir auch was für uns, und wir essen das Fleisch. Irgendwas muß man ja essen.

1. männliche Stimme: Jemand kaufte sich auf dem Basar eine Fuchsfellmütze. Der hat eine Glatze gekriegt.

2. männliche Stimme: Andere gehen einfach gern durch den Wald und jagen Kleintiere.

1. männliche Stimme: Die Sache geht mir nicht aus dem Kopf: Dieser kleine schwarze Pudel ... schade, daß keiner damals eine Patrone übrig hatte. 20 Mann und keine einzige Patrone am Ende des Tages!

Chor: Der Vorsitzende der freiwilligen Jäger- und Anglergesellschaft von Choiniki, Viktor Werschikowski, und Andrei, der seinen Nachnamen nicht nennen will.

(...)

Kinderstimme: Was wir nicht wußten: Der Tod kann so schön sein.

2. weibliche Stimme: Es war kein gewöhnliches Feuer, sondern so ein Glühen. Noch heute sehe ich den himbeerfarbenen Schein vor mir, der Reaktor leuchtete irgendwie von innen. Wunderschön. Nicht mal im Kino hatte ich so etwas gesehen. Die Leute strömten auf die Balkons, wer keinen hatte, ging zu Freunden. Wir wohnten im neunten Stock, hatten beste Sicht. Kleine Kinder wurden auf den Arm genommen: Guck mal! Das mußt du gesehen haben! Wir standen im schwarzen Staub. Redeten, atmeten. Einige waren von weit her gekommen, um sich das anzusehen.

2. weibliche Stimme: Wir wußten nicht, daß der Tod so schön sein kann. Ich würde nicht sagen, daß er ohne Geruch war. Es kratzte im Hals, und die Augen tränkten. Die ganze Nacht konnte ich nicht schlafen. Über uns liefen die Nachbarn hin und her. Sie packten wohl ...

(Pause)

Als es gegen Morgen hell wurde, schaute ich mich um und spürte – ich habe es tatsächlich damals gespürt –: Es ist anders geworden. Etwas hat sich verändert ... Als wir aus Pripjat rausfahren, kamen uns Militärkolonnen entgegen. Gepanzerte Fahrzeuge. Als wir sie sahen, erschrakten wir nicht, sondern waren vielmehr beruhigt. Aber mir war die ganze Zeit so, als ob nicht ich das erlebe, sondern jemand anders. Hunderttausend waren unterwegs. Alles war weggekauft, weggegessen.

2. weibliche Stimme: Mein Sohn ging damals in die vierte Klasse. Alle hatten Angst vor ihm und nannten ihn „Leuchtkäfer“. Seine Kindheit war so früh zu Ende ... Im Traum wandere ich oft mit ihm durch unser Pripjat. Heute ist es eine Geisterstadt. Wir gehen und betrachten die Rosen, in Pripjat gab es viele Rosen.

Ich war so jung. Mein Sohn war so klein. Ich habe geliebt ...

Aber alle Angst habe ich vergessen. Als ob ich nur Zuschauerin wäre.

Chor: Nadeshda Wigowskaja, Umsiedlerin.

Kinderstimme: Wie leicht es ist, zu Erde zu werden.

2. männliche Stimme: Ich habe versucht, mir die Tage einzuprägen. Ich geriet in etwas völlig Unbekanntes, wie auf dem Mars.

2. männliche Stimme: Also: Ich kriege den Meldebefehl und erscheine, diszipliniert wie ich bin, am selben Tag im Wehrkreiskommando. Willst du nicht für 25 Tage in ein Lager bei Minks? Ich dachte: Warum nicht? Du erholst dich von der Familie, von der Arbeit, marschierst an frischer Luft ...
2. männliche Stimme: Als es dunkel war, wurden wir in Busse verladen und bekamen die Anweisung: Wer Schnaps dabei hat, austrinken! Morgens fanden wir im Wald unsere Einheit. Schutzkleidung wurde ausgeteilt, eine Garnitur, noch eine, eine dritte. Na, denke ich, das muß was Ernstes sein. Dazu Mäntel, Pelzmützen, Matratzen - alles für den Winter. Wir hatten aber Sommer und sollten in 25 Tagen wieder zu Hause sein. Der Hauptmann lachte: Von wegen 25 Tage! Ihr dampft für ein halbes Jahr ab nach Tschernobyl!
2. männliche Stimme: Sechs Tage standen wir bei Minsk, sechs Tage haben wir getrunken. Ich habe die Aufkleber der Schnapsflaschen gesammelt. Zuerst gab es Wodka. Dann tauchten die merkwürdigsten Getränke auf. Nichinol und andere Glasreinigungsmittel. Als Chemiker hat mich das interessiert. Nach Nichinol hast du zwar einen klaren Kopf, aber die Beine sind wie Watte. Du befiehst dir aufzustehen - und fällst um.
2. männliche Stimme: Neben den Zelten Berge von leeren Konservenbüchsen. Ganze Mont Blancs von Müll. Fleisch, Perlgrütze, Sprotten. Schwärme von Katzen, wie Fliegen. Die Dörfer ringsum leer. Der Wind läßt eine Gartentür knarren, du denkst: Da ist ein Mensch. Statt dessen kommt eine Katze heraus.
2. männliche Stimme: Wir hoben die Erde ab, rollten sie zusammen wie einen Teppich. Eine Arbeit für Wahnsinnige ... hunderte Kilometer abgetragener, unfruchtbarer Erde. Häuser, Schuppen, Bäume, Landstraßen, Kindergärten, Brunnen ... alles wie nackt ... Wenn wir nicht jede Nacht getrunken hätten ... Wir wechselten Dachschiefer aus, wuschen die Dächer. Der Wind weht, Wolken ziehen dahin. Der Reaktor ist noch nicht geschlossen ...
2. männliche Stimme: Eine Schicht war abgetragen, in der nächsten Woche konnten wir von vorn anfangen. Nach uns blieben die Mogilniki zurück, die Grabhügel. Zurück blieben Lastwagen, Geländewagen, Kräne. Metall speichert Radioaktivität. Später wurde alles gestohlen und verkauft. Unsere Toilette: Ein langer Graben im Feld. Nebenan der Reaktor. Jeden Tag leerten wir in unserem Zelt eine Dreiliterflasche Schnaps ...
2. männliche Stimme: Der eine spielt Schach, der andere Gitarre. Der Mensch gewöhnt sich an alles. Einer brüllt herum, will sich prügeln. Zwei setzen sich betrunken ans Steuer, sie kamen um. Keiner hat gejammert, es gab keine Feiglinge. Die Offiziere haben den Kopf nicht aus den Zelten gesteckt, haben in Hausschuhen herumgelungert. Wir gruben, wir begruben.

In der zweiten Einsatzhälfte bekamen wir endlich Meßgeräte, die 50 Jahre in irgendwelchen Depots herumgelegen hatten. Absurdes Theater. Zum Schluß wurde allen in den Wehrpaß die gleiche Zahl eingetragen: Mittlere Strahlenbelastung .

2. männliche Stimme: Einmal ein Sonderauftrag: Ganz schnell ein Haus in einem leeren Dorf abwaschen. Phantastisch! Morgen findet da eine Hochzeit statt! Wir spritzten das Dach mit Wasserschläuchen ab, auch die Bäume, trugen Erde ab, mähten Kartoffelkraut auf dem Feld, mähten den ganzen Garten, das Gras im Hof. Ringsum Ödnis. Am nächsten Tag wurde das Brautpaar gebracht. Ein Bus mit Gästen. Musikanten. Ein echtes Hochzeitspaar. Sie hatten sich überreden lassen, wohnten schon woanders, die Hochzeit sollte gefilmt werden. Die Propaganda rollte. Selbst hier verteidigten sie unsere Mythen: Wir überleben überall, sogar auf toter Erde ...

2. männliche Stimme: Wie wir gruben ... in meinem Tagebuch steht, was ich dort begriffen habe. Ich habe begriffen, wie leicht es ist, zu Erde zu werden ...

Chor: Iwan Nikolajewitsch Schmychow, Chemieingenieur.

(...)

1. männliche Stimme: Kinderchor oder: Wie ich nachts fliegen lerne.

Kinderstimme: So eine schwarze Wolke ... so ein Regen ... die Pfützen wurden gelb ... grün ... es soll Blütenstaub gewesen sein ... Ich erinnere mich, wie ein Soldat eine Katze jagte. Als er das Meßgerät auf sie richtete, hörte man: Klick ... Klick ... Wie eine Maschinenpistole. Ein Junge und ein Mädchen rannten der Katze nach ... Es war ihre Katze ... Der Junge sagte nichts, aber das Mädchen rief: „Die kriegt ihr nicht!“ Sie rannte und rief: „Hau ab, Mieze, hau ab!“

1. weibliche Stimme: Großmutter hat uns in den Keller gesperrt. Sie selbst kniete nieder und betete.

Kinderstimme: Sie steckten uns in einen Militärzug. Als wir in die Bahnhöfe einfuhren, bekreuzigten sich die Leute. Auf jeder Station wurde unser Zug lange abgespült. Als wir auf einem Bahnhof ausstiegen und in die Imbißbude liefen, wurde kein anderer reingelassen.

1. männliche Stimme: Hier essen Tschernobyl-Kinder Eis. Die Verkäuferin sagte zu jemandem am Telefon: Wenn sie weg sind, kochen wir die Becher ab und wischen den Fußboden mit Chlor.

- 1. weibliche Stimme:* Die Ärzte nahmen uns die Kleidung ab, alle Sachen, sogar Briefumschläge, Bleistifte, Kugelschreiber, taten alles in Plastiktüten und vergruben es. Ich habe geträumt, daß ich gestorben bin ...
- 2. weibliche Stimme:* Ich möchte erzählen, wie sich meine Großmutter von unserem Haus verabschiedet hat. Sie bat meinen Vater, einen Sack Weizen aus der Kammer zu holen und hat ihn im Garten ausgestreut. Für die Vögel, die Geschöpfe Gottes. Dann hat sie Eier in ein Sieb gesammelt und in den Hof geschüttet. Dann hat sie Speck zurechtgeschnitten. Für die Tiere. Sie hat die Samen aus ihren kleinen Beutelchen im Garten ausgeschüttet: Möhren, Kürbisse, Gurken, Perlwiebeln, Blumensamen. Sollen sie in der Erde leben! Dann hat sie sich vor dem Haus verneigt. Vor dem Schuppen. Sie ist um jeden Apfelbaum herumgegangen und hat sich verneigt ...
- Kinderstimme:* Ich habe es gehört. Die Erwachsenen haben miteinander geflüstert. Aus meinem Geburtsjahr, 1986, gibt es keine Jungen und Mädchen in unserem Dorf. Nur mich. Die Ärzte wollten nicht erlauben, daß ich auf die Welt komme. Meine Mutter ist aus dem Krankenhaus weggerannt und hat sich bei meiner Großmutter versteckt. Ich habe keine Geschwister.
- 1. weibliche Stimme:* Im Radio haben sie gesagt: Igel werden ohne Stacheln geboren. Rosen sind ohne Blütenblätter. Es wird Menschen geben ohne Haare, ohne Wimpern ... nur Augen ...
- 2. weibliche Stimme:* Bei uns starben die Sperlinge aus. Gleich im ersten Jahr. Sie lagen überall, in den Gärten, auf den Straßen. Sie wurden eingesammelt. In dem Jahr durfte kein Laub verbrannt werden.
- 1. männliche Stimme:* Baba Nadja. Sie wurde immer ins Haus geholt, wenn jemand gestorben war. Um zu wehklagen. Zu beten. Sie haben unseren großen alten Park abgeholzt. Die alten Linden. Baba Nadja kam. „Kein Blitz hat eingeschlagen. Keine Trockenheit hat sie verdorren lassen. Kein Meer hat sie überschwemmt. Da liegen die schwarzen Särge!“ Sie hat die Bäume wie Menschen beweint.
- 2. männliche Stimme:* Ein Kran hebt ein Haus an und stellt es in eine tiefe Grube. Bücher, Glas, Puppen liegen herum. Ein Bagger schiebt alles zusammen. Dann wird Sand und Lehm drübergeschüttet und planiert. Ich hatte ein Fahrrad ...
- Kinderstimme:* Die Soldaten wuschen die Kühe ab. Ich dachte: Die armen Tiere im Wald, die wäscht keiner. Die werden sterben.
- 2. weibliche Stimme:* Nachts fliege ich. Mitten im hellen Licht. Das ist keine Realität, aber auch nichts Jenseitiges. Es ist etwas Drittes. Nur das Licht. Ich habe das Gefühl, daß ich es berühren kann. Ich bin noch mit allen Freunden zusammen,

stehe aber schon abseits, einzeln, allein. Sie glauben, daß ich nichts von meinem Tod ahne. Nichts errate. Sie wissen nicht, daß ich nachts fliegen lerne.

Ich hatte einen Freund. Er hieß Andrej. Wir werden sterben und in die Wissenschaft eingehen, sagte er. Wer hat gesagt, daß das Fliegen leicht ist?

2. weibliche Stimme: Das war alles in einem anderen Leben ... ich begreife nicht ...

Alle sind tot, die ganze Brigade, sieben Mann. Junge Leute. Mein Mann ist als letzter gestorben ...

Hochbaumonteuere. Sie haben die Stromleitungen in den evakuierten Dörfern abgeschaltet, sind die Masten hoch und runtergeklettert ...

Ich kannte seinen ganzen Körper auswendig, ich habe alles abgeküßt. Ich hatte so große Sehnsucht nach ihm, es tat mir körperlich weh.

Er kam schon mit geschwollenen Lymphknoten zurück, ich habe sie mit den Lippen erspürt. Er beruhigte mich: Das geht wieder weg.

Die Initiative ging von mir aus, ich habe ihn gedrängt: Heirate mich. Ich habe ihn selbst gebeten. Ich wollte lieben, ganz stark lieben.

Vielleicht ist er nur in eine andere Form geschlüpft und lebt in einer anderen Welt.

Er wollte nicht zum Arzt gehen. Ich spüre ja nichts. Aber die Lymphdrüsen waren schon groß wie Hühnereier. Eine Woche später wurde er operiert. Schilddrüse und Kehlkopf entfernt und durch Röhrchen ersetzt. Ich habe Geschenke für Ärzte und Schwestern gekauft: Konfekt, teure Liköre, Schokolade ...

Ich bekam eine spezielle Spritze. Ich mußte ihn durch diese Spritze ernähren. Viermal am Tag habe ich etwas Frisches für ihn gekocht, habe es durch den Fleischwolf gedreht, durch ein Sieb gestrichen und in die Spritze eingezogen. Aber er schmeckte nichts mehr ... Wir hingen an einem so dünnen Faden, aber uns schien, als wären wir wieder fest mit dem Leben verbunden.

Eines Morgens weckte ich ihn, da konnte er nicht mehr aufstehen. Konnte auch nichts mehr sagen. Er sprach nicht mehr. Die Augen waren riesengroß. Uns blieb noch ein Jahr.

Ein Mensch, den ich geliebt habe, so geliebt habe. Er verwandelte sich vor meinen Augen in ein Ungeheuer. Die Lymphknoten waren entfernt worden, der Blutkreislauf war gestört, die Nase hatte sich verschoben, ein Ausdruck war in seinen Augen, als lauere jemand anders dahinter. Dann schloß sich ein Auge ganz.

Immer wieder zeigte er mit den Händen, ich solle ihm einen Spiegel bringen. Zwei Tage konnte ich ihn hinhalten. Schließlich brachte ich ihm einen Spiegel, den allerkleinsten. Er schaute hinein, griff sich an den Kopf, begann im Bett hin und her zu schaukeln ...

Ich habe ihn nicht belogen. Was hätte ich verschweigen sollen. Ich habe so weit geschaut ... vielleicht über den Tod hinaus ...

Liebe! Meine Liebe! Wie ich morgens vor, dem Spiegel getanz habe! Ich

bin schön, er liebt mich. Jetzt vergesse ich mehr und mehr mein Gesicht. Ich sehe es nicht mehr, wenn ich in den Spiegel schaue.

Die Ärzte erklärten mir, daß er schnell sterben würde, wenn die Metastasen den Körper von innen her angriffen. Etwas Schwarzes wucherte auf seinem Körper. Blut begann zu fließen. In alle Richtungen.

Es gibt Geheimnisse. Ich sitze neben ihm. Er schläft. Er hat so schönes Haar. Ich nahm heimlich eine Strähne schnitt sie ab. Da schlug er die Augen auf und lächelte. Ich konnte gar nicht genug von ihm bekommen, es war, als spürte ich, daß es zu Ende gehen würde. Ich kann ohne ihn nicht leben. Nachts schreie ich ...

In der Nähe von Minsk gäbe es ein spezielles Krankenhaus für Todkranke, sagten sie. Sie redeten mir ein, er würde es dort besser haben. Er flehte mich an: Bring mich hin. Quäl dich nicht.

Ich fuhr mit seinem Bruder hin. Das Dorf hieß Grebjonka. Am Dorfrand stand ein großes Holzhaus. Toilette auf dem Hof. Fromme Schwestern in Schwarz. Ich bin garnicht erst ausgestiegen. Nachts küßte ich ihn: „Wie konntest du mich nur darum bitten? Das kommt niemals in Frage, niemals.“ Ich küßte ihn immer wieder.

Er starb einsam. Der Mensch stirbt einsam. Als er beerdigt wurde, habe ich ihm zwei Taschentücher aufs Gesicht gelegt. Nach unserem Brauch dürfen Verwandte den Toten nicht selbst waschen und anziehen. Man schickte zwei Sanitäter. Sie baten um Wodka. Ich hielt die Uhr in der Wohnung an. Sieben Uhr früh. Er war schon tot und noch ganz heiß. Später hatten alle Angst, sich dem Leichnam zu nähern.

Er hatte geschrieben: Laßt mich verbrennen. Als die Urne gebracht wurde, habe ich hineingefaßt. Ich hatte keine Angst. Ich habe etwas Kleines gespürt, wie Muscheln am Meer.

Die ersten Tage ohne ihn. Ich bin nur aufgestanden, um etwas Wasser zu trinken. Wer hat ihn mir genommen? Mit welchem Recht? Ich war so glücklich.

Was mich gerettet hat ... mein Sohn ... er ist krank. Er ist schon erwachsen, aber er sieht die Welt mit Kinderaugen. Er lebt in einer psychiatrischen Klinik. Ich fahre an den Wochenenden zu ihm. Er kommt mir entgegen: Wo ist Papa, wann kommt er? Er wartet auf ihn ...

Wir werden zusammenen auf ihn warten. Ich werde mein Gebet für ihn flüstern. Und er wird die Welt mit Kinderaugen ansehen ...

Chor: Valentina Panassewitsch, Frau eines Liquidators.

Zu Fuß zwischen Dichtung und Wahrheit

Harald Gerlach: Die völlig paradiesische Gegend. Auf Goethes Spuren zwischen Rhein, Saar und Mosel. Mit einer Spurensuche von Wulf Kirsten und einer Nachbemerkung von Ralph Schock, Reihe „Spuren“, Gollenstein Verlag, Blieskastel 2001, 172 S.

Das Buch verdankt seine Entstehung der Initiative des Saarländischen Rundfunks. Für das Goethe-Jahr 1999 war eine essayartige Reportage eines zeitgenössischen Autors vorgesehen, der Goethes Reise durch das Elsaß, durch Lothringen, die Pfalz und das Saarland nachwandern und beschreiben sollte, „was ihm dabei ein- und auffällt“ (so Ralph Schock in seiner „Nachbemerkung“, S. 165). Daß man an Harald Gerlach herantrat, der auch rasch zusagte, war eine glückliche Entscheidung. Er verfügte über hervorragende Kenntnisse von Goethes Biographie und Werk. Er wanderte gern, und das nicht zum erstenmal auf den Spuren anderer Schriftsteller. Als sensibler Autor von Gedichten und literarischer Prosa, von Stücken und Hörspielen versprach er eine anregende Auseinandersetzung des Dichters mit dem Dichter. Der Rundfunk strahlte Gerlachs Aufzeichnungen 1999 in einer fünfteiligen Sendereihe aus, die viel Zustimmung fand, was zum Entschluß einer Buchpublikation beitrug. Zwei Jahre später liegt diese nun vor; der Autor hat das Erscheinen nicht mehr erlebt.

Goethe hat die in Frage stehende Reise vom 22. Juni bis 4. Juli 1770 unternommen, zu Pferd und mit den beiden „Freunden und Tischgenossen“ Engelbach und Weyland; aber er hat sie erst 1812 aus großem geschichtlichen Abstand im Zehnten Buch von „Dichtung und Wahrheit“ auf rund zehn Seiten dargestellt. Harald Gerlach vollzog die Reise vom 7. bis zum 19. April 1999 nach, zu Fuß und in einem Text von mehr als 100 Seiten. Schon die im Werk Goethes nicht vorgegebene Gliederung der Aufzeichnungen in fünf Etappen war eine interpretatorische Entscheidung. Es bleibt nicht die einzige und nicht die wesentlichste Neuinterpretation und Neubewertung in Gerlachs Text.

Die fünf Reise- und Textfolgen bauen sich aus einer Verflechtung analoger Gestaltungselemente auf. Entsprechende Teile des Goethe-Textes

werden zitiert, die eigenen Eindrücke daneben gestellt, Übereinstimmungen und Divergenzen festgehalten. Stimmen von Dritten werden hie und da zitiert, die Eindrücke aus ihrer Sicht kommentieren. An die herausgehobenen Lokalitäten der jeweiligen Region werden immer wieder geschichtliche Exkurse angeschlossen, die oft genug noch weit vor die Zeit Goethes zurückgreifen. Umgekehrt dringen die zeitgeschichtlichen Reflexe des Kosovo-Krieges mit quälender Präsenz in den Text ein. Manchmal scheinen diese ‚Zutaten‘ so offensichtlich zusammengebracht, daß man die Ausgangslage einer Auftragsarbeit zu spüren glaubt. Doch insgesamt ist eher zu bewundern, wie weit der Autor diese hinter sich gelassen hat. Das in einem literarisch anspruchsvollen Text, in dem sich Reportage, Tagebuchaufzeichnung, Essay und Erzählung auf eigene Weise mischen, der zugleich aber mit einer erregenden Brechung und Verquickung vielfältiger Zeitebenen arbeitet.

Gerade diese Perspektivik unterschiedlicher Zeitebenen macht den Fluß der Zeit so greifbar und anschaulich. Aber sie wird zugleich für vielfältige kritische Fragestellungen genutzt. Warum hat Goethe gegenüber dem ursprünglichen Erleben, das wir freilich nur mit einiger Wahrscheinlichkeit erschließen können, weil er die Tagebuchaufzeichnungen der damaligen Zeit vernichtet hat, in „Dichtung und Wahrheit“ so vieles geändert, so auffällig idyllisiert und stilisiert? Warum trägt er die Liebe zu Friederike Brion in die emotionale Tönung der Reise hinein, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt noch in der Zukunft lag? Gerlachs Antworten bestätigen zunächst den von Goethe bewußt gesetzten zweigliedrigen Titel seiner späteren Autobiographie: „Dichtung und Wahrheit“. Doch die Überlegungen zielen auch auf Probleme einer gefährdeten Dichterexistenz, die Möglichkeiten literarischer Stilisierung geradezu als therapeutische Notwendigkeit ergreift (dazu eingehender auch die angefügten Aufzeichnungen „Gelassener Schritt am Rande des Abgrunds. Bruchstücke zu einem Dichterbild“, S. 127-155). Mitreflektiert wird aber auch Goethes gewandelte Altersperspektive, die zum Zeitpunkt der Niederschrift voll tiefer Skepsis auf Französische Revolution, napoleonische Herrschaft und bereits den Beginn der Befreiungskriege zurücksieht. Goethes sich wandelnde geschichtliche Optik impliziert nach Gerlach das schmerzliche Eingeständnis eines Scheiterns: „Der Krisenstaat

des verkommenen Feudalismus läßt sich nicht per Aufklärung in einen republikanischen Freiheitsstaat verwandeln.“ (S.136) Hier liegt eine tiefe Gemeinsamkeit, die den Autor von heute mit dem Autor von damals verbindet. Gerlachs Aufzeichnungen sind geprägt von einer untergründigen Geschichts- und Zivilisationskritik, die immer wieder fragt, welchen Preis wir im geschichtlichen Fortschreiten bezahlt haben. Die Asphaltstraßen beglücken den Autofahrer und machen dem Wanderer das Leben schwer. Die Industriebauten verweisen auf Licht und Schatten der industriellen Revolution. Und die Kriege verstehen sich – damals wie heute – nur als das makaberste Indiz gescheiterter Aufklärung.

Das Buch ist in der Reihe „Spuren“ des Gollenstein Verlags erschienen. „Auf Goethes Spuren“ heißt es im Untertitel und von „Spurensuche“ handelt ein beigegebener feinfühliges Essay aus der befreundeten Feder Wulf Kirstens. Die Spurensuche ist zunächst natürlich auf Goethe bezogen. Aber das Buch ist ebenso sehr Selbstvergewisserung des Autors Gerlach. Im letzten jedoch handelt es vom Selbstverständnis unserer Gegenwart im weiteren kultur- und zivilisationsgeschichtlichen Kontext.

Karl Richter

Cupido, loser, eigensinniger Knabe...

Hansjürgen Blinn (Hrsg.): *Ich will Dich! Die hundert schönsten erotischen Gedichte*, Aufbau-Verlag, Berlin, 2001, 184 S.

Hundert erotische Gedichte hat der Saarbrücker Literaturwissenschaftler Hansjürgen Blinn in seinem Band zusammengestellt. Keine Rangliste soll die Sammlung sein, die hier zum Lesen einlädt; es ist eine subjektive Auswahl, die sich aber durchaus als repräsentativ bezeichnen darf:

Mehr als vier Jahrhunderte Lyrik läßt Blinn Revue passieren. Von volksliedhaften Versen über Sonette bis hin zum klassischen Distichon treten fast alle lyrischen Formen auf, und es begegnen dem Leser viele bekannte Namen: Friedrich Schlegel, Bert Brecht, Kurt Tucholsky und nicht zuletzt Johann Wolfgang Goethe.

Bisweilen mit Erstaunen, vielleicht auch mit einem leichten Schmunzeln liest man davon, wie große Dichter sich dem Thema nähern, es in Worte zu fassen suchen und dabei, wie selbst Goethe in seinen *Venezianischen Epigrammen*, um treffende Formulierungen ringen.

Nicht nur diese Versuche, Sinnlichkeit und Sexualität in Metaphern einzufangen, führen zu dem Lesegenuß, den Blinns Sammlung kleiner erotischer Meisterwerke bietet. Es ist auch der

Blick auf Moralvorstellungen und der Streifzug durch die Wertesysteme mehrerer Jahrhunderte. Für den aufmerksamen Leser wird der Gedichtband so zu einer Art kulturhistorischer Schau. Im Barock und in der Zeit des Rokoko ließ sich ganz offen sagen, was Sexualität für den Menschen bedeutet. Der Adel drückte deutlich aus, was erotisch war, kannte keine allzu große Sittenstrenge. Man lehnte sich an die deutlichen Schilderungen der griechischen Mythologie an und war noch weit entfernt von aufgeklärt-bürgerlicher Zurückhaltung. In der Enge und Prüderie des viktorianischen Zeitalters hingegen wurde hinter jedem noch so unscheinbaren Wort das Verbotene gesehen und gefürchtet. Der längst in den Stand des Klassikers erhobene Goethe zum Beispiel wurde nachträglich verdächtig: In seinem Epos *Herrmann und Dorothea* glaubte man in harmlosen Worten („Daß dir werde die Nacht zur schöneren Hälfte des Lebens“, 4. Gesang, Vers 199) Unanständiges und Schamlosigkeit zu erkennen.

So ist es zudem für den Leser eine Herausforderung, nach dem Erotischen in den Gedichten mitunter selbst zu suchen. Während in manchen Werken der Sammlung Erotik unverblümt angesprochen wird, muß sie anderswo zwischen den Zeilen erspürt werden wie bei Eduard Mörikes *Erstes Liebeslied eines Mädchens*. Und das ist ein besonderes Verdienst von Blinns Anthologie: Die eigene Leseleistung wird herausgefordert. Was erotisch ist, was anstößig, was harmlos, muß jeder selbst entscheiden.

Wie Blinn in seinem Nachwort bemerkt, ist „erotische Literatur“ auch gar nicht eindeutig definierbar. Unterschiedlichste Lebenswelten und Moralvorstellungen sind nicht nur den versammelten Dichtern eigen, sondern auch den Lesern seiner Sammlung: Sicher wird mancher in Friedrich Schlegels Gedicht *Du meine Hand bist mehr als alle Weiber*, das unverhohlen die Masturbation als erotisches Erlebnis verherrlicht, wenig Erotisches finden, vielleicht sogar Anstoß daran nehmen. Andere Leser hingegen mögen sich für die klaren Worte begeistern und sich auch der drastischen „Volkssprache“ Brechts mit Interesse zuwenden. Bei seinem jeweiligen Lieblingslyriker kann man als Leser auch dank der übersichtlichen Struktur des Bandes ganz neue Facetten entdecken, wenn man nicht der Chronologie folgen will.

Auch welchen Autoren man begegnet und was man von ihnen Erotisches lesen kann, erstaunt mitunter: So erinnert der Band mit einer *Moralischen Anatomie* an das weitgespannte Werk des hauptsächlich als Kinderbuchautor so populären Erich Kästner. Und sich Erotik und ihrer lyrischen Umsetzung aus der Sicht moderner Autorinnen wie Helga M.

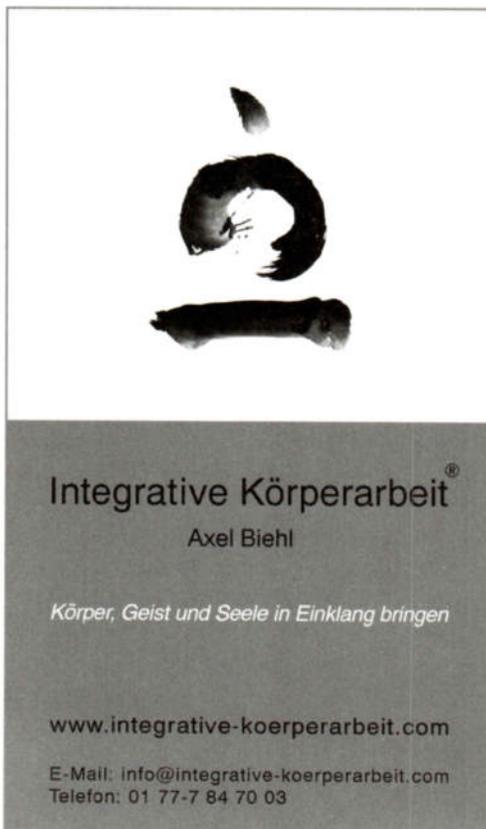
Nowak oder Eva Strittmatter zu nähern, bietet ganz neue literarische Einblicke, auf die Blinn Wert legt. Vielleicht kann manch ein Gedicht dazu anregen „über Partnerschaft und die Einstellung zum eigenen und jeweils anderen Geschlecht zu reflektieren“, so der Herausgeber in seinen Anmerkungen (S. 163).

Es sind solche Aha-Effekte, die die Freude am Lesen dieser im Grundton heiteren Zusammenstellung ausmachen. Im Unterschied zu anderen themenverwandten Anthologien wollte Blinn in seiner Sammlung das Fröhliche und Unbeschwerte an der Erotik in den Mittelpunkt stellen. *Ich will Dich!* fasziniert, mehr als viele andere Versuche des literarischen Modetrends, das jeweils Beste einer Epoche, einer Gattung, eines Autors zusammenzutragen. Und man ist erstaunt, was alles einmal als erotische Poesie gesehen wurde. Manchmal mag man es kaum glauben, sondern nur den Kopf schütteln ob soviel wörtlichen Versteckspiels des eigentlich offensichtlichen.

Blinns Sammlung zeigt: Erotik ist so vielgestaltig wie die Liebe, erst recht, wenn man sie in Worte fassen will. Die Erotik kann wie bei Lessings *Der über uns* heiter bis harmlos klingen. Bei Brechts *Saune und Beischlaf*, wo dem Volk aufs Maul geschaut wird, hingegen erscheint sie deftig, nie jedoch kitschig oder pornographisch. Denn immer wird hier auf höchstem literarischem Niveau über Erotik, über Sexualität geschrieben.

Blinn legt Wert darauf, diesen Unterschied deutlich zu machen. In einer Zeit, in der Erotik, zumeist aber Sex multimedial zur Schau gestellt wird, grenzen sich seine Gedichte deutlich ab. Zwischen Pornographie und Erotik bleibt ein kleiner, aber bedeutender Unterschied. Er ist in der Sammlung dieser hundert lyrischen Kleinode immer präsent. Nicht mit allem kann und will man sich, bei aller Liebe zur lyrischen Kunst, identifizieren. Es ist auch keineswegs Erlebnislyrik, die hier zusammengetragen wurde, sondern Rollendichtung. Ein wichtiger Punkt, über den man sich als Leser klar werden muß, bevor man sich auf das erotische Leseabenteuer einläßt.

Kleine Lesereihen sind dann zu entdecken, die einen weiteren Reiz ausmachen, indem sie den Band zu einem „Reiseführer“ durch Zeiten und Ausdrucksformen machen. Ein ganzer Tag entsteht „erotisch“, wenn auf *Der Morgen* (Johann Peter Uz) *Der Mittag* (Johannes Baptist von Alxinger) folgt und ein Anonymus *Die Schläferin* auftreten läßt. Solch kleine Bögen zu



Integrative Körperarbeit®
Axel Biehl

Körper, Geist und Seele in Einklang bringen

www.integrative-koerperarbeit.com

E-Mail: info@integrative-koerperarbeit.com
Telefon: 01 77-7 84 70 03

spannen, ist ein Hauptverdienst des Saarbrücker Dozenten. Auch ein Computer hätte nach Eingabe bestimmter Kriterien hundert erotische Gedichte auswählen können, wissen Leser und Autor. Doch eine gut gemachte Anthologie hebt sich gerade hier von einer weniger guten ab. Die subjektive Auswahl ist es, die dem ganzen etwas Besonderes verleiht, den Band nicht zu einem willkürlichen *Best-of* für den literarischen Wühltisch macht.

Kann man Blinns Zusammenstellung denn überhaupt etwas Kritisches entgegenhalten? Ihre Subjektivität? Sie ist gewollt und notwendig. Zurschaustellung von Pornographie? Unglaubwürdig selbst bei den derbsten Worten eines Brecht und seiner *Ratschläge einer älteren Fohse an eine jüngere*. Bereitwilliges Eingehen auf den Zeitgeist, auf Modetrends der Literatur-

rezeption? Dies vielleicht mit einem ganz dicken Fragezeichen noch am ehesten. Aber auch dieser Vorwurf führt genauer betrachtet nicht weiter. Blinns „die hundert schönsten erotischen Gedichte“ – ein wenig Klappern sei auch dem Verlag gestattet – sind reizvoller als die meisten anderen Sammelbände zu diesem Thema.

Auf die Leser mögen die Gedichte unterschiedlich „erotisch“ wirken: mal leidenschaftlich, mal an der Liebe zweifelnd, mal distanziert-ironisch, mal lustvoll-bejahend. Sie vermögen zu fordern, zu hinterfragen oder aber schlicht zu unterhalten, sie bieten Kurzweil auf hohem Niveau. Einfacher gesagt: Langweilig sind sie sicher nie!

Volker Simshäuser

Familienfreundliche Blicke auf einen Stahlkonzern

Gerhard Seibold: Röchling. Kontinuität im Wandel, Jan Thorbecke Verlag, Stuttgart 2001, 523 S.

Das umfangreiche, großformatige und reich bebilderte Werk verfolgt die Geschichte der Familie Röchling und ihrer Unternehmungen vom Jahre 1560, als anlässlich der Belehnung mit einem Hof in Westfalen erstmals eine Person diesen Namens aktenkundig in Erscheinung trat, bis in die Gegenwart. Der Verfasser hat das Firmenarchiv, Auskünfte von Firmen- und Familienangehörigen und das Werksarchiv der Firma *Saarstahl* ausgewertet und liefert eine umfassende Darstellung, die auch die Randbedingungen der Unternehmensgeschichte berücksichtigt. Die Veröffentlichung, die von der Röchlingschen Familiengemeinschaft ermöglicht und unterstützt wurde, wendet sich vorrangig an deren Mitglieder und die Mitarbeiter der Röchling-Unternehmen. Sie hat zum Ziel, „die Identifikation der ‚Röchling-Konzernfamilie‘ ... mit ihren Unternehmen“ zu fördern (S. 14). Da das Buch auch im Handel angeboten wird, stellt

sich die Frage nach dem Nutzen für Leser/innen, die weder der Familie Röchling noch einer ihrer Firmen angehören. Vor allem zwei Aspekte sind von Interesse.

Zum einen läßt sich hier eine Unternehmensgeschichte vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert nachvollziehen. Ähnlich wie andere Unternehmer in der entstehenden bürgerlichen und industriellen Gesellschaft bildete die Familie Röchling ihr Kapital im Handel. Ausgehend vom Kohlenhandel führte dieser Weg zur Koksproduktion und zur Beteiligung an Eisenwerken, bis mit dem Kauf der Völklinger Hütte die Montanindustrie zum wichtigsten Betätigungsfeld wurde. Nach dem 2. Weltkrieg entstand mit der Firma *Rheinmetall* ein zweiter Schwerpunkt, was später die Trennung von der Eisen- und Stahlindustrie erleichterte. In den 1980er Jahren erfolgte eine Diversifizierung und die Umorientierung zu einer Beteiligungsgesellschaft, die heute über 300 Unternehmen in verschiedenen Sparten kontrolliert. Während die Leitung der Einzelfirmen auf angestellte Manager übergegangen ist und familienfremdes Kapital über Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gewonnen wurde, liegt die Entscheidungsgewalt in allen wichtigen Fragen bei den inzwischen 186 Familienteilhabern.

Der zweite Grund, der eine Beschäftigung mit dem Buch lohnt, besteht in der engen Verbindung der Familie Röchling mit der jüngeren Geschichte der Saarregion. Sowohl in den politischen Auseinandersetzungen während der Zeit des Völkerbundmandates als auch in den deutsch-französischen Verhandlungen über die Zukunft des Saarlandes nach dem 2. Weltkrieg spielten die Völklinger Hütte und die Interessen der Familie eine zentrale Rolle. Schließlich hatten die Röchlings einen wesentlichen Anteil an der ersten Phase der Umstrukturierung der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie bis 1978.

Im Hinblick auf eine wirtschafts- und regionalgeschichtliche Fragestellung zeigen sich aber auch Grenzen des unternehmens- und familiengeschichtlichen Ansatzes. Die ausführliche Darstellung der Funktionen einzelner Familienangehöriger und der zahlreichen oft nur kurzfristigen Firmenbeteiligungen bietet Außenstehenden wenig Erkenntnisgewinn. Demgegenüber wird anderes, das einer näheren Betrachtung lohnte, nur angedeutet. Das gilt für die Industrialisierungsgeschichte der Region ebenso wie für die Stellung der Familie Röchling zur aufkommenden Arbeiterbewegung, die sich anfangs vom rigiden Kurs Stumms unterschied. Die Politik der Völklinger Hütte gegenüber den Gewerkschaften wird zum Teil unvollständig wiedergegeben. So erfahren wir, daß die Werkvereine „in geheimer Abstimmung eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft mit einer Zugehörigkeit zu einem Werkverein als unvereinbar erklärten“ (S. 165), jedoch nicht, daß die Vereine auf Grund der Unterstützung, die sie durch das Unternehmen erfuhren, von diesem abhängig waren. Die Hintergründe der Streiks und der verbalen Auseinandersetzungen zwischen dem *Deutschen Metallarbeiter-Verband* und der Firmenleitung in den zwanziger Jahren bleiben unklar. Gerne würde man genaueres über das Verhältnis zur Bundesregierung von Konrad Adenauer erfahren, deutet doch die Übernahme von *Rheinmetall*, die unter der Bedingung erfolgte, die Rüstungsproduktion wieder aufzunehmen und nicht aufgedeckte stille Reserven in Gestalt umfangreichen Grundbesitzes beinhaltete, auf eine besondere Qualität von Beziehungen hin. Doch ist hier auch der Verfasser auf Vermutungen angewiesen.

Hermann Röchling, über Jahrzehnte die vorherrschende Persönlichkeit innerhalb der Familie, hat von allen Familienmitgliedern die nachhaltigste Außenwirkung erzielt. Nach dem

Buchhandlung am St. Johanner Markt



- *Literatur*
- *Architektur*
- *Kunst*

Inh. L. Hofstätter · Telefon/Fax (0681)33825
Sankt Johanner Markt 9 · 66111 Saarbrücken

Ersten Weltkrieg wurden Hermann Röchling und sein Bruder Robert wegen der Demontage von Fabrikanlagen im besetzten französischen Teil Lothringens, die sie mit Erlaubnis des deutschen Kriegsministeriums veranlaßt hatten, in Frankreich angeklagt. Dabei ging es nicht nur um die erwähnte Beschlagnahme von Anlagen für das eigene Hüttenwerk in Diedenhofen. Vielmehr wurden im Industrieviertel von Longwy ganze Fabriken und Hüttenwerke verschrottet, um aus dem Material Stahl für die Granatenproduktion zu gewinnen. Während dieser Sachverhalt in der Firmengeschichte aus dem Jahre 1931¹ ausführlich behandelt (und zu rechtfertigen versucht) wird, heißt es in der neuen Veröffentlichung lediglich: „Zweifellos wurde die Situation Roberts zusätzlich durch die Tatsache belastet, daß er als Rittmeister vom deutschen Kriegsminister zeitweise mit der Beaufsichtigung der im Briey-Becken besetzten Hütten ... betraut gewesen war.“ (S. 173)

Die Beteiligung Hermann Röchlings an den NS-Verbrechen wird zwar offengelegt, aber durch Erklärungs- und Rechtfertigungsversuche verharmlost. Einerseits werden die Fakten genannt, die seine Tätigkeit im und für das NS-

Regime belegen. Dazu gehören seine Äußerungen im Sinne der NS-Ideologie über die „verjudete Aristokratie in England“, seine führende Tätigkeit in maßgeblichen Institutionen des Regimes, wo er unter anderem für die Koordination des Zwangsarbeitereinsatzes zuständig war, das Konzentrationslager für Zwangsarbeiter der Völklinger Hütte und der Umstand, daß diese als einziges Unternehmen im Saarland ein betriebliches Standgericht unterhielt. Gleichzeitig geraten beim Versuch, diese Sachverhalte zu erklären, Verantwortung und Motive aus dem Blick: „Diese Verhältnisse (gemeint ist der Einsatz von Zwangsarbeitern, H.G.) bedingten mit Blick auf die Unterbringungsproblematik und auch unter Sicherheitsaspekten die Einrichtung eines Konzentrationslagers.“ (S. 248) Beiden Anforderungen genügten bereits die vorhandenen Zwangsarbeiterlager. Tatsächlich ging es darum, daß „Fremdarbeiter“, die von der Gestapo inhaftiert wurden, nach Ende der Haft nicht in das Unternehmen zurückkehrten. Mit dem eigenen „Arbeitserziehungslager“ erreichte die Firma, daß sie nach und zum Teil auch während der Inhaftierung weiter über die Arbeitskraft der Zwangsarbeiter verfügen konnte.² Angesichts der aktiven Rolle Hermann Röchlings erstaunt es zu lesen, er habe „sich dem auch ihn bedrängenden Zeitgeist nicht verschlossen“ (S. 204). Oder: „Der selbstauferlegten Pflicht,

seiner Familie den Erhalt der Hütte zu sichern, unterwarf sich Hermann bis hin zu einer Beschäftigung von Zwangsarbeitern.“ (S. 247) Das Kapitel über den Rastatter Prozeß, in dem Hermann Röchling und andere Verantwortliche nach Kriegsende verurteilt wurden, ist in Anspielung an das Gerichtsverfahren nach dem 1. Weltkrieg überschrieben mit „Siegerjustiz zum zweiten“.

Das Problem des Buches liegt in seiner Nähe zum Gegenstand. Sie bewirkt eine Darstellung, die Ereignisse und Personen in den Vordergrund rückt, wobei die größeren kausalen und historischen Zusammenhänge nicht immer deutlich werden, sich aber doch Anhaltspunkte für eine weiter reichende Beschäftigung mit der regionalen Wirtschaftsgeschichte gewinnen lassen. Schwerer wiegt der Einwand, daß die Nähe zum Gegenstand zu einem Mangel an kritischer Distanz gegenüber den negativen Seiten der Röchling-Geschichte führt.

Harald Glaser

1 Richard Nutzinger, Hans Boehmer, Otto Johannsen: 50 Jahre Röchling, Saarbrücken, Völklingen 1931, S. 30f.

2 Hans-Henning Krämer, Inge Plettenberg: Feind schafft mit... Ausländische Arbeitskräfte im Saarland während des Zweiten Weltkrieges, Ottweiler 1992, S. 84.

Schwaches Quellenstudium

Rudolph Brosig, Die Verfassung des Saarlandes. Entstehung und Entwicklung – Ein Beitrag zur saarländischen Verfassungsgeschichte, Saarbrücken 2001 (Annales Universitatis Saraviensis. Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung; 131), 296 S.

Das Saarland hat eine bewegte Geschichte. Diese Geschichte indes zur Sprache zu bringen, sowohl die individuellen Motivationen und Intentionen der Protagonisten, ihre politischen Optionen, ihre Handlungs- bzw. Entscheidungsspielräume als auch gesamtgesellschaftliche regional spezifische Faktoren, wie administrative und soziale Struktur, Mentalität und Grenz-

raumerfahrung der Bevölkerung, einerseits zu berücksichtigen und andererseits zu gewichten, ist kein leichtes Unterfangen. Eine Einschränkung des Gegenstandsbereichs erscheint unerlässlich.

Mit dem Buch von Rudolph Brosig liegt nun eine rechtswissenschaftlich orientierte Arbeit vor, die sich der Entstehung und Entwicklung der saarländischen Verfassung verschrieben hat. Brosig bietet vor allem in deskriptiver Form einen entsprechenden Abriß, der Kontinuitäten und Brüche in der Verfassungsentwicklung aufzuzeigen sucht. Schon auf den ersten Seiten wird der kundige Leser allerdings stutzig. Im Forschungsüberblick erscheint an erster Position ein gewisser ‚Robert Stöber‘. Ihm sei es zu verdanken, daß die wichtigen Sitzungsprotokolle zur Genese der saarländischen Verfassung vom 15. Dezember 1947 überliefert seien. Aber,

handelte es sich bei ‚Robert Stöber‘ nicht um ein Pseudonym, daß einst Heinrich Schneider (DPS), der ‚prodeutsche‘ Widersacher von Johannes Hoffmann (CVP), in der Nachkriegszeit der 50er Jahre gebrauchte? Die Bibliographie in Brosigs Buch weist jeweils Heinrich Schneider und Robert Stöber einzeln aus. Soll dem Autor tatsächlich entgangen sein, so fragt sich der Leser, daß es sich um ein und dieselbe Person handelt? Erst auf Seite 212 in Fußnote 17 – also schon gegen Ende des Buches – wird das Geheimnis gelüftet, nachdem in dutzenden Verweisen die Sammlung von Stöber ohne weiteren Kommentar zitiert wurde. Zudem beschränkt sich Quellen- wie Literaturbasis fast ausschließlich auf deutsches Material.

Diese Beispiele für die Arbeitsweise sind leider symptomatisch für das gesamte Buch von Rudolph Brosigs. Es beginnt mit einer Darstellung der territorialen Verschiebungen und der daraus resultierenden Verfassungsänderungen bis zum Ende des ‚Dritten Reiches‘, die er anhand bereits vorliegender Forschungsliteratur erarbeitet. Hierbei resümiert Brosig die mitteleuropäische Außenpolitik des 19. Jahrhunderts in einer Art und Weise, die erneut aufhorchen läßt. So bezeichnet er es als einen „Glücksfall für die Saar“ (S. 52), zumindest in Teilen, dem preußischen Staat angehört zu haben, da er „mit Blick auf Frankreich ein Garant für Ruhe, Stabilität und Sicherheit an der Grenze“ (ebd.) darstellte, was sich positiv auf die wirtschaftliche Prosperität des Landes ausgewirkt habe. Ob dieser unkritische Standpunkt, selbst aus Sicht der Verfassungsgeschichte, haltbar ist, muß bezweifelt werden. Brosig wendet sich dann der Zeit des Völkerbundes zu. Auch hier stößt der Leser auf seltsame Untertöne. Nach dem *Versailler Vertrag* seien die Interessen Frankreichs „erwartungsgemäß“ (S. 53) auf Annexion ausgerichtet gewesen. Eine Kontinuitätslinie französischer Saarpolitik, wenn man Brosig folgt. Erwähnenswert erscheint, daß sich Brosig in dieser Aussage vor allem auf Literatur der 50er Jahre stützt. Ab und an erscheinen auch Verweise auf noch ältere Literatur aus den 20er und 30 Jahren, die sicher mit noch größerer Vorsicht zu genießen wären (z.B. S. 53, Fn. 227, Fn. 228 u.a.) und die dringend einer Kontextualisierung bedurft hätten.

Die unsauber wirkende Arbeitsweise, bei weitgehend oberflächlicher Analyse der Quellen, setzt sich auch im Kapitel über die französischen Besatzungszeit nach dem Zweiten Welt-

krieg fort. Die Dokumentensammlung von Robert Stöber ist – wie schon erwähnt – in diesem Abschnitt des Buches Brosigs wichtigste Referenz. Eine der zentralen Thesen des Autors lautet – fast muß man sagen ‚folgerichtig‘ –, daß die Saarverfassung formal betrachtet eine Protektoratsverfassung gewesen sei (S. 190). Mit der Grundsatzklärung des Landtages zur Saarpolitik vom 31. Januar 1956, welche die Präambel faktisch außer Kraft setzte, wurde – so Brosig – eine weitere Zäsur in der Verfassungsentwicklung des Saarlandes markiert. Eine Novelle der Verfassung kam jedoch nicht zustande. Der Autor vermerkt: „Der Antrag des Landtages auf Ausarbeitung einer neuen Verfassung fiel am 3. Januar 1961 der Diskontinuität anheim.“ (S. 231) Brosig beschließt sein Werk mit einer Darstellung der Bemühungen der Enquête-Kommissionen um eine Verfassungsreform in den 70er, 80er und 90er Jahren. Zumindest in der Zusammenstellung des Materials kann man ihm hier Pionierarbeit bescheinigen. Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive ist es jedoch bedauerlich, daß Rudolph Brosig in seinem Buch insgesamt nicht tiefer gräbt. Auch vermißt man eine echte inhaltliche Auseinandersetzung mit der neuesten (internationalen) Forschungsliteratur. Ein echtes historisches Problembewußtsein sowie ein adäquater Umgang mit den Quellen läßt er nicht erkennen. Für die Entstehung der saarländischen Verfassung bleibt so nur der Verweis auf das Buch Wolfgang Widhofers *Die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1960 (Schriften zur Rechtslehre und Politik; 28).

Alexander König

Sehr geehrte Herren,

nunmehr liegt dem 68jährigen Unterzeichnenden die 85. Ausgabe der Saarbrücker Hefte vor. Vom Tag der Ersterscheinung bis heute hat sich ein stattlicher Informationsumfang in der kleinen Hausbibliothek im Haus des Beziehers in einem vierhundert Einwohner zählenden schönen niedersächsischen Bauerndorf, etwa 15 km von der Kreisstadt Peine entfernt, angesammelt. Dieser *Giddinger Bub* ist nach seiner beruflichen Veränderung 1968 mit *Giddinge un seiner Stadd noch immer gäär un mid em Saarland äng verbunn*.

Der Verfasser des Artikels „Der Sieg der Unbelehrbarkeit“ sowie des Interviews mit Frau Brigitte Steinle als Enkelin des 1. Saarländischen Ministerpräsidenten, – diesen Namen mag der Unterzeichnende allein aus Gründen der miterlebten Zeit nicht aufzeigen – Herr Erich Später, hat ganz offensichtlich die Knüppeleinsätze des „Saarbataillons“, die Einsätze der „Berittenen“, „Tränengas“ und der Wasserwerfer bewußt verschwiegen. Sehr geehrter Herr Später, wer „eine gute, freie und glückliche Zukunft für alle Menschen in „seinem“ Land anstrebt“ und für dieses Erreichen die Mittel der Diktatur (Knüppel, Tränengas, Berittene und Wasserwerfer) benötigt und einsetzt, hat zweifelsfrei und unbestritten den Anspruch auf Demokratie verwirkt.

Mit diesem Schreiben kündige ich meinen jahrzehntelangen Bezug der Saarbrücker Hefte und verbleibe

mit vorzüglicher Hochachtung

Otto Schneider

Anmerkung der Redaktion: Bei dem „Saarbataillon“ handelte es sich um eine 800 Mann starke Schutztruppe zur Aufrechterhaltung der äußeren und inneren Sicherheit des Saarlandes. Offenkundig setzte Johannes Hoffmann sie ein, um nicht genehmigte Demonstrationen – vor allem der wegen ihrer „Heim ins Reich“-Politik verbotenen Parteien – aufzulösen. Daß der Einsatz von Gummiknüppel, Tränengas und Wasserwerfer das Machtmittel diktatorischer Staaten ist, haben wir mit den Demonstrationen um den Weltwirtschaftsgipfel in Genua endlich auch begriffen.

Vorschau:

Das saarländische Staatsorchester wird 90 Jahre alt. In Zusammenarbeit mit dem Staatstheater, das zu diesem Anlaß eine Ausstellung plant, liefern wir eine ausführliche Aufarbeitung seiner Geschichte. – Es bleibt nicht unser einziger Blick in die Vergangenheit. Über das Gestapo-Lager Neue Bremm liegen neue Forschungsergebnisse vor, die wir in gebührender Weise vorstellen werden. Und aus Gesprächen mit saarländischen Juden, die nach 1935 aus dem Saarland fliehen mußten und im Ausland überlebten, entstand ein erschütterndes Zeitgemälde, das wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. – Die unselige Vergangenheit ragt bis in die genauso unselige Einwanderungsdebatte. Das zuendegehende Jahr lieferte eine Unzahl von Konzepten und Gesetzesentwürfen zur Verhinderung von Einwanderung. Unser Fachmann für diese Fragen wäre in der Papierflut beinahe ertrunken und konnte deshalb den angekündigten Artikel für die vorliegende Ausgabe nicht liefern. In der nächsten wird er seine ausführliche Analyse der Einwanderungskonzepte vorlegen. – Daß Geld nicht stinkt, hat man im Saarland schon immer zu schätzen gewußt. Bei uns lesen Sie die dazugehörige geruchsneutrale *chronique scandaleuse*.

Autorinnen und Autoren

Swetlana Alexijewitsch, geb. 1948 in der Ukraine, ist mit den Büchern *Zinkjungen* und *Im Banne des Todes* zu einer der wichtigsten Zeitzeuginnen der postsowjetischen Gesellschaft geworden. 1996 *Kurt Tucholsky Preis* des schwedischen PEN. *Tschernobyl – Eine Chronik der Zukunft* wurde 1999 u.a. mit dem *Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung* ausgezeichnet.

Rainer Brunner, Dr., geb. 1964, Studium der Islamwissenschaft, Geschichte und Politikwissenschaft in Freiburg, Promotion über moderne islamische Geistesgeschichte (Sunniten und Schiiten im 20. Jahrhundert), seit 1998 Assistent am Lehrstuhl für Islamwissenschaft in Freiburg, Hauptarbeitsgebiete: Schiitische Geschichte und Theologie, Koranexegese, islamischer Fundamentalismus, Islam in Europa.

Wilfried Busemann, Historiker, im Ruhrgebiet aufgewachsen, Veröffentlichungen zur Geschichte rheinischer und saarländischer Arbeiterbewegungen, zur Alltagsgeschichte und zur Entschädigung saarländischer NS-Opfer.

Hartwig Cremers, Dr., geb. 1940, Studium der Rechte in Tübingen und Berlin, Assistent in Freiburg, 1971 Universitätsverwaltung Düsseldorf, 1978 Allgemeiner Vertreter des Kanzlers der Universität Düsseldorf, 1982 Kanzler der Universität des Saarlandes.

Reinhard Daus, Prof. Dr. phil., geb. 1946, Studium Sportwissenschaft, Mathematik, Erziehungswissenschaft und Philosophie an der FU Berlin, 1979-1987 Professor für Sportwissenschaft FU Berlin, seit 1987 Leiter des SWI an der Universität des Saarlandes, 1994-1996 Dekan der Philosophischen Fakultät, 1999-2000 Erster Vizepräsident der Uds.

Stefan Fricke, geb. 1966, Musikwissenschaftler, lebt in Köln.

Harald Glaser, Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Germanistik, Staatsexamen, M.A., historische und museumsdidaktische Projekte zur Völklinger Hütte, Veröffentlichungen und Ausstellungen zur Industriegeschichte, Mitarbeit an der „Route der Industriekultur“ im Ruhrgebiet.

Veronika Kabis, derzeit Leiterin des EU-Projektes „fabienne“ - Binationale Familien und Lebensgemeinschaften in Europa/Strategien gegen Diskriminierung; freie Autorin zu Einwanderungsfragen u.a. für die „taz“; Deutscher Jugendhilfpreis 2000 für

„innovative interkulturelle Jugendarbeit“ mit dem Deutsch-Ausländischen JugendClub Saarbrücken.

Franz-Josef Koenen, Sozialwissenschaftler, seit 1989 im Multikulturellen Informations- und Förderzentrum Völklingen beschäftigt; Arbeitsschwerpunkte: Migration, Rassismus, interkulturelle Bildung.

Alexander König, geb. 1974, Studium der Geschichte, Katholischen Theologie, Germanistik, studentische Hilfskraft am Historischen Institut / Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte.

Sigrid Konrad, geb. 1966, Musikwissenschaftlerin.

Rainer Krause, Prof. Dr., geb. 1942, Studium der Psychologie in Tübingen und Zürich, Lehrstuhl für klinische Psychologie an der Universität des Saarlandes.

Fabian Lemmes, geb. 1975, Studium Geschichte, interkulturelle Kommunikation, Sozialpsychologie und Französisch an der Universität des Saarlandes.

Hans-Peter Lenhof, Prof. Dr. rer.nat., geb. 1960, 1989-1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der UdS, Lehrstuhl Prof. Dr. K. Mehlhorn, 1992 bis 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Informatik, seit November 2000 Professor für Bioinformatik an der UdS, Arbeitsschwerpunkte: Sequenz-Datenbanken, Sequenz-Alignment, Protein-Docking, Software Bibliotheken, Energiebewertungen.

Uwe Loebens, geb. 1958, Bildender Künstler, journalistische Tätigkeit.

Karl Richter, Prof. Dr., geb. 1938, seit 1973 Professor für Neuere Deutsche Philologie und Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes, Gesamtherausgeber der Münchener Goethe-Ausgabe.

Dietmar Schellin, Studium der Literatur und Kommunikationswissenschaften an der Universität Freiburg, seit 1988 Hörfunkautor und freier Journalist für überregionale Tageszeitungen.

Volker Simshäuser, geb. 1976, Studium der Germanistik und Geschichte an der Universität des Saarlandes.

Wiebke Trapp, Politologin und Zeithistorikerin, freie Schreiberin, Tätigkeit in einer Werbeagentur.

Frank Werner, geb. 1944, studierte Geschichte und Philosophie, Hörspieldramaturg und seit 1980 freier Autor. Romane, Gedichte, zahlreiche Originalhörspiele und -bearbeitungen.

Reinhard Wilhelm, Prof. Dr., Studium der Mathematik und Informatik in München, Münster und Stanford/USA, seit 1978 Hochschullehrer für Informatik an der Universität des Saarlandes, seit 1990 wissenschaftlicher Direktor des Internationalen Begegnungs- und Forschungszentrums für Informatik in Schloß Dagstuhl/Wadern.

Bevor es die **alten** Hefte der

neuen Saarbrücker hefte nicht mehr gibt ...

... erwerben Sie noch **Anteile** an den

schönsten Seiten des Saarlandes

Diese Saarbrücker Hefte können Sie noch bestellen.

Veränderung der Stadtlandschaft

Nr. 61/62, Dez. '89 / Das allererste der neuen Hefte, Doppelheft für nur EUR 3,50

Saarlanditis

Nr. 63, Juni '90 / Das ultimative Saarland-Brevier, nur EUR 3,50

Industriekultur und Industriearchäologie

Nr. 64, Nov. '90 / Das Heft zur Hütte, vergriffen!

Künstliche Intelligenz

Nr. 65, Mai '91 / Das KI-Heft – lange vor dem Internet, nur EUR 3,50

Mitten im Abseits

Nr. 66, Dez. '91 / Das Armutsheft – lange vor der Globalisierung, nur EUR 3,50

Die Vergangenheit bringt sich in Erinnerung

Nr. 67, Juni '92 / Das Heft zum Gerz-Denkmal, nur EUR 3,50

Das Gute Leben

Nr. 68, Dez. '92 / Das Heft zum Gutmenschentum?, nur EUR 3,50

Die Krise als Dauerbeschäftigung

Nr. 69, Juni '93 / Das legendäre Heft zur Wirtschaftspolitik im Saarland, nur EUR 3,50

Stadtkörper Saarbrücken

Nr. 70, Dez. '93 / Das Stadtplanungs-Heft – lange vor der Saarbahn, nur EUR 3,50

Politische Kultur?

Nr. 71/72, Sept. '94 / Das Heft zur Gegendarstellung, Doppelheft für nur EUR 3,50

Melange

Nr. 73, März '95 / Kein Heft zum clash of civilizations, nur EUR 3,50

Jugend

Nr. 74, Sept. '95 / Das erste Heft der 89er-Generation, nur EUR 3,50

Kunst und Kaos im Saarland

Nr. 75, März '96 / Das Heft zum Kunst-Kartell, nur EUR 3,50

Internet im Saarland

Nr. 76, Sept. '96 / Das Heft zum Einstieg: Wir waren schon drin, nur EUR 3,50

Stadt der Superlative: Völklingen

Nr. 77, Frühjahr '97 / Das zweite Völklingen-Heft – ganz ohne Herrn Z., nur EUR 3,50

Bildung: Ballast oder Bereicherung?

Nr. 78, Herbst '97 / Das Heft zur Katastrophe?, nur EUR 3,50

Zerbrochene Utopien – Verlorene Illusionen?

Nr. 79/80, Herbst '98 / Das Heft zum Abschied von 68, Doppelheft für nur EUR 9,-

Erinnern, Mahnen, Gedenken

Nr. 81, Sommer '99 / Das Heft zur Wehrmachtsausstellung, nur EUR 7,-

10 von 1000 Jahren

Nr. 82, Winter '99 / Kein Heft zum Millenium, nur EUR 7,-

Nr. 83, Sommer 2000 / Die Hefte im neuen Gewand, EUR 7,41

Nr. 84, Winter 2000 / Es geht voran, EUR 7,41

Nr. 85, Sommer 2001 / Gute Zeiten, schlechte Zeiten, EUR 7,41

Die Preise verstehen sich zzgl. Porto, bei Abnahme von drei und mehr Exemplaren erfolgt Lieferung frei Haus.

Bestellungen bitte an den Pfau-Verlag, Postfach 10 23 14, 66023 Saarbrücken,

Tel. 0681-4163394 / Fax -95 / e-mail: pfau-verlag@t-online.de

Bei Bestellung von zwei und mehr Heften gibt es als kleines Geschenk ein Exemplar von Nr. 63: Saarlanditis. Erhältlich sind auch noch Restexemplare der Saarbrücker Hefte Nr. 1-60, die von 1955 bis 1988 erschienen sind. Restlos vergriffen sind die Nummern 1-15, 18, 20, 22 und 24.